

Jochen Weichold

**DER AUFSTIEG
DER NEUEN
PARTEI DIE LINKE**

DIE ANFANGSJAHRE DER PARTEI DIE LINKE
VON 2007 BIS 2009

33

Der Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE
Die Anfangsjahre der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009

Jochen Weichold

**DER AUFSTIEG DER NEUEN PARTEI
DIE LINKE**

DIE ANFANGSJAHRE DER PARTEI DIE LINKE
VON 2007 BIS 2009

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Mai 2022
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Dagmar Enkelmann Vorwort	7
Jochen Weichold Der Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE	11
Die Anfangsjahre der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009	
Einleitung	11
Der Gründungsparteitag der LINKEN Mitte Juni 2007	13
Rückblick	20
Die «Programmatischen Eckpunkte» als programmatischer Gründungskonsens der Partei DIE LINKE	31
Innerparteiliche Gruppierungen in der neuen LINKEN	35
Vom Gründungsparteitag 2007 zum 1. Parteitag der LINKEN 2008	41
Das mühsame Ringen um ein Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE	54
Der 1. Parteitag der LINKEN in Cottbus im Mai 2008	57
Vom 1. Parteitag 2008 zum Europaparteitag der LINKEN im Februar 2009	62
Der Europaparteitag der LINKEN am 28. Februar 2009 in Essen	71
Das Programm der Partei DIE LINKE zur Wahl zum Europäischen Parlament 2009	79
Vom Europaparteitag 2009 zum Bundestagswahl-Parteitag der LINKEN im Juni 2009	83
Der Bundestagswahl-Parteitag der LINKEN im Juni 2009 in Berlin	88
Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2009	92
Zur Bilanz der Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag am Ende der 16. Wahlperiode des nationalen Parlaments	98

DIE LINKE und die Bundestagswahl im Herbst 2009	101
Aufbau und Organisation der Partei DIE LINKE	108
Die Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE	112
Zur Sozialstruktur der Mitglieder und Wähler*innen der Partei DIE LINKE	112
Internationale Kontakte der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009	116
Fazit: Worin liegen die Ursachen für den Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE?	119

Anhang **149**

1	Zeittafel zur Geschichte der Partei DIE LINKE von den Anfängen (2005) bis zum September 2009	149
2	Parteitage der Partei DIE LINKE	162
3	Zusammensetzung des Parteivorstands der Partei DIE LINKE	162
4	Zusammensetzung des geschäftsführenden Parteivorstands der Partei DIE LINKE	165
5	Mitgliederentwicklung der LINKEN nach Bundesländern	166
6	Altersstruktur der Mitglieder der LINKEN im Bundesgebiet	167
7	Innerparteiliche Zusammenschlüsse der LINKEN	168
8	Zweitstimmenergebnis der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich mit den Ergebnissen der anderen Parteien (in %)	170
9	Ergebnisse der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 in den einzelnen Bundesländern im Vergleich zu den Ergebnissen der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005	171
10	Wahlentscheidung in sozialen Gruppen für DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich zur Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005	172
11	Wählerwanderung von der bzw. zur LINKEN bei der Bundestagswahl 2009	174
12	Abgeordnete der LINKEN in der 16. und 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestags	174
13	Ergebnisse der Partei DIE LINKE bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 in den einzelnen Bundesländern im Vergleich zu den Ergebnissen der PDS bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004	178
14	Abgeordnete der LINKEN im Europäischen Parlament im Ergebnis der Wahlen von 2009	179
15	Ergebnisse der LINKEN bei Landtags- und Bürgerschaftswahlen von 2007 bis 2009 im Vergleich mit den Resultaten der PDS bei der jeweils vorhergehenden Wahl	180
16	Ergebnisse der LINKEN bei Kommunalwahlen von 2007 bis 2009 im Vergleich mit den Resultaten der PDS bei der jeweils vorhergehenden Wahl	181
17	Auswahlbibliografie zur Geschichte der Partei DIE LINKE 2007 bis 2009	182
	Abkürzungsverzeichnis	187

Dagmar Enkelmann

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser!

«Der Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE» erscheint zu einer Zeit, in der DIE LINKE nur dank dreier Direktmandate gerade noch so in den Bundestag gekommen ist, in der viele Genoss*innen ratlos oder mutlos sind ob des gegenwärtigen Zustands ihrer Partei, die am 16. Juni dieses Jahres 15 Jahre besteht. Ist es sinnvoll, gerade jetzt an die Anfänge zu erinnern, in denen wir zahlreiche politische Erfolge zu verzeichnen hatten? Ich sage: Ja, denn diese Publikation soll und kann Mut machen. Jochen Weichold zeichnet nicht nur den Weg der Partei DIE LINKE in den Anfangsjahren nach, sondern erinnert gleichzeitig an das Verbindende, die gemeinsamen politischen Ziele und Visionen, mit denen wir 2007 DIE LINKE gegründet haben. Ihm sei deshalb gleich zu Beginn gedankt, dass er aus vielen Quellen den Werdegang, die Parteineubildung und die politischen Erfolge der damals jungen Partei nachgezeichnet hat. Für mich war der Text Anlass, mich an die Anfangszeit, die ersten Gespräche und Schritte, aber auch an die Erwartungen und Hoffnungen, die sich mit diesem Projekt verknüpft haben, zu erinnern. Rückblickend haben wir die einmalige historische Chance genutzt.

Dabei war der Ausgangspunkt vor 20 Jahren eine Niederlage. Bei der Bundestagswahl 2002 scheiterte die damalige PDS an der Fünfprozenthürde und war nur noch mit zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten. Ich war Abgeordnete im Landtag Brandenburg. Die Stimmung damals war ähnlich der heutigen. Es stand auf der Kippe, ob wir diesen Tiefschlag überstehen und ein neuer Aufbruch gelingt. Es war zum einen Lothar Bisky, der sich 2003 noch einmal überzeugen ließ, erneut den Vorsitz der PDS zu übernehmen, und der der Partei Hoffnung und Zuversicht gab.

Und es war zum anderen Gerhard Schröders (SPD) Agenda 2010 und die damit verbundenen einschneidenden Kürzungen des Einkommens für Langzeitarbeitslose, durch die ganze Familien von heute auf morgen in die Armut getrieben wurden. Die-

se unsoziale Politik war der Auslöser für neue Montagsdemonstrationen. Mit unserer klaren Positionierung «Hartz IV ist Armut per Gesetz» und «Hartz IV muss weg» haben wir als Partei den Nerv vieler Leute getroffen und waren Teil der wachsenden sozialen Bewegung gegen die Hartz-Gesetze vor allem im Osten des Landes. Hier waren die Auswirkungen besonders gravierend, hatte die deutsche Einheit doch ganze Landstriche deindustrialisiert und große Teile der Bevölkerung in die Arbeitslosigkeit getrieben. Unsere Partei und ihre Fraktionen auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene haben nicht nur mit einer Stimme die Abschaffung gefordert, sondern auch Rechtsberatung und Unterstützung organisiert. Das war die Stärke der damaligen PDS: Wir kümmerten uns um die Probleme der sogenannten kleinen Leute. «Kümmererpartei» war unser Markenzeichen und ein Grund für unsere Wahlerfolge. In den Landtagswahlen dieser Zeit konnte die PDS in den neuen Bundesländern stark zugewinnen. In Brandenburg beispielsweise waren wir 2004 bei der Landtagswahl mit 28 Prozent zweitstärkste Kraft und hatten 23 Direktwahlkreise gewonnen. Ich war damals Spitzenkandidatin. Und für uns war klar, keine Regierungsbeteiligung um jeden Preis. Der Preis wäre eine Abkehr unserer klaren Anti-Hartz-IV-Position gewesen, weshalb wir dankend abgelehnt haben.

Zur gleichen Zeit entstand die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Während die PDS vor allem in den Ostländern ein politisches Schwergewicht war, hatte die WASG in den westlichen Bundesländern starken Zulauf, wo die PDS auf niedrigem Niveau trotz großen Engagements einzelner Genoss*innen stagnierte. Im Mai 2005 stand die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen ins Haus. Im Vorfeld war klar, dass es weder die PDS noch die WASG allein schaffen würde, die Fünfprozenthürde zu überwinden. Es war die Initiative des Vorstandsmitglieds der IG Metall Horst Schmitthenner, die zu einem ersten Gespräch in Frankfurt am Main führte. Lothar Bisky und ich trafen hier erstmals mit Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands der WASG zusammen, unter anderem mit Klaus Ernst, der lernen musste, dass ich nicht die Sekretärin von Lothar Bisky, sondern die Vorsitzende der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg und stellvertretende Vorsitzende der Bundespartei war.

Nachdem der erste Gesprächsfaden geknüpft war, folgten weitere Treffen. Mit der Ankündigung, die Neuwahlen für den Bundestag auf 2005 vorzuziehen, gab der Wahltermin das Tempo vor. Uns war klar, wir würden nur erfolgreich sein, wenn WASG und PDS gemeinsam zur Wahl antreten würden. Und damit das gelingt, mussten wir das Gemeinsame in den Vordergrund stellen: den Kampf gegen Hartz IV, gegen den weiteren Abbau des Sozialstaats, für einen gesetzlichen Mindestlohn, für Frieden, für eine solidarische Gesellschaft und für soziale Gerechtigkeit.

Denn Unterschiede gab es genug: Die PDS hatte als Partei einen schmerzhaften Erneuerungsprozess hinter sich, war auf landes- und kommunalpolitischer Ebene erfolgreich und im Osten Deutschlands Volkspartei. Ihre haupt- und ehrenamtlichen Mandatsträger*innen und Bürgermeister*innen waren anerkannt. Wir hatten klare

Quotenregelungen und die Gretchenfrage «Wie hältst du es mit einer Regierungs-
beteiligung?» war für uns geklärt.

Anders war die Situation in der WASG, die in klarer Opposition zur Agenda-Politik
aus einer sozialen Bewegung entstanden und gewerkschaftlich stark verwurzelt war.
Sie hatte die gleichen Ziele, aber Erfahrungen, Mentalität und Politikverständnis wa-
ren sehr unterschiedlich. So stand von Anfang an nicht nur die Frage im Raum, was
rechtlich und politisch möglich wäre, um gemeinsam zunächst zur Bundestagswahl
anzutreten mit der Option auf eine gesamtdeutsche linke Partei, sondern auch, was
wir den Mitgliedern und Sympathisant*innen der jeweiligen Parteien zumuten könn-
en und welche Themen aufgeschoben werden müssen.

Mittlerweile hatten auch die Medien das Projekt «Linksbündnis» auf dem Schirm.
Als dann Oskar Lafontaine öffentlichkeitswirksam seine Bereitschaft bekundete, als
Spitzenkandidat für ein Linksbündnis zur Verfügung zu stehen, bewahrheitete sich
wieder einmal ein Satz von Lothar Bisky: «Die Medien sind unsere größte Gefahr
und unsere einzige Chance.» Denn die regelmäßige Berichterstattung, ob wohlwol-
lend oder kritisch, führte zu steigenden Umfragewerten. Es gab kein Zurück. Der
Termin der Bundestagswahl stand fest, insofern musste kurzfristig geklärt werden,
unter welchen Bedingungen ein gemeinsamer Wahlantritt möglich ist und welche
programmatischen Grundsätze wir in den Vordergrund stellen wollen. Der Vereini-
gungsprozess begann.

Der Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 war gleichzeitig das Versprechen an vier
Millionen Wähler*innen, uns für soziale Gerechtigkeit, demokratische Veränderun-
gen der Gesellschaft und Frieden einzusetzen. Im Nachhinein betrachtet grenzt es
nahezu an ein Wunder, dass wir diese einmalige historische Chance genutzt und uns
nicht in endlosen Streitigkeiten um des Kaisers Bart verloren haben. Dass «Links
wirkt», wurde in den folgenden Jahren mehrfach bewiesen, beispielsweise durch die
Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, den Ausbau der Kinderbetreuung auch
in den alten Bundesländern, die weitere Ost-West-Angleichung der Lebensverhältnis-
se, Gemeinschaftsschulen für bessere Bildungschancen für alle. DIE LINKE und ihre
Mandatsträger*innen auf unterschiedlichen Ebenen haben in den ersten Jahren nach
der Parteigründung gezeigt, was möglich ist, wenn wir gemeinsam mit sozialen und
anderen außerparlamentarischen Bewegungen der herrschenden neoliberalen Politik
entgegen- und für eine solidarische Gesellschaft eintreten. Das ist in Krisenzeiten wie
heute notwendiger denn je. Besinnen wir uns auf unsere Wurzeln, auf die Anfänge
der vereinigten LINKEN in Deutschland, auf die gemeinsamen Ziele, unsere Gesell-
schaftskritik, auf unsere programmatischen Grundsätze. Die Gründung der Partei
DIE LINKE war kein Selbstzweck. Es ging nicht um Mandate und Posten, wie heute
immer wieder unterstellt wird. Es ging allein darum, den Sozialstaat zu verteidigen
und auszubauen, die Interessen der Arbeitnehmer*innen zu vertreten, Frieden und
Nachhaltigkeit in der Entwicklung zu stärken und den Herrschenden Grenzen zu
setzen.

Besinnen wir uns auf unsere gemeinsamen Ziele der Anfangsjahre, denn sie sind noch nicht erreicht. Streiten wir um Inhalte und stellen wir persönliche Animositäten zurück. Stehen wir an der Seite der Menschen, die durch die Folgen der Pandemie und die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Existenzängste haben, die nicht wissen, ob sie die Energiekosten noch tragen und ihre Familie ernähren können. Erinnern wir uns unserer Wurzeln. Ich hoffe, dass die Lektüre dieser Publikation dazu beiträgt, nicht nur an den Enthusiasmus und die Energie der ersten beiden Jahre zu erinnern, sondern Impulse für die so dringend notwendige Erneuerung der Partei zu geben.

Dagmar Enkelmann
Vorsitzende des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Berlin, Mai 2022

Jochen Weichold

DER AUFSTIEG DER NEUEN PARTEI DIE LINKE

**DIE ANFANGSJAHRE DER PARTEI DIE LINKE
VON 2007 BIS 2009**

Einleitung

Mitte Juni 2022 jährt sich das Datum des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE zum 15. Mal. Grund genug, um einen Blick auf die Anfänge dieser Partei in den Jahren 2007 bis 2009 zu werfen, zumal die Partei bei der Bundestagswahl Ende September 2009 ihr bestes Wahlergebnis in ihrer bisherigen Geschichte erzielen konnte. Sie galt zu Recht als Aufsteiger, zumal der Organisation neue Mitglieder zuströmten, die den beiden Quellparteien der LINKEN, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), nie angehört hatten.

Der gesellschaftliche Hintergrund, vor dem sich der Aufstieg der neuen LINKEN vollzog, wurde von den sozialen Auswirkungen der Globalisierung mit Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen und weltweitem Druck auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen markiert. Die herrschenden Kreise, die ihnen verbundene Wirtschaftswissenschaft und die Massenmedien in den hoch entwickelten westlichen Industriestaaten stellten den neoliberalen Paradigmenwechsel mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und der Liberalisierung der Finanzmärkte als alternativlos dar. Die Bundesregierung aus SPD und Grünen unter Bundeskanzler Schröder unterwarf sich um die Jahrtausendwende diesem Diktum und leitete damit zugleich einen Niedergangsprozess der deutschen Sozialdemokratie ein. «Mit dem Schröder-Blair-Papier, dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister der rot-grünen Koalition und als SPD-Parteivorsitzender sowie der ›Agenda 2010‹ provozierte die SPD unter Gerhard Schröder eine weitere Welle von Austritten aus der Partei, die schon mit der Unterstützung des Krieges der NATO gegen Jugoslawien im Jahr 1999 eröffnet worden war»,¹ resümierte der Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe die Entwicklung.

Durch die Rentenpolitik, durch den Umbau der Arbeitslosenversicherung (Hartz IV), durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und durch die Steuerpolitik mit der Senkung des Spitzensteuersatzes verschärfte sich der Konflikt zwischen den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und der SPD und erhöhte so «die Chancen einer linkssozialistischen Formation, bei den Wahlen relevante Teile der Stammwählerschaft der SPD unter den lohnabhängig Arbeitenden, vor allem der Gewerkschaftsmitglieder, zu gewinnen».² Die beiden Quellparteien der LINKEN konnten bei der Bundestagswahl 2005 dieses «Fenster der Möglichkeiten» nutzen und nach ihrer förmlichen Vereinigung 2007 ihren Erfolg bei der Bundestagswahl 2009 ausbauen.³

Als sich aber nach dieser Bundestagswahl Oskar Lafontaine aus gesundheitlichen Gründen von der Partei- und Fraktionsspitze zurückzog und auch Lothar Bisky nicht erneut für den Parteivorsitz kandidierte, brachen die Differenzen zwischen ostdeutsch und westdeutsch sozialisierten Linken, zwischen den verschiedenen Parteiflügeln und -strömungen, die bisher unter der Oberfläche brodelten, offen auf. Den Hintergrund dafür bildeten kontroverse Analysen des Entwicklungsstands und der Perspektiven des Kapitalismus, der modernen Gesellschaft sowie die Einschätzung der Möglichkeiten zu Reformen des bestehenden politischen und sozialen Systems. Als Dauerbrenner, die die Partei in ihrer Existenz bedrohten, resultierten daraus die strittigen Fragen der Regierungsbeteiligungen der Partei auf Bundes- und Landesebene, der Haltung zur Europäischen Union (EU) und der Position zur Rolle Deutschlands in internationalen Sicherheitsbündnissen. Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi sprach 2012 auf dem Göttinger Parteitag der LINKEN von «Hass» zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Bundestagsfraktion.⁴

Vor dem Hintergrund eines teilweisen Abrückens der SPD von der Agendapolitik, dem Aufkommen der Piratenpartei und dem zeitweiligen Höhenflug der Grünen (und damit zunehmender parteipolitischer Konkurrenz) begann ein Stagnations- und Niedergangsprozess, der sich vor allem in drei Momenten äußerte: (1) Die Kohäsion in der Partei DIE LINKE ließ nach, was in per saldo zurückgehenden Mitgliederzahlen deutlich wurde. (2) Es gelang nicht in ausreichendem Maße, die unterschiedlichen Gruppierungen in die Partei zu integrieren und ihre verschiedenartigen Meinungen und politischen Vorstellungen miteinander in Einklang zu bringen, was sich in verfeindeten Parteilagern niederschlug. (3) Nicht zuletzt dadurch ging auch die Mobilisierungsfähigkeit der Organisation zurück, was sich in rückläufigen Wahlergebnissen manifestierte. Schließlich gelang es der Parteiführung nicht, eine adäquate Strategie zur Reaktion auf die sich wandelnde politische Umwelt zu entwickeln.⁵

Die neuen Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, die an die Stelle ihrer glücklosen Vorgänger Gesine Lötzsch und Klaus Ernst traten, konnten zwar die Partei zusammenhalten (was keine gering zu schätzende Leistung war), vermochten es aber nicht, die Widersprüche in der Partei produktiv aufzulösen. So konnten sie Abschwung und Stagnation in der Parteientwicklung nicht aufhalten, wie die stetigen

Umfragewerte zwischen sechs und neun Prozent der potenziellen Wählerstimmen signalisierten. Zudem zeigte sich, dass das Setzen auf Protest eine Partei nur begrenzte Zeit zu tragen vermag, wenn nicht gleichzeitig erfolgreich an Angeboten für konstruktive Lösungen gesellschaftlicher Zukunftsfragen gearbeitet und Interessendurchsetzung angestrebt wird. Wie aus der Darlegung der Geschichte der LINKEN in den Jahren 2007 bis 2009 sichtbar werden wird, waren Faktoren, die ab 2010 Abschwung und Stagnation der neuen Partei begünstigten, bereits in der Aufschwungphase angelegt.

Innerhalb der Partei verschoben sich seither die Gewichte. War lange Jahre der sächsische Landesverband der mitgliederstärkste, übernahm ab 2018 der Landesverband Nordrhein-Westfalen die Spitzenposition.⁶ 2020 hatte DIE LINKE in Sachsen 7.416 Mitglieder, in Nordrhein-Westfalen 8.830 (Stand: jeweils am 31. Dezember 2020).⁷ Während aber DIE LINKE in Sachsen nach wie vor relativ stark in der Breite der Gesellschaft verankert ist (10,4 Prozent der Listenstimmen bei der Landtagswahl 2019, 14 Mandate, Rekrutierungsfähigkeit 2019: 0,22),⁸ kann man das für Nordrhein-Westfalen nicht gleichermaßen behaupten (4,9 Prozent der Wählerstimmen bei der Landtagswahl 2017, kein Mandat, Rekrutierungsfähigkeit 2019: 0,05).⁹

In den ostdeutschen Flächenländern stützt sich die Partei auf eine zurückgehende, überalterte Mitgliedschaft. In den Großstädten und anderen urbanen Ballungsräumen (vor allem in Westdeutschland) konnte DIE LINKE dagegen in den letzten Jahren junge Mitglieder hinzugewinnen. Vor dieser Folie trat zu den oben genannten Dauerbrennern in den letzten Jahren die Frage, auf welche gesellschaftlichen Milieus sich die Partei in ihrer Ansprache konzentrieren sollte: auf die klassische Arbeiterschaft und ihre sozialen Probleme oder auf die jungen urbanen Schichten, für die die Identitätspolitik eine entscheidende Rolle spielt. Ob sich dieser Widerspruch mit einer «verbindenden Klassenpolitik» (Mario Candeias)¹⁰ auflösen lässt, ist heute offen. Das Wahlergebnis für DIE LINKE von 4,9 Prozent bei der Bundestagswahl im September 2021 ist ein überdeutliches Alarmsignal und zeugt vom Verlust an gesellschaftlicher Verankerung und vom anhaltenden «Niedergang» der «politischen Substanz» der Partei.¹¹

Im Juni 2007 herrschte jedoch Aufbruchstimmung.

Der Gründungsparteitag der LINKEN Mitte Juni 2007

«Riesige rote Luftballons fallen über die rhythmisch klatschende Versammlung her, irrlichternde Lichtkegel, Musikstumpfen bringen noch nicht die Verhältnisse, aber die Leute [...] zum Tanzen. Die Partei ist gegründet»,¹² beschrieb ein Reporter die euphorische Szenerie auf dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 in Berlin. Die fast 800 Delegierten aus Linkspartei.PDS (der früheren PDS) und WASG hatten soeben bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen die Vereinigung beider Parteien beschlossen.¹³ Dabei waren längst nicht alle inhaltlichen

Fragen geklärt und keineswegs alle Differenzen zwischen den beiden Quellparteien ausgeräumt.

Am Vortag hatten die Delegierten beider Parteien in getrennten Sälen im Berliner Hotel «Estrel» getagt. Der WASG-Parteitag sollte sich mit dem Stand des Parteibildungsprozesses befassen, einen Personalvorschlag der WASG für den Parteivorstand der Partei DIE LINKE erstellen, die Kandidat*innen der WASG für die Bundesschiedskommission und für die Finanzrevisionskommission der Partei DIE LINKE wählen und weitere Anträge behandeln. Beim Personalvorschlag der WASG für den Parteivorstand der Partei DIE LINKE ging es um die Wahl von sechs Kandidat*innen für den geschäftsführenden Parteivorstand (ein Parteivorsitzender bzw. eine Parteivorsitzende, zwei stellvertretende Vorsitzende und drei weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder) und um die Wahl von 16 weiteren Kandidat*innen für den Erweiterten Parteivorstand.¹⁴

Ulrich Maurer, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, bewarb sich um die Funktion des Parteibildungsbeauftragten für die alten Bundesländer im geschäftsführenden Vorstand der neuen Partei. Er ließ ungeschminkt einen klaren Führungsanspruch gegenüber dem Fusionspartner erkennen: «Der Aufbau West entscheidet nicht nur über den Erfolg der neuen Linken», so der langjährige Sozialdemokrat, «sondern auch über die politische Ausrichtung der neuen Partei.» Und: «Ich fühle mich dem Erbe der WASG in der neuen Partei verpflichtet», rief Maurer, «und ich bin nicht zur Wahlalternative gekommen, um die Glaubwürdigkeit der neuen Linken auf dem Altar von Regierungsbeteiligungen zu opfern.»¹⁵ Künftige Konflikte in der gemeinsamen Partei waren damit bereits greifbar.

WASG-Vorstandsmitglied Klaus Ernst erklärte im «Bericht des Bundesvorstands» selbstbewusst, ohne die WASG «wäre die Linke eine Regionalpartei. Ohne uns [die WASG; J. W.] wäre die Linke chancenlos.» Ohne die WASG würde es eine neue LINKE heute nicht geben. Und er listete die Mitgift auf, die die WASG in den Vereinigungsprozess einbringe: «Wir bringen klare politische Positionen ein, zum Beispiel bei der Privatisierung. [...] Wir bringen klare politische Positionen bei völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen, in der Sozialpolitik und bei Regierungsbeteiligungen ein. Wir bringen aber auch den Westen ein, denn der war vorher bei der Linkspartei.PDS in der Form nicht vorhanden.» Die WASG bringe den Zugang zu den Gewerkschaften und die Akzeptanz der sozialen Bewegungen in die neue Partei ein. «All das lässt uns selbstbewusst und mit aufrechtem Gang in die neue Linke gehen, mit der klaren Botschaft, dass die Ideen der WASG nicht untergehen, sondern die Chance haben, in der neuen Linken erst richtig groß und breit aufgehen zu können»,¹⁶ sagte der Gewerkschafter aus Bayern.

Sowohl hinter den Kulissen als auch auf diesem letzten WASG-Parteitag selbst sorgten Satzungsfragen noch einmal für Wirbel. Die Verhandlungsgruppen von WASG und Linkspartei.PDS hatten sich für den Bundesvorstand der neuen Partei auf eine Mandatsträgerhöchstquote von 50 Prozent geeinigt. Eine Reihe Basisvertreter*innen

der WASG meinte, diese Quote sei zu hoch, und stellte Anträge, die Quote für den geschäftsführenden Vorstand herabzusetzen,¹⁷ schließlich war in WASG-Kreisen Ämterhäufung von Beginn an verpönt. Wären diese Anträge angenommen worden, hätten sie Klaus Ernst den Weg in die neue Parteispitze versperren können.¹⁸

Der bajuwarische Volkstribun verfiel auf ein taktisches Manöver und schrieb einen Brief an Lothar Bisky. In diesem Brief, der kurz darauf unter den WASG-Delegierten zirkulierte, beschwerte sich der IG-Metaller darüber, dass die Linkspartei.PDS seiner Meinung nach plane, die vereinbarte Mandatsträgerhöchstquote von 50 Prozent nicht einzuhalten, sondern sie bewusst zu überschreiten. In der Tat standen auf der Vorschlagsliste der WASG für den neuen Parteivorstand sechs Mandatsträger*innen, auf derjenigen der Linkspartei.PDS 16. Jedoch zeigten sich Mitglieder der Verhandlungsgruppen von Ernsts Vorstoß irritiert: Der Inhalt seines Schreibens entspreche nicht dem Stand der Verhandlungen. Es sei immer klar gewesen, dass mehr als elf Mandatsträger*innen von der Linkspartei.PDS kommen würden, hieß es aus diesen Kreisen.¹⁹ Doch letzten Endes war das Manöver für Klaus Ernst erfolgreich: Die besagten Anträge waren vom Tisch.

Die Vertreter*innen der Linkspartei.PDS arbeiteten auf ihrem Parteitag eine dem letzten WASG-Parteitag vergleichbare Tagesordnung ab und wählten die Kandidat*innen für die Gremien der Partei DIE LINKE. Ein Reporter beschrieb die Stimmung auf dieser Versammlung mit den Worten: «Ein bisschen Wehmut, ein bisschen Unsicherheit und furchtbar viel Kämpfertum, das ist der Mix, der sich in den letzten Reden vor den Delegierten dieser vergehenden Partei spiegelte.»²⁰ In der Diskussion ließen sich schon künftige programmatische und politische Konfliktlinien erkennen. Der Berliner Senator Harald Wolf vom pragmatischen Reformer-Flügel bezeichnete die Übernahme der Berliner Landesbank durch die Sparkassen als Erfolg seiner Partei und deren Wirken für öffentliche Daseinsvorsorge. Sahra Wagenknecht, die Sprecherin der Kommunistischen Plattform (KPF), warnte, die sozial Benachteiligten würden erwarten, «dass wir nicht sind und auch nicht werden wie die anderen Parteien».²¹

Hans Modrow, der Ehrenvorsitzende der Linkspartei.PDS, mahnte seine Genoss*innen eindringlich, sich nicht mit einer «gewissen Genügsamkeit im Vertreten politischer Forderungen gegenüber den Herrschenden» zufriedenzugeben und «nicht den Weg zu einer zweiten Sozialdemokratie zu gehen, die in Deutschland niemand braucht». Die neue LINKE müsse eine sozialistische sein, die alternative Positionen zum Kapitalismus mit einer sozialistischen Zukunftsidee verbindet.²² Die Gründer*innen der PDS hatten der Partei «einen Namen gegeben, der für sie Programm war. Was sie im ersten und zweiten Programm zu Krieg und Frieden, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der DDR, zu antikapitalistischen Gegenkräften und demokratischem Sozialismus niedergelegt haben, war mehr, als heute für viele der Erben Anspruch ist», kritisierte Hans Modrow die aus seiner Sicht junge Führungsriege seiner Partei. «Angepasste Geschichtsbilder gehören nicht zum Erbe,

weil sie von vielen Menschen in der Partei und der Wählerschaft verlangen, die eigene Biografie zu verbiegen.»²³

Der Chef der Linkspartei.PDS, Lothar Bisky, sprach vor den fast 400 Delegierten sehr selbstbewusst von der Abschiedsfeier einer Partei, der so mancher in Deutschlands Öffentlichkeit mehr als anderthalb Jahrzehnte das «Lied vom Tod» vorgespielt habe: «Alle Orakel vom Verschwinden der PDS werden heute in gewisser Weise wahr. Doch die erstaunliche Überlebenskraft ist geblieben»,²⁴ erklärte der langjährige Parteivorsitzende. Die Linkspartei.PDS nehme ihre Geschichte mit. «Die kann man nicht irgendwo einschließen oder ablegen», versicherte er den Basisvertreter*innen. Weder weichgespült noch weißgewaschen gehe man in die Vereinigung, betonte er und ertotete kräftigen Beifall.²⁵

In seiner Abschlussrede auf dem letzten Parteitag der Linkspartei.PDS versuchte Gregor Gysi, das Selbstbewusstsein der Delegierten seiner Partei auf dem Weg in die neue LINKE zu stärken: «Ich möchte euch gerne noch sagen, was wir mitbringen in diese neue Partei. Es ist gar nicht wenig.» Es seien völlig vernünftige Vorstellungen, alle auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu erklärende Forderungen eines demokratischen Sozialismus mit dem Primat der Politik und einer entsprechenden Bedeutung der Demokratie. Dazu gehöre, alle Schlüsselbereiche der Wirtschaft in die öffentliche Hand zu geben, genauso wie die öffentliche Daseinsvorsorge. «Unterhalb dessen wollen wir eine faire Marktwirtschaft», sagte Gysi. «Wir haben gelernt: Wir wollen nicht die Staatsbäckerei. Aber wir wollen auch keine private Rüstung, wir wollen, dass es aufhört, dass man an Rüstung verdient!» Der erste PDS-Chef stellte heraus, dass die von der PDS wahrgenommene ostdeutsche Interessenvertretung als Hauptproblem eine historisch begrenzte Aufgabe gewesen sei. Und er beschwor seine Genoss*innen: «Wir sollten es begrüßen, dass wir jetzt die Chance haben, zu einer bundesweiten Linkskraft zu werden für ganz Deutschland.»²⁶

Am Morgen des nächsten Tages, am 16. Juni 2007, war die Trennwand zwischen den beiden Sälen geöffnet. Die Delegierten der beiden Quellparteien tagten gemeinsam. Für den Co-Chef der Bundestagsfraktion Gregor Gysi vollendete sich mit diesem Parteitag die deutsche Einheit. Auf Parteebene sei dies die erste Fusion auf Augenhöhe, betonte er. «Wir stellen die soziale Frage, stellen sie weltweit und in unserer Gesellschaft. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit, weil wir anders Hunger und Elend nicht überwinden können», unterstrich Gysi. «Wir wollen die Einheit von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, die Einheit von Freiheit und sozialer Sicherheit. Gerade das haben wir doch aus dem Niedergang des Staatssozialismus gelernt – ohne Freiheit geht es nicht! Aber ich sage den Kapitalismus-Anhängern auch: Ohne soziale Gerechtigkeit geht es auch nicht! Und deshalb wollen wir die Einheit.» Und dann äußerte Gysi eine große Bitte: «Wir brauchen 80 Prozent Politik und nur noch 20 Prozent Selbstbeschäftigung. Und nach einem Jahr bringen wir das Verhältnis auf 90 Prozent Politik und nur 10 Prozent Selbstbeschäftigung. Das muss zur Normalität werden!»²⁷

Ausdruck der intensivierten Kontakte zwischen der neuen Linkspartei und den Gewerkschaften war die Teilnahme führender Gewerkschaftsfunktionär*innen am Gründungsparteitag der LINKEN. So konnte Gregor Gysi in seiner Eröffnungsrede das DGB-Bundesvorstandsmitglied Dietmar Hexel, die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane, das Bundesvorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Andreas Keller, das IG-Metall-Vorstandsmitglied Bertin Eichler und den Transnet-Vorsitzenden Norbert Hansen als Gäste begrüßen.²⁸

Der langjährige PDS-Vorsitzende Lothar Bisky skizzierte in seiner Rede die Vieltätigkeit der neuen Partei und hoffte, dass die neue LINKE «für andere Menschen nachvollziehbar den Lebensgenuss vor den Besserwisser-Frust» zu stellen lerne. Nach seiner Auffassung habe die deutsche LINKE nur eine Chance, «wenn sie eine europäische Linke ist! Die europäische Integration – bei all ihren Problemen – ist immer noch eine Bedingung der strukturellen Kriegsunfähigkeit dieses Kontinents. Sie muss weiterhin ein positiver Bezugspunkt unserer Politik sein.» Er betonte: «Wir gründen heute die neue LINKE. Das ist eine Herausforderung für uns, die wir aus der Linkspartei.PDS und aus der WASG kommen. Das ist eine Herausforderung für die Gesellschaft, denn wir wollen nicht mehr und nicht weniger als eine gerechtere Gesellschaft, und wir bestehen darauf, eine friedliche Gesellschaft!»²⁹

Der andere Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Oskar Lafontaine, erklärte, DIE LINKE sei die Partei der ökologischen Erneuerung, auch «wenn das den einen oder anderen Beobachter überraschen» würde. «Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen. Deshalb ist die grüne Formel von der ökologischen Marktwirtschaft ein Placebo. Nein, die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt. Das wissen wir, DIE LINKE. Die anderen wissen es nicht.» Dem Vorgang sein eigenes geschichtliches Gewicht verleihend, berief sich Oskar Lafontaine «als ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands» auf die Tradition der Arbeiterbewegung. Er benannte als historische Leitfiguren der neuen Partei sowohl Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als auch Willy Brandt, womit er die SPD herausforderte und deren unzufriedene Mitglieder zum Überlaufen aufforderte. Er lud «all diejenigen ein, die am Aufbau des demokratischen Sozialismus mitwirken wollen. Jawohl, es heißt nicht Freiheit statt Sozialismus, es heißt Freiheit und Sozialismus, besser noch: Freiheit durch Sozialismus! Das ist die Formel, hinter der wir uns versammeln!» Am Ende seines furiosen Auftritts forderte Lafontaine, Glaubwürdigkeit müsse «zum Markenzeichen der neuen Linken» werden.³⁰

Insbesondere die Chefs der Konföderalen Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), Francis Wurtz, und der Partei der Europäischen Linken (EL), Fausto Bertinotti, brachten die hohen Erwartungen der europäischen linken Kräfte an die neue Partei in Deutschland zum Ausdruck. Bertinotti bezeichnete die Gründung einer gesamtdeutschen linken Partei als «großen Tag für Europa». Er verwies auf die gefährlicher werdenden Rechtskräfte in den europäischen

Ländern, die die Ängste der Völker vor dem Verlust von Sicherheit und Bürgerrechten für sich zu nutzen verstünden und die um die gesellschaftliche Hegemonie kämpften. «Ohne starke Linke», mahnte Bertinotti, «riskiert die Welt, in eine Katastrophe zu geraten.» Francis Wurtz forderte, die mit der Gründung einer geeinten LINKEN angenommenen komplexen und ambitionierten Herausforderungen müssten rasch in praktische Politik und konkrete Projekte umgesetzt werden. Die geeinte linke Partei in Deutschland müsse und könne in den europäischen Gremien dazu beitragen, dass die existierende Große Koalition der freien Marktwirtschaft, die den politischen Fatalismus in Europa geradezu kultiviere, überwunden werde. «Bitte enttäuscht uns nicht.»³¹

Die Delegierten wählten den bisherigen Chef der Linkspartei.PDS Lothar Bisky mit 83,6 Prozent der Stimmen und den ehemaligen Vorsitzenden der SPD Oskar Lafontaine mit 87,9 Prozent der Stimmen zu Vorsitzenden der neuen Partei DIE LINKEN.³² Der Vereinigungsparteitag bestimmte einen 44-köpfigen Vorstand, der sich paritätisch aus Mitgliedern der beiden Gründungsparteien zusammensetzte. Am selben Tag konstituierte sich auf der ersten Sitzung dieses Gremiums der zwölfköpfige geschäftsführende Vorstand. Ihm gehörten neben den beiden Vorsitzenden als Stellvertreter*innen Katja Kipping, Katina Schubert (beide aus der Linkspartei.PDS), Ulrike Zerhau und Klaus Ernst (beide aus der WASG) an. Bundesgeschäftsführer wurde Dietmar Bartsch, Schatzmeister Karl Holluba (beide aus der Linkspartei.PDS), womit die Sozialist*innen zwei strategisch wichtige Posten erhielten. Als Finanzbeauftragte für den Westen zog Christel Rajda und als Beauftragter für den Parteiaufbau in den alten Bundesländern zog Ulrich Maurer (beide aus der WASG) in das Gremium ein. Darüber hinaus gehörten Christine Buchholz (aus der WASG) und Angelika Gramkow (aus der Linkspartei.PDS) dem geschäftsführenden Parteivorstand an.³³

Zu weiteren Mitgliedern des Parteivorstands der LINKEN wurden folgende 16 Personen aus den Reihen der WASG gewählt: Sophie Dieckmann, Peter Erlanson, Thies Gleiss, Anny Heike, Jürgen Klute, Ralf Krämer, Sabine Lösing, Marc Mulia, Brigitte Ostmeier, Britta Pietsch, Heidi Scharf, Michael Schlecht, Fritz Schmalzbauer, Elke Theisinger-Hinkel, Axel Troost und Janine Wissler. Aus den Reihen der Linkspartei.PDS wurden ebenfalls 16 Personen in das Gremium entsandt: Elke Breitenbach, Wolfgang Gehrcke, Rosi Hein, Matthias Höhn, Jan Korte, Caren Lay, Wolfgang Methling, Irene Müller, Kersten Naumann, Inga Nitz, Bodo Ramelow, Helmut Scholz, Sascha Wagener, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak und Harald Werner.³⁴

Der Parteitag bekräftigte in seinem Beschluss «Wir sind gekommen, um zu bleiben! Mit der LINKEN für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden» ihre Forderungen: ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von acht Euro, die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetzgebung, die Rücknahme der Rente erst mit 67 Jahren und der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Die Basisvertreter*innen verlangten eine bedarfsorientierte und repressionsfreie Grundsicherung, die Wiedereinführung des Zumutbarkeitsschutzes und tariflich bezahlte Arbeitsangebote, die die Qualifikation

berücksichtigen. Sie wollten einen Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Platz in einer Kindertagesstätte für Kinder aller Altersgruppen. Sie geißelten den Privatisierungswahn und wandten sich gegen Börsengang und Privatisierung der Deutschen Bahn. Sie erklärten, für all diejenigen offen zu sein, «die mit uns für unsere Forderungen kämpfen wollen – gemeinsam gegen Sozialabbau, Lohndumping und Krieg, für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden».³⁵ In weiteren Beschlüssen wandte sich der Gründungsparteitag der LINKEN unter anderem gegen Studiengebühren und forderte die «Rückführung» der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum.³⁶ In den Monaten nach dem Gründungsparteitag in Berlin vollzog sich dann auch die Fusion von WASG und Linkspartei.PDS auf Landes- und Kreisebene.³⁷

In der neuen Partei saßen «Freunde des starken Staates und Etatismus-Skeptiker [...] ebenso zusammen wie die alte Arbeiterbewegung und eine kulturelle Linke».³⁸ Während die neue LINKE in Ostdeutschland eine weitgehende Kontinuität zur vergleichsweise reformorientierten PDS aufwies, fungierte sie in Westdeutschland als Sammelbecken einer äußerst heterogenen Mosaiklinken. Neben ehemaligen Sozialdemokrat*innen, die die WASG dominiert hatten, fanden sich Anhänger*innen verschiedenster linker Klein- und Kleinstgruppen der 1970er- und 1980er-Jahre (wie der Bund Westdeutscher Kommunisten), radikal linke ehemalige Mitglieder der Grünen, unterschiedliche trotzkistische Kräfte oder Sympathisant*innen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in der neuen Organisation. Aufgrund unterschiedlicher Rekrutierungsbasen in Ost und West war DIE LINKE «durch divergierende ideologische Positionen, widerstreitende innerparteiliche Kulturen, unterschiedliche politische Traditionen und differenzierte realpolitische Erfahrungen sowie verschiedenerlei Erwartungen von Kollektiven und Individuen gekennzeichnet».³⁹ Als «sozialistische Sammlungs- und Strömungspartei» vereinte bereits die in der LINKEN aufgegangene PDS unterschiedliche Strömungen, die teilweise «miteinander unvereinbare Weltbilder und Sozialismusvorstellungen» vertraten.⁴⁰

In der Öffentlichkeit wurde die fusionierte Partei weiter links verortet als die bisherige Linkspartei – nach Erhebungen von Infratest dimap um ganze 1,7 Punkte auf der Links-Rechts-Skala.⁴¹ Die Partei vollzog einen Imagewandel bzw. einen Imagewechsel. Einer der WASG-Akteure erklärte im Interview, «dass dieses Image, was sich jetzt die neue Partei gibt und was ich jetzt auch gut finde, das ist eher so ein proletarisch klassenkämpferisches».⁴²

Eine schriftliche Befragung von mehr als 1.400 Parteimitgliedern der neuen LINKEN, die der Sozialwissenschaftler Philipp Hiller im Sommer 2007 im Rahmen seiner Dissertation durchführte, nach der Zufriedenheit mit der Art und Weise des bisherigen Fusionsprozesses ergab, dass 32,0 Prozent der Befragten «sehr zufrieden» und 59,6 Prozent «eher zufrieden» waren, hingegen 6,9 Prozent «eher unzufrieden» und 1,5 Prozent «sehr unzufrieden». Dabei waren die ehemaligen WASG-Mitglieder deutlich unzufriedener (14,1 Prozent «eher unzufrieden» und 6,9 Prozent «sehr unzufrieden»). Ähnlich sah es bei der Bewertung des Verlaufs der Fusion aus: 87,8 Prozent

aller Befragten beobachteten eine «Fusion auf gleicher Augenhöhe», 7,0 Prozent sahen dagegen die PDS und 5,3 Prozent die WASG «benachteiligt». Auch bei dieser Frage glaubten 20,8 Prozent der früheren WASG-Mitglieder die WASG im Nachteil.⁴³

Die Politikwissenschaftler Dan Hough, Michael Koß und Jonathan Olsen unterteilten 2007 die Geschichte der Transformation der PDS und der WASG in die neue LINKE in drei Entwicklungsstufen: «eine Initialperiode des gegenseitigen Skeptizismus und einer Haltung des Abwartens aufseiten der Mitglieder und Führer beider Parteien; eine spätere Periode der Euphorie und des guten Willens, als die neue Wahlallianz gestaltet wurde, um die Bundestagswahl 2005 zu bestreiten; und eine (noch unbeendete) Periode der nüchternen Auseinandersetzung mit Herausforderungen, der Konfrontation mit Enttäuschungen und des nachdrücklichen Arbeitens, um den Fusionsprozess zur Reife zu bringen.»⁴⁴

Rückblick⁴⁵

Vorausgegangen war diesem Gründungsparteitag ein komplizierter zweijähriger Verhandlungs- und Aushandlungsprozess. Zum Ausgangspunkt wurde die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Bei dieser Wahl traten die erst kurz zuvor im Januar 2005 als Reaktion auf die Agendapolitik der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder gegründete WASG und die PDS, die zwar in Ostdeutschland relativ stark, aber in Westdeutschland chronisch schwach war, als Kontrahenten an. Während die PDS bei nur 0,9 Prozent der Wählerstimmen landete, konnte die WASG mit 2,2 Prozent einen Achtungserfolg erzielen,⁴⁶ blieb jedoch ebenfalls deutlich unter der Fünfprozenthürde. Die SPD rutschte bei dieser Wahl um 5,7 Prozentpunkte auf 37,1 Prozent ab und setzte damit eine Serie von Wahlniederlagen fort. Gerhard Schröder und SPD-Chef Franz Müntefering nahmen die Wahlniederlage ihrer Partei in Nordrhein-Westfalen zum Anlass, um nach Schließung der Wahllokale in einem handstreichartigen Coup für den Herbst 2005 vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag zu verkünden.⁴⁷

Den maßgeblichen Akteur*innen in PDS und WASG war sehr schnell klar, dass sich beide Parteien bei einem weiteren getrennten Marschieren sehr schnell kannibalisieren und letztlich in der politischen Bedeutungslosigkeit versenken würden. Man verabredete ein Treffen im Intercity-Hotel am Berliner Ostbahnhof. In der letzten Mai-Woche 2005 kamen die WASG-Vorstandsmitglieder Klaus Ernst und Thomas Händel, der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der zur WASG tendierende baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Ulrich Maurer, der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow, der ehemalige PDS-Vorsitzende und langjährige PDS-Chef im Bundestag, Gregor Gysi, der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky und der parlamentarische Geschäftsführer der brandenburgischen PDS-Landtagsfraktion, Heinz Vietze, ein exzellenter Strippenzieher, dort sehr schnell überein, den Weg zum gemeinsamen Handeln beider Parteien einzuschlagen.

Dabei unterhielten nicht nur Gregor Gysi und Oskar Lafontaine bereits vor diesem Treffen einen telefonischen Draht ebenso wie Lothar Bisky und Lafontaine, sondern auch Hans Modrow und Ulrich Maurer, die sich bereits seit der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre persönlich kannten, betätigten sich als Brückenbauer. Wichtig war ihnen, eine Vertrauensbildung zu entwickeln, um einen Weg der Annäherung zu beschreiten, der letztlich zum Erfolg führen sollte.⁴⁸ Man habe sich am Ostbahnhof getroffen, erinnerte der Vorsitzende des Ältestenrates der LINKEN Hans Modrow 2010, «um abzutasten, wer am Prozess der Vereinigung mitwirkt und wie der Prozess zu gestalten wäre. Im Rückblick scheint mir diese Begegnung nach wie vor wichtig.» Und er flocht ein: «Vor allem habe ich eine meiner Bemerkungen nicht vergessen. Wir waren ein ‚Herrenclub‘ und mir schien es wichtig, den Freunden von der WASG die Rolle und das Mitwirken der Frauen ans Herz zu legen.»⁴⁹

Zwei Tage nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war Oskar Lafontaine aus der SPD ausgetreten und hatte mit feinem Gespür für die historisch einmalige Situation das Angebot unterbreitet, bei der nächsten Bundestagswahl für ein Linksbündnis zu kandidieren.⁵⁰ Er sagte der *Bild-Zeitung*: «Sozialdemokraten, Gewerkschafter, PDS und WASG müssen sich zu einer neuen Partei zusammenschließen und das Kontrastprogramm zur Berliner Allparteien-Koalition des Sozialabbaus vertreten [...]. Wenn es trotz der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit gelingt, eine linke Sammlungsbewegung ähnlich dem Olivenbaum in Italien zustande zu bringen, bin ich dabei.»⁵¹

Kurz nach dieser Offerte fanden am 30. Mai 2005 erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und der WASG statt. Vonseiten der WASG nahm mit Klaus Ernst, Thomas Händel, Sabine Lösing und Axel Troost der komplette geschäftsführende Vorstand daran teil, vonseiten der PDS kamen der Parteivorsitzende Lothar Bisky, seine Stellvertreterin Katja Kipping, Bundesgeschäftsführer Rolf Kutzmutz, Bundesschatzmeister Uwe Hobler und Wahlkampfleiter Bodo Ramelow.⁵² PDS-Chef Lothar Bisky sah anschließend ausreichende inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen WASG und PDS für eine Zusammenarbeit: «Das betrifft die Agenda 2010 und Hartz IV, das betrifft die Steuerfrage, das betrifft unser Engagement gegen das Kartell der sozialen Kälte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sicher muss man auch den Mut haben, den Wählern klar zu sagen, wo Differenzen bleiben. Aber die können ja produktiv sein.»⁵³

Man war sich ziemlich schnell einig, gemeinsam zur Bundestagswahl im Herbst 2005 anzutreten, aber total uneinig darüber, wie das geschehen sollte. Während die Vertreter*innen des geschäftsführenden Vorstands der PDS eine gemeinsame Kandidatur auf einer offenen Liste der PDS als sichere und «klagefeste» Variante favorisierten, sahen die Vertreter*innen des geschäftsführenden Vorstands der WASG die «einzige Chance» in einer neuen Wahlpartei, auf deren Liste auch andere außerparlamentarische Kräfte wie das globalisierungskritische Netzwerk Attac und Friedensgruppen kandidieren könnten.⁵⁴

Die WASG-Führung (und wohl auch die Mehrheit der Mitglieder der Wahlalternative) lehnte die Idee der offenen Listen der PDS rundweg ab.⁵⁵ WASG-Vorstand Klaus Ernst erklärte apodiktisch: «Auf einer Liste der PDS können wir nicht kandidieren.» Denn dann sei die WASG im Westen «politisch tot».⁵⁶ Der Bayer polterte, der Weg der offenen Listen «wird nicht mit uns» zu gehen sein. «Die PDS sollte von ihrem hohen Ross herunterkommen.»⁵⁷ Die Gegner*innen einer Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf offenen Listen der PDS machten geltend, dass die WASG bei dieser Variante ihre Identität weitgehend verlieren würde. Hätte man sich bei der PDS engagieren wollen, hätte man auf die Gründung einer eigenen Partei verzichten können. Nicht wenige Aktivist*innen der WASG hätten die Gründung dieser Partei aber auch als Reaktion auf eine aus ihrer Sicht falsche Politik der PDS verstanden.⁵⁸

Der Vorschlag, WASG-Kandidat*innen auf offenen Listen der PDS antreten zu lassen, löste allerdings auch unter PDS-Politiker*innen ein geteiltes Echo aus. Die Vorstellung, die ohnehin raren potenziellen Bundestagsmandate mit den Konkurrent*innen von der WASG teilen zu müssen, wurde keineswegs von allen freudig begrüßt, da schon unter den Sozialist*innen selbst um aussichtsreiche Listenplätze und Erfolg versprechende Wahlkreise gefeilscht wurde. Stefan Liebich wollte Berliner WASG-Leute auf seiner Landesliste nur ungern akzeptieren: «Wir haben nichts zu verschenken.»⁵⁹

Die WASG-Position, eine neue Wahlpartei aus der Taufe zu heben, stieß bei PDS-Politiker*innen auf keine Gegenliebe. Sie hielten die Zeit, die bis zur Einreichung der Wahlvorschläge zur Bundestagswahl verblieb, für zu kurz, um eine neue, gemeinsame Partei zu gründen. Thomas Nord, der Landesvorsitzende der PDS Brandenburg, erklärte, eine Parteigründung sei «in drei Wochen nicht zu stemmen».⁶⁰ PDS-Wahlkampfchef Bodo Ramelow erteilte einer schnellen Parteinuugründung eine Absage: «Wenn ein Landeswahlleiter sagt, das ist keine neue Partei, weil das nur zur Umgehung einer verbotenen Listenverbindung gemacht wurde, haben wir mit Zitronen gehandelt.»⁶¹

Arbeitsgruppen wurden eingesetzt und Rechtsgutachten in Auftrag gegeben.⁶² Die Gutachter kamen allerdings zu unterschiedlichen Resultaten. Ein Jurist, den die WASG mit einer Expertise beauftragt hatte, hielt die Neugründung einer Partei als Wahlpartei für rechtlich machbar.⁶³ Dagegen sah eines der von der PDS in Auftrag gegebenen Gutachten «gewichtige juristische Gründe» dafür, nicht den Weg der Gründung einer Wahlpartei zu beschreiten, da das Kriterium der «Dauerhaftigkeit» bestritten werden könnte. Eine offene Liste einer der beiden Parteien galt nach dieser Rechtsauffassung als die «einzige Möglichkeit, die nicht Gefahr läuft, zu unzulässigen Wahlvorschlägen zu führen».⁶⁴

Eines der von der PDS in Auftrag gegebenen Gutachten verwies zudem auf ganz praktische Gründe, die dafür sprächen, dass die PDS die offenen Listen einreichen sollte. Nach dem Bundeswahlgesetz hätte die WASG für die Wahlkreisvorschläge je 200 und für die Landeslisten je 2.000 Unterschriften sammeln müssen. Von einem

solchen organisatorischen Aufwand war die PDS befreit, da sie in mehreren Landtagen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten war.⁶⁵

Inzwischen kündigten sich prominente Unterstützer*innen für einen gemeinsamen Wahlantritt von WASG und PDS an. Auf einer Pressekonferenz am 3. Juni 2005 erklärte Gregor Gysi, der erste Parteivorsitzende der PDS und langjährige Chef der PDS im Bundestag, dass er bei der vorgezogenen Bundestagswahl «für die PDS – besser noch für ein zu bildendes Linksbündnis» antreten wolle. Zwar glaube er, «dass die PDS auch alleine die Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl überschreiten wird», aber ein mögliches Linksbündnis könne zur drittstärksten politischen Kraft in Deutschland werden. «Deshalb begrüßte ich es sehr», sagte der eloquente Politstar, «wenn Oskar Lafontaine und ich zusammen für den Bundestag kandidierten, ebenso wie Lothar Bisky und Klaus Ernst.»⁶⁶

In einer gemeinsamen Presseerklärung konnten Klaus Ernst und Lothar Bisky am 10. Juni 2005 mitteilen, dass PDS und WASG ihre Sondierungsgespräche in Berlin erfolgreich fortgesetzt hätten. Die Gesprächsgruppen beider Parteien würden ihren Gremien vorschlagen: «1. PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen. 2. PDS und WASG wollen bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 nicht gegeneinander antreten. 3. Die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl auch Mitgliedern der WASG öffnen. Um das Neue an dem Projekt zu dokumentieren, wird dem Vorstand der PDS vorgeschlagen, eine Namensänderung zu prüfen.»⁶⁷ Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche würden dem Parteivorstand der PDS und einer Versammlung aller Landesvorstände der WASG zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Beide Gremien würden am Wochenende (11./12. Juni 2005) tagen.⁶⁸

Am 11. Juni 2005 bestätigte der Bundesvorstand der PDS das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen, die Absicht einer Umbenennung der PDS und die Kandidatur von Mitgliedern der WASG auf Landeslisten der PDS. Einen Tag später, am 12. Juni 2005, bestätigten auch der Bundesvorstand und die Landesvorstände der WASG das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen. Da es gegen den Namensvorschlag «Demokratische Linke – PDS» erhebliche Vorbehalte gab, blieb die konkrete Namensgebung des gemeinsamen Wahlbündnisses noch offen.⁶⁹

In den folgenden Tagen suchte man unter hohem Zeitdruck fieberhaft nach einem für WASG wie PDS gleichermaßen akzeptablen Namen für die gemeinsamen Listen. Während die PDS – wie schon in den Tagen vor der grundsätzlichen Einigung – nicht auf ihren vor allem in Ostdeutschland eingeführten Markennamen verzichten wollte, mochte die WASG nicht unter dem Label PDS zur Bundestagswahl antreten. Beide Seiten schlossen ein Scheitern des gemeinsamen Wahlantritts nicht aus, falls keine befriedigende Lösung gefunden würde.⁷⁰ Allerdings bekannte Axel Troost später, dass die Drohungen der WASG in den Gesprächen mit der PDS, alleine anzutreten, angesichts der fehlenden Finanzen dafür «reines Pokern» waren.⁷¹

Den Durchbruch im Namensstreit erzielten die Verhandlungsführer*innen von WASG und PDS auf einem Treffen am 22. Juni 2005. Der PDS-Vorstand würde nach der getroffenen Vereinbarung dem Parteitag der Sozialisten am 17. Juli 2005 vorschlagen, den Parteinamen in «Die Linkspartei.» zu ändern. Zusätze zu diesem Namen wären auf Beschluss von Landesparteitagen möglich, sodass die Partei im Osten mit dem angehängten Kürzel «PDS» antreten könnte. Im Westen könnte das Bundesland zum zusätzlichen Bestandteil des Parteinamens werden.⁷² Diese Lösung des Problems reklamierte später Bodo Ramelow für sich: Sie sei ihm erst auf dem Weg zur Sitzung im Fahrstuhl eingefallen.⁷³ Die Einigung auf einen Namen für das gemeinsame Projekt war, so der Göttinger Parteienforscher Felix Butzlaff, «eine symbolische Schlüsselfrage und zugleich in den Verhandlungen eine taktische Meisterleistung der PDS»,⁷⁴ insbesondere ihres Unterhändlers Bodo Ramelow.

Am 17. Juni 2005 hatten Klaus Ernst für die WASG und Lothar Bisky für die PDS das später «Kooperationsabkommen I» genannte Gesprächsergebnis unterzeichnet, in dem eine Vereinigung beider Parteien nach spätestens zwei Jahren vorgeschlagen wurde. «Die Art der Vereinigung soll wie zwischen den Parteien «Die Grünen» und «Bündnis 90», wenn auch in umgekehrter Hinsicht, erfolgen.»⁷⁵ Zur Vorbereitung der Vereinigung werde eine gemeinsame Kommission gebildet, in die beide Parteien paritätisch Mitglieder entsenden sollten. Die Kommission habe die Aufgabe, folgende Dokumente zu erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise der Vereinigung der Parteien. Beide Seiten bekräftigten, dass der Weg zur Vereinigung der beiden Parteien in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgen werde. Deshalb werde in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass zentrale Gremien paritätisch besetzt sind.⁷⁶ Rückendeckung bekam das Vorhaben vom Ehrenvorsitzenden der PDS. Hans Modrow erklärte, man dürfe nicht gespalten in den Wahlkampf gehen, sondern müsse als geeinte Linke solidarisch auftreten.⁷⁷

Gegen einen gemeinsamen Wahlantritt mit der PDS hatte sich deutlicher Unmut vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden der WASG, aber auch in Nordrhein-Westfalen geregt. Kristallisationspunkt des Protests war dort der Leverkusener Kreis (LVK) um Markus Schlegel⁷⁸ und Matthias Fiege.⁷⁹ Die LVK-Aktivist*innen sahen sich im Sinne der ursprünglichen WASG-Intention als Vertreter einer «Sozialstaatspartei». «Wir wollen eine soziale Partei, aber keine sozialistische»,⁸⁰ erklärte Matthias Fiege. Ein Parteitag der WASG Sachsen stimmte am 18. Juni 2005 gegen ein Wahlbündnis mit der PDS und dafür, bei der Bundestagswahl im September 2005 eigenständig anzutreten.⁸¹ «Wir hatten 16 Jahre die Möglichkeit, in die PDS einzutreten, und haben das aus guten Gründen nicht getan»,⁸² erklärte das sächsische WASG-Bundesvorstandsmitglied Andreas Wagner dazu.⁸³

Ein Sonderparteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel stimmte nach kontroverser Debatte per Grundsatzbeschluss der Kandidatur von WASG-Kandidat*innen auf offenen Listen einer Linkspartei zu und folgte damit dem Leitantrag des Bundesvorstands. In der Mensa der Kasseler Universität beschloss er eine Urabstimmung über

Kandidaturen der WASG auf den Listen der Linkspartei zur Bundestagswahl 2005 und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses. Im Leitantrag hatte der Bundesvorstand auf die Bedeutung der Stunde aufmerksam gemacht: Es gehe um nichts weniger als darum, «einen Prozess der Neugruppierung der politischen Linken einzuleiten».⁸⁴ Das gemeinsame Auftreten bei der Bundestagswahl sei ein wichtiger Schritt, um in diesem Land gesellschaftspolitische Alternativen zum Neoliberalismus wieder sichtbar zu machen.⁸⁵

In der vom Kasseler Parteitag beschlossenen Urabstimmung, die bei einer Beteiligung von rund 70 Prozent der Mitglieder am 15. Juli 2005 abgeschlossen wurde, stimmten 81,01 Prozent der WASG-Mitglieder für eine Kandidatur auf den offenen Listen einer Linkspartei und 85,26 Prozent für die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses.⁸⁶ Kurz darauf, am 17. Juli 2005, entschied ein Parteitag der PDS mit 74,6 Prozent der Delegiertenstimmen die Umbenennung in «Die Linkspartei.PDS» – abgekürzt «Die Linke».⁸⁷ Innerhalb von nur sechs Wochen konnten sich WASG und PDS bzw. dann Linkspartei trotz erheblicher Widerstände auf ein Modell sowie einen Zeitplan für eine gemeinsame Kandidatur einigen, ein Modell, «welches sich als innerparteilich mehrheitsfähig, rechtlich akzeptiert von den Wahlausschüssen und dem Wähler vermittelbar herausgestellt hat».⁸⁸

Die überwältigende Mehrheit der WASG-Mitglieder führte einen engagierten Wahlkampf. Im Juni/Juli 2005 erreichte die prospektierte neue Linkspartei in mehreren Meinungsumfragen erstmalig mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen.⁸⁹ Die WASG konnte sich über einen anhaltenden Mitgliederzustrom freuen. Von Ende Mai 2005, als Lafontaine seine Kandidatur für die Linkspartei ankündigte, bis Anfang September 2005 schlossen sich rund 5.000 Menschen der Wahlalternative an, die damit circa 10.500 Mitglieder zählte.⁹⁰

«Links kommt», lautete das Motto der Wahlkampagne der Linkspartei, die vor allem auf die beiden Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi setzte.⁹¹ Die beiden Politiker sorgten in Ost und West dafür, dass die Plätze der Wahlkampf-kundgebungen gut belegt waren.⁹² Vor allem Lafontaine verstand sich darauf, den Unmut und die Wut breiter Bevölkerungsschichten über die Regierungspolitik des Kabinetts Schröder in starken Worten wiederzugeben und den politischen Gegner zu attackieren. Wie kaum ein Zweiter, schrieb der Lafontaine-Biograf Robert Lorenz, artikulierte der Saarländer «auf den Marktplätzen und Wahlkampf Bühnen der Republik die allgemeine Unzufriedenheit seines Publikums mit der Politik».⁹³ Gysi hingegen präsentierte sich zurückhaltender, beobachtete der Parteienforscher Felix Butzlaff. Der Jurist war mehr der «Anwalt der kleinen und anständigen Leute». Er gab sich «bedacht sachlich und warb stärker mit dem Wahlprogramm».⁹⁴

Die Themen Arbeit und Soziales standen im Vordergrund des gemeinsamen Wahlkampfes von WASG und Linkspartei. Ihre entscheidenden Botschaften waren:

- «Wer mehr soziale Sicherheit will, muss DIE LINKE wählen»
- «Eine starke linke Fraktion im Bundestag ist die beste Garantie dafür, dass sich das deutsche Parteiensystem gründlich ändern wird»
- «[gesetzlicher] Mindestlohn für Arbeit, von der man leben kann»
- «Grundsicherung für ein Leben in Würde und ohne Armut»
- «Grundrente für ein selbstbestimmtes Leben im Alter».⁹⁵

Der Soziologe Christoph Kowalski analysierte: «Die Linkspartei opponierte im Wahlkampf ausdrücklich gegen die Politik der Bundesregierung, vor allem gegen die Agenda 2010 und Hartz IV, und profilierte sich damit tatsächlich auf dem wichtigsten Gebiet des Wahlkampfs als einzige Partei, die die bisherigen Reformen der Regierung rundweg ablehnte. Damit rückte das Motiv der sozialen Gerechtigkeit noch stärker in den Mittelpunkt [...]»⁹⁶

In dem seit Juni 2005 tobenden Bundestagswahlkampf zeigte das prospektierte Linksbündnis bereits Wirkung. Das Wochenmagazin *Der Spiegel* berichtete: «Es ist Wahlkampf in Deutschland, und die Bannerträger der Agenda 2010 haben einen neuen politischen Ton angestimmt. Das Reformvokabular ist zur Seite gelegt, wo soeben noch Markt, Wettbewerb und Anpassungsdruck gepriesen wurden, ploppt nun überall das magische Wort ‚sozial‘ hoch.»⁹⁷

Schröder und Merkel plädierten nun für höhere Löhne. SPD und CDU redeten über den Mindestlohn. Es wurde laut darüber nachgedacht, das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer*innen doch wieder länger zu zahlen. Die anderen Parteien übernahmen die Forderung der PDS, das Arbeitslosengeld II in Ost und West anzugleichen. SPD und Grüne sprachen über einen höheren Spitzensteuersatz und darüber, Freibeträge bei der Sozialversicherung einzuführen. Schließlich wurde auch über die Notwendigkeit eines Konjunkturprogramms diskutiert.⁹⁸ Angesichts dessen konstatierte Oskar Lafontaine in einem Interview: «Noch nie war eine Partei im Entstehen so erfolgreich wie die neue Linkspartei.»⁹⁹

In dem vom Bundesvorstand der WASG herausgegebenen Newsletter 16/2005, der Mitte Juli 2005 erschien, wurde unter der Headline «Wahlalternative und Linkspartei: Das läuft noch nicht rund!» dem Ärger Luft gemacht, der sich bei der Listenaufstellung angestaut hatte, nachdem beispielsweise die bayerische Linkspartei den WASG-Landesvorsitzenden Fritz Schmalzbauer und die WASG-Aktivistin Anny Heike durchfallen ließ.¹⁰⁰ Die Redaktion erinnerte daran, dass der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky auf dem Sonderparteitag seiner Partei am 17. Juli 2005 seine Genoss*innen darum gebeten hatte, dass die angestrebte Bundestagsfraktion ein Orchester bilden müsse. Die PDS habe jedoch gegenwärtig «zwanzig Bewerbungen von ersten Geigern». Der Bundesvorstand der WASG habe den Eindruck, hieß es im Newsletter, «dass unter den zwanzig Geigern etliche sind, die dieses Instrument unzureichend beherrschen. In einigen Landesverbänden wie Bayern, Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein ist die Wahlalternative eher mit Trommlern oder Blechbläsern konfrontiert. Aus unserer Sicht ist der Charakter des Orchesters noch klärungs- und entwicklungsbedürftig.»¹⁰¹

Den nicht wenigen aufgekommenen Irritationen und Verstimmungen konnten die Parteiführungen von WASG und Linkspartei.PDS jedoch gegensteuern. Am 4. August 2005 schlossen sie das später «Kooperationsabkommen II» genannte Kooperations- und Fairnessabkommen zwischen beiden Parteien. Die Kooperationspartner stellten fest, «dass in beiden Parteien noch viel Unsicherheit und Unkenntnis gegenüber unserem gemeinsamen Projekt existieren. Beide Parteivorstände werden deshalb zum maßvollen und fairen Umgang miteinander aufrufen, regelmäßig gemeinsame offizielle Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abgeben, eine gemeinsame Clearing-Gruppe einrichten, die mögliche Missverständnisse und Konflikte ausräumt und gravierende Vorwürfe und Zerwürfnisse moderieren soll.»¹⁰²

Unterstützung erhielt die Linkspartei im Wahlkampf von zwei Initiativen aus Gewerkschaftskreisen, die dazu aufriefen, bei den Neuwahlen zum Deutschen Bundestag im Herbst 2005 diese Partei zu wählen. Zu den Unterzeichner*innen der Initiativen gehörte neben Betriebsrät*innen und Vertrauensleuten aus Industriebetrieben in Süddeutschland auch eine Reihe prominenter Gewerkschaftsfunktionär*innen. Einer der Aufrufe wurde unter anderen von dem ehemaligen Vorstandsmitglied der IG Metall Horst Schmitthener, dem Leiter der ver.di-Abteilung Wirtschaftspolitik Michael Schlecht und gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern wie Bodo Zeuner und Richard Detje unterschrieben.¹⁰³

Am 27. August 2005 beschloss die Linkspartei.PDS im Berliner Estrel-Hotel ihr Bundestagswahlprogramm mit der Forderung nach einem Mindestlohn von 1.400 Euro brutto. Ihr Ehrenvorsitzender Hans Modrow konstatierte, die «Phase der Nachfolgepartei geht zu Ende», und verwies darauf, dass von den 16 Spitzenkandidat*innen der Linkspartei.PDS in den Ländern nur noch vier aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) stammten, einer komme aus der DKP, vier aus der SPD, die anderen seien zu jung für eine eigene Parteigeschichte, seien parteilos oder gewerkschaftlich organisiert. Modrow bot an, auf das Amt des Ehrenvorsitzenden zu verzichten, wenn die Linkspartei.PDS mit der WASG fusioniere. So viel Vornehmheit wurde belohnt. Oskar Lafontaine, der ihn schon 1982 getroffen hatte, würdigte seine Leistungen am Ende der DDR und äußerte seinen Respekt vor denen, die damals «Risiken» eingegangen seien. Diejenigen, die Gorbatschows historische Rolle schätzen würden, müssten auch Modrow, der von November 1989 bis März 1990 als Ministerpräsident der DDR wirkte, hochachten.¹⁰⁴

Anfang September 2005 verdeutlichte Hans Modrow noch einmal das geöffnete «Fenster der Möglichkeiten»: Die deutschen Linken stünden vor zwei Aufgaben, legte er dar: «Zum einen haben sie eine reale Chance, aus der politischen Isolation herauszukommen. Sie können zum anderen ihre Kräfte vereinen und damit zu einem gesellschaftlichen Faktor werden, der nicht ignoriert werden kann.»¹⁰⁵

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichte die Linkspartei.PDS 8,7 Prozent der Zweitstimmen und 54 Mandate. 44 Prozent ihres Elektorats in den alten Bundesländern bildeten ehemalige SPD-Wähler*innen.¹⁰⁶ Infratest dimap

ermittelte, dass es der Linkspartei.PDS bei dieser Wahl gelungen war, per Saldo 960.000 bisherige SPD-Wähler*innen und 390.000 bisherige Nichtwähler*innen für sich zu gewinnen.¹⁰⁷ Für den Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter war das – wenn man den Konservatismus des deutschen Parteiensystems seit den 1950er-Jahren in Rechnung stellt – «ein bemerkenswerter Schritt in den früheren sozialdemokratischen Raum». Franz Walter identifizierte dieses Phänomen als «Repräsentanz-Wechsel», bei dem diese bisherigen sozialdemokratischen Wähler*innen ihrer Lebenswelt, ihren (politischen) Einstellungen und Ritualen treu blieben, aber sich auf der Ebene der politischen Vertretung eine neue Repräsentanz suchten, da ihre alte Formation «einen Orts- und Deutungswechsel in der gesellschaftlichen Topografie und Sinnlandschaft vollzogen» hatte. «Kurzum: Für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung, der im emphatischen Sinne an der klassischen gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Definition von «sozialer Gerechtigkeit» orientiert ist, seine Sozialisation in den Ausbaujahren sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit erlebt hatte, wurde die Linkspartei mindestens im Jahr 2005 zur neuen politischen Repräsentanz seiner Basismentalität.»¹⁰⁸

Im Ergebnis der Bundestagswahl am 18. September 2005 zogen 35 Mitglieder der Linkspartei.PDS, zwölf Mitglieder der WASG und sieben Parteilose (insbesondere Vertreter*innen sozialer und demokratischer Bewegungen) auf den Listen der Linkspartei.PDS in den Bundestag ein.¹⁰⁹ Die Fraktion firmierte unter dem Label «DIE LINKE», nahm damit begrifflich die noch ausstehende Fusion vorweg und erhob damit den Anspruch einer gesamtdeutschen Linken.¹¹⁰ Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, die Oskar Lafontaine und Gregor Gysi zu ihren Vorsitzenden wählte, entwickelte sich in der Folgezeit zur parlamentarischen Repräsentation, zum organisatorischen Zentrum und zum Labor der angestrebten neuen Linkspartei in Deutschland.¹¹¹ Unter Verweis auf Oskar Lafontaine sagte Gregor Gysi zum Verständnis der neuen Fraktion: «Wir sind uns einig, dass unsere wichtigste Aufgabe ist, beide Parteien – PDS und WASG – auf ihre Vereinigung vorzubereiten. Das ist zwar nicht die eigentliche Fraktionstätigkeit, aber das Wichtigste für diesen Prozess werden wir in der Fraktion leisten müssen: Kriegen wir eine gemeinsame Politik hin oder nicht?»¹¹² Der Sozialwissenschaftler Philipp Hiller, der die Zusammenarbeit der Fraktionsangehörigen anhand ihrer parlamentarischen Initiativen bis zur Mitte der 16. Wahlperiode untersuchte, zog ein positives Fazit: Eine Lagerbildung oder eine auch nur in Teilen gespaltene Fraktion konnte er (zumindest entlang der früheren Parteigrenzen) nicht feststellen.¹¹³

Dennoch erwies sich der zweijährige Weg bis zum Vereinigungsparteitag als ein sehr steiniger. Auf den turbulenten Parteitag der WASG attackierten die Delegierten in aller Schärfe die Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin, wo die Partei den Spar- und Privatisierungskurs samt Lohnkürzungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst mitrug und die Exekution der Hartz-Gesetzgebung und die weitgehende Lockerung des Ladenschlusses verantwortete. Die Landesverbände der WASG in

Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Linkspartei.PDS ebenfalls an der Landesregierung beteiligt war, hielten sich nicht an die Abmachung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG, auf konkurrierende Antritte bei Wahlen zu verzichten. Die Wahlbeteiligung der Landesverbände der WASG bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 brachten ihnen zwar nur klägliche Resultate weit unterhalb der Fünfprozentmarke ein, kosteten aber die Landesverbände der Linkspartei.PDS wertvolle Stimmen. Und zu einer Verbesserung des Klimas zwischen den jeweiligen Landesverbänden beider Parteien trugen sie erst recht nicht bei.

Um den Parteibildungsprozess voranzutreiben, beschlossen die Vorstände von WASG und Linkspartei.PDS Anfang Dezember 2005 im «Kooperationsabkommen III», bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei zu erreichen. Sie einigten sich darauf, auf keiner Ebene bei Wahlen konkurrierend anzutreten. Sie vereinbarten, die Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften bis zum Abschluss des Parteibildungsprozesses zu schaffen. Nicht zuletzt sollten im Prozess der Parteibildung die Mitglieder beider Parteien auf allen Ebenen gemeinsame Diskussionen, Projekte, Aktionen und Kampagnen anstreben.¹¹⁴

In der Folgezeit entwickelte eine zwölköpfige Autorengruppe mit Mitgliedern aus beiden Parteien («Programmgruppe»)¹¹⁵ Eckpunkte für das zukünftige Programm der Partei DIE LINKE, die am 23. Februar 2006 von Lothar Bisky und Klaus Ernst gemeinsam vorgestellt wurden. Da das Dokument – wie zu erwarten gewesen war – in der Mitgliedschaft beider Parteien Kritik ausgelöst hatte, legten die Autoren der «Programmatischen Eckpunkte», darunter Joachim Bischoff, Ralf Krämer und Axel Troost von der WASG und Michael Brie, Bernd Ihme und Dieter Klein von der Linkspartei.PDS, vor dem Programm-Konvent in Hannover am 30. September 2006 einen zweiten Entwurf vor, der dort intensiv diskutiert wurde. Auf einer gemeinsamen Tagung am 22. Oktober 2006 in Erfurt¹¹⁶ verabschiedeten dann die Vorstände von WASG und Linkspartei.PDS den dritten Entwurf der «Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland» und andere «Gründungsdokumente» der geplanten Linkspartei und einigten sich darauf, dass die neue Partei den Namen DIE LINKE tragen sollte.¹¹⁷

Es dauerte wiederum nur wenige Tage, dann lagen die ersten ablehnenden Stellungnahmen zu den «Gründungsdokumenten» vor. Die Kritiker*innen schossen sich vor allem auf den Entwurf der «Programmatischen Eckpunkte» ein. In den mit großer Heftigkeit geführten Debatten zu diesem Dokument ging es sowohl in der Parteipflichtlichkeit von WASG und Linkspartei.PDS als auch in der Programmgruppe selbst insbesondere immer wieder um folgende Fragen:¹¹⁸

– Sind Regierungsbeteiligungen generell abzulehnen oder zu bejahen?¹¹⁹ Und wenn Letzteres, unter welchen Bedingungen sind Regierungsbeteiligungen statthaft? Welche roten Linien dürfen dabei nicht überschritten werden?

- Können internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der Vereinten Nationen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr zu einer friedlichen Entwicklung beitragen? Wäre diese Frage zu bejahen: Unter welchen Bedingungen? Wie muss man sich dann dazu verhalten?
- Kann die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik sein?
- Davon abgeleitet: Ist ein bedingungsloses individuelles Grundeinkommen oder eine bedarfsorientierte Grundsicherung anzustreben?
- Ist eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien anzustreben oder ihre demokratische Kontrolle?
- Welche Stellung sollte die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Rückgewinnung politischer Gestaltungsräume in linker Politik haben? Sind unter diesem Aspekt die Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher bzw. kommunaler Unternehmen und die Privatisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge (insbesondere am Beispiel der Sparkasse Berlin) zulässig?¹²⁰
- Ist ein Demokratischer Sozialismus als gesellschaftspolitische Zielbestimmung anzustreben? Während Aktivist*innen der Linkspartei.PDS nicht auf dieses Ziel – als wesentlich für ihre Identität – verzichten wollten, erklärte WASG-Vorstand Michael Schlecht noch am Vorabend des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE im Juni 2007: «Den demokratischen Sozialismus verstehen viele [...] als eine Verengung auf eine bestimmte Perspektive. Als Formel ist er eher hinderlich, eine breite soziale Widerstandsbewegung zu formieren.»¹²¹

Die Konflikte zwischen Linkspartei.PDS und WASG waren also mit Händen zu greifen. Fürchtete die WASG von der mehrheitlich ostdeutschen PDS quasi übernommen zu werden, so trieb die Linkspartei.PDS die Sorge vor einer Radikalisierung der Gesamtpartei um.¹²² Am 10. Dezember 2006 beschloss eine gemeinsame Bundesvorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG, die Gründungsdokumente der geplanten Partei DIE LINKE als Anträge an die parallelen Bundesparteitage beider Parteien im März 2007 in Dortmund einzureichen. Die Linkspartei.PDS kam der WASG insbesondere in zwei Punkten entgegen: in der starken Überrepräsentation der West-Delegierten auf den Parteitag der neuen Partei in den Jahren 2008 bis 2012 und in der Frage der Trennung von Amt und Mandat, sodass künftige Bundes- und Landesvorstände der neuen Partei maximal zur Hälfte mit Minister*innen oder Abgeordneten besetzt werden durften.¹²³

In Dortmund traten am 24. und 25. März 2007 die jeweils rund 400 Delegierten von Linkspartei.PDS und WASG zu getrennten Parteitag zusammen. Die Basisvertreter*innen beider Parteien beschlossen jeweils mit der nötigen Zweidrittelmehrheit die «Programmatischen Eckpunkte», die Bundessatzung, die Finanz- und die Schiedsordnung. Für den Verschmelzungsvertrag von WASG und Linkspartei.PDS¹²⁴ stimmten 96,9 Prozent der Delegierten der Linkspartei.PDS¹²⁵ und 86,7 Prozent der WASG-Delegierten.¹²⁶ Im Ergebnis der anschließenden, bis Mitte Mai 2007

laufenden Urabstimmungen in beiden Parteien votierten 96,9 Prozent der Mitglieder der Linkspartei.PDS (Beteiligung: 82,6 Prozent) und 83,9 Prozent der WASG-Mitglieder (Beteiligung: 49,8 Prozent) für die Gründung der Partei DIE LINKE.¹²⁷ Linkspartei.PDS und WASG ebneten damit den Weg für die neue linke Partei. Das Abstimmungsergebnis bei der WASG signalisierte aber auch die Unzufriedenheit vor allem mit dem Verlauf des Fusionsprozesses.

Erfolgreiche gemeinsame Aktionen von WASG und Linkspartei.PDS unterfütterten den Parteien-Fusionsprozess. Zu diesen Aktionen gehörten insbesondere die am 1. Mai 2006 gestartete bundesweite Mindestlohnkampagne, die Kampagne «NO G8 – Menschen vor Profite» gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern und der gemeinsame Wahlkampf beider Parteien zur Bürgerschaftswahl in Bremen 2007.¹²⁸ Diese Kämpfe bündelten die Kräfte, boten Orientierung und erwiesen sich als Fahne, um die sich die Akteur*innen versammelten.

Die «Programmatischen Eckpunkte» als programmatischer Gründungskonsens der Partei DIE LINKE

Die «Programmatischen Eckpunkte» der Partei DIE LINKE, die – wie oben ausgeführt – bereits vor dem Gründungsparteitag auf getrennten Parteitagungen von Linkspartei.PDS und WASG im März 2007 in Dortmund beschlossen worden waren, nahmen die juristische Rolle des für eine Partei gesetzlich vorgeschriebenen Parteiprogramms bis zur Verabschiedung des «Erfurter Programms» der LINKEN im Oktober 2011 ein, stellten aber inhaltlich nur ein, wenn auch umfangreiches, programmatisches Papier dar. Diese «Eckpunkte» bildeten die politisch-programmatische Grundlage für die Arbeit der neuen Organisation über die gesamte Zeit der Parteigeschichte hinweg, die in dieser Broschüre verhandelt wird. Das Dokument enthält wichtige Grundpositionen und Eckpunkte der Politik der LINKEN und propagiert als Alternative zur herrschenden Politik «soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus».¹²⁹

Die Parteigründer*innen formulierten in den «Eckpunkten» einen hehren Anspruch: «Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.»¹³⁰ Sie erklärten sich als Teil der europäischen Linken, der sozialen und der Friedensbewegungen. Und sie versprachen: «Wir werden unterschiedliche Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden.»¹³¹

In dem Dokument heißt es: «Unsere Partei erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel. Dazu brauchen wir die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der Geschichte linker Praxis in der DDR und der BRD. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter.»¹³² Es

wird betont: «Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.»¹³³

Die «Eckpunkte» betonten den Willen, Grundideen alternativer Politik zusammenzuführen. Der im Gründungsprogramm der WASG formulierte Ausgangspunkt war der Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte, für eine gerechte Verteilung der Arbeit in einer humanisierten Arbeitswelt und für einen erneuerten solidarischen Sozialstaat. «Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.»¹³⁴ Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität seien die grundlegenden Wertorientierungen der neuen Partei. Diese Wertorientierungen seien untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. «Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.»¹³⁵ DIE LINKE leite ihr politisches Handeln aus dem Zusammenhang von Ziel, Weg und grundlegenden Wertorientierungen ab: «Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.»¹³⁶

Unter den strategischen Zielen der neuen LINKEN wurde ein Dreisatz aus gesellschaftlichem Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltungsanspruch formuliert: «DIE LINKE wird gesellschaftlichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen und die Entwicklung von Reformalternativen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen. Keiner dieser drei Aspekte darf zugunsten der anderen Aspekte vernachlässigt werden.»¹³⁷

Konkret wandten sich die «Eckpunkte» gegen eine Verlängerung von Arbeitszeiten und forderten vielmehr ihre Verkürzung als Grundlage einer neuen Verteilung von Erwerbsarbeit. Sie verlangten die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch ökologischen und sozialen Umbau, durch darauf konzentrierte öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme und durch die Förderung technologischer Innovationen im Bereich Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien. Sie traten für öffentlich geförderte und gestaltete Beschäftigungssektoren, für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, für einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe und für die Durchsetzung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses auf der Basis der vollen sozialen Absicherung aller

Beschäftigungsverhältnisse und der Humanisierung der Arbeit, der Tarifautonomie und der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, eines hohen Kündigungsschutzes und starker Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten sowie der Angleichung der Löhne von Frauen an die der Männer ein.¹³⁸

In dem Dokument wurde das Bestreben bekräftigt, für die Demokratisierung sozialer Sicherungssysteme, für die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung, für eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen und für die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung (bei schrittweiser Einbeziehung der Angehörigen aller Berufsgruppen) einzutreten. Die «Eckpunkte» setzten sich für eine Demokratisierung der Demokratie und insbesondere für Wirtschaftsdemokratie ein, um die Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht zu demokratisieren. Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie von Vertreter*innen der Regionen und Verbraucher*innen sollte die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden. Einen herausgehobenen Stellenwert hatte nicht zuletzt die Forderung nach Überwindung der Hartz-Gesetze: «Hartz IV muss weg!»¹³⁹

Zur Finanzierung ihrer sozialen und investiven Vorhaben verlangte die neue Partei in ihren «Eckpunkten» eine gerechte Steuerpolitik. Konzerne und andere profitable Unternehmen müssten wieder deutlich mehr Steuern zahlen: durch Wiedererhebung der Vermögenssteuer, durch Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Erbschaften, durch Schließung von Steuerschlupflöchern, durch Besteuerung von Veräußerungsgewinnen beim Verkauf von Wertpapieren und Immobilien ohne Spekulationsfristen und durch Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer auf mindestens 50 Prozent. Wirtschaftskriminalität müsse entschiedener bekämpft werden. Notwendig sei eine Steuer- und Finanzreform, mit der die Länder und Kommunen mit den notwendigen Mitteln für eine nachhaltige Entwicklung ausgestattet werden können.¹⁴⁰

Zur umstrittenen Frage von Regierungsbeteiligungen hielten die «Programatischen Eckpunkte» fest: Sie seien für DIE LINKE «ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind und wenn DIE LINKE sich mit alternativen linken Projekten öffentlich erkennbar profiliert». Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen seien die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung sowie die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben. Regierungsbeteiligungen müssten die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines Politikwechsels fördern. DIE LINKE werde aber nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen. Öffentliche Daseinsvorsorge dürfe nicht privatisiert werden. DIE LINKE werde in Regierungen dafür eintreten, öffentliche Dienstleistungen für Bürger*innen nicht durch Personalabbau zu verschlechtern. Kürzungen sozialer Leistungen müssten nach Kräften verhindert werden. DIE LINKE sei – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert sei

und gesellschaftliche Unterstützung erfahre. Linke Politik brauche treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung.¹⁴¹

Auf außenpolitischem Gebiet trat die neue Partei für zivile Konfliktvorbeugung und -lösung als Alternative zu Kriegeinsätzen ein und wollte Militärbündnisse wie die Nato «überwinden». Deutsche und europäische Außenpolitik müsse Friedenspolitik werden: «Unsere Außen- und Friedenspolitik hat ihre Grundlage im Völkerrecht, strebt nach globaler Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte, verlangt Abrüstung und das weltweite Verbot von Massenvernichtungswaffen»,¹⁴² wurde in dem Dokument erklärt. Die Bundeswehr dürfe nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden. Zur strittigen Beteiligung Deutschlands an internationalen Militäreinsätzen mit UN-Mandat heißt es wörtlich: «Aufgrund vielfältiger Erfahrungen ist die Frage, ob internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN – wenn es sich um Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta handelt – unter den gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr in eine friedliche Entwicklung beitragen, zu verneinen.»¹⁴³

Am Ende der «Programmatischen Eckpunkte» wurden zehn Punkte als Anregung für die kommenden Debatten zur Programmatik der neuen Partei benannt. Dazu gehören das Verhältnis von Zivilgesellschaft, Marktregulation, nationalem Sozialstaat und internationalen Institutionen, die Frage bedarfsorientierte soziale Grundsicherung oder bedingungsloses individuelles Grundeinkommen, das Verhältnis von sozialen und individuellen Bürgerrechten und nicht zuletzt die Frage nach Möglichkeiten und Instrumenten einer Demokratisierung der Wirtschaft und der Unterwerfung der Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien:¹⁴⁴ «Inwieweit müssen dazu auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse aufgehoben werden?»¹⁴⁵ In aller Deutlichkeit war allerdings bereits an anderer Stelle der «Programmatischen Eckpunkte» formuliert worden: «Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist» (Karl Marx).¹⁴⁶

Aufgrund der Zusammensetzung der Programmgruppe stellten die «Programmatischen Eckpunkte» ein Kompromisspapier dar. Daher fanden auch überzogene, unrealistische Forderungen Eingang wie diejenige, das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre (ohne Abschläge) herabzusetzen. Andere Positionen blieben nebulös wie diejenigen zur Wirtschaftsdemokratie oder wurden nicht durchdekliniert. Offen blieb die Frage der Alternativen zu kapitalistischen Eigentumsverhältnissen einerseits und den «schwerfälligen Planwirtschaften des Staatssozialismus» andererseits.

Der Politikwissenschaftler Horst Dietzel, lange Jahre Mitglied der Grundsatzkommission der PDS, resümierte 2007 den Verlauf der programmatischen Diskussion auf dem Weg zur neuen Partei und innerhalb der neuen Partei wie folgt: «Zusammengefasst kann man zwei Tendenzen in der Programmentwicklung von der PDS hin zur neuen Linkspartei ableiten: Erstens ist die überwiegende Mehrheit der in den «Pro-

grammatischen Eckpunkten» enthaltenen Positionen ähnlich denen des Chemnitzer Programms der PDS. Zweitens war die PDS programmatisch in ihrer Geschichte auf wichtigen Politikfeldern auf dem Wege zu mehr Realismus. Mit dem Parteibildungsprozess entwickeln sich die programmatischen Positionen auf wichtigen Teilgebieten in Richtung traditionalistischer linker Positionen. Hier spiegeln solche Positionen die Verfasstheit der zusammenwachsenden neuen linken Partei auf Bundesebene wider, die deutlicher auf einen Protestkurs orientiert.»¹⁴⁷

Innerparteiliche Gruppierungen in der neuen LINKEN

Bereits im Vorfeld des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007 führten die Differenzen hinsichtlich der politischen Ausrichtung der neuen Partei (sollte sie mehr auf Sachpolitik oder mehr auf Protest setzen?) zur Konstituierung innerparteilicher *pressure groups* aus Mitgliedern sowohl der Linkspartei.PDS als auch der WASG. Dazu gehörten die Antikapitalistische Linke (AKL) um Sahra Wagenknecht, Ulla Jelpke, Cornelia Hirsch (alle drei Linkspartei.PDS), Thies Gleiss und Sabine Lösing (beide WASG), die sich im März 2006 formierte und in der neuen Partei antikapitalistische Positionen durchsetzen wollte, und die Sozialistische Linke (SL) um Ralf Krämer, Ulrike Zerhau, Christine Buchholz (alle drei WASG), Wolfgang Gehrcke und Ulla Lötzer (beide Linkspartei.PDS), die im August 2006 entstand. Im Jahr 2009 zählten die AKL 1.650 und die SL 655 Mitglieder bei rund 78.000 Parteimitgliedern insgesamt, doch waren von den 76 Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zwölf der AKL und 15 der SL zuzurechnen.¹⁴⁸ Die reformorientierten Kräfte in der Linkspartei.PDS um die Berliner «Regierungslinken» (Stefan Liebich, Harald Wolf, Klaus Lederer) hatten sich dagegen im Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) zusammengeschlossen.¹⁴⁹ Ende 2008 wurde die Mitgliederzahl des FDS mit 440 angegeben.¹⁵⁰ 2009 gehörten zwölf der 76 Bundestagsabgeordneten dem FDS an. Die genannten Strömungen verstanden sich offensichtlich weniger als Orte der aufeinander Bezug nehmenden Debatte denn als traditionelles Mittel zur innerparteilichen Macht-, Posten- und Einflussgenerierung.¹⁵¹

Die AKL beklagte, dass sich mit Akzeptanzgewinnen und Wahlerfolgen der PDS in der Partei ein politischer Flügel entwickelt habe, «der unberührt von programmatischen Festlegungen für eine Realpolitik zu stehen begann, die jener des neoliberalen Parteienkartells zusehends ähnlicher wurde».¹⁵² Dieser politische Flügel sei an den rot-roten Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin beteiligt, zu deren Repertoire Privatisierungen, Lohnkürzungen, die Entschädigung reicher Fondsbesitzer*innen aus Steuermitteln bei gleichzeitigen Verschlechterungen für finanziell Schlechtgestellte, schmerzhaftes Einschnitte bei Bildung und Kultur gehörten – vieles, wogegen die PDS auf Bundesebene opponierte. Eine solche Politik habe «zu einem scharfen Kontrast zwischen sozialistischem Programmanspruch auf der einen Seite und einer von Vertretern der PDS mitverantworteten Realpolitik [geführt; J. W.], die selbst elementaren Anforderungen einer sozialen Reformstrategie nicht

gerecht wurde und wird». ¹⁵³ Eine grundlegende Aufgabe sei es daher, «die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus wieder in die öffentliche Debatte zu bringen» und «die Orientierung auf eine sozialistische Perspektive möglich» zu machen. ¹⁵⁴

Die AKL stand politischen Kompromissen grundsätzlich kritisch gegenüber und hielt Regierungsbeteiligungen nur unter bestimmten Mindestbedingungen für tragbar, ¹⁵⁵ die so hoch angesetzt waren, dass sie auf die Verhinderung von Regierungsbeteiligungen hinausliefen. Das Problem Regierungsbeteiligung war allerdings nur die Spitze des Eisbergs, nämlich diejenige der Frage, ob die Partei überhaupt an politischer Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen sollte. «Dass Linke, um breite Bevölkerungskreise zu erreichen, mit realistischen Alternativen und mit Kompromissbereitschaft an der politischen Gestaltung der Verhältnisse teilnehmen müssen, ist für Teile der westdeutschen Linken immer noch unvorstellbar», ¹⁵⁶ schätzte der Bereich Strategie & Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE im April 2008 nüchtern ein.

Die Sozialistische Linke profilierte sich immer mehr als gewerkschaftlicher Flügel der neuen LINKEN. Sie teilte mit der AKL weitgehend die Positionen zu Regierungsbeteiligungen, zu Militäreinsätzen und zur Eigentumsfrage (wie der Ablehnung von Privatisierungen), jedoch nicht die DDR-Apologetik der Kommunistischen Plattform. Die SL sah sich in der «Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung» stehend und wollte an «linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen» anknüpfen. Sie entwickelte ihre politischen Positionen nach eigener Aussage auf der Basis einer «marxistische[n] Gesellschaftsanalyse und Strategiediskussion» und vertrat «links-keynesianische Positionen alternativer Wirtschaftspolitik». ¹⁵⁷ Im Dezember 2007 erklärte die SL: «Wir verstehen uns als die gewerkschaftlich orientierte Strömung in der Linken, kritisch, zugleich realistisch und radikal, klassen-, bündnis- und bewegungsorientiert.» ¹⁵⁸

Die SL forderte, DIE LINKE müsse glaubwürdig sein. Ihr politisches Handeln müsse auf allen Ebenen mit den proklamierten Zielsetzungen und Ansprüchen übereinstimmen. «Eine Politik der Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst – wie in Berlin – führt zur Schwächung der Linken und zur Entfremdung von der Bevölkerung.» Regierungsbeteiligungen der LINKEN seien dann sinnvoll, wenn sie «reale Verbesserungen durchsetzen und unseren programmatischen Zielen nicht widersprechen, die Kräfte der Linken und der Bewegungen stärken und unsere Gegner zurückdrängen. Sie sind also weder pauschal abzulehnen noch unbedingt anzustreben, sondern konkret unter den jeweiligen Bedingungen zu diskutieren und an Kriterien zu binden.» ¹⁵⁹ Fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen könnten nach Überzeugung der SL heute nur in einem Wechselspiel politisch-parlamentarischer Kräfte und außerparlamentarischer sozialer Bewegungen durchgesetzt werden, wobei die Gewerkschaften am wichtigsten seien. ¹⁶⁰ Die SL warnte in ihrem Manifest «Realistisch und radikal!» vom August 2006, die Debatte um die Utopie einer nicht kapitalistisch bestimmten

Gesellschaft dürfe «nicht den Kampf für die Verbesserung der Alltagsbedingungen im Hier und Jetzt in den Hintergrund treten lassen. Die Menschen brauchen und wollen eine Politik, die von ihren unmittelbaren Interessen ausgeht und aktuelle umsetzbare Konzepte anbietet.»¹⁶¹

Das Forum Demokratischer Sozialismus hatte sich auf dem PDS-Parteitag 2002 in Gera gegründet und sich Anfang 2007 im Vorfeld der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS neu formiert. Es hatte sich mit der Parteineubildung die Aufgabe gestellt, «die reformpolitische und kulturelle Substanz der PDS, ihre programmatische Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus und ihre umfassend kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte in der neuen Partei zu bewahren und zur Geltung zu bringen».¹⁶² Das FDS betonte in seiner Gründungserklärung vom 8. Februar 2007, sich für die Transformation der bestehenden Gesellschaft einzusetzen und «am demokratischen Sozialismus als Bewegung, als Ziel und als Wertesystem» festzuhalten. Es bestimmte als Orientierungsrahmen für sein Handeln ein «strategisches Dreieck»: «Zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinausweisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen spannt sich [...] der politische Raum auf, in dem sich die Partei erfolgreich bewegen kann.» Politisches Handeln einer demokratisch-sozialistischen, einer linken Partei müsse eine produktive Balance zwischen diesen drei Elementen herstellen. Das Forum trat in seiner Gründungserklärung dafür ein, «dass der Demokratische Sozialismus in der neuen Linkspartei mehrheitsfähig wird».¹⁶³

Das FDS erklärte, einmal errungene demokratische Standards dürften nicht zur Disposition gestellt werden. Es wollte «das Profil [der LINKEN; J. W.] als sozialistische Bürgerrechtspartei schärfen»¹⁶⁴ und wandte sich gegen eine Trennung von sozialen Menschenrechten einerseits und individuellen Bürgerrechten andererseits. Die einseitige Betonung der einen oder der anderen Seite, die Vernachlässigung oder gar Preisgabe des einen zugunsten des anderen würde gerade nicht zu einer zukunftsfähigen, sozial gerechten Gesellschaft führen. «Die feste Absicht, soziale Menschenrechte und individuelle Freiheitsrechte zusammenzubringen und so eine zukünftige Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit zu ermöglichen, hat uns in der Partei des Demokratischen Sozialismus zusammengeführt und uns den Weg zu einer neuen, größeren Linkspartei in Deutschland einschlagen lassen.»¹⁶⁵

«Flügel schlagen auch nach der Fusion» titelte die Tageszeitung *Neues Deutschland* schon wenige Tage nach dem Gründungsparteitag. Dabei ging es insbesondere um UN-mandatierte Militäreinsätze und um die Frage von Regierungsbeteiligungen. Die AKL erblickte beim FDS Versuche, das Nein zu UN-mandatierten Militäreinsätzen «auszuhebeln, um sich als williger Koalitionspartner im Bund zu präsentieren». Auch Ralf Krämer, Vorstandsmitglied und einer der Sprecher der SL, kritisierte, das Forum Demokratischer Sozialismus profilieren sich aktuell damit, «die bisherige Ablehnung der Linken gegenüber Militäreinsätzen der Bundeswehr infrage zu stellen». Das FDS hielt dagegen: Man halte solche Einsätze auch für falsch, «wenn zivile Maßnahmen

der Konfliktlösung ungenutzt bleiben». Doch die Debatte darüber wolle man sich nicht verbieten lassen. Eine Diskussion darüber, «wann die Nutzung des Gewaltmonopols der UNO ein sinnvolles Instrument ist», müsse auch in der Partei DIE LINKE «möglich sein». ¹⁶⁶

Die AKL forderte in einer Erklärung vom neuen Parteivorstand, dieser solle sich nicht mehr wie das Vorgängergremium der alten Linkspartei.PDS «mit Erklärungen wie «Rot-rot hat eine Zukunft» hinter eine Politik» stellen, die «einer klaren und offensiven Oppositionsstrategie» der neuen Linkspartei entgegenstehen würde. Oskar Lafontaine habe mit der Ansage, «die Linke muss die Systemfrage stellen», die richtige Richtung vorgegeben. Ähnlich monierte Krämer für die SL, das FDS setze «zu einseitig auf parlamentarische Arbeit und Bündnisbildung». Stefan Liebich, ehemaliger Berliner PDS-Landesvorsitzender und Initiator des FDS, erklärte dagegen, das Forum setze sich dafür ein, «dass die neue Partei mehr wird als eine Sammlungsbewegung, die gegen den Kapitalismus kämpft». Es sei «keine konsequent linke Politik», hieß es in einer FDS-Erklärung, wenn man «die schrittweise Veränderung der Gesellschaft auf der Basis stabiler demokratischer Mehrheiten nicht mit einschließt». Ralf Krämer sah aber auch zu Recht kritisch, dass sich die AKL zu sehr darauf konzentriere, «ihre grundsätzlich oppositionelle Haltung zum Ausdruck zu bringen», dass sie aber keine realisierbaren Alternativen im Angebot habe. ¹⁶⁷

Neben AKL, SL und FDS blieb auch die Kommunistische Plattform aktiv, die sich personell zum Teil mit der AKL überschneidet. So gehörte Sahra Wagenknecht als Frontfrau der KPF zu den Initiator*innen der AKL. Die KPF vertrat ein «avantgardistisches» Parteimodell und betonte: «Wir halten Kapitalismus letztlich für nicht reformierbar.» ¹⁶⁸ Die KPF spielte in der neuen LINKEN allerdings eine geringere Rolle als in der PDS der 1990er-Jahre. Im Februar 2008 gehörten der Plattform offiziell 842 Mitglieder an. ¹⁶⁹ Von untergeordneter Bedeutung waren in der neuen Partei die ebenfalls schon zu PDS-Zeiten gegründeten *pressure groups* Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog mit 122 Mitgliedern ¹⁷⁰ und Marxistisches Forum mit etwa 180 eingeschriebenen Mitgliedern. ¹⁷¹ Das Marxistische Forum hielt an der vom Leben längst überholten Parteikonzeption Lenins fest. Ingo Wagner, einer seiner Wortführer, schrieb 2007, «ein wirklich antikapitalistischer Neuanfang ist ohne eine marxistische Partei zeitgemäßen Leninschen Zuschnitts nicht möglich. *Es gilt heute mehr denn je, daß die marxistische Linke eine revolutionäre Partei benötigt, die den Kampf um Gesellschaftsveränderung – letztlich um sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft – begreift und führt.* [Herv. i. O.] Sonst bleibt die soziale Bewegung ein Spielball in der Hand der Herrschenden.» ¹⁷²

Trotzkistische Kräfte waren sowohl an der Gründung der AKL (Thies Gleiss) als auch an der SL (Christine Buchholz) beteiligt. Mitglieder der formal am 1. September 2007 aufgelösten trotzkistischen Organisation Linksruck gründeten einen Tag später das Netzwerk Marx21, das ebenfalls innerhalb der LINKEN agierte. In ihm war neben Janine Wissler, später Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag,

und Nicole Gohlke, die auf dem Gründungsparteitag des bayerischen Landesverbands der LINKEN am 15. September 2007 in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt worden war, wiederum Christine Buchholz aktiv.¹⁷³ Spätestens seit September 2008 organisierte sich auch die trotzkistische Gruppierung Sozialistische Alternative (SAV), die mit ihrer Gallionsfigur Lucy Redler schon in der WASG operierte, sowohl in West- als auch in Ostdeutschland mit ihren rund 400 Mitgliedern (2009) innerhalb der Partei DIE LINKE.¹⁷⁴

Schließlich gehörte zum Spektrum der innerparteilichen Gruppierungen noch die Emanzipatorische Linke (Ema.Li), die eine Mittelstellung zwischen dem reformorientiert-pragmatischen Lager einerseits und dem in sich differenzierten sozialistisch/antikapitalistisch/kommunistischen Lager andererseits einnahm.¹⁷⁵ Die Gruppierung Ema.Li trat Ende April 2006 mit einem Positionspapier an die Öffentlichkeit, konstituierte sich formal aber erst am 23. Mai 2009 als Strömung innerhalb der Partei. Die Autorinnen dieses Positionspapiers, Julia Bonk (MdL Sachsen), Katja Kipping (stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS) und Caren Lay (Vizevorsitzende der Linksfraktion im Sächsischen Landtag), vertraten gesellschaftsliberale, radikal-demokratische und emanzipatorische Standpunkte und thematisierten insbesondere die Bedingungen einer veränderten Arbeitswelt, zu denen ein bedingungsloses Grundeinkommen gehörte. Es gehe ihnen darum, «Freiheit und Selbstbestimmung ebenso wie Solidarität als grundlegende Motive linker Politik zu etablieren». Die neue LINKE müsse sowohl um die gemeinschaftliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel als auch über die Verfügungsgewalt über das eigene Leben kämpfen. «Ansatz und Ziel unseres emanzipatorischen Denkens ist Freiheit von sozialer Repression und die Freiheit, einen Lebensentwurf selbst wählen und gestalten zu können.» Und: «Wir lehnen jeglichen Zwang zur Arbeit ab. Das Recht und die Freiheit, seinen Arbeitsplatz selbst aussuchen zu können, ist eines der fundamentalen Grundrechte, die wir als Linke verteidigen müssen.»¹⁷⁶ In diesem Sinne stritt Ema.Li für «eine emanzipatorische Ausrichtung der Sozialpolitik der LINKEN».¹⁷⁷

Der Sozialwissenschaftler Benjamin-Immanuel Hoff schrieb zum Hintergrund der Bildung innerparteilicher Strömungen und Gruppierungen, dass im Zuge der Fusion von PDS bzw. Linkspartei.PDS zwei konträre Politikkonzepte aufeinandertrafen: «die politische Praxis der PDS, die auf politische Anerkennung, Teilhabe und Verankerung im Parteienwettbewerb orientierte und die Regierungsbeteiligungen dafür als unverzichtbares Instrument erachtete, einerseits und die akkumulierten Enttäuschungserfahrungen der WASG-Akteure, die gerade aus der SPD-Regierungspolitik resultierten, andererseits». Im Koordinatensystem der aus der SPD stammenden WASG-Akteur*innen hätten die PDS-Reformer*innen genau denjenigen Typus pragmatischer Regierungspolitik repräsentiert oder ihm zumindest auf starke Weise geähnelt, der in den Jahren 1998 bis 2005 die SPD-Führung dominierte. «So falsch die Annahme war, so logisch war sie dennoch.» Wenn man einmal davon absehe, dass diese Wahrnehmung und nicht selten laut geäußerte Kritik an den PDS-Reformer*innen

von denen als erneute westdeutsche Ausgrenzung wahrgenommen worden sei, hätten umgekehrt auch die PDS-Reformer*innen mit der WASG gefremdet. «Deren fundamentale Kritik an der SPD wurde als gefährlich im Hinblick auf die angestrebten politischen Bündnisse in den ostdeutschen Ländern wahrgenommen, zumal der nach 2003 wenn nicht überwundene, aber doch zumindest ruhiggestellte Konflikt um die Frage, ob die PDS regieren dürfe, erneut in Schärfe aufgenommen wurde und die Fronten entlang der Scheidelinie frühere WASG sowie vormals PDS-Reformer*innen verliefen.»¹⁷⁸

Insgesamt darf man in dieser Zeit von latenten Spannungen zwischen einer Vielzahl innerparteilicher Gruppen ausgehen, «die allesamt um die programmatische Deutungshoheit in der Partei konkurrierten».¹⁷⁹ Die Strömungen, Tendenzen und Minigruppen waren Bestandteil einer politischen Topografie der LINKEN, so der Parteienforscher Gero Neugebauer in Anlehnung an die Journalisten Wolfgang Hübner und Tom Strohschneider, die von drei «Kontinenten» geprägt wurde: der «ParteiLinken», den «strategischen Populisten» und der «RegierungsLinken». «Die innerparteiliche Grenze verläuft vor allem zwischen den ersten beiden und der pragmatischeren «RegierungsLinken», analysierte Neugebauer.¹⁸⁰

Von Anfang an regte sich in der neuen Partei Kritik am populistischen Kurs Oskar Lafontaines, auf blanken Protest zu setzen, ein Feindbild SPD zu pflegen und ein Schwarz-Weiß-Denken zu befördern. «Die Reformer in Ostdeutschland befürchteten, dass die orthodoxe Linke und Ex-SPD-Gewerkschaftsaktivisten von der WASG die Linke auf einen unnachgiebigen, oppositionellen Weg bringen und damit die jüngsten PDS-Reformen rückgängig machen würden», schrieb der US-amerikanische Politikwissenschaftler David F. Patton.¹⁸¹

Die stellvertretende Vorsitzende der LINKEN, Katina Schubert, sagte in diesem Sinne: «Mir reicht es nicht, wenn wir eine reine Protestpartei sind, die Linke muss umsetzbare politische Konzepte auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen aufzeigen. Hier reichen die sozialdemokratischen Antworten aus den siebziger Jahren nicht aus. Sie greifen nach meiner Vorstellung zu kurz für eine moderne linke Politik.» Schubert beklagte den Einzug eines Politikstils in der LINKEN, der einfache Antworten auf komplizierte Sachverhalte gebe. Im April 2008 sagte sie in einem Interview: «Lafontaine fährt einen Kurs der Stimmenmaximierung, und das mit großem Erfolg. Wir können uns aber auch totsiegen. Es genügt auf Dauer einfach nicht, populäre Forderungen zu propagieren, jedoch wenig konkrete Politikangebote zu unterbreiten.» Die Politikerin demonstrierte das am Beispiel Afghanistan. Sie sei unbedingt für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, «aber wir müssen auch sagen können, wie es danach in dem Land weitergehen soll».¹⁸²

Auch der Europapolitiker André Brie sah das Agieren Lafontaines kritisch: «Wir stellen Forderungen und denken zu wenig darüber nach, welche realistischen Lösungsmöglichkeiten es gibt. Wir sind in der Gefahr, eine reine Protestpartei zu werden.» Man könne nicht das Schwarz-Weiß-Denken des US-Präsidenten George Bush

kritisieren und es selbst praktizieren. Oskar Lafontaine sei nach seinem Bruch mit der SPD psychologisch in einer schwierigen Situation. «Aber er kann nicht die gesamte Linkspartei in eine radikale Feindschaft zur SPD führen, nur weil er selbst diesen Bruch schwer verarbeiten kann. In der Perspektive müssen wir das Land gemeinsam mit der SPD verändern.»¹⁸³

Zu einer modernen Linken gehöre nach Auffassung von André Brie ein Internationalismus mit einer aktiven proeuropäischen Haltung: «Wir Linke haben Europa zu verteidigen und müssen uns für die weitere Integration einsetzen.» Doch in der LINKEN gebe es beträchtliche Kräfte, «die der Versuchung unterliegen, sich in die Idylle zurückzuziehen, die scheinbare Idylle der Renationalisierung, des Nationalstaats. Das ist völlig illusionär, aber trotzdem kreuzgefährlich.» Brie konstatierte, dass es noch offen sei, ob die neue LINKE dieser Gesellschaft nur mit den Konzepten der alten Sozialdemokratie begegnet oder auch politisch durchsetzbare Politikangebote macht: «Der Charakter der neuen Linken ist noch ungeklärt.»¹⁸⁴

Ähnliche Sorgen trieben auch das Vorstandsmitglied der LINKEN Jan Korte um: «Wir bereiten uns zu wenig vor auf die Debatten, die jetzt kommen: Man wird uns auch inhaltlich stärker stellen.»¹⁸⁵ Auch führende Mitglieder der Berliner LINKEN warnten die Bundesspitze davor, der Partei DIE LINKE eine reine Protestrolle zuzuweisen.¹⁸⁶ Christine Ostrowski, langjährige PDS-Funktionärin und Bundestagsabgeordnete ihrer Partei aus Sachsen, verließ Anfang 2008 DIE LINKE, weil sie dort «prinzipielle Postulate, fundamentalistische Phrasen, oberflächliche Sprüche und verbale Kraftmeierei an die Stelle konkreter politischer Arbeit»¹⁸⁷ treten sah. Umgekehrt bemängelte Oskar Lafontaine in internen Unterhaltungen, es gebe unter den ostdeutschen Mitgliedern der LINKEN auch «rechte Sozialdemokraten».¹⁸⁸

Gregor Gysi berichtete in seiner Autobiografie, dass die Widersprüche in der Bundestagsfraktion der LINKEN zunahmen: «Es gab Widersprüche zwischen Ost und West; wer aus Gewerkschaftsfunktionen kam, brachte ebenfalls eine eigene Denkweise mit, die nicht von allen geteilt wurde. Und dann gab es jene, die Linksein an eine gewisse Radikalität binden, die mitunter einfach nur Enge bedeutete – diese gesetzt gegen die sogenannten Reformer.» Oskar Lafontaine hatte zunächst auf Zustimmung im Osten gesetzt, wurde dort aber eher kühl empfangen. Seine Enttäuschung habe sich ein Ventil gesucht: «Schritt für Schritt wandte er sich den radikaler Denkenden aus den alten Bundesländern zu. Dort musste er sich zum Teil auch Anschauungen beugen, die er nicht teilte. So geriet auch ich in eine schwierige Vermittlersituation. Wir stolperten und tasteten uns durch ein immer größer werdendes Widerspruchsfeld.»¹⁸⁹

Vom Gründungsparteitag 2007 zum 1. Parteitag der LINKEN 2008

Doch zunächst herrschte nach dem Vereinigungsparteitag die Euphorie des Aufbruchs. Der LINKEN gelang es, ihre Position im Parteienwettbewerb schnell auszubauen. Zwar verlor die Partei im Osten weiter an Mitgliedern, doch die westdeutschen Landesverbände gewannen rasch neue Mitglieder. Sie verbesserten dadurch und

durch Wahlerfolge ihre Möglichkeiten, politisch zu arbeiten. Sie entfalteten Organisationsstrukturen und stärkten ihre gesellschaftliche Verankerung durch den Ausbau ihrer Kontakte zu den DGB-Gewerkschaften und zu den neuen sozialen und demokratischen Bewegungen.¹⁹⁰ Im Juli 2007 traten 60 Gewerkschafter*innen – darunter viele Ex-Sozialdemokrat*innen und einige frühere Grüne – gemeinsam der Partei DIE LINKE bei. Die Betriebsrät*innen und Funktionär*innen wollten mit ihrem Aufruf unter der Überschrift «Jetzt geht es los!» jene zum gleichen Schritt animieren, «die mit Wut im Bauch noch abseits stehen».¹⁹¹

Schon in der ersten Woche nach dem Gründungsparteitag bekundeten rund 2.500 Frauen und Männer ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in der LINKEN.¹⁹² Hauptmotiv für den Eintritt in DIE LINKE war in den ersten drei Monaten nach dem Gründungsparteitag einer (nicht repräsentativen) Umfrage zufolge das Engagement der Partei für «soziale Gerechtigkeit» (44,3 Prozent). Es folgten die «Hoffnung auf eine neue Partei» (30,8 Prozent) und das Agieren der Partei in der Krieg/Frieden-Frage (9,5 Prozent).¹⁹³ Allein 2007 gewann dann DIE LINKE insgesamt 7.570 neue Mitglieder. Ende 2007 bestand die Partei damit zu über zehn Prozent aus neuen Mitgliedern, die nicht einer der beiden Quellparteien angehört hatten, sondern sich direkt für die neue LINKE entschieden. Dabei stammten 82,5 Prozent dieser neuen Mitglieder aus den alten Bundesländern.¹⁹⁴ Von Anfang Januar bis Ende September 2008 verzeichnete DIE LINKE 7.362 Eintritte und wuchs per Saldo um über 4.400 Mitglieder.¹⁹⁵ In manchen Gebietsorganisationen vervielfachten sich binnen kürzester Zeit die Mitgliederzahlen und drohten «die vorhandenen Parteistrukturen zu überfordern».¹⁹⁶

Georg Fülberth sah in all dem den Ausbau der Position der LINKEN als der «zweite[n] (neo)sozialdemokratische[n] Partei einer kapitalistischen deutschen Gesellschaft».¹⁹⁷ Oder mit den Worten der Sozialwissenschaftler Rainer Rilling und Christoph Spehr: «Das Gespenst eines neuen, schlagkräftigen Parteiprojekts links von SPD und Grünen ist aufgewacht und geht um.»¹⁹⁸ Das Gespenst war am 16. Juni 2007 Realität geworden.¹⁹⁹ Hans Modrow beschrieb allerdings rückblickend die Stimmung in der neuen Partei mit kritischen Worten: «[...] alle schwammen zu jener Fusionszeit auf einer Welle des Erfolges, den viele für unendlich hielten.» Er habe aber gelernt, «dass die Fortsetzung von Erfolgen ohne Analyse der Fehler nicht möglich ist. Analysiert aber wird in der LINKEN am allerwenigsten.»²⁰⁰

In der Zeit zwischen dem Gründungsparteitag im Juni 2007 und dem 1. Parteitag im Mai 2008 beteiligten sich die Mitglieder der LINKEN vor allem an vielfältigen friedenspolitischen, sozialpolitischen und demokratiepolitischen Demonstrationen, Veranstaltungen und anderen Aktionen. Die Parteiführung organisierte die innerparteiliche Arbeit und berief entsprechende Gremien. In der innerparteilichen Debatte ging es um die Ausrichtung der jungen Partei: Sollte sie mehr auf (kurzfristigen) Protest setzen oder (längerfristig) ein eigenständiges, unverwechselbares Reformprofil entwickeln? In der programmatischen Diskussion ging es zudem um das Verhältnis

der Partei zu Fragen der Globalisierung, der europäischen Integration und zur eigenen Geschichte. Verschiedene Konferenzen – so zur Energiepolitik, zu Ostdeutschland, zum demografischen Wandel, zur Bildungs- und zur Hochschulpolitik, zu Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder zur Kommunalpolitik – sollten die kommende Programmdebatte inhaltlich unterfüttern und Anregungen für die praktische Parlamentsarbeit geben. Die 2006 gestartete Mindestlohnkampagne wurde weitergeführt.

Am Antikriegstag am 1. September 2007 sammelten Parteimitglieder in Veranstaltungen und an Infoständen in vielen Städten – beispielsweise in Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern und in Emden in Niedersachsen – Unterschriften für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.²⁰¹ So baute DIE LINKE in Braunschweig beim Friedensfest ihren Stand auf dem Kohlmarkt auf.²⁰² Viele Mitglieder der LINKEN beteiligten sich am 15. September 2007 in Berlin an der rund 10.000 Teilnehmer*innen zählenden Demonstration gegen den Afghanistankrieg, zu der die Friedensbewegung bundesweit aufgerufen hatte. Sie forderten «Bundeswehr raus auf Afghanistan!» und wandten sich mit Transparenten «Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr».²⁰³ Am 24. September 2007 startete der Rostocker Kreisverband der Partei DIE LINKE eine Plakataktion gegen Faschismus und Krieg. Mit zwei Motiven – dem Slogan «Nazis raus aus den Köpfen» bzw. einer weißen Friedenstaube mit dem Aufruf zur Vernunft – warb der Verband für Toleranz und Frieden in der Stadt.²⁰⁴

Vom 21. bis zum 23. September 2007 erinnerten die Fraktion DIE LINKE im Bundestag und die Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament an den Internationalen Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart, der sich mit der Frage von Krieg und Frieden, mit der Auseinandersetzung mit dem Militarismus und der Frage des Kolonialismus beschäftigt hatte. Mit Konferenzen im Ratssaal des Stuttgarter Rathauses, einer Kundgebung auf dem Wilhelmplatz mit Francis Wurtz und Oskar Lafontaine und weiteren Veranstaltungen mit insgesamt mehreren Hundert Teilnehmer*innen zogen die Veranstalter*innen Parallelen zwischen dem historischen Ereignis vor 100 Jahren und aktuellen Zuständen und Erfordernissen. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke verwies auf einen Satz, den der belgische Sozialist Émile Vandervelde vor 100 Jahren geprägt hatte: «Über unsere Stellung zum Krieg und zum Militarismus konnte es Meinungsverschiedenheiten nicht geben, denn das wären Differenzen gewesen, die die Grundlagen des Sozialismus selbst berührt hätten.»²⁰⁵

In Karlsruhe und in vielen weiteren Städten standen die Mitglieder der LINKEN an Infoständen und informierten Interessierte über die «Neue». In Wolmirstedt in Sachsen-Anhalt und in anderen Orten hatten Mitglieder der Partei an Infoständen ein offenes Ohr für die Sorgen ihrer Mitbürger*innen.²⁰⁶ In Wiesbaden führte DIE LINKE am 19. September 2007 eine Aktion gegen den eklatanten Lehrstellenmangel durch. Die Landtagskandidat*innen der Partei, Janine Wissler und Hermann Schaus, entrollten am Hauptportal des Hessischen Landtags ein fünf Meter hohes Transparent mit der klaren Botschaft an die etablierten Landtagsparteien: «Schämt Euch. 18.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz! DIE LINKE. Landesverband Hessen».²⁰⁷

Ausdruck der engen Zusammenarbeit der LINKEN mit den sozialen Bewegungen war die Unterstützung der Partei für das 2. Sozialforum in Deutschland, das am 18. September 2007 in Cottbus stattfand.²⁰⁸ Am 22. September 2007 beteiligten sich Mitglieder der LINKEN an der 15.000 Teilnehmer*innen zählenden Demonstration in Berlin gegen die Einschränkung von sozialen und Bürgerrechten und protestierten mit einem Transparent «Gegen den Überwachungsstaat – [für] Freiheit und Sozialismus».²⁰⁹ Sowohl der Bundesvorstand als auch der Berliner Landesvorstand der LINKEN gehörten zu den Aufrufern der Demonstration.²¹⁰

Um die inhaltliche Arbeit der Partei zu organisieren, setzte der Parteivorstand eine Reihe Kommissionen und andere Gremien ein. So beschloss er am 25. August 2007 die Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und berief ihre Mitglieder. Die Kommission sollte an die bisherigen Erfahrungen der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS anknüpfen und sich neuen Anforderungen auf diesem Gebiet stellen.²¹¹ Ihre Aufgabe bestand darin, zum einen den Parteivorstand und die Mandatsträger*innen der Partei DIE LINKE sowie die parteinahen Bildungsvereine in historisch-politischen Fragen zu beraten und zum anderen mit Stellungnahmen und Diskussionsangeboten die Meinungsbildung zu historisch-politischen Themen unter Mitgliedern und Sympathisant*innen zu unterstützen.²¹² Der Parteivorstand bestimmte Jürgen Hofmann zum geschäftsführenden Sprecher und Daniela Fuchs und Klaus Kinner zu Sprecher*innen.²¹³

Die Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine beriefen einen neuen Ältestenrat und übertrugen dessen Leitung Hans Modrow.²¹⁴ Der Rat konstituierte sich am 12. Dezember 2007. Stefan Doernberg, Oskar Fischer, Edith Graw, Harald Neubert und Friedrich Wolff wurden zu Sprecher*innen des Ältestenrats bestimmt.²¹⁵ Zu seinen weiteren Mitgliedern wurden unter anderen Harry Czepuk, Erich Hahn, Heiner Halberstadt, Hans Lauter, Heinz Marohn, Edwin Schwertner, Margot Theben und Manfred Wekwerth berufen.²¹⁶ Lothar Bisky erklärte anlässlich der Konstituierung des Ältestenrats: «Der Ältestenrat ist ein Konsultationsgremium und wird sich schwerpunktmäßig zur Entwicklung der Partei, zu Bündnis- und internationalen Fragen, zur Geschichte der Linken und zu möglichen Konsequenzen für die sozialistische Programmatik verständigen.»²¹⁷

Am 25. Februar 2008 berief der Parteivorstand die Mitglieder der neuen Kommission Politische Bildung, die die politische Bildung für die Partei den aktuellen Anforderungen entsprechend konzipieren sollte. Neben den bewährten Kursen für Neumitglieder- und Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampf und Parteiorganisation gab es 2008 erstmals das Projekt «Systematische Grundlagenbildung».²¹⁸

DIE LINKE übte immer wieder den Schulterchluss mit den sozialen und ökologischen Bewegungen. Anfang Oktober 2007 beteiligte sich die Partei am Start der Volksinitiative für einen Ausstieg aus der Braunkohle. Umweltverbände, Die Grünen und DIE LINKE nahmen sich vor, bis Ende 2007 20.000 Unterschriften zu sammeln.

Das Ziel der Initiative bestand darin, zu erreichen, dass keine weiteren Tagebaue mehr genehmigt werden und Bürger*innen und Verbände ein Klagerecht bekommen.²¹⁹

Am 2. November 2007 führte DIE LINKE ihre erste Bürgermeisterkonferenz im Roten Rathaus in Berlin durch. Zu diesem Zeitpunkt bekleideten 256 Mitglieder oder Sympathisant*innen der Partei ein Amt in kommunalen Verwaltungen: 188 haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister*innen, zwei Landrätinnen und ein Landrat, vier Amtsleiter*innen und 61 haupt- und ehrenamtliche Beigeordnete.²²⁰ Vom 2. bis zum 4. November 2007 fand in Hamburg die Energiepolitische Konferenz der Partei DIE LINKE und ihrer Bundestagsfraktion mit 500 Teilnehmer*innen statt, die sich unter anderen mit den Themen «Energiepolitik und Klimawandel in Zeiten der Globalisierung» und «Energieversorgung der Zukunft und die Schaffung von Arbeitsplätzen» befasste.²²¹ Am 9. und 10. November 2007 beteiligten sich mehr als 150 Interessierte an der Konferenz der LINKEN zum Thema «Öffentliche Unternehmen stärken – Privatisierungen stoppen» in Hannover, auf der die Bedeutung öffentlicher Unternehmen für die kommunale Daseinsvorsorge und die demokratische Erneuerung hervorgehoben wurde.²²² Vom 23. bis zum 25. November 2007 debattierten 200 Bildungspolitiker*innen, Lehrer*innen, Schüler*innen und Elternvertreter*innen auf der Bildungspolitischen Konferenz der LINKEN in Hamburg über mehr Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung.²²³ Am 1. und 2. Dezember 2007 forderten in Leipzig Delegierte von 50 Hochschulgruppen auf dem Bundeskongress des Studierendenverbandes Die Linke.SDS einen hochschulpolitischen Kurswechsel weg von der Exzellenz für einen erlesenen Kreis von Studierenden hin zur Öffnung der Hochschulen und zur Qualifizierung in der Breite.²²⁴

Mitte Dezember 2007 publizierten Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine ein Papier, in dem sie eine positive Bilanz der rot-roten Berliner Landesregierung zogen. Offenbar war Lafontaine mit dem Blick auf aussichtsreiche Landtagswahlen insbesondere in Hessen von seinem bisherigen lautstarken Konfrontationskurs gegenüber den Berliner*innen abgerückt. Die drei Politiker schrieben: «Viel und oft wird über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Berliner Abgeordnetenhaus, über die Arbeit unserer Senatorinnen und unseres Senators in der neuen Legislaturperiode diskutiert, zum Teil auch berechtigt kritisch. Aber nach schweren Jahren konnte der Haushalt so weit saniert werden, dass für den Doppelhaushalt 2008/09 keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen, sogar mit der Schuldentilgung begonnen wird. Es gibt weitere Erfolge, die einmalig in Deutschland sind.»²²⁵

Im Folgenden listeten sie unter anderem auf, dass in Berlin ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für insgesamt 10.000 existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse aufgebaut werde (Bruttolohn: mindestens 1.300 Euro monatlich), dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge alle Unternehmen Tariflohn und mindestens einen Stundenlohn von 7,50 Euro zahlen müssten, dass Bürgerbegehren und Volksentscheide in die Berliner Landesverfassung aufgenommen würden und dass das kommunale Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt würde. Seit dem

1. Januar 2007 sei der Kita-Besuch für alle Kinder im letzten Jahr vor Schulbeginn beitragsfrei. Arbeitslosengeld-II-Bezieher*innen, Rentner*innen mit Grundsicherung, Aufstocker*innen, Sozialhilfeempfänger*innen und Asylbewerber*innen könnten mit dem Sozialticket zum halben Preis in Berlin mit Bus und Bahn fahren. Ab 1. Januar 2008 werde es eine Umweltzone geben, und im Koalitionsvertrag stehe, dass kein einziges Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert werden dürfe.²²⁶ «In einer Koalition sind Kompromisse nötig – aber auch für die SPD, der DIE LINKE manche Entscheidung abgerungen hat, die aus der Opposition heraus nie möglich gewesen wäre.»²²⁷

Um die Jahreswende 2007/08 entbrannte in der LINKEN eine Debatte über das Verhältnis der Partei zu Nation, Nationalstaat und Europäischer Union. Sichtbarer Auslöser war ein Artikel der Bundestagsabgeordneten Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke und Paul Schäfer.²²⁸ Die Autoren kritisierten die Globalisierung im Allgemeinen und die EU im Vergleich mit dem Nationalstaat im Besonderen: «Weder ist der Nationalstaat aus seinem Wesen her besonders reaktionär – wenn die Unterdrückungsform jedes Staates anerkannt wird – noch ist Europa vom Wesen der EU her besonders fortschrittlich.» Dehm, Gehrcke und Schäfer schlussfolgerten, «dass die Einzelstaaten auf längere Sicht die Hauptarena der sozialen und politischen Kämpfe bleiben werden». DIE LINKE müsse also für den Erhalt der nationalen Kompetenzen wirken, um den Sozialgedanken des Grundgesetzes erst in Deutschland umfassend wirksam werden zu lassen. Ihre Kritiker*innen interpretierten ihre These wohl zu Recht so, dass DIE LINKE auf die nationale Karte setzen sollte, wenn es machtpolitisch sinnvoll wäre.

Das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Stefan Liebich und der Politikwissenschaftler Gerry Woop, beide Vertreter des FDS, konterten völlig zu Recht, dass vollzogene wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verflechtungsprozesse in Europa durch DIE LINKE zur Kenntnis genommen werden müssten. Sie hielten den Rückzug auf die nationalstaatliche Ebene für einen Fehler und plädierten dafür, «dass DIE LINKE die Europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union auf gleichberechtigter, solidarischer, ziviler und demokratischer Grundlage befürwortet». Es gehe darum, «linke Politik im europäischen Rahmen zu gestalten».²²⁹ In einem weiteren Artikel argumentierten die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Jan Korte und Katja Kipping, der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer und Gerd Wiegel, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der LINKEN, zwar etwas anders, kamen aber ebenfalls zu dem Schluss, dass «eine Ausrichtung der Linken auf die Arena des Nationalstaates eine rückwärtsgewandte Lösung» sei. Da die Entwicklung der Produktivkräfte über den nationalen Rahmen hinausgegangen sei, «sollte die Linke nicht der Illusion einer Rückkehr zum rheinischen Kapitalismus oder eines deutschen Sozialismus anheimfallen».²³⁰ Leider konnte sich diese richtige Position in der LINKEN nicht durchsetzen, sondern blieb in der Minderheit.

Auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde wurde – wie alljährlich – am 13. Januar 2008 der ermordeten KPD-Mitbegründerin Rosa Luxemburg und des KPD-Mitbegründers Karl Liebknecht gedacht. Gegenüber dem Mahnmal für die beiden Sozialisten war 2006 ein Gedenkstein «Den Opfern des Stalinismus» errichtet worden, an dem die Spitzen der Berliner Linkspartei Nelken niederlegten. Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE hatte dazu aufgerufen, beim Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Abertausenden Linken nicht zu vergessen, die stalinistischen Verfolgungen zum Opfer gefallen waren. Darüber war Streit an der Basis der Linkspartei entbrannt, der sich in heftigen Diskussionen und Rangeleien am Gedenkstein fortsetzte, in dem seine Gegner*innen einen Kotau vor dem antikommunistischen Zeitgeist erblickten. In der Folge rissen einige von ihnen Blumen herunter und trampelten darauf herum.²³¹

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE befasste sich am 28. Januar 2008 mit diesen Vorgängen und veröffentlichte dazu eine Erklärung. Darin verurteilte er auf das Schärfste die tätlichen und für die Betroffenen beängstigenden Szenen auf der Gedenkstätte der Sozialisten, die sich am Stein «Den Opfern des Stalinismus» abgespielt hatten. DIE LINKE als neue Partei habe demokratische Grundpositionen und stehe zweifelsfrei in der Tradition vieler Menschen, die unter Stalin gelitten hatten und ermordet wurden. «Die Schändung der individuellen Ehrung am ‹Stein des Anstoßes› und die tätlichen Angriffe auf Mitglieder unserer Partei, die nach Karl und Rosa auch Hugo Eberlein, Carola Neher u. v. a. geehrt haben, sind nicht hinnehmbar. Sie zeigen, dass wir in der Partei eine kontinuierliche, ehrliche, die Partei übergreifende Geschichtsdebatte zu führen haben, was angesichts der bevorstehenden Jahrestage vor allem 2009 besonders wichtig wird. Unsere Geschichte dürfen wir nicht dem politischen Gegner zum Spielball gegen uns überlassen.» Der Parteivorstand lehnte in seiner Erklärung Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab und betonte: «Der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System gehört zum Gründungsverständnis der Partei DIE LINKE.»²³²

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag beteiligte sich mit einem eigenen Stand an der Internationalen Grünen Woche, die vom 18. bis zum 27. Januar 2008 in den Berliner Messehallen unter dem Funkturm stattfand. Ein roter Traktor am Messestand erwies sich als echter Eyecatcher und zog Besucher*innen aller Altersklassen an, die auch mal auf dem Fahrersitz Platz nehmen durften. Abgeordnete der LINKEN im Bundestag, in Landtagen und im Berliner Abgeordnetenhaus sowie Senator*innen führten Gespräche mit dem Messepublikum insbesondere zu den Themen fairer Handel – faire Löhne, Agro-Gentechnik, Verbraucherschutz/Verbrauchermacht und Tourismuspolitik der LINKEN.²³³

DIE LINKE engagierte sich aktiv beim Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Ob an der Großdemonstration am 22. Januar 2008 gegen die Schließung des Nokia-Werks in Bochum, zu der sich 15.000 Menschen versammelten, oder am Aktionstag am 10. Februar 2008, an dem mehr als 6.000 Menschen, Fackeln tragend, eine Kette

um das Nokia-Werk bildeten, – an allen Aktionen waren die Mitglieder des Kreisverbands Bochum der LINKEN und der anliegenden Kreise sowie Vertreter*innen der Landes- und der Bundespartei beteiligt. «Schluss mit der Willkür der Konzerne, wenn es um Menschen und Arbeitsplätze geht», hieß es auf einem Transparent des Kreisverbands Bochum der LINKEN. Eine Arbeitsgruppe druckte die auf der Landes-Homepage der Partei gesammelten 6.500 Unterschriften gegen die Werksschließung auf DIN-A4-Seiten aus, laminierte sie und präsentierte sie auf einer 50 Meter langen Wäscheleine entlang der Menschenkette.²³⁴ Für den 1. März 2008 lud die Fraktion DIE LINKE im Bundestag zu einer Konferenz ins Bochumer IG-Metall-Haus ein, um gemeinsam mit Beschäftigten, Gewerkschafter*innen, Wissenschaftler*innen und Kirchenvertreter*innen darüber zu diskutieren, wie der Arbeitsplatzvernichtung durch Verlagerung entgegengewirkt werden kann. «Nokia ist überall – was tun?» war das Motto der Konferenz, an der rund 200 Gewerkschafter*innen und Mitglieder der LINKEN teilnahmen. Die Partei DIE LINKE setzte dabei auf eine Gesetzesinitiative zur Verhinderung von Massenentlassungen sowie auf wirksame Arbeitskämpfe und forderte ein politisches Streikrecht.²³⁵

Am 24. Februar 2008 beschloss der Parteivorstand der LINKEN, den Vertrag von Lissabon – trotz einer Reihe positiver Veränderungen gegenüber dem Vertrag von Nizza – abzulehnen. Er kritisierte insbesondere (1) die Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, (2) die Grundausrichtung der EU an neoliberalen Politikmaßstäben, (3) eine EU der verstärkten Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsdienste und (4) das weiter bestehende Demokratiedefizit. DIE LINKE forderte (ebenso wie die Partei der Europäischen Linken) Volksabstimmungen über den Vertrag von Lissabon in allen EU-Ländern, möglichst am selben Tag.²³⁶ Bereits am 13. Dezember 2007 hatte die Partei DIE LINKE unter der Losung «Europa mitbestimmen, Referendum jetzt!» damit begonnen, Unterschriften für eine Volksabstimmung in Deutschland zum EU-Reformvertrag zu sammeln.²³⁷

Wie eine Reihe weiterer Europapolitiker*innen der LINKEN bedauerte Ralf Christoffers (MdL, Brandenburg) die sehr frühzeitige Festlegung von Teilen der Parteispitze auf die Ablehnung des Vertrags von Lissabon, denn eine wirkliche inhaltliche Diskussion über den Reformvertrag habe in der Partei «nicht zureichend stattgefunden». Bei aller Kritik an Einzelfragen könne man dem Vertrag auch zustimmen, da sich mit ihm «die Möglichkeiten für eine soziale und demokratische Entwicklung in Europa verbessern». Das betreffe das Mitspracherecht des Europäischen Parlaments, die definitive Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips, die Mitsprache der Länder und Kommunen bei Fragen der Regionalentwicklung oder der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht zuletzt die Sicherung der Stabilität in Europa. Mit dem Vertrag werde also «eine Reihe wesentlicher Fortschritte erreicht». Man könne den Vertrag beispielsweise wegen der faktischen Militarisierungspflicht ablehnen. Doch die Militarisierung der EU finde bereits auch ohne Reformvertrag statt. «Durch das Vorbehaltsrecht der na-

tionalen Parlamente bei Militäreinsätzen», so Christoffers, «könnte eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik ein Gegengewicht zu USA und NATO schaffen.»²³⁸

An den Ostermärschen im März 2008,²³⁹ bei denen mehrere Zehntausend Menschen in 80 Städten für Frieden und Abrüstung auf die Straße gingen, beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der Partei DIE LINKE – so mit Parteifahnen gut sichtbar am Ostermarsch Mainz-Wiesbaden. Vielerorts sammelten Friedensgruppen Unterschriften für einen Appell an den Bundestag, das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr nicht zu verlängern. DIE LINKE in Frankfurt am Main demonstrierte mit einem Transparent mit der Aufschrift «Ausreiseverbot für die Bundeswehr. Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze».²⁴⁰ Im brandenburgischen Fretzdorf kamen 5.000 Frauen und Männer, junge und alte, zum traditionellen Kundgebungsort auf dem Bombodrom, dem Truppenübungsplatz im Norden des Bundeslandes, um erneut für die ausschließlich friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide zu demonstrieren. Mit dabei waren auch Mitglieder der LINKEN und verlangten mit einem Transparent «Kein Bombodrom – nirgends». Deren Fraktionschefin im Brandenburger Landtag, Kerstin Kaiser, forderte, dass die Kyritz-Ruppiner Heide kein Übungsgebiet werden dürfe für das, was in Afghanistan und anderenorts Tod und Zerstörung bringe.²⁴¹

Auf einer mehr als 100 Teilnehmer*innen zählenden Konferenz diskutierten am 2. März 2008 Mitglieder der LINKEN und Gäste aus Verbänden und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen Positionen zum demografischen Wandel und die Konsequenzen daraus für die Partei DIE LINKE.²⁴² Am 25. und 26. April 2008 veranstaltete die Bundestagsfraktion DIE LINKE. in Dresden eine Ostdeutschland-Konferenz zu Entwicklungsproblemen und Zukunftschancen in den neuen Bundesländern und konnte dazu 160 Teilnehmer*innen begrüßen.²⁴³ Gregor Gysi attackierte den Ostbeauftragten der Bundesregierung, Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), als «Versager» und verlangte die Einrichtung eines eigenen, von anderen Ressorts getrennten Postens: «Wir brauchen einen gesonderten Ostbeauftragten, der allen auf die Nerven geht.»²⁴⁴ Mitglied des Bundestags (MdB) Roland Claus berichtete in einer Auswertung der Ostdeutschland-Konferenz Anfang Juni 2008, dass die Forderungen der Fraktion nach einer Ost-Quote für die Verteilung von Bundesmitteln und eine Gesetzesfolgenabschätzung als Ost-TÜV für die Bundesregierung bei den Konferenzteilnehmer*innen Unterstützung fanden. Er unterstrich, dass DIE LINKE den Osten in der Rolle eines zweifachen Vorreiters sehe: Zum einen zeichneten sich viele negative Entwicklungen in Ostdeutschland damals bereits auch in einigen westdeutschen Regionen ab und würden zukünftig in der ganzen Bundesrepublik relevant. Zum anderen seien daher gerade im Osten neue Lösungen erforderlich, die bald in ganz Deutschland helfen könnten. «Der Osten soll deswegen nicht mehr als Nachbau West, sondern positiv als Ort von Innovation und Neuanfang betrachtet werden.»²⁴⁵

Der Parteivorstand der LINKEN beschloss am 12. April 2008 ein «Zukunftsinvestitionsprogramm», das vorsah, jährlich 50 Milliarden Euro in die Bildung, in die Ge-

sundheitsversorgung, in den Umweltschutz, in die kommunale Daseinsvorsorge und in die öffentliche Beschäftigung zu stecken. Die Partei wollte damit mindestens eine Million tariflich bezahlter Arbeitsplätze und zusätzlich für Menschen mit besonders schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt 500.000 öffentlich finanzierte Beschäftigungsverhältnisse schaffen.²⁴⁶ Die Vorstellungen aus diesem Programm fanden sich dann auch im Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2009 wieder.

Kritik an diesem Zukunftsinvestitionsprogramm kam bereits im Vorfeld vor allem aus den ostdeutschen Landesverbänden, nachdem Ralf Krämer, Michael Schlecht und Axel Troost ihren entsprechenden Antragsentwurf vorgelegt hatten.²⁴⁷ Die finanzpolitischen Sprecher*innen der fünf ostdeutschen Landtagsfraktionen sowie die für Finanzen zuständige Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN Barbara Höll bescheinigten dem Zukunftsinvestitionsprogramm zwar viele interessante Anregungen, Analysen und konzeptionelle Ideen, doch stünden «für zusätzliche Ausgaben», wie im Konzept vorgesehen, «schlichtweg keine Finanzmittel zur Verfügung». Es wäre «zutiefst unseriös und politisch zudem außerordentlich gefährlich», wenn DIE LINKE zusätzliche neue Ausgaben beschließen würde, «ohne dass sie diese hinreichend konzeptionell mit zusätzlichen Einnahmen untersetzen kann».²⁴⁸

Matthias Höhn, 2005 bis 2012 Landesvorsitzender der Partei in Sachsen-Anhalt, Helmut Holter, von 1998 bis 2006 stellvertretender Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern, und andere forderten eine ausreichende finanzielle Untersetzung des Programms und erinnerten an die «ostdeutsche Erfahrung, dass selbst der Sozialismus gegenfinanziert sein will»,²⁴⁹ so Höhn. Es könne nur gerecht verteilt werden, «was vordem auch erwirtschaftet wurde», assistierte Helmut Holter. Er habe das Zukunftsinvestitionsprogramm auch deshalb kritisiert, «weil es sich da heraushält, wo es um die Produktivkraftentwicklung geht, wie Marx es nennen würde. Der Übergang von der Dienstleistungsgesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft gebietet geradezu, sich verstärkt den Bereichen Forschung und Entwicklung, neuen Technologien und Märkten zuzuwenden, und das alles unter der Bedingung von Existenz sichernder Arbeit.»²⁵⁰

Die Parteivorstandsmitglieder Ralf Krämer, Michael Schlecht und Axel Troost konterten, das Zukunftsinvestitionsprogramm der Partei DIE LINKE sei finanzierbar, wenn man es zu einem hegemonialen Projekt mache und die sozialen Bedürfnisse der Mehrheit der Bundesbürger*innen über Profitinteressen stelle. Nach Auffassung der drei Autoren sollten Reiche, Vermögende und finanzstarke Unternehmen zur Finanzierung des Programms mehr Steuern zahlen. Zudem kalkulierten sie erhebliche Selbstfinanzierungseffekte ein, die sich aus wachsenden Einkommen der abhängig Beschäftigten und sinkender Arbeitslosigkeit ergeben würden. Schließlich würde zumindest ein Teil der Einwände schlicht auf Missverständnissen beruhen. In Anbetracht der Kritik und der Vorbehalte hielten es die drei Autoren für sinnvoll, die Debatte weiterzuführen.²⁵¹

Aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung des Staates Israel hielt Gregor Gysi am 14. April 2008 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Rede, in der er Kritik am Antizionismus linker Kräfte übte, eine neue Solidarität mit Israel forderte und ausdrücklich Angela Merkels Satz vom Existenzrecht Israels als deutsche «Staatsräson» bekräftigte: «[...] das *Verhältnis* Deutschlands zum Staat Israel kann mit dem Stichwort «Solidarität mit Israel» gekennzeichnet werden und hat auch den Status einer Staatsräson.»²⁵² Gregor Gysi berichtete in seiner Autobiografie, dass diese Rede in Deutsch und Hebräisch gedruckt wurde: «In der Partei war das Echo darauf geteilt. Neben Zustimmung gab es auch harsche Reaktionen. Diese Rede hat in der Linkspartei das Diskussionsklima zu diesem Thema verändert. Das schien mir auch nötig.»²⁵³

Gregor Gysi nahm damit Bezug zur unübersichtlichen Gemengelage der Positionen in der LINKEN zum Nahostkonflikt mit ihren verschiedenartigen Facetten (Solidarität mit Israel, Bekenntnis zu seinem Existenzrecht, Antizionismus, Antisemitismus, unkritische Solidarität mit den von Israel unterdrückten Palästinenser*innen usw.). Leandros Fischer, Lehrbeauftragter am Centrum für Nah- und Mitteloststudien der Universität Marburg, kam in einer umfangreichen Studie zum Streit um den Nahostkonflikt in der Partei DIE LINKE zu der Auffassung, dass die innerparteiliche Debatte zum Israel-Palästina-Konflikt keineswegs eine Auseinandersetzung zwischen westlichen «fundamentalistischen» «Antiimperialisten» und östlichen «Reformern» oder «Antideutschen» war, wie mitunter kurzschlüssig unterstellt wurde. In Wahrheit hätte in beiden «Lagern» der Debatte eine Vielzahl von Variationen und Ambiguitäten geherrscht. Die existierende Vielzahl von Haltungen zum Nahostkonflikt innerhalb der LINKEN sei «nicht das Ergebnis eines Kausalzusammenhangs zwischen zwei oder mehreren Elementen, sondern in jedem Fall symptomatisch für eine jeweils spezifische Konstellation von politischen Sozialisationen und Werdegängen, von unterschiedlichen organisatorischen und institutionellen Anforderungen [...] und von unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen mit dem Nahostkonflikt sowie politischen Dispositionen».²⁵⁴

Ende April 2008 protestierte DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag bei einer Feierstunde zur Verabschiedung der 1. Panzerdivision nach Afghanistan gegen den Krieg der Nato in diesem Land. Die Mandatsträger*innen, die Schals mit Friedenssymbolen trugen, erhoben sich mitten in der Rede von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), verließen den Sitzungssaal und rollten vor dem Landtag ein Transparent mit der Botschaft «Friedenstauben statt Bundeswehr nach Afghanistan – DIE LINKE» aus. Anschließend machten sie sich auf den Weg zur Marktkirche, wo sie gemeinsam mit Friedensaktivist*innen gegen den Auslandseinsatz demonstrierten. «Wir wollen nicht, dass Bundeswehr-Kampftruppen in Afghanistan eingesetzt werden. Mit unserer Haltung vertreten wir die Meinung der breiten Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland»,²⁵⁵ sagte die Fraktionsvorsitzende Kreszentia Flauger in ihrer Rede. In Jever, Oldenburg und Wilhelmshaven fanden parallel zur Protestaktion der Landtagsfraktion Mahnwachen statt.²⁵⁶

Am 1. Mai 2008 beteiligten sich Mitglieder der LINKEN an Gewerkschafts- und anderen Maikundgebungen für soziale Gerechtigkeit, sichere Arbeitsplätze und gerechte Entlohnung, für eine friedliche Welt und gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.²⁵⁷ In Berlin fiel die AG Betrieb & Gewerkschaft im Demonstrationszug mit einem Transparent auf: «Die AG Betrieb & Gewerkschaft warnt! Rente mit 67 ist Betrug und kann tödlich sein!»²⁵⁸

Kurz vor dem 1. Parteitag der LINKEN veröffentlichte die Fraktion DIE LINKE im Bundestag am 23. Mai 2008 ihr 100-Punkte-Programm. Unter dem Stichwort «Internationales» forderte sie insbesondere die Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs, die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte, die Austrocknung von Steueroasen und eine global wirkende Kartellbehörde, die multinationalen Konzernen Schranken setzt. Sie verlangte den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die Beendigung der indirekten Beteiligung Deutschlands am Irakkrieg, setzte sich dafür ein, dass die Bundeswehr Parlamentsarmee bleibt, und betonte: «Krieg ist kein Mittel der Politik.» Unter dem Stichwort «Europa» trat sie dafür ein, das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon auszusetzen, ein europaweites Referendum über den EU-Vertrag durchzuführen, soziale Mindeststandards in Europa einzuführen und die Europäische Zentralbank auf Wachstum und Beschäftigung zu verpflichten. Unter dem Stichwort «Deutschland» plädierte sie insbesondere dafür, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, Managergehälter auf das 20-Fache des Gehalts eines bzw. einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der untersten Lohn- und Gehaltsgruppe zu begrenzen, die gesetzliche Rente zu einer Erwerbstätigenrente auszubauen, die Dämpfungsfaktoren in der Rente aufzuheben und die bewährte Rentenformel in Kraft zu setzen, die Rente mit 67 zurückzunehmen und die Ostrenten auf das Niveau der Westrenten anzuheben.²⁵⁹

Bei Landtagswahlen konnte DIE LINKE beachtliche Erfolge erzielen. Bereits wenige Wochen vor dem Gründungsparteitag traten WASG und PDS in Bremen unter dem neuen Label DIE LINKE gemeinsam zur Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 an und schafften – für viele Beobachter*innen überraschend – mit 8,7 Prozent der Stimmen den Sprung ins Landesparlament. Dies ergab sieben Mandate. Die PDS war 2003 mit 1,7 Prozent der Wählerstimmen noch deutlich an der Fünfprozenthürde gescheitert.²⁶⁰

In die Zeit zwischen dem Gründungsparteitag und dem 1. Parteitag der LINKEN in Cottbus fielen dann die Landtagswahlen in Hessen und in Niedersachsen und die Bürgerschaftswahl in Hamburg. Im Vorfeld der Landtagswahl in Niedersachsen riefen im Januar 2008 mehr als 100 aktive Gewerkschafter*innen (Betriebsrät*innen, Vertrauensleute und Sekretär*innen) zur Wahl der LINKEN auf. «Nur mit der Partei DIE LINKE ist ein politischer Wechsel möglich», hieß es in dem Aufruf.²⁶¹ Dies sahen auch rund 120 Hamburger Gewerkschaftsfunktionär*innen so, die Mitte Februar 2008 unter dem Motto «Für ein sozial gerechtes Hamburg – Keine Fortsetzung

der CDU-Regierung» zur Wahl der Partei DIE LINKE bei der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt am 24. Februar 2008 mobilisierten.²⁶²

In Hessen gelang der LINKEN bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 mit 5,1 Prozent der Wählerstimmen der Einzug in den Landtag, in dem sie sechs Abgeordnetensitze einnehmen konnte.²⁶³ Da durch ihren Einzug in den Landtag weder die SPD und Die Grünen noch CDU und FDP eine Mehrheit gewonnen hatten, erklärte sich DIE LINKE bereit, eine rot-grüne Minderheitsregierung unter der linken SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti zu tolerieren. Ypsilanti hatte allerdings im Wahlkampf jede Zusammenarbeit mit der LINKEN ausgeschlossen, und so wurde ihre Kehrtwende im März 2008 von den Medien und von den Konservativen als «Wortbruch» scharf attackiert. Im November 2008 scheiterte dieses Projekt endgültig, als vier Abgeordnete des rechten SPD-Flügels ihre Unterstützung für eine von der LINKEN tolerierte Landesregierung versagten.²⁶⁴

Zur Auflösung der entstandenen Pattsituation wurden für den 18. Januar 2009 erneute Landtagswahlen angesetzt. Bei dieser Wahl erhielten CDU und FDP zusammen eine breite Mehrheit der Abgeordnetensitze im Landtag. Beide Parteien einigten sich zügig auf die Bildung einer Koalition, und DIE LINKE spielte, obwohl sie mit 5,4 Prozent der Stimmen und sechs Mandaten den Wiedereinzug in den Hessischen Landtag schaffte, bei dieser Regierungsbildung keine Rolle mehr.²⁶⁵

In Niedersachsen erzielte DIE LINKE bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 für die junge Partei – verglichen mit der PDS 2003 – sehr gute 7,1 Prozent der Zweitstimmen und elf Mandate. Die PDS war 2003 nur auf magere 0,5 Prozent der Zweitstimmen gekommen.²⁶⁶ Auch bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 24. Februar 2008 gelang der LINKEN der Sprung über die Fünfprozenthürde. Sie kam auf 6,4 Prozent der Zweitstimmen und auf acht Mandate und zog damit erstmals in die Bürgerschaft ein.²⁶⁷ Die Partei verfügte damit über insgesamt 244 Mandatsträger*innen, davon sieben im Europäischen Parlament, 53 im Deutschen Bundestag und 184 in den Länderparlamenten.²⁶⁸

In Hessen und Niedersachsen beriefen die Landesverbände der LINKEN unmittelbar nach dem Einzug der Partei in die Landtage Treffen mit außerparlamentarischen Organisationen ein, um zu beraten, wie ihre Fraktionen Anliegen der sozialen Bewegungen auf die parlamentarische Bühne bringen könnten. Die Fraktion der LINKEN im niedersächsischen Landtag institutionalisierte einen regelmäßigen Dialog zwischen ihr und den Bewegungen und verstand sich als parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen Organisationen. Im Februar 2008 verabschiedete der Landesausschuss der niedersächsischen LINKEN eine Erklärung, in der er sich zur Priorität des außerparlamentarischen vor dem parlamentarischen Kampf bekannte.²⁶⁹

Nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen ermittelte das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach im Februar 2008 eine bemerkenswerte Identifikation der Anhänger*innen der LINKEN mit ihrer Partei. Sie sahen ihre Partei vor allem als Anwalt sozialer Gerechtigkeit, der kleinen Leute und der Benachteiligten und als

Bastion gegen den weiteren Abbau des Sozialstaats: «88 Prozent der eigenen Anhänger schreiben der Linkspartei zu, dass sie sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt, 85 Prozent sehen sie als Stütze der kleinen Leute, 77 Prozent als Anwalt der Benachteiligten in der Gesellschaft. 64 Prozent erhoffen sich von der Linkspartei, dass sie den Sozialstaat verteidigt.» Die Erfolge der LINKEN würden bereits erkennbar die programmatischen Diskussionen anderer Parteien (insbesondere der SPD) verändern. «Die Erfolge der Linken in Ost und West zwingen andere Parteien, sich auf die offensichtliche Neuausrichtung der Wählerschaft einzustellen»,²⁷⁰ analysierte IfD-Geschäftsführerin Renate Köcher.

Das mühsame Ringen um ein Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE

Um ein Grundsatzprogramm der neuen LINKEN auszuarbeiten, hatte der Parteivorstand bereits am 13. Oktober 2007 beschlossen, eine Programmkommission zu berufen. Diese sollte dem Parteivorstand möglichst bis Mitte 2008 einen ersten Entwurf für ein solches Programm vorlegen. Der Parteivorstand wählte Elmar Altvater, Michael Brie, Christine Buchholz, Birke Bull, Christina Emmrich, Heike Hänsel, Cornelia Hirsch, Dieter Klein, Ralf Krämer, Caren Lay, Horst Schmitthener, Heinz Vietze, Sahra Wagenknecht und Ulrike Zerhau zu Mitgliedern der Programmkommission, die von den beiden Parteivorsitzenden geleitet werden sollte. Als Sekretäre der Programmkommission sollten Bernd Ihme und Harald Schindel tätig werden.²⁷¹ Die Kommission tagte etwa monatlich und soll von heftigem internem Streit geprägt gewesen sein, was bei ihrer personellen Zusammensetzung kaum verwundern konnte.²⁷² Schließlich bestand die Kommission aus Mitgliedern rivalisierender Strömungen. «Legten deren Repräsentanten jeweils ein Papier zu einem zentralen Punkt vor, wurde bald deren Unvereinbarkeit festgestellt und eine kleine ›dritte‹ Gruppe beauftragt, ein Konsenspapier zu entwerfen. Auf dieses Papier antworteten beide Flügel mit kontroversen Stellungnahmen»,²⁷³ berichtete Gero Neugebauer.

So waren ein erster Programmentwurf von Sahra Wagenknecht und Ralf Krämer und ein zweiter Programmentwurf von Dieter Klein und Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet worden (Entwürfe A und B), in denen konträre Positionen vertreten wurden. Die Programmkommission bat daraufhin den ausgewiesenen Marxisten Elmar Altvater, auf der Basis beider Entwürfe ein Konsenspapier zu erstellen. Dieses wurde später als Grundsatzprogrammentwurf C bezeichnet.

Michael Brie analysierte in der ersten Aprilhälfte 2008 den Entwurf von Wagenknecht/Krämer und das Konsenspapier von Altvater, das ganz offensichtlich seinen eigenen Positionen nahekam, und stellte insbesondere folgende Unterschiede fest: (1) Während Wagenknecht/Krämer ein Schwarz-Weiß-Bild des Kapitalismus zeichneten, verstand Altvater die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft als Raum von Auseinandersetzungen mit veränderbaren Kräfteverhältnissen (aber unter der Bedingung der Profitdominanz und der Dominanz der Kapitalverwertung). (2) Während Wagenknecht/Krämer eine soziale Polarisierung (Reiche – Arme) ausmachten, sah Altvater

eine soziale Klüftung, bei der DIE LINKE zugleich die bedrohten Mittelschichten und die Unterschichten ansprechen sollte. (3) Während Wagenknecht/Krämer das öffentliche Eigentum als Lösung der Probleme verabsolutierten, plädierte Altwater für eine plurale Eigentumsordnung als Ziel unter den Maßgaben einer gesamtgesellschaftlichen Regulierung und starker Mitbestimmung in verschiedenen Formen. (4) Während Wagenknecht/Krämer die Rolle der Gewerkschaften verabsolutierten, präferierte Altwater eine Pluralität der Linken.²⁷⁴ (5) Während für Wagenknecht/Krämer das unmittelbare strategische Ziel (im Widerspruch zu den «Programmatischen Eckpunkten») im Systemwechsel bestand, war bei Altwater das strategische Ziel ein Richtungswechsel der Politik, der einen transformatorischen Prozess eröffnen sollte. (6) Wagenknecht/Krämer verstanden Sozialismus primär als System des öffentlichen Eigentums. Altwater interpretierte Sozialismus vornehmlich als solidarische Emanzipationsbewegung, die deshalb die Eigentums- und Machtverhältnisse verändern wolle. (7) Während Wagenknecht/Krämer die Bedingungen für Regierungsbeteiligungen primär negativ bestimmten, waren sie bei Altwater grundsätzlich ein gleichberechtigter Teil der Formen linker Politik. (8) Während es bei Wagenknecht/Krämer keinen positiven Bezug auf die Emanzipationsbewegungen in Westdeutschland und in der späten DDR gab, ordnete Altwater DIE LINKE bewusst in die jüngeren deutschen Emanzipationsbewegungen ein.²⁷⁵ Damit waren die Differenzen in der Programmkommission überdeutlich markiert.²⁷⁶

Da also die Befürchtungen, ideologisch aufgeladene programmatische Grundsatzdebatten könnten die möglichen Erfolge bei den bevorstehenden Wahlen auf Landes- und dann 2009 auf Bundesebene verspielen, keineswegs unberechtigt waren, stoppte Oskar Lafontaine alle derartigen Diskussionen und vertagte die Grundsatzprogrammdebatte auf die Zeit nach der Bundestagswahl 2009. «Lafontaine wollte die Partei als reine Protestpartei in die Wahlkämpfe schicken», schrieben die Politikwissenschaftler Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang rückblickend. «Die ›Reformer‹ hielten diese Strategie zwar nicht für aussichtslos, jedoch für zu kurz gegriffen. Sie plädierten für die Entwicklung einer ›nachhaltigen Politik‹, die nicht ausschließlich auf kurzfristige Erfolge angelegt ist.»²⁷⁷

André Brie vertrat die Auffassung, dass DIE LINKE als «eine reine Protestpartei allein keine Perspektive» habe. «Die Wähler erwarten eher früher als später reale Veränderungen.» Brie sah die Gefahr, dass das bloße populistische Ausschlagen der Hartz-IV-Thematik bei einer partiellen Veränderung der Politik, etwa «einer Rückkehr der SPD zu ihren sozialen Ursprüngen», die Partei DIE LINKE marginalisieren und «überflüssig» machen könnte, und forderte, DIE LINKE müsse ihr «unterscheidbares Profil bewahren».²⁷⁸ In die gleiche Richtung gingen die Überlegungen von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, der verlangte, künftig müsse DIE LINKE «nicht nur als Korrektiv einer entsozialdemokratisierten SPD, sondern als eigenständige politische Kraft erkennbar» sein. Für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl brauche

sie «ein neues übergreifendes strategisches Projekt, das es erlaubt, unterschiedliche und in Grenzen auch gegensätzliche soziale Interessenlagen zu bündeln».²⁷⁹

Das FDS beschloss auf seinem 3. Bundestreffen am 19. April 2008 in Berlin ein Diskussionspapier mit dem Titel «Freiheit und Sozialismus. Offene Fragen diskutieren – Erfahrungen einbringen». In diesem Papier stellte das FDS fest: «Die LINKE ist aus unserer Sicht mehr als eine Protest-Partei. Ein großer Teil der Bevölkerung meint, dass wir wichtige Probleme der Menschen ansprechen, aber nur ein kleiner Teil meint, dass wir auch entsprechende Lösungsvorschläge hätten. Diese Diskrepanz gilt es schrittweise zu schließen. [...] Es geht darum, welchen Beitrag wir leisten können, um die Gesellschaft nachhaltig zu verändern und auf eine neue, entwicklungsfähige Basis zu stellen. Die Programmdebatte sollte dazu dienen, unsere Politikkonzeption zu verdeutlichen.»²⁸⁰ Für das FDS stand also die Forderung nach Überschreitung des Horizonts einer Protestpartei und nach der Etablierung eines zukunftsorientierten Projekts im Zentrum ihrer Strategiekonzeption.

Bereits am 5. Februar 2008 hatte sich der Ältestenrat der LINKEN zum Fortgang der Programmdebatte zu Wort gemeldet und dazu ein Angebot unterbreitet. Die Partei befinde sich noch immer im Prozess der Konsolidierung. Er müsse zügig vorgebracht werden, denn die Situation im Lande, in Europa und in der Welt mache eine einheitliche, aktionsfähige linke deutsche Partei dringend notwendig. Hierfür benötige die Partei einheitliche programmatische Vorstellungen. Programmatisch zu klären seien Platz, Rolle und Funktion der Partei im politischen System der BRD sowie in den politischen und sozialen Kämpfen unserer Zeit, ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen sowie zu den internationalen Aspekten ihrer programmatischen Vorstellungen. Der Ältestenrat mahnte dafür eine *straffe* Analyse und Einschätzung der gegenwärtigen bundesrepublikanischen, europäischen und weltpolitischen Situation an und trat insbesondere für eine deutliche Ausprägung des friedenspolitischen Profils der Partei, für die notwendige Eliminierung von Militärbündnissen und generell des militärischen Faktors in der Politik ein und verweigerte für Auslandseinsätze der Bundeswehr die Zustimmung.

Der Ältestenrat unterstrich, dass die Partei konkrete programmatische Vorstellungen zur weiteren Entwicklung Gesamteuropas im Allgemeinen und der Europäischen Union im Besonderen benötige. Es müsse bewusst gemacht und in praktische Aktion umgesetzt werden, dass viele anstehende Aufgaben im Kampf um linke Alternativen nur noch durch europaweite Zusammenarbeit, internationale Koordinierung und Aktion gelöst werden können. Als Mitglied der Partei der Europäischen Linken müsse sich DIE LINKE weiterhin für eine Verständigung und Zusammenarbeit aller linken, antikapitalistischen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte einsetzen, auch über den Rahmen der Europäischen Linken hinweg.

Schließlich war dem Ältestenrat die programmatische Bestimmung des Verhältnisses zur Geschichte der Arbeiterbewegung – der sozialdemokratischen, kommunistischen, gewerkschaftlichen – generell und zum Sozialismus in der DDR im Be-

sonderen ein Herzensanliegen. Denn das Verhältnis zur Geschichte würde immer auch die Einstellung zur Zukunft widerspiegeln. «Eben deshalb sollten wir uns zur Legitimität der Herausbildung sozialistischer Gesellschaftsformationen im 20. Jahrhundert bekennen, darunter auf deutschem Boden, so unvollkommen und mit Fehlern belastet die Entwicklung der DDR in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz bis zu ihrem Zusammenbruch auch war.» Unter diesem Gesichtspunkt brauche die Partei im Interesse ihres Selbstverständnisses und ihrer Programmatik eine ausgewogene Bewertung der Geschichte der beiden deutschen Staaten in der Nachkriegszeit und ihres gegenseitigen Einwirkens wie auch der Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Anschluss der DDR. «Deshalb halten wir es auch für notwendig, sich kritisch zu gewissen realitätsfremden und bedenklichen Urteilen über geschichtliche Vorgänge zu verhalten, wie sie gelegentlich im Namen der Partei geäußert werden, die jedoch in der Mitgliedschaft nicht auf Verständnis stoßen und dem Ansehen der Partei nicht förderlich sind.»²⁸¹

Der 1. Parteitag der LINKEN in Cottbus im Mai 2008

«Dämpfer für das linke Glamourpärchen» oder «Die Linke kann zu Lafontaine auch mal kühl sein» titelten überregionale Zeitungen nach dem 1. Parteitag der LINKEN am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus.²⁸² Dabei hatte sich bereits vor dem Parteitag an der Basis und unter den Delegierten der Partei DIE LINKE Unmut breitgemacht. Christa Müller, die damalige Ehefrau Lafontaines, hatte Kindertagesstätten als «Fremdbetreuung» abgelehnt, die zu so traumatischen Folgen führen würde wie die Genitalbeschneidung von Mädchen, und vorgeschlagen, mit einem Erziehungsgehalt die Wahlfreiheit der Familien bei der Kindererziehung zu sichern. Damit hatte sie den Ärger von Familienpolitiker*innen vor allem in Ostdeutschland hervorgerufen, die darin eine «Herdprämie» sahen.²⁸³

Lafontaine selbst, dem wiederholt ein autoritärer Führungsstil vorgeworfen worden war, geriet zudem in die Kritik, weil ihm in Westdeutschland Bewegungslinie übernahmen, zu sehr die Positionen des Gewerkschaftsflügels der Partei zu stärken. In Ostdeutschland argwöhnten vor allem aus der PDS kommende Parteimitglieder, die vom Parteivorsitzenden betriebene Konzentration der Politik auf die sozialen Rechte der Menschen könne die jahrelang erarbeiteten Positionen zu bürgerlichen Freiheiten infrage stellen.²⁸⁴

Oskar Lafontaine reagierte in seiner fulminanten, mit beißender Kritik am finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gespickten Rede auf dem Parteitag auf den Vorwurf, er vernachlässige die Freiheitsrechte gegenüber der sozialen Gerechtigkeit. Zunächst attackierte er jedoch kämpferisch die Politik der Großen Koalition. Trotz bescheidener Korrekturen im sozialen Bereich sei die bisherige Bilanz der Bundesregierung mehr als ernüchternd. Die Umverteilung von unten nach oben dauere unvermindert an. Über die Mehrwertsteuer würden bei Rentner*innen, Arbeitnehmer*innen und Empfänger*innen sozialer Leistungen jährlich 22 Milliarden Euro abkassiert, heiz-

te der Parteivorsitzende die Stimmung im Tagungssaal an. Deutschland liege derzeit beim Niedriglohnsektor an der Spitze unter allen OECD-Staaten. Weil Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Aufstocker*innen, Mini- und Midijobs zunehmen würden, komme der wirtschaftliche Aufschwung bei der Bevölkerung nicht an. «Ein Aufschwung für wenige, den wollen wir nicht! Wir wollen einen Aufschwung für die Mehrheit, sonst ist es kein Aufschwung», betonte Lafontaine und unterstrich: «Wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen wir aus der Geschichte und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernen.»²⁸⁵

Dabei sei es selbstverständlich wichtig, angesichts unserer Vorgeschichte und unserer Zusammensetzung die Geschichte der DDR aufzuarbeiten und daraus Konsequenzen zu ziehen, sagte der Parteivorsitzende und kam dann auf das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit zu sprechen. Sicher habe es in der DDR auch Fortschritte gegeben – mehr soziale Gleichheit, mehr Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft, mehr soziale Sicherung, ein besseres Gesundheitswesen und eine gute Schulbildung. «Aber die DDR ist auch gescheitert, weil sie kein Rechtsstaat war, weil sie keine Demokratie war und weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wenig Mitbestimmung hatten. Das sind aber unverzichtbare Bestandteile einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.» Dies sei die Lehre aus der Geschichte der DDR.

Rosa Luxemburg habe der LINKEN ins Stammbuch geschrieben: «Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Sie gab eine klare Antwort auf die oft gestellte Frage, was demokratischer Sozialismus ist. Demokratischer Sozialismus ist eine Gesellschaft, die auf Freiheit und Gleichheit gegründet ist, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Was Gleichheit ohne Freiheit hieß, erlebten die Ostdeutschen in der DDR.» Und was Freiheit ohne Gleichheit bedeute, würden heute die Hartz-IV-Empfänger*innen, die Leiharbeiter*innen, die in Armut lebenden Kinder oder die Verkäufer*innen im Supermarkt, die in Minijobs beschäftigt seien, erleben. Lafontaine lief zu großer Form auf und erklärte: «Wir, DIE LINKE, haben Begriffe gesetzt: den Mindestlohn, Hartz IV muss weg, wir wollen eine armutsfeste Rente und die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan. Und wir haben den Wind der Geschichte in unseren Segeln. Das macht unseren Erfolg aus, liebe Freundinnen und Freunde.»²⁸⁶

Lothar Bisky, der zweite Vorsitzende der LINKEN, war sichtlich um Integration der verschiedenen Strömungen und Gruppierungen in der Partei und um die Eindämmung von Konflikten bemüht. Er sprach bedachsamer und ließ auch selbstkritische Töne hören: «Wir haben DIE LINKE gegründet, weil vertraute Pfade nicht durch und durch erfolgreich waren. Gewissheiten und Gewohnheiten sollte man von Zeit zu Zeit überprüfen. Hüten wir uns vor der alten linken Überheblichkeit, auf alles eine Antwort zu haben und zu wissen. Hüten wir uns vor der alten linken Bequemlichkeit, die Vielfältigkeit gesellschaftlicher Prozesse durch Rückzug in überschaubare

ideologische Schneckenhäuser auszublenden. Wenn wir etwas neu und besser machen wollen, fängt es beim innerparteilichen Umgang an.» Notwendig sei die offene politische Debatte in der Partei. Was nicht gebraucht werde, sei der Machtkampf zwischen ideologischen «Strömungen». Erforderlich seien Öffnung statt Einengung, Kommunikation statt Konfrontation, Lösungen statt Formelkompromisse, konfliktreiche Politikfähigkeit statt der Rechthaberei der reinen Lehre. Es gehe vor allem darum, den 73.455 Mitgliedern²⁸⁷ auf dem Weg der neuen Partei die Mitgestaltung linker Politik zu ermöglichen.²⁸⁸

Die vordringlichsten Aufgaben der Partei DIE LINKE seien zum einen die Erneuerung des Sozialstaats und seiner finanziellen Grundlagen und zum anderen die weitere Ausprägung ihres Charakters als Antikriegspartei. Die neue LINKE, so Lothar Bisky, verstehe sich als Erbin von Grundsätzen, die die anderen Parteien inzwischen zur Seite gelegt haben: dem gleichen Recht aller Menschen auf das Streben nach gleichem Wohlstand. DIE LINKE sei zudem heute die einzige Völkerrechtspartei in Deutschland. Die Aushöhlung des Völkerrechts, der Kulturbruch des Zweiten Weltkriegs, der Holocaust an den Jüdinnen und Juden würden den fortgesetzten Widerstand gegen die Verletzung der UN-Charta verlangen. DIE LINKE nehme diese Verpflichtung an. Nach Auffassung von Bisky sollte DIE LINKE die wachsende Ablehnung von Krieg und Großmachtpolitik mit aller Kraft in konkrete Politik verwandeln: «Wir sagen Nein zu den Plänen, die NATO weiter auszubauen. Wir wollen den Abzug der Truppen aus Afghanistan.» Ein neues militärpolitisches Roulette, wie es der Lissabonner EU-Vertrag möglich mache, sei kontraproduktiv für die europäische Integration. «Wir bleiben dabei, und es sei lieber einmal mehr als einmal weniger gesagt: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!»²⁸⁹

In ihrer Rede auf dem Cottbuser Parteitag wies Gabriele Zimmer, Sprecherin der Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament, Unterstellungen zurück, die Delegation wolle die Ablehnung des Lissabonner Vertrags relativieren. Die Delegation kritisiere die EU-Politik und leite aus ihrer Kritik auch Forderungen und Empfehlungen an die Institutionen der Europäischen Union ab. «Wir nehmen die EU-Ebene als politische Herausforderung an», betonte die Politikerin. «Wir bejahen die Europäische Union, weil ihr Potenzial gebraucht wird, um soziale, ökologische und globale Probleme zu lösen.» Zimmer betonte die Notwendigkeit, die Kapital- bzw. Profitdominanz in der EU zurückzudrängen und durch eine sozial und ökologisch verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik die Bedingungen für eine zukunftsfähige Entwicklung der europäischen Gesellschaften zu schaffen. «Wir wollen, dass Europa sich nicht an Kriegen beteiligt, stattdessen durch eine alternative europäische Außenpolitik dafür sorgt, dass von europäischem Boden in Zukunft niemals mehr Krieg ausgeht.»²⁹⁰

Gabriele Zimmer warb für einen engagierten Europawahlkampf im Superwahljahr 2009. Es sei die internationalistische Pflicht der LINKEN, mit dem Europawahlkampf die Bedingungen dafür zu verbessern, «dass in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments die Voraussetzungen für den längst überfälligen Poli-

tikwechsel in der Europäischen Union geschaffen werden». Das könne nicht allein aus dem Parlament erzwungen werden. Aber ohne eine gestärkte europäische Linke im Europaparlament könne der Wandel nicht erreicht werden. Er werde nur dann möglich, wenn der politische Druck, der von lokalen Initiativen bis hin zu europäischen Netzwerken ausgehe, auch künftig von Europaabgeordneten aufgegriffen werde – wenn sich die linken Abgeordneten um die Kommunikation, Vernetzung und Kooperation mit anderen demokratischen politischen und sozialen Akteuren bemühen würden.²⁹¹

Ausführlich diskutierten die Delegierten zunächst die Rentenproblematik und gaben damit den Startschuss für die Rentenkampagne der LINKEN. Dann wandten sie sich dem Leitantrag des Parteivorstands zu. Es ging in den Redebeiträgen um soziale Gerechtigkeit, um Gleichstellung, um die Wettbewerbspolitik der EU, um den Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn, um die Privatisierung öffentlichen Eigentums, um die kommunale Verankerung der Partei und um viele andere Fragen. In dieser Debatte mahnte Stefan Liebich (FDS) an, nunmehr die Fragen zu beantworten, die «wir» selbst als offen bezeichnen, insbesondere das Verhältnis von Freiheit und Sozialismus und das Verhältnis der LINKEN zu Europa und zur Europäischen Union. Seiner Meinung nach könne ein Zurück zum Nationalstaat keine Antwort sein. Zudem müsse die Partei anerkennen, dass sie nicht allein eine Partei der Arbeiter*innen, der Arbeitslosen und der Rentner*innen sei, sondern aller Menschen, die mit ihr gemeinsam für einen demokratischen Sozialismus streiten wollen.²⁹²

Sahra Wagenknecht, die Gallionsfigur der Kommunistischen Plattform, nutzte ihre Bewerbungsrede für die Wahl in den Parteivorstand, um Gregor Gysi anzugreifen. Gysi hatte einige Wochen zuvor in einer Rede in der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung – wie oben berichtet – Kritik am Antizionismus linker Kräfte geübt und ausdrücklich Angela Merkels Satz vom Existenzrecht Israels als deutsche «Staatsräson» bekräftigt. Wagenknecht warf ihm nun «Abgrenzung von antiimperialistischen Positionen» vor und warnte vor einer Schwächung der Partei durch «eifertige Bekenntnisse zur deutschen Staatsräson». Eine Vorlage für den Troztkisten und WASG-Mitbegründer Thies Gleiss, der empört in die Tagungshalle rief, wer DIE LINKE auf die deutsche Staatsräson verpflichten wolle, der mache sich ihn zum Feind.²⁹³

In vielen Redebeiträgen ging es – wenn auch nicht immer explizit – um die zentrale Frage, ob sich DIE LINKE an Regierungen beteiligen sollte oder nicht. Die Gegner*innen einer Regierungsbeteiligung verwiesen stets auf die rot-rote Koalition im Land Berlin und warfen dem Berliner Landesverband die Abkehr von Grundsätzen der Partei im Interesse des Machterwerbs oder -erhalts vor.²⁹⁴ Sahra Wagenknecht betonte, die SPD komme nicht als Koalitionspartner infrage. Regierungsverantwortung wäre Unsinn, weil man da das eigene Gesicht verlieren würde. In diesem Kontext sprach sich die Frontfrau der KPF «gegen die Verwässerung» des Profils der LINKEN aus, verlangte eine «glaubwürdige Opposition» und aktiven Widerstand statt «rot-roter Farbenspiele».²⁹⁵ Die Mehrheit der Delegierten stimmte jedoch gegen

einen Antrag, der verlangte, dass DIE LINKE mit keiner «prokapitalistischen Partei» (womit alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien gemeint waren) zusammenarbeiten solle.²⁹⁶

In hitziger Atmosphäre nahm der Parteitag mit großer Mehrheit einen Antrag zur künftigen Familienpolitik der Partei an, der sich gegen die Vorstellungen von Christa Müller richtete.²⁹⁷ DIE LINKE, hieß es im beschlossenen Antrag, lehne die Diskreditierung der Kinderkrippen und Kindertagesstätten ab. «Behauptungen, sie würden Kindern schaden, gehen vollkommen an der Realität vorbei.» DIE LINKE verbinde ihre Forderungen zur Kinderbetreuung mit der frühkindlichen Bildung. Kinder würden am besten von und mit anderen Kindern lernen. «Deshalb lehnt DIE LINKE Vorstellungen ab, die nur oder vor allem auf die häusliche Erziehung von Kindern im Vorschulalter abzielen.» Transferleistungen zur Unterstützung von Familien müssten Hand in Hand gehen mit dem Ausbau eines hochwertigen und elternbeitragsfreien Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebots für alle Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern.²⁹⁸

Die rund 550 Delegierten beschlossen mit dem von der Parteiführung vorgelegten Leitantrag ein 50-Milliarden-Euro-Programm gegen Armut und Ungerechtigkeit in Deutschland. Dieses Zukunftsinvestitionsprogramm hatte fünf Schwerpunkte: Bildung, Gesundheit, Umwelt, kommunale Daseinsvorsorge und öffentliche Beschäftigung. Mit diesem Programm sollten mindestens eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden. Finanziert werden sollte das Vorhaben unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, durch die Erhebung einer Börsenumsatzsteuer sowie durch eine gerechte Erbschafts-, Einkommens- und Unternehmensbesteuerung. Der beschlossene Leitantrag sah zudem vor, den Kampf um gerechte, armutssichere Renten zu einem bestimmenden Thema im Bundestagswahlkampf 2009 zu machen. Diese groß angelegte Rentenkampagne hatte vor allem das Ziel, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zurückgenommen, die frühere Rentenformel wiederhergestellt und der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen werden sollte.²⁹⁹

Bei der Neuwahl des Parteivorstands musste Oskar Lafontaine den besagten Dämpfer hinnehmen. Er wurde mit 78,5 Prozent der Stimmen als Parteivorsitzender wiedergewählt – mit knapp zehn Prozent der Stimmen weniger als ein Jahr zuvor. Lothar Bisky wurde mit 81,3 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt bestätigt (rund zwei Prozent weniger als 2007). Bei der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden erhielten Katja Kipping 74,2 Prozent, Halina Wawzyniak 61,8 Prozent, Klaus Ernst 59,2 Prozent und Ulrike Zerhau 58,7 Prozent der Delegiertenstimmen. Dietmar Bartsch blieb mit 75,5 Prozent (2007: 63,7 Prozent) Bundesgeschäftsführer und Karl Holluba mit 85,5 Prozent Schatzmeister der Partei DIE LINKE. Bei der Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder erzielten die KPF-Gallionsfrau Sahra Wagenknecht mit 70,5 Prozent und Janine Wissler, Mitglied im Netzwerk Marx21, mit 68,8 Prozent der Delegiertenstimmen die besten Ergebnisse.³⁰⁰

In seinem Schlusswort befasste sich Gregor Gysi mit der Lage innerhalb der Partei DIE LINKE nach rund einem Jahr ihrer Existenz und rief zur Überwindung von Vorurteilen auf: «Die zwei Parteien, die wir vor knapp einem Jahr vereinigt haben, haben sich zusammengefunden, aber vereint sind wir noch nicht.» Mit dem Blick auf Grabenkämpfe zwischen ehemaligen PDS-Mitgliedern und WASG-Anhänger*innen, zwischen Realist*innen und Idealist*innen, zwischen Lafontaine-Gegner*innen und -Befürworter*innen sagte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, die Mitglieder aus den alten Bundesländern würden über die Angepasstheit der ehemaligen PDS-Mitglieder jammern, die Mitglieder aus den neuen Bundesländern würden sich über «Spinner und Sektierer» im Westen beklagen. Für Gysi war klar: «Die anderen sollen werden, wie man selber schon ist.» Aber «so kriegt man eine Vereinigung nicht zustande». Nur «wenn wir sagen», so Gysi, «wir müssen uns gegenseitig verändern, [...] dann werden wir gemeinsam die neue LINKE, dann ist es der richtige Weg».³⁰¹

Gregor Gysi nahm den wegen seines autoritären Führungsstils kritisierten Lafontaine in Schutz: «[...] wir verdanken ihm Erfolge, die wir ohne ihn nie gehabt hätten!» Gysi betonte: «Wir können uns doch nicht von unseren politischen Gegnern und auch nicht von einem Teil der Journalistinnen und Journalisten Oskar Lafontaine ausreden lassen. [...] Wir sind doch nicht bescheuert.» Gysi war sich jedoch zugleich bewusst, dass für oder gegen Lafontaine zu sein auch hieß: für oder gegen Regierungsbeteiligungen zu sein. Lafontaine setzte auf Opposition. Doch der redegewandte Berliner Rechtsanwalt fragte: «Regierung oder nicht Regierung» – «Ist das die Falle des großen Verrats oder nicht?» Für Gysi war es das eindeutig nicht. Denn: «Wozu gehen wir denn in eine Partei? Doch nicht zur Selbstbefriedigung, sondern um Gesellschaft zu verändern. Und nur, wenn wir in ganz Deutschland stark sind, können wir sie verändern!»³⁰²

In einer Nachbetrachtung zum Cottbuser Parteitag konstatierten Joachim Bischoff, Hasko Hüning und Gerd Siebecke von der Hamburger Zeitschrift *Sozialismus*, dass das neoliberale Politikkonzept vor seinem Niedergang stehe. In welchen komplizierten Bewegungen sich dieser umsetze und wie die damit verbundenen gesellschaftlichen Verwerfungen und politischen Instabilitäten bewältigt werden sollten, darüber sei auf dem Parteitag nicht debattiert worden. «Wie DIE LINKE diesen Herausforderungen begegnen kann, wer und wie sie darauf vorbereiten wird, ist in Cottbus unklar geblieben.» Ihr in Cottbus gewähltes personalpolitisches Tableau stehe vor einer Herausforderung: «Ein ›Weiter so‹ und ein strömungspolitisches Klein-Klein könnte das Profil rasch ausfransen lassen.»³⁰³

Vom 1. Parteitag 2008 zum Europaparteitag der LINKEN im Februar 2009

Die Zeit zwischen dem 1. Parteitag im Mai 2008 und dem Europaparteitag im Februar 2009 wurde durch die im September 2008 ausbrechende internationale Finanzmarktkrise und durch die ihr auf dem Fuße folgende globale Wirtschaftskrise geprägt. DIE LINKE war bestrebt, entsprechend ihren Parteitagsbeschlüssen insbesondere

ihren sozialen und friedenspolitischen Zielen mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln näherzukommen. Dazu suchte sie den Schulterschluss mit Gewerkschaftsaktivist*innen und friedenspolitischen, sozialen und demokratischen Bewegungen – sowohl bei Arbeitskämpfen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und anderen Aktionen als auch mittels Konferenzen und Tagungen. Mit Konferenzen und Fachtagungen führte DIE LINKE ihre Kampagne «Privatisierung stoppen – Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist» fort.³⁰⁴ Nicht zuletzt trieb sie in dieser Zeit ihre programmatische Arbeit voran. In der Europapolitik lag dabei der Fokus auf dem Vertrag von Lissabon, der am 13. Dezember 2007 unterzeichnet worden war und an die Stelle des EU-Verfassungsvertrags trat, der in Referenden in Frankreich und in den Niederlanden 2005 abgelehnt worden war.

In Hessen nutzten LINKE, SPD und Grüne ihre linke Mehrheit im Landtag, um ihre vor der Landtagswahl gemachten Versprechen umzusetzen. Am 3. Juni 2008 beschloss das Landesparlament mit ihren Stimmen die Abschaffung der Studiengebühren, die von der konservativen Landesregierung unter Roland Koch (CDU) in der vorangegangenen Legislaturperiode eingeführt worden waren. Janine Wissler freute sich, dass «ein zentrales bildungspolitisches Grundrecht», nämlich der Anspruch auf eine unentgeltliche akademische Ausbildung, zurückerkämpft worden sei.³⁰⁵ Am 17. Juni 2008 beschloss der Hessische Landtag mit den Stimmen von LINKEN, SPD und Grünen in dritter Lesung das Gesetz über die Abschaffung der Studiengebühren in diesem Bundesland, nachdem der entscheidende Satz eingefügt worden war, dass die Gebühren zum letzten Mal für das Sommersemester 2008 gezahlt werden müssten.³⁰⁶ Bereits am 9. April 2008 hatten die Landtagsfraktionen der drei Parteien einen Antrag beschlossen, den DIE LINKE eingebracht hatte: Innenminister Volker Bouffier (CDU) solle die Ausländerbehörden anweisen, aus humanitären Gründen Menschen aus Afghanistan nicht abzuschieben. Der Innenminister der geschäftsführenden Landesregierung kündigte jedoch an, dass er dem Beschluss nicht folgen werde.³⁰⁷

In Stuttgart startete am 7. Juni 2008 DIE LINKE in Baden-Württemberg ihre Kampagne «Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Renten». An der Auftaktveranstaltung, auf der Oskar Lafontaine die Rücknahme der Rente mit 67 forderte, nahmen 650 Menschen teil. Voraussetzung für eine gute Rente sei eine wieder größere Beteiligung der Arbeitnehmer*innen am gesellschaftlichen Einkommen und Reichtum und nicht deren Abbau, betonte der Parteivorsitzende.³⁰⁸ Am 18. Juni 2008 diskutierten in Nürnberg mehrere Bundestagsabgeordnete der LINKEN mit knapp 250 Gewerkschafter*innen, Betriebs- und Personalrät*innen über ihre Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft. Dabei bat der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser die Fraktion DIE LINKE, im Bundestag um Unterstützung für das Volksbegehren «Bayern voran! Mindestlohn jetzt!».³⁰⁹

In der ersten Junihälfte 2008 lud die Fraktion DIE LINKE in der Bremer Bürgerschaft zur Konferenz «Armut Macht Reichtum» ein. Während die rund 200 Teilnehmer*innen kontrovers über ein bedingungsloses Grundeinkommen und

über die «Systemfrage» diskutierten, bestand unter ihnen Konsens über die Notwendigkeit der Einführung eines (gesetzlichen) Mindestlohns und in der Zurückweisung von Hartz IV.³¹⁰ Am 24. Juni 2008 tagte die LINKEN-Fraktion im Niedersächsischen Landtag im Solidaritätszelt vor den Werkstoren des Autozulieferers Karmann in Osnabrück. Sie unterstützte damit die Beschäftigten des angeschlagenen Unternehmens, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze an den Standorten Osnabrück und Rheine kämpften. Die Landtagsfraktion bereitete im Zelt eine parlamentarische Initiative vor: Unter anderem solle Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) seine Position im VW-Aufsichtsrat nutzen und darauf hinwirken, dass Karmann neue Aufträge vom Wolfsburger Autobauer erhält.³¹¹

Anfang Juli 2008 traten 220 Mitarbeiter*innen der Saarbahn GmbH in die Partei DIE LINKE ein. Nach Auffassung des Betriebsratsvorsitzenden der Saarbahn GmbH Winfried Jung waren für diesen Masseneintritt die Angst vor Privatisierung und der damit verbundene mögliche Verlust von Arbeitsplätzen, Einkommenseinbußen sowie die Angst vor der Rente mit 67 ausschlaggebend.³¹² Der Eintritt war somit sowohl ein Zeichen des Protests als auch der Hoffnung, DIE LINKE möge die unheilvolle Entwicklung abwenden können. Winfried Jung erwartete, dass die Partei die umrissene Problematik «in ihre Programmatik aufnimmt und damit in den Landtagswahlkampf im nächsten Jahr geht. Und dass wir auf dieser Grundlage im nächsten Jahr ein hervorragendes Wahlergebnis erzielen, damit wir unsere Vorstellungen auch umsetzen können.»³¹³

Zur Grundsatzprogrammdebatte der Partei DIE LINKE meldete sich am 16. Juli 2008 der Ältestenrat erneut mit einer speziellen Erklärung zum Umgang mit der Geschichte zu Wort, in der er reflektierte, «dass in der Linkspartei programmatisch sehr unterschiedlich orientierte Diskursgruppen um die Deutungshoheit über die Parteigeschichte»³¹⁴ kämpften. Es gebe, so der Ältestenrat, für jede Partei unverkennbar ein enges Wechselverhältnis zwischen ihrem vorherrschenden und in die Öffentlichkeit getragenen Geschichtsverständnis und ihrer aktuellen Politik. «In der aktuellen Situation wie in absehbarer Zukunft gilt das für die Partei DIE LINKE ganz besonders», betonte der Rat. Das schliesse durchaus kritisches Herangehen an die Bewertung der Vergangenheit ein. Sowohl eine Distanzierung von früheren Fehlentscheidungen wie erst recht die Verurteilung von Untaten, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, blieben unverzichtbar. «Nur sollte man nach unserer Auffassung nicht der Benennung von Fehlern den dominierenden Platz einräumen. Eine kritische Bewertung geschichtlicher Ereignisse darf auch nicht in Verkenning oder gar bei bewusster Negierung der jeweiligen konkreten historischen Situation vorgenommen werden. Dagegen sollte sie mit dem Hinweis auf zukunftsorientierte Lehren zum Gewinn neuer aktueller Erkenntnisse beitragen.»³¹⁵

Nach Auffassung des Ältestenrats sollte sich das Geschichtsverständnis der Partei DIE LINKE auf Schwerpunkte und vordringlich auf jene Probleme orientieren, die jeweils von aktueller Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung seien. Vorder-

gründig würden sie die Geschichte des 20. Jahrhunderts betreffen, in dem sich mit der russischen Oktoberrevolution und ihren Ergebnissen weltweit das Anfangsstadium einer neuen, komplizierten und widerspruchsvollen Epoche in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation eröffnet habe. Diese Epoche unterlag in den Jahren 1989 bis 1991 «einem tiefen Umbruch, da der Zusammenbruch des europäischen Sozialismus globale Auswirkungen hatte». Weltweit und ganz besonders auch in Deutschland hätten sich alle linken Kräfte mit neuen Bedingungen und Herausforderungen konfrontiert gesehen, die zusätzlich zu den überkommenen zu bewältigen seien. «Von ihrer Bewältigung hängt es daher weitgehend ab, ob auch nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa die historisch seit Längerem herangereifte Übergangsperiode in der Weltgeschichte ihre Fortsetzung findet und nicht als abgeschlossen gelten kann.»³¹⁶

Im Vorfeld der Veröffentlichung dieser Erklärung des Ältestenrats zum Umgang mit der Geschichte Anfang August 2008 in der Tageszeitung *Neues Deutschland* erklärte Hans Modrow, der Vorsitzende des Ältestenrats der LINKEN, in einem Interview auf die Frage, warum der Rat jetzt ein Papier zum Umgang mit der Geschichte vorgelegt habe, in der sich zur DDR wenige und eher allgemeine Formulierungen finden würden: «Unser Anliegen ist – gemäß auch der ost-west-deutschen Zusammensetzung des Ältestenrates – eine gesamtdeutsche Geschichtssicht, in der die DDR nur ein Teil ist und bleiben wird.» Eine wahrhaftige Geschichte der Bundesrepublik stehe noch aus. Der Ältestenrat sei aufgefordert worden, an den öffentlichen Debatten der LINKEN teilzunehmen. «Wir verstehen unsere Meinungsäußerung als Erfüllung dieses Auftrages.»³¹⁷

Im Sommer 2008 veranstaltete die niedersächsische Landtagsfraktion der LINKEN einen «Sommerratschlag». Zu dieser zweitägigen Diskussionsveranstaltung lud die Fraktion sowohl Parteimitglieder und Aktivist*innen aus sozialen Bewegungen als auch nicht politisch organisierte Menschen ein, in kleinen Workshops über verschiedene Themen – von Arbeit, Bildung, Frieden bis zur Ökologie – zu debattieren. Die vorgebrachten Anliegen dienten als Anregung für die Arbeit der Landtagsfraktion, und zugleich beförderte dieser «Sommerratschlag» die Vernetzung der Partei mit den sozialen Bewegungen.³¹⁸

Am 30. August 2008 demonstrierten 2.000 Friedensbewegte am Luftwaffenstandort Büchel in der Eifel gegen die «atomare Teilhabe» Deutschlands. Unter den Teilnehmer*innen der Demonstration, die fast 50 Veranstaltergruppen organisiert hatten, waren viele Mitglieder der Partei DIE LINKE. Am Stand der LINKEN lagen Fahnen, Tausende Flugblätter, Eintrittsformulare und viele Infoblätter sowie ein Transparent, dessen Foto Presseagenturen dank der davor posierenden Nina Hagen bundesweit verbreiteten. Auch die roten Luftballons mit dem Schriftzug DIE LINKE waren nicht zu übersehen.³¹⁹ In Berlin demonstrierten am 19. September 2008 circa 7.000 Menschen gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan. Zu diesem Protestzug hatte ein bundesweites Bündnis aus rund 250 überwiegend

linksgerichteten Initiativen aufgerufen. Mitorganisatorin Christine Buchholz, Mitglied des LINKE-Parteivorstands, erklärte, mit der Demonstration sei ein deutliches Zeichen gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandats für die Bundeswehr durch den Deutschen Bundestag gesetzt worden.³²⁰

Zum «Tag der Sachsen» vom 5. bis zum 7. September 2008 in Grimma startete DIE LINKE im Freistaat ihre vom 1. Parteitag in Cottbus beschlossene Rentenkampagne. Mit der Unterschriftensammlung, die bis 2009 fortgeführt werden sollte, strebte die Partei nicht nur die Rücknahme der Rente mit 67, sondern «langfristig» eine Absenkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre an, ohne dass dafür Abschläge in Kauf genommen werden müssten.³²¹ In der Folgezeit trug die Partei die Rentenkampagne mit öffentlicher Mobilisierung, vielfältigen Aktionen vor Ort und mit der Integration in die Wahlkämpfe auf die Straße. In allen 16 Bundesländern fanden Aktionskonferenzen und in Baden-Württemberg, in Mecklenburg-Vorpommern und in Niedersachsen drei Großveranstaltungen statt. Zur Kampagne wurden unter anderem vier Plakatmotive, eine Kampagnen-Webseite sowie ein Newsletter entwickelt.³²² Im Rahmen der Rentenkampagne stellte die Bundestagsfraktion auf einer mehrwöchigen Informationstour vom 25. August bis zum 20. September 2008 die Vorstellungen der LINKEN zum Rententhema vor.³²³ Am 9. September 2008 diskutierte sie darüber mit Bürger*innen in Karlsruhe.³²⁴ Am 8. Mai 2009 führte die Bundestagsfraktion in Berlin die Veranstaltung «Rendite statt Rente? Ursachen und Folgen der Privatisierung der Alterssicherung» durch, und auf den Seniorenmessen in München Ende April 2009 und in Leipzig Anfang Juni 2009 zeigte sie jeweils mit einem Stand Präsenz.³²⁵

Mehrere Tausend Menschen, darunter viele Mitglieder der LINKEN, konnten am 20. September 2008 in Köln einen sogenannten Anti-Islamisierungskongress der extrem rechten Gruppierung «Pro Köln» verhindern. Dieser Kongress sollte dazu dienen, unter dem Deckmantel vermeintlicher Religionskritik fremdenfeindliche Losungen zu verbreiten und mit prominenten Rechten und Neonazis den Kommunalwahlkampf 2009 einzuläuten. Das «Bündnis gegen «Pro Köln»», dem zum Beispiel Antifa-Gruppen, Attac, linke Jugendverbände, die Gewerkschaftsjugend und der Kreisverband Köln der Partei DIE LINKE angehörten, organisierte den Widerstand gegen das Vorhaben der Rechten. DIE LINKE verlangte auf einem Transparent «Keine Hetze gegen Muslime, kein Fußbreit den Faschisten!».³²⁶

Ein Frauenkongress der Partei DIE LINKE fand vom 3. bis zum 5. Oktober 2008 in Erkner bei Berlin statt, an dem unter dem Motto «Ohne Frauen ist kein Programm zu machen» mehr als 130 Frauen teilnahmen. Die Teilnehmerinnen formulierten als zentrale Forderung an das zu erarbeitende Programm der Partei DIE LINKE ein neues gesellschaftliches Zeitmanagement. Sie waren sich einig, dass es nur durch eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit eine gerechtere Verteilung der Sorge- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern geben könne. Beteiligungsrechte und -möglichkeiten von Frauen müssten im politischen Alltag der Partei durch die

Mindestquotierung auf allen Ebenen als Essential des Selbstverständnisses ausgebaut und gestärkt werden.³²⁷

Am 29. September 2008 brachten Oskar Lafontaine und Lothar Bisky im Parteivorstand der LINKEN einen Entwurf des Wahlprogramms für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 ein, der maßgeblich von der Europaabgeordneten Gabriele Zimmer vorbereitet worden war. In ihm beschrieben die Autoren den europäischen Gedanken und die europäische Einigung positiv – bei aller Kritik an bürokratischen Auswüchsen und Demokratiedefiziten in der EU. Sie fanden «durchaus auch Begrüßenswertes im Vertrag von Lissabon» wie die Aufwertung der Grundrechtecharta und bescheinigten der EU ein «politisches Gestaltungspotenzial», das weit über das von Nationalstaaten hinausreiche. EU-skeptische Kreise in der Partei, namentlich die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht und Wolfgang Gehrcke als Obmann der Fraktion DIE LINKE. im außenpolitischen Ausschuss des Bundestags, kritisierten diesen Entwurf als zu «europafreundlich».³²⁸ «Die kontrovers geführte Aussprache machte deutlich, dass es in europapolitischen Fragen nach wie vor Diskussionsbedarf und nicht wenige Differenzen in der Partei gibt»,³²⁹ hielt die Sofortinformation des Parteivorstands dazu fest. Ein zweiter Entwurf stieß dann auf Widerspruch bei jenen, die sich kritisch-konstruktiv gegenüber der EU positionierten.³³⁰

Mitte Oktober 2008 erblickte ein Papier zur Europapolitik das Licht der Welt, das die Unterschriften zahlreicher Funktionär*innen der jüngeren Generation der LINKEN trug, darunter diejenigen der beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Halina Wawzyniak, des Parlamentariers Jan Korte, des Landesvorsitzenden in Sachsen Anhalt Matthias Höhn und der Berliner Realos Stefan Liebich und Klaus Lederer. «Europa ist mehr als Neoliberalismus und Aufrüstung. Europa ist keine Bedrohung», hieß es in dem Papier, das sich kritisch mit dem zweiten Entwurf des Wahlprogramms für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 auseinandersetzte. Die Autor*innen betonten, die Linke sei immer internationalistisch gewesen, den Nationalstaat gegen die EU auszuspielen sei daher rückschrittlich. Sie unterstrichen: «Wir stehen zu einer vertieften europäischen Integration.» Prononciert hoben die Autor*innen jenen Satz hervor, den Lafontaine und Bisky in das Anschreiben einfügten, mit dem der zweite Entwurf an die Parteimitglieder versandt worden war: «DIE LINKE ist eine proeuropäische Partei.»³³¹

Im Dezember 2008 meldete sich dann eine Gruppe Europapolitiker*innen aus vier ostdeutschen Bundesländern mit einer fundamentalen Kritik am zweiten Entwurf zu Wort: In erster Linie fehle dem Programmtext die «Motivation», warum sich Bürger*innen im Juni 2009 «an der Wahl beteiligen und warum sie ihre Stimme der LINKEN geben sollen». Der Programmtext sei «überwiegend von einer Anti-EU-Haltung» geprägt, was nicht mit den Realitäten auf der Ebene der Länder, Regionen und Kommunen übereinstimme. Insbesondere gehe aus dem Leitantrag nicht die Wechselbeziehung zwischen der EU-Politik und der Landes- und Kommunalpolitik hervor. «Europa ist eben mehr als der Kampf gegen den Lissabon-Vertrag», erklärte

Martina Michels, Vorsitzende des Europaausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses. Die Europapolitiker*innen forderten eine konstruktivere Bewertung der EU und nachdrücklich eine Überarbeitung der Aussagen zur Regional- und Strukturpolitik im Leitantrag.³³²

Daraufhin beschloss der Parteivorstand am 19. Januar 2009 einen überarbeiteten Entwurf des Europawahlprogramms als Leitantrag an den Essener Parteitag der LINKEN.³³³ Insgesamt schlug der neue Entwurf deutlich EU-freundlichere Töne an. Die Partei forderte eine sich an Frieden und Demokratie orientierende Verfassung für die Europäische Union und eine europäische Wirtschaftsregierung. Diese Wirtschaftsregierung solle die Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren und «wirtschaftlichen Nationalismus überwinden». Der Vertrag von Lissabon wurde zwar weiterhin klar abgelehnt, doch richtete sich dies ausdrücklich nicht gegen das europäische Zusammenwachsen, sondern gegen Militarisierung, gegen antidemokratische Bevormundung und gegen ein «Europa des Kapitals». Nicht zuletzt müsse sich die EU auf hohe, verbindliche Standards in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verständigen.³³⁴

Die Partei der Europäischen Linken führte am 29. und 30. November 2008 ihre erste Wahlkonferenz in Berlin durch und beschloss eine gemeinsame Plattform für die Europawahl im Juni 2009. Zentrale Forderungen der 30 Mitglieds- und Beobachterparteien waren Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Ökologie und Solidarität. «Wir übernehmen mit diesem Wochenende die Aufgabe, dass die Linke als Adresse für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Ökologie und Solidarität europaweit anerkannt wird»,³³⁵ erklärte der EL-Vorsitzende Lothar Bisky. Er betonte mehrfach, die europäische Integration zu wollen. Angesprochen darauf, dass nicht alle in der Partei DIE LINKE für die europäische Integration eintraten, sagte Bisky in einem Interview: «Ich sehe keinen Sinn darin, sich für ein Europäisches Parlament zu bewerben und gleichzeitig so zu tun, als wäre dies ein feindliches Instrument. Das ist unglaubwürdig.»³³⁶

Am 17. Dezember 2008 befasste sich der Landtag Brandenburg mit der wirtschaftlichen Lage des Bundeslandes in der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) erwiderte die Vorsitzende der Linksfraktion, Kerstin Kaiser, die Wahrheit müsse deutlich ausgesprochen werden, dass Bürger*innen nun für diejenigen geradestehen sollen, die diese Krise verschuldet haben. Die wesentliche Schlussfolgerung müsse jedoch sein, die sozial ungerechte Umverteilung von unten nach oben umzukehren. Ein erster Schritt dazu bestehe darin, sich von der Agenda 2010 und von Hartz IV zu verabschieden. Des Weiteren brauche es kurzfristige konjunkturstabilisierende Maßnahmen wie die Eindämmung des Niedriglohnsektors durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Erhöhung der Arbeitseinkommen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein staatliches Konjunkturprogramm, das diesen Namen wirklich verdiene.³³⁷

Immer wieder geriet DIE LINKE nicht mit konstruktiven Vorschlägen und Lösungsansätzen in die Schlagzeilen, sondern mit persönlichen und politischen Que-

relen – nicht untypisch für Parteineugründungen, ziehen doch solche Projekte auch querulatorische Typen von Glücksrittern, Parteinomaden, politische Spinner und ähnliche Personen an. Nicht selten stritten in den Landesverbänden Parteimitglieder, die ihre Wurzeln in der alten PDS hatten, mit solchen, die aus der WASG stammten, um die Vorherrschaft.³³⁸ Im beginnenden Landtagswahlkampf im Dezember 2008 in Hessen überzogen sich dortige Genoss*innen gegenseitig mit massiven Mobbing- und Spitzelvorwürfen, und Dutzende Mitglieder drohten mit ihrem Parteiaustritt.³³⁹ Interne Querelen, Mobbing und Ausgrenzung gab es im Januar 2009 auch in der LINKEN in Schleswig-Holstein,³⁴⁰ persönliche Attacken im April 2009 in Mecklenburg-Vorpommern.³⁴¹ Immer wieder bewahrheitete sich, was André Brie seiner Partei im Juni 2009 ins Stammbuch schrieb: «Die innerparteiliche Verständigung zerfällt heute in zahllose Zirkel, die vorzugsweise mit sich selbst, nicht aber mit der Partei und schon gar nicht mit der Gesellschaft und den politischen Gegnern debattieren. Nichts davon charakterisiert die Linke als Ganze, aber es sind mehr als isolierte Tendenzen.»³⁴²

Bereits im Mai 2008 schrieb ein in der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz engagiertes Mitglied der LINKEN in einem Brief «An die Delegierten des Parteitag [in Cottbus; J. W.] und Kandidat*innen zum Bundesvorstand», dass sein Landesverband Rheinland-Pfalz «das Sorgenkind der Partei» sei – «tief gespalten, kaum kampagnenfähig, mit sich selbst beschäftigt».³⁴³ Und ein internes Diskussionspapier aus dem Führungskreis der Sozialistischen Linken konstatierte kurz nach dem Cottbuser Parteitag: «Es herrscht eine katastrophale politische Kultur in den West-Landesverbänden. Der teilweise notorische Streit in Landes- und Kreisverbänden ist nur zum Teil politischen Differenzen geschuldet, meist geht es um die Besetzung von Positionen und Mandaten. Die verzweifelte persönliche Situation der nicht geringen Gruppe von ALG-II-Empfängern unter den Mitgliedern verschärft die Situation noch.»³⁴⁴

Klaus Ernst sah im April 2009 in der LINKEN eine zu starke Dominanz partei-interner Strömungen, die vor allem um ihre eigenen Positionen kämpften, von der Kommunistischen Plattform bis zur Antikapitalistischen Linken: «In der Partei halten viele im Moment den Streit um die Ausgestaltung des Sozialismus für wichtiger als die Frage, wie man Millionen Arbeitnehmern in der Krise die Existenz sichern kann. Das interessiert weder den Stahlarbeiter noch die Verkäuferin.»³⁴⁵ Und Gregor Gysi sagte im Januar 2009 zu dieser Problematik: «Ich habe nichts gegen unterschiedliche Ansätze in unserer Partei, aber ich möchte Toleranz und Verständigung. Mich stört, wenn hemmungslos um Sieg gekämpft wird, wenn es bei Flügelkämpfen nur darum geht: Wer besiegt wen? Viele Leute haben leider die Eigenschaft, sich im Siegen nicht begrenzen, nicht beherrschen zu können. Das ist unerträglich.»³⁴⁶

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag veröffentlichte am 17. Januar 2009 die «Frankfurter Erklärung», in der sie betonte, dass Privatisierung und Demokratieabbau der Weg in den Abgrund seien. Es bedürfe einer neuen Politik: «Deutschland braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und

Ökologie.» In diesem Kontext entwickelte die Fraktion ein Fünfpunkteprogramm: (1) Banken vergesellschaften, Finanzmärkte regulieren, (2) öffentliche Einrichtungen ausbauen, Privatisierung stoppen, (3) Mitbestimmung und Beteiligung von Belegschaften durchsetzen, (4) Reichtum gerecht verteilen, Millionervermögen besteuern und (5) Arbeitsplätze sichern, in die Zukunft investieren.³⁴⁷

Mitte Januar 2009 legte der Bundesausschuss der LINKEN einen Vorschlag für die ersten 16 Plätze auf der Bundesliste der Partei zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 vor, der zu heftigen Kontroversen führte. Die vorgeschlagene Liste war sowohl zwischen Frauen und Männern als auch zwischen Ost und West quotiert. Kritisiert wurde insbesondere, dass die überwiegende Mehrheit der aufgestellten Kandidat*innen keine oder nur wenige Erfahrungen mit europapolitischen Fragen hatte.³⁴⁸

Rund 3.500 Kriegsgegner*innen demonstrierten am 7. Februar 2009 in der Innenstadt der bayerischen Landeshauptstadt gegen die Münchener Sicherheitskonferenz, die vom 6. bis zum 8. Februar im Luxushotel «Bayerischer Hof» tagte. Neben der Demonstration mit der Protestkundgebung auf dem Marienplatz gab es eine Vielzahl fantasievoller Aktionen, beispielsweise eine Rakete mit der Aufschrift «Nato-Abwrackprämie» oder eine Gruppe Clowns, die mit Konfetti «bewaffnet» den 60. Geburtstag der Nato ironisch zelebrierten.³⁴⁹ Unter dem Motto «Nato abschaffen» nahmen auch Mitglieder der Partei DIE LINKE an den Protesten gegen den Afghanistan-Einsatz, gegen die Osterweiterung der Nato und gegen Aufrüstung teil und verteilten Flugblätter.³⁵⁰

Am gleichen Wochenende führte die AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN eine gewerkschaftspolitische Konferenz in Peine zum Thema «Soziale Spaltung und Privatisierung – Alternativen zum Marktradikalismus der Europäischen Union» durch. Die Bandbreite der behandelten Fragen reichte von der europäischen Arbeitsmarktpolitik und gewerkschaftlicher Gegenwehr über die damals aktuelle Wirtschaftskrise bis hin zu Kämpfen gegen Privatisierung. Vor rund 200 interessierten Zuhörer*innen attackierte Sabine Wils vom Bundessprecherrat der AG Betrieb & Gewerkschaft die Politik der EU zur Arbeitszeitflexibilisierung als «Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten». Gerald Kempfski, ebenfalls vom Bundessprecherrat der AG, forderte grenzüberschreitende Tarifverträge, um zu verhindern, dass die Beschäftigten der Konzerne in unterschiedlichen Ländern gegeneinander ausgespielt werden.³⁵¹

Gegen einen Nazi-Aufmarsch, mit dem die Erinnerung an die Zerstörung Dresdens am 13./14. Februar 1945 vereinnahmt werden sollte, protestierten unter dem Motto «GehDenken» am 14. Februar 2009 über 12.500 Menschen. Mit dabei waren Mitglieder von SPD, LINKEN, Grünen und Gewerkschaften und prominente Politiker*innen der genannten Parteien, darunter Gregor Gysi. Der LINKE-Politiker verlangte, die «militante, aggressive NPD gehört endlich verboten». DGB-Chef Michael Sommer unterstrich: «Wir teilen unsere Trauer mit den Nazis nicht.» Er erin-

nerte daran, dass der vom NS-Regime losgetretene Zweite Weltkrieg 60 Millionen Menschenleben kostete. Neben Dresden dürften auch Städte wie Coventry, Rotterdam oder Kiew nicht vergessen werden.³⁵²

Am 19. Februar 2009 äußerte sich der Ältestenrat in einem Positionspapier zum künftigen Profil der Partei DIE LINKE und zu ihrem Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft. Der Rat sah als Grundlinien des Parteiprofils, die zugleich als Bindeglied für die Flügel und verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei dienen könnten, die Verteidigung des Sozialstaats, die Lösung internationaler Konflikte mit ausschließlich friedlichen Mitteln und den Übergang zu einer ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Würde die Partei diese Grundlinien etwa als «Preis» für eine Regierungsbeteiligung verlassen, bestünde die Gefahr, dass dies von ihren Anhänger*innen und Wähler*innen als Verrat an ihren Interessen und Anliegen wahrgenommen würde. Aus strategischer Sicht bleibe für die Zukunft die Forderung nach einer antikapitalistischen Alternative. Dabei könne es sich auch nach Niederlagen und gewonnenen Erfahrungen im 20. Jahrhundert nur um einen Sozialismus im 21. Jahrhundert handeln.³⁵³

Bei den beiden Landtagswahlen zwischen ihrem 1. Parteitag 2008 und ihrem Europaparteitag 2009 waren die Ergebnisse für DIE LINKE durchwachsen. Während sie in Hessen bei der Landtagswahl am 18. Januar 2009 den Wiedereinzug in das Landesparlament mit einem leichten Zugewinn gegenüber 2007 schaffte,³⁵⁴ blieb sie in Bayern bei der Wahl am 28. September 2008 mit 4,4 Prozent der Gesamtstimmen knapp unterhalb der Fünfprozenthürde.³⁵⁵

Der Europaparteitag der LINKEN am 28. Februar 2009 in Essen

«Es ist das erste Mal seit der Gründung der neuen Partei, dass ein überregionales gemeinsames Wahlprogramm und eine gemeinsame Liste aufgestellt werden. Es ist aber zugleich die Frage, welche Ausrichtung die Europapolitik der deutschen Linken haben soll. Und da gibt es erheblichen Klärungsbedarf»,³⁵⁶ umriss am Vorabend des Essener Europaparteitags Birgit Daiber, die Leiterin des Brüsseler Büros der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, die früher selbst EU-Abgeordnete der Grünen gewesen war, die Bedeutung, die Aufgaben und die Probleme dieses Parteitags, der am 28. Februar 2009 zusammentrat. Kein Wunder, dass in den Medien spekuliert wurde, der Streit um den europapolitischen Kurs und um die Kandidatenliste, die Auseinandersetzung zwischen EU-Skeptiker*innen und EU-Befürworter*innen, zwischen Anhänger*innen der reinen Lehre und Pragmatiker*innen könne auf diesem Essener Delegiertentreffen eskalieren.

Am Samstagmorgen strömten etwa 600 Delegierte und Gäste in die Essener Gruga-Halle, von deren Bühne das Parteitagsmotto um «Solidarität, Demokratie, Frieden!» und «Gemeinsam für den Wechsel in Europa» warb. Daneben prangten in Weiß die mannshohen Blockbuchstaben DIE LINKE mit dem charakteristischen Keil über dem i, der von El Lissitzky entlehnt war und Avantgarde verkündete. «Bärtige Ge-

werkschafter standen da neben Punkern und adrett gekleideten Funktionsträgern», beschrieb ein Reporter die Szenerie. «In Essen wurde dem Besucher auch bewusst, dass es das klassische Mitglied der LINKEN nicht gibt. Die Partei ist weder eine Fortführung der PDS mit anderen Mitteln noch eine WASG unter neuem Namen. Im Jahr zwei nach ihrer Gründung muss die LINKE zu sich selbst finden und der Europaparteitag galt als wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.»³⁵⁷

Die stellvertretende Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken, das Mitglied der Rifondazione Comunista in Italien, Graziella Mascia, würdigte in ihrem Grußwort die Arbeit der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, «die einen ungeheuer wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, politische und soziale Beziehungen aufzubauen und die Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament nach links zu verschieben». Sie wünschte den Delegierten eine erfolgreiche Tagung und machte ihnen – wie bei Grußworten nicht unüblich – Mut. Auch wenn die reale Lage der Europäischen Linken vielfach vom Gegenteil zeugte, erklärte Graziella Mascia: «Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind im Spiel! Auch wenn wir in manchen Ländern unbestritten Schwierigkeiten haben, haben wir überzeugende und glaubwürdige Alternativen! Unsere Erfahrungen, unsere Kämpfe sagen uns, wir können ein anderes Europa aufbauen!»³⁵⁸

Den inhaltlichen Auftakt des Europaparteitags in Essen gab Gabriele Zimmer als Sprecherin der Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament, die zur Arbeit der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament referierte. Sie versuchte, der Stimmung unter den Delegierten Rechnung zu tragen und unterschiedliche politische Strömungen in der Partei zu bedienen. Zwangsläufig fiel ihre Rede widersprüchlich aus, wenn sie einerseits betonte, dass es nicht ausreichte, auf Widerstand zu setzen, und andererseits eine überzogene Kritik an der EU übte und mehr fundamental oppositionelle Positionen vertrat.

Zimmer betonte, «wir sehen die EU als Handlungsebene für linke Politik und wir nehmen sie als Linke als Herausforderung an». Zimmer verwies darauf, dass die Europäische Union als weltweit größter integrierter Wirtschaftsraum mit über 30 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts durchaus auf globaler Ebene eine wesentliche Rolle spielen könne, im Positiven wie im Negativen. «Wir sehen in der europäischen Integration Chancen und Möglichkeiten für die Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme – unter der Voraussetzung, dass es gelingt, die Richtung und auch die Art und Weise des Verlaufs der europäischen Integration zu verändern. Das heißt, wir setzen auf Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse auch auf der europäischen Ebene.» Dies schließe sehr wohl Kritik und Opposition gegen geltende vertragliche Grundlagen der EU ein.³⁵⁹

Die Linken seien heute eine gesellschaftspolitische Minderheit. Dennoch müssten sie mit aller Kraft verhindern, dass aktuelle Vertragsänderungen oder neue Verträge die bestehenden Probleme weiter zuspitzen. «Es reicht aus meiner Sicht aber eben nicht aus, allein nur auf Widerstand zu setzen. Wir wollen uns in die Europäische

Union gestaltend einbringen, wir wollen konkrete Alternativen auf den Tisch legen, realitätstaugliche Vorschläge unterbreiten, und die Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, wird durch unsere Partei ebenfalls gebraucht.» Maßstab für das Verhalten gegenüber EU-Verträgen heiÙe Inhalte prüfen, Fortschritte gegenüber Vorhandenem nicht übersehen, aber immer abwägen, was die Annahme von Verträgen für die Art und Weise bedeute, wohin sich die Europäische Union entwickle.

Der Entwurf des Lissabon-Vertrags schreibe wie schon der Entwurf zur Verfassung der Europäischen Union destruktive Entwicklungen fest. «Aber unser NEIN ist aus linker Sicht begründet. Es ist ein NEIN als Protest gegen das Festhalten an neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik, gegen das Aufrüstungsgebot und die Militarisierung, gegen die Ausschaltung der Bürgerinnen und Bürger bei der Mitbestimmung über den Kurs der EU, gegen die ‹Festung Europa› und gegen die Marginalisierung von sozialen und ökologischen Problemen innerhalb der Europäischen Union.» Das sei auch die Messlatte gewesen, die die Delegation mehrheitlich bei der Bewertung des Lissabon-Vertrags angelegt habe. Gabriele Zimmer unterstrich, dass eine Neuausrichtung der EU auch davon abhängt, ob es der Linken in den Mitgliedsländern gelinge, die politische Achse nach links zu verschieben. «Ob sie dabei europäisch und internationalistisch denkt, ist wesentlich für das, was wir auch auf europäischer Ebene erreichen können.»³⁶⁰

Der «Kapitalismus stürzt sich in eine Jahrhundertkrise», analysierte Lothar Bisky anschließend die entstandene Lage in Deutschland und in der Welt. «Die größte Wertvernichtung seit dem Zweiten Weltkrieg ist in vollem Gange. Im Zweifel gilt jetzt: Ohne Staatshilfen ist kein Markt zu machen.» In der EU und in Deutschland würden noch immer die handeln, «die uns in die Krise geführt haben. CDU und SPD haben mit der Politik der GroÙen Koalition Deutschland für neue Finanzmarktprodukte attraktiver gemacht.» Jetzt würden sie die Retter für die Folgen ihrer Fehlentscheidungen spielen. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz trage nun auch die Handschrift der Deutschen Bank. Es sei doch der Weg in die Bananenrepublik Deutschland, «wenn jetzt die Hohepriester des Neoliberalismus, die uns den puren Marktradikalismus auch für die Finanzmärkte gepredigt haben, sich heute als die groÙen Krisenmanager jener Krisen feiern lassen, die sie selbst hervorgerufen haben».³⁶¹

Die Folgen der Krise seien noch nicht völlig überschaubar. Doch der bisherige Krisenverlauf spreche eine ganz klare Sprache: «Es darf nach der Krise nicht so weitergehen, wie es vor der Krise war!» Die Regierung breite einen Rettungsschirm für Banken aus. Notwendig sei vor allem ein «Rettungsschirm für die Menschen». Deshalb bejahe die LINKE Maßnahmen gegen Massenentlassungen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, zur Verlängerung des Arbeitslosengelds I und zu einer Erhöhung des ALG II. «Und dabei gilt für uns ohne Wenn und Aber: Hartz IV muss endlich überwunden werden.»

Der Lissabonner Vertrag habe die Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente erweitert, er habe einen anderen Abstimmungsmodus im Rat

auf den Weg gebracht, die Verbindlichkeit für die EU-Grundrechtecharta und erste Schritte für die partizipative Demokratie verankert, lobte Bisky. Doch der Vertrag schreibe die schrittweise Aufrüstung der EU fest und es fehle ein klares Bekenntnis zur Sozialstaatlichkeit. Das demokratische und solidarische Europa brauche also einen neuen Anfang. Das gehe nicht von heute auf morgen. Allerdings gebe es viele Menschen, die auf ein soziales und friedliches Europa setzen würden. Die LINKE fordere deshalb einen neuen Anlauf für eine EU-Verfassung, die von den Bürger*innen mitgestaltet und entschieden wird. «Die LINKE will die Europäische Union weder abschaffen noch zurück zur ausschließlichen Nationalstaatlichkeit. Für uns ist es entscheidend, europäisch zu handeln, genauso wie auf nationaler und auf regionaler Ebene.» Das Signal der LINKEN aus Essen heiße, so der Parteichef: «*Gemeinsam für den Wechsel in Europa!*»³⁶²

In der dann folgenden Debatte auf dem Essener Europaparteitag hielt sich – gemessen an den Unkenrufen in den Medien vor dem Parteitag – insgesamt der Streit in Grenzen. Man gab sich proeuropäisch, und selbst der ausgewiesene Europaskeptiker Diether Dehm wies den Vorwurf zurück, antieuropäische Positionen zu vertreten. Er machte einen feinen Unterschied zwischen Europakritik und Europafeindschaft aus.³⁶³ Während Christiane Reymann, Mitglied des Vorstands der Partei der Europäischen Linken, die EU als imperialen Block charakterisierte und eine radikalere Kritik einforderte, urteilte Matthias Höhn, wer glaube, Menschen ließen sich für den Prozess der europäischen Integration begeistern, wenn er die EU auf einen imperialen Block reduziere, werde scheitern. Der LINKEN-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt verwies auf «positive Dinge» wie die Milliardenhilfen der EU für die neuen Bundesländer.³⁶⁴ Höhn würdigte die Tatsache, dass sich ein Großteil Europas auf eine neue Verfassung verständigen wolle – ein zivilisatorischer Fortschritt, der vor 50 Jahren undenkbar gewesen wäre.³⁶⁵ Während der Europaabgeordnete Tobias Pflüger erklärte, das Nein der LINKEN zum Lissabonner Vertrag sei essenziell, da dürfe es kein Wackeln geben, setzte Kerstin Kaiser, LINKEN-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag, einen anderen Akzent: Sie sah in der Europäischen Union auch einen Raum für politische Gestaltung in einer gleichberechtigten Staatengemeinschaft. Radikale Kritik müsse in gestaltende, eingreifende Politik münden.³⁶⁶

In den Monaten vor dem Parteitag waren in den Diskussionen um das Europawahlprogramm und die Kandidat*innen für die Wahl zum EU-Parlament die Wellen hochgeschlagen, sodass der Leitantrag des Parteivorstands zum Programm quasi der kleinste Nenner war, auf den man sich einigen konnte. Kein Wunder also, dass die über 60 weitreichenden Änderungsanträge mit zahlreichen Unteranträgen insgesamt drei Hefte füllten. Die Basisvertreter*innen kämpften in der Debatte um einzelne Formulierungen und um ganze Absätze, bis letztlich das Wahlprogramm bei zwei Gegenstimmen verabschiedet wurde.³⁶⁷ Der Parteivorstand (und hier insbesondere der geschäftsführende Parteivorstand) verzichtete darauf, den beschlossenen Leitantrag aktiv zu vertreten. «Es gab so gut wie keine Bereitschaft von Parteivorstandsmitglie-

dern, den Entwurf [des Programms; J. W.] durch Gegenreden zu verteidigen, ein nicht unerheblicher Teil des Parteivorstands war bei der Debatte überhaupt nicht im Saal»,³⁶⁸ kritisierte die stellvertretende Parteivorsitzende Halina Wawzyniak Anfang März 2009 in einem internen Papier. Die Spaltung der deutschen LINKEN zu Europa und zur EU wurde dann in Essen vor allem über die Wahl der Kandidat*innen zur Europawahl ausgetragen.³⁶⁹

Der Bundesgeschäftsführer und Bundeswahlkampfleiter der LINKEN Dietmar Bartsch betonte in seinem Schlusswort, DIE LINKE gehe hervorragend aufgestellt in die weiteren Wahlkämpfe des Jahres 2009. Keine andere Partei habe die Debatten in den letzten zwei Jahren so bestimmt. «Unser Erfolgsrezept ist eigentlich ganz einfach: Wir sagen, was Mehrheiten in diesem Lande wollen.» Mehrheiten würden nicht Armut per Gesetz durch Hartz IV wollen, sondern dass man von Arbeit menschenwürdig leben könne. Sie wollten daher flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne und die Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Und sie würden sich dagegen wenden, dass Krieg wieder zum Mittel der Politik gemacht werde. Dietmar Bartsch warb im Wahljahr 2009 ausdrücklich für Geschlossenheit, dafür, die Gemeinsamkeiten voranzustellen. Denn: «Wir haben eine riesige Chance in diesem Jahr. Es geht nicht nur um Parlamentssitze und Regierungszusammensetzungen, wir können im Jahre 2009 Deutschland politisch gewaltig verändern. Lasst uns diese Chance gemeinsam entschlossen wahrnehmen.»³⁷⁰

Auf der Vertreterversammlung, die anschließend (aus juristischen Gründen fein säuberlich vom Parteitag getrennt) am späten Samstagabend zusammentrat und am Sonntag weitertagte, ergriff Oskar Lafontaine das Wort. Während Lothar Biskys Vortrag moderat und verbindlich in Ton und Inhalt gewesen war, brachte Lafontaine den Saal zum Toben. Er ließ am Vertrag von Lissabon kein gutes Haar. Vor dem Hintergrund der seinerzeitigen schweren globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, ausgelöst durch die jahrelang steigenden Immobilienpreise in den USA, die sich zu einer Immobilienblase entwickelt hatten, und potenziert durch die Deregulierung der Finanzmärkte, die Spekulation mit Kreditderivaten und Geschäfte mit Steueroasen, betonte der Politiker, dass dieser Vertrag schon deshalb abgelehnt werden müsse, weil er Kapitalverkehrskontrollen ausdrücklich verbiete. «Wir haben den Vertrag von Lissabon auch deshalb abgelehnt, weil er durch die Entwicklung total überholt ist. Dieser Vertrag schreibt eine Wirtschaftsverfassung fest, die kläglich gescheitert ist, die gewaltig gescheitert ist.»³⁷¹

Lafontaine forderte die Bundesregierung auf, endlich ihren Widerstand gegen Eurobonds aufzugeben, und verlangte ein Europäisches Parlament mit dem Recht auf Gesetzgebung, eine Wirtschaftsregierung, eine Lohnkoordination, Mindeststandards bei Steuern und Sozialem und nicht zuletzt einen Volksentscheid über den Lissabonner Vertrag. Er machte eine Fehlentwicklung der europäischen Gemeinschaft aus: Wer für ein demokratisches Europa sei, «der muss solche entscheidenden Verträge Volksabstimmungen unterwerfen und nicht Regierungen und Parlamente beschlie-

ßen lassen! Wer für ein demokratisches Europa ist, der muss dem Parlament die Gesetzgebungsbefugnis geben und das Kontrollrecht. Die Gewaltenteilung ist doch eine europäische Idee. Es kann doch nicht sein, dass wir gerade in Europa damit anfangen, dass die Regierungen die Gesetze machen.» Und unter Verweis auf die damalige Wirtschafts- und Finanzkrise erklärte der Partei- und Fraktionsvorsitzende: «Und natürlich ist es selbstverständlich, dass wir hier, wenn wir über die Lösung der Krise reden, in europäischen, ja globalen Dimensionen denken.» Schon von daher sei der Versuch, die Partei in Europafreund*innen und Europafeind*innen aufzugliedern, «schlicht lächerlich! Hier gibt es keine Europafeinde auf diesem Parteitag!»,³⁷²

Der Vorsitzende der LINKEN ging dann zur Aufstellung der Bundesliste über und verteidigte die Quotierung von je zur Hälfte Ost- und Westkandidat*innen auf der Liste. Man habe bei ihrer Aufstellung versucht, sie zwischen Ost und West und zwischen Frauen und Männern auszutarieren. Der Bundesausschuss habe sich diese Idee zu eigen gemacht. «Deshalb ist meine Bitte hier an die Delegiertinnen und Delegierten, die zu bestimmen haben: [...] Jeder kann bei uns kandidieren, aber bitte stellt dieses Raster nicht infrage. Insbesondere wäre es nicht gut, wenn weiter Kandidat*innen aus dem Osten Westkandidat*innen von der Liste fegen würden. Das fördert nicht das Zusammenhalten. Bitte unterlasst das, es geht nur: Ost gegen Ost oder West gegen West, aber nichts anderes.» Denn: «Die Listen haben deshalb eine Bedeutung, weil sie auch unser Zusammenwachsen weiter befördern sollen.»³⁷³

Während die Delegierten Lafontaines scharfe Kritik am Vertrag von Lissabon mit tosendem Applaus quittiert hatten, hielt sich ein Teil der Basisvertreter*innen bei dessen Verteidigung der Ost-West-Quotierung der Bundesliste zur Europawahl mit Beifall hörbar zurück.³⁷⁴

Auf die Vorschlagsliste der zu wählenden Kandidat*innen, die der Bundesausschuss zur Wahl der Bundesliste vorlegte, hatten sich die Landesverbände und die Parteiströmungen zuvor verständigt. Dabei war von den bisherigen Abgeordneten der Partei im Europaparlament nur Gabriele Zimmer aufgestellt worden. Diese Liste traf nicht auf ungeteilte Zustimmung. Zum einen war die paritätische Besetzung der Liste mit jeweils acht ost- und acht westdeutschen Kandidat*innen umstritten, weil die West-Mitglieder nur rund 15.000 der knapp 70.000 Parteimitglieder insgesamt ausmachten. Zum anderen fehlten die bekannten bisherigen EU-Abgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann und André Brie auf den vorderen (und damit aussichtsreichsten) Plätzen. Beide hatten aufgrund ihrer proeuropäischen Positionierung und ihrer praktischen Arbeit im EU-Parlament das Missfallen der parteiinternen EU-Skeptiker*innen auf sich gezogen, weil sie nicht in jedem Fall die geschriebene oder ungeschriebene «Parteilinie» umsetzten und beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte auch in Kuba einforderten.³⁷⁵ Kaufmann hatte zudem – bei aller berechtigten Kritik am Vertragswerk – eine grundsätzlich zustimmende Haltung zum Lissabonner Vertrag bezogen.³⁷⁶

Die Delegierten folgten weitgehend dem Vorschlag des Bundesausschusses und wählten Lothar Bisky mit 93,4 Prozent der Stimmen auf Platz 1, Sabine Wils, Mitbegründerin des Gewerkschaftsnetzes der Europäischen Linken, mit 70,8 Prozent auf Platz 2, Gabriele Zimmer mit 77,6 Prozent auf Platz 3, Thomas Händel mit 78,1 Prozent auf Platz 4 und die sächsische Landesvorsitzende Cornelia Ernst mit 78,8 Prozent auf Platz 5. Es folgten der nordrhein-westfälische Sozialpfarrer Jürgen Klute mit 85,9 Prozent auf Platz 6, die Sozialwissenschaftlerin Sabine Lösing mit 60,0 Prozent auf Platz 7, Helmut Scholz, Bereichsleiter Internationale Politik der LINKEN, mit 83,4 Prozent auf Platz 8, und Martina Michels, die europapolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, mit 50,9 Prozent auf Platz 9. Während Bisky, Wils, Zimmer und Ernst ohne Gegenkandidat*innen zur Wahl antraten, konnten sich Thomas Händel gegen fünf Mitbewerber, Jürgen Klute gegen zwei weitere Bewerber, Sabine Lösing gegen zwei Mitbewerberinnen, Helmut Scholz gegen zwei Mitbewerber und Martina Michels gegen drei Mitbewerberinnen durchsetzen.³⁷⁷

Bei der Wahl um Listenplatz 10 unterlag der vom Bundesausschuss vorgeschlagene frühere Europaabgeordnete der Grünen Wilfried Telkämper dem bisherigen EU-Abgeordneten der PDS bzw. der LINKEN Tobias Pflüger, der 51,6 Prozent der Delegiertenstimmen erhielt und als scharfer EU-Kritiker bekannt war. Erfolglos kandidierte die Ostberlinerin Sylvia-Yvonne Kaufmann gegen die Niedersächsin Sabine Lösing für Platz 7; sie hätte bei einem Sieg den umstrittenen Ost-West-Kompromiss gesprengt. Kaufmann unterlag auch in den Wahlgängen zu Platz 9 und Platz 13.³⁷⁸ Nicht besser erging es André Brie, der bei der Abstimmung um Platz 12 am Kandidaten der Jugendorganisation solid, Sascha Wagener, scheiterte. Auf die Plätze 11 bis 16, für die nur sehr geringe Wahlchancen bestanden, wählten die Basisvertreter*innen Sidar Aydinlik-Demirdögen, Sascha Wagener, Ruth Firmenich, Wilfried Telkämper, Ulrike Voltmer und Fabio de Masi.³⁷⁹

Mit de facto nur zwei erfahrenen EU-Parlamentariern unter den ersten 13 Kandidat*innen auf der Bundesliste zur Europawahl 2009 stand der Delegation der deutschen LINKEN im Europäischen Parlament ein Neuanfang bevor. «Die endgültige Liste vor Augen fragte sich manches Parteimitglied, ob es klug war, auf Kompetenz und Erfahrung zweier Europapolitiker wie Kaufmann und Brie zu verzichten»,³⁸⁰ resümierte der Journalist Fabian Lambeck das Resultat des Parteitags. Gabriele Zimmer hatte in ihrer Rede vergeblich darauf hingewiesen, dass ein Mix von erfahrenen Abgeordneten und neuen Kandidat*innen eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer Delegation und ein Garant für eine erfolgreiche Arbeit im Europäischen Parlament sei.³⁸¹ Diese Chance war nun vertan.

In seinem Schlusswort auf der Vertreterversammlung in Essen stellte Gregor Gysi fest, dass sich Ost- und Westlandesverbände der Partei aufeinander zubewegen würden, «wir sind weitergekommen, aber wir sind noch nicht angekommen». Die Ost-West-quotierte Bundesliste sei ein Zwischenstadium, ein Schritt, der diesmal erforderlich gewesen sei. Aber wenn die Partei dann richtig vereinigt sei, dürfe das gar

keine Rolle mehr spielen. «Dann muss selbstverständlich auch ein Ossi gegen einen Wessi und umgekehrt antreten dürfen, ohne dass wir uns da überhaupt Gedanken drüber machen. Aber dafür brauchen wir noch etwas Zeit.» Trotzdem müssten auch dann alle Regionen vertreten sein. «Wir können uns nie eine Fraktion oder einen Vorstand leisten, der nur aus Ostdeutschen oder nur aus Westdeutschen oder nur aus Süddeutschen oder nur aus Norddeutschen besteht. Darauf werden wir immer zu achten haben.» Offensichtlich mit dem Blick auf André Brie und Sylvia-Yvonne Kaufmann stellte Gysi die Frage, wie bei der Auswahl der Kandidat*innen künftig auch deren Professionalität berücksichtigt werden könne.³⁸²

Der Politiker unterstrich: «Wir brauchen die Europäische Union, um Frieden zwischen den europäischen Staaten zu garantieren und um auch ökonomisch ein Gewicht zu haben, gegenüber den USA, China, Japan und anderen Ländern. Aber wir wollen sie so, dass sie die Akzeptanz der Bevölkerungen findet.» Dafür setze sich DIE LINKE ein. Hinsichtlich der Friedensfrage kritisiere sie am Lissabonner Vertrag auch, dass sofort wieder militärisch gedacht werde – nicht mehr nur durch die Nationalstaaten, sondern auch durch die Europäische Union. DIE LINKE wolle aber Abrüstung und Frieden. Die Probleme dieser Welt müssten sozial, kulturell, ökologisch gelöst werden, aber ganz bestimmt nicht militärisch. «Ich sage es hier ganz klar: Ich bin stolz, der einzigen Fraktion im Deutschen Bundestag anzugehören, die noch nie eine Zustimmung zu einem völkerrechtswidrigen Krieg gegeben hat. Dabei wird es auch bleiben!»,³⁸³

Das Bild des Parteitags war insgesamt recht eindeutig. Radikal linke und eher fundamentalistische Kräfte hatten die Deutungshoheit übernommen und die Reformer*innen in die Defensive gedrängt. Aus einem sehr kritischen Blickwinkel sah der 40-jährige LINKEN-Politiker Carl Wechselberg, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, auf die Situation der Partei in Gänze und insbesondere auf die Listenaufstellung in Essen. Sie habe die Mehrheitsverhältnisse in der LINKEN nachdrücklich sichtbar gemacht: «Dem realpolitischen Ost-Zentrum steht eine stabile Zweidrittelmehrheit von Antikapitalisten, Kommunistischer Plattform und frustrierten Ex-SPD-Mitglieder[n] und Alt-Gewerkschaftlern um Lafontaine gegenüber.»³⁸⁴ Der Essener Parteitag markierte mit der Zurückdrängung des reformerischen Ansatzes das Ende der alten PDS, zumal sich ostdeutsche Fundamentalkritiker*innen etwa von der KPF längst im Lafontaine-Lager gut aufgehoben fühlten. Während in den Jahren 2005 bis 2007 nicht wenige Parteienforscher*innen und Journalist*innen mutmaßten, dass sich die alte PDS aufgrund ihrer Mitgliederstärke und ihrer Organisationserfahrung die WASG in den nächsten Jahren «einverleiben» werde,³⁸⁵ stellte sich dem Zeithistoriker Heinrich Bortfeldt als Beobachter des Parteitags die Situation völlig entgegengesetzt dar: «Die alte PDS ist ein Übernahmekandidat geworden; der Verdrängungsprozess hat schon längst begonnen.»³⁸⁶

Das Programm der Partei DIE LINKE zur Wahl zum Europäischen Parlament 2009³⁸⁷

Schwerpunkte des Programms der LINKEN zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009 waren unter der Losung «Solidarität, Demokratie, Frieden» der Kampf für ein soziales und gerechtes Europa, gegen die Militarisierung der Europäischen Union und gegen den Vertrag von Lissabon. So hieß es in der Präambel des Wahlprogramms: «Unser Ziel ist, dass alle Menschen in Würde selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben können – in Europa und weltweit. Deshalb setzt sich DIE LINKE vor allem für soziale Gerechtigkeit, den weltweiten Frieden und die demokratische Teilhabe der Menschen ein.» Die herrschende Politik der EU agiere in die entgegengesetzte Richtung. Anstatt durch zivile Krisen- und Konfliktprävention Kriege und weltweit wachsende Kriegsgefahren einzudämmen, Armut und ihre Ursachen, Klimawandel und Umweltzerstörung global zu bekämpfen, würden EU-Mitgliedstaaten aufrüsten, um auf die zwangsläufigen Konsequenzen ihrer auf Ausbeutung, unfairen Handelsbeziehungen und Umweltzerstörung beruhenden Wirtschaftspolitik mit militärischen Mitteln zu reagieren. «Diese Politik sollte im Vertrag von Lissabon verankert werden. Deshalb bekräftigt DIE LINKE ihr NEIN zu diesem Vertrag.»

Anstelle des Lissabonner Vertrags, mit dem die neoliberale Wirtschaftspolitik, die Politik der Militarisierung der EU und ihrer Verwandlung in eine militärische Interventionsmacht fortgesetzt werden sollten, trat DIE LINKE für die Schaffung einer *echten Verfassung* der Europäischen Union ein, die sich eindeutig auf die Sicherung des Friedens, zivile Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet, eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle verankert, eine Verfassung, die Umwelt und Kultur schützt, eine Verfassung, die keine ordnungspolitischen Festlegungen zur Wirtschaftsweise der EU vornimmt und die soziale Rechte fixiert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Mithin für eine EU-Verfassung, die für künftige Gesellschaftsentwicklungen offen ist und nach der Menschenrechte und Grundfreiheiten Vorrang vor dem Marktradikalismus bekommen. DIE LINKE plädierte für einen Politikwechsel in Europa, «der die Integration auf ein neues Fundament stellen soll». Als Ziel formulierte DIE LINKE eine Wirtschaft in Europa, «die nicht vom Profitstreben, sondern vom Bedarf geleitet wird. Der Kapitalismus muss überwunden werden. Wir wollen die Diktatur der Finanzmärkte durch eine demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ersetzen.»

Die Partei DIE LINKE vertrat die *wirtschaftspolitische Position*, dass das Profitstreben der Konzerne, Banken und Finanzfonds die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der EU bestimmte. «Dies muss beendet werden», hieß es im Wahlprogramm. DIE LINKE wandte sich gegen die einseitige Fixierung der EU auf Exportsteigerung, plädierte für die Stärkung der europäischen Binnenwirtschaft und lehnte das Ziel ab, die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen. Diese Strategie habe zu einer Explosion der Unternehmensgewinne und zu einem drastischen Rückgang der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, zu prekärer Beschäftigung

und Armut geführt. Deshalb wollte die Partei die Lissabon-Strategie durch «eine neue, integrierte EU-Strategie für Solidarität, nachhaltige Entwicklung und soziale Integration» ablösen. Sie wollte die öffentliche Daseinsvorsorge rekommunalisieren, die Netzinfrastrukturen (Strom, Gas, Wasser, Bahn, Telekommunikation) sowie bedeutende Unternehmen, die Politik und Wettbewerb beherrschten, in öffentliches Eigentum überführen und strebte nicht zuletzt eine europäische Wirtschaftsregierung an.

In der Landwirtschaftspolitik verlangte DIE LINKE, die Konzentration von Bodeneigentum und die Spekulationen auf dem Agrarrohstoffmarkt zu unterbinden und Exportsubventionen abzuschaffen. Hingegen sollte die Stellung der Landwirt*innen am Markt deutlich gestärkt und die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden, um faire Preise zu sichern. Unterstützt werden sollten vielfältige Kooperationsbeziehungen bis hin zur Bildung von Genossenschaften.

Auf dem Gebiet der *Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik* wollte DIE LINKE als Reaktion auf die internationale Finanzkrise die Banken verstaatlichen und Hedgefonds und Private-Equity-Fonds verbieten. Hinsichtlich der EU-Haushaltspolitik strebte die Partei grundlegende Veränderungen an und setzte sich dafür ein, dass in erster Linie die Mittel für die Bekämpfung von Armut, für die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, für den sozial-ökologischen Umbau und für die Regional- und Strukturpolitik aufgestockt würden. Einsparungen sollten bei Rüstungsausgaben und Geldern für militärische Missionen vorgenommen werden. Die Eigenmittelobergrenze sollte auf 1,24 Prozent des EU-weiten Bruttonationaleinkommens angehoben werden. Großunternehmen und Banken sollten deutlich stärker an der EU-Finanzierung beteiligt und die von einigen Mitgliedstaaten ausgehandelten Rabatte auf ihre EU-Beiträge abgeschafft werden. Die nationalen Steuerpolitiken sollten koordiniert und die Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern vereinheitlicht werden, um das Steuerdumping innerhalb der EU zu beenden.

Hinsichtlich *Arbeitsmarktpolitik und Arbeitnehmerrechten* thematisierte DIE LINKE den gewerkschaftlichen Begriff der «Guten Arbeit» und plädierte für gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort, für verbesserte Standards bei der Arbeitszeit bzw. für deren Reduzierung, für die Ausweitung der Mitbestimmung auf europäischer Ebene und für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Die Partei setzte sich dafür ein, dass prekäre Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und befristete und andere unsichere Arbeitsverhältnisse abgeschafft werden. Leiharbeit sollte es nur in Ausnahmefällen geben. Außerdem wollte DIE LINKE eine «neue Art der Vollbeschäftigung» und die Arbeit neu- und umbewerten.

Auf *sozialpolitischem Gebiet* plädierte DIE LINKE für einen europäischen Sozialpakt, gleichrangig mit der Wirtschafts- und Währungsunion, der die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessern sollte: «Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäfti-

gung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.» Europa sollte zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit gemacht werden. DIE LINKE begriff Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe. Sie thematisierte schwerpunktmäßig den Erhalt und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und forderte einen Pakt zur Beseitigung der Armut. Darin sollten die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, dafür zu sorgen, dass in fünf Jahren kein Mensch in Europa mehr unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des jeweiligen Durchschnittseinkommens leben müsse. DIE LINKE bewertete den Lissabon-Prozess auch auf sozialpolitischem Gebiet negativ für die Bürger*innen Europas.

Auf *umweltpolitischem Gebiet* stellte DIE LINKE Klimaschutz und Energiepolitik ins Zentrum und plädierte für einen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten. Allerdings habe der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument versagt. An seine Stelle müssten deshalb radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft treten. DIE LINKE hob hervor, dass die globalen Aufgaben in der Klima- und Energiepolitik gegen die kurzfristigen Rendite-Interessen von Banken, Fonds und Konzernen durchgesetzt werden müssten. Beim ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft müsse immer der soziale Aspekt im Auge behalten werden: «Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweise sind zwei Seiten einer Medaille.»

Auf dem Feld der *Energiepolitik* sah DIE LINKE in einer radikalen Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung die Voraussetzung für eine friedliche Energieaußenpolitik. Eine militärische Sicherung von Rohstoffen lehnte sie ab. Die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) wollte sie abschaffen. Eine Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung sei auch eine zentrale friedenspolitische Investition. Mit einer solchen Energiewende würden nicht zuletzt nachhaltig Arbeitsplätze geschaffen. In diesem Kontext forderte DIE LINKE den europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft und wandte sich gegen den Neubau von Kohlekraftwerken. Die Partei verwies darauf, dass die fortgesetzte Nutzung der Atomenergie sowie der Bau neuer fossiler Großkraftwerke den Übergang zu den erneuerbaren Energien behindern und die monopolistischen Marktstrukturen zementieren würden.

Auf dem Gebiet der *Bildungspolitik* betonte DIE LINKE die Notwendigkeit des verbesserten Zugangs zu Bildung und die Bedeutung des Erwerbs von Fremdsprachen in einem zusammenwachsenden Europa. Sie thematisierte, dass der Erwerb von Bildung nicht vom Geldbeutel abhängig sein dürfe, und wandte sich gegen Privatisierungen im Bildungsbereich und gegen die Erhebung von Studiengebühren.

In der Frage von *Bürgerrechten und Demokratie* plädierte DIE LINKE für deren Erweiterung. Sie trat für eine EU ein, die wirklich demokratisch, transparent und bürgernah ist. Sie sprach sich dafür aus, die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken. Sie hielt den Schutz der Grundrechte der Bürger*innen für unverzichtbar,

forderte die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen EU-Mitgliedstaaten und einen wirksamen Datenschutz und wandte sich gegen die Vorratsdatenspeicherung und die angestrebte Art der verstärkten Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsdienste. Sie wollte eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind und die Bekämpfung von Kriminalität nicht zulasten der Grund- und Menschenrechte gehe. DIE LINKE setzte sich für die Einführung von Volksentscheiden ein und wollte mit Volksentscheiden und anderen Instrumenten der direkten Demokratie erreichen, dass die Bürger*innen auf europäische Entscheidungen wirksam Einfluss nehmen können. Auf dem Gebiet der Migrations- und Flüchtlingspolitik setzte sich DIE LINKE für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant*innen ein, wollte deren Lage verbessern und lehnte eine «Festung Europa» ab.

Hinsichtlich der *Rolle Europas in der Welt* und der in diesem Kontext stehenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen betonte DIE LINKE die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. Die Partei erklärte, Krieg dürfe kein Mittel der Politik sein, und wollte die begonnene Militarisierung der EU stoppen. Sie wollte eine friedliche Europäische Union, die im Sinne der UN-Charta Krieg ächtet, die strukturell nicht angriffsfähig, frei von Massenvernichtungswaffen ist und sowohl auf den Ausbau militärischer Stärke als auch auf eine weltweite militärische Einsatzfähigkeit verzichtet. In diesem Kontext wandte sich DIE LINKE besonders gegen Ansprüche auf Eigentum und Gebiete in Osteuropa sowie gegen Geschichtsrevisionismus, wie er von Vertriebenenverbänden forciert wurde, und setzte sich für ein gutes Verhältnis zu Russland ein.

DIE LINKE unterstrich hinsichtlich der *europäischen Integration*, dass die *Erweiterung* der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine *Vertiefung* des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne. Um die noch bestehenden politischen und ökonomischen Trennlinien zu überwinden, trat die Partei für die Fortsetzung der EU-Erweiterung und für eine stabile gesamteuropäische Struktur ein. Für DIE LINKE waren eine demokratische Regierungsform, die Gewährleistung und Durchsetzung der Menschenrechte für jedermann im Alltag, die Achtung und der Schutz von Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit wichtige Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft. Im Sinne der Vertiefung der europäischen Integration stellte die Partei fest, auch die EU selbst müsse die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen für künftige Erweiterungsschritte schaffen.

In der Öffentlichkeit – und bis in die Anhängerschaft der LINKEN hinein – wurden der Europaparteitag in Essen und das dort beschlossene Europawahlprogramm mit der fundamentalen Kritik an der Europäischen Union, ihrer Charakterisierung als «neoliberales» und «militaristisches» Projekt als Ablehnung der EU aufgefasst und als antieuropäisches Signal verstanden. Das schlug sich dann bei der Europawahl im Juni 2009 darin nieder, dass ein Teil der Anhängerschaft der LINKEN nicht mobili-

siert werden konnte und der Wahl fernblieb und ein anderer Teil seine Stimme jenen Parteien gab, die er als proeuropäisch einstufte.

Vom Europaparteitag 2009 zum Bundestagswahl-Parteitag der LINKEN im Juni 2009

Nach dem Europaparteitag mehrten sich die Stimmen, die Unklarheiten und Fehlentwicklungen in der Partei diagnostizierten und die Lage der Partei kritisch sahen. Gerald Kemski und Heidi Kloor, Bundessprecher und Bundessprecherin der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN, konstatierten, dass der Klärungsprozess, welche Rolle den Gewerkschaften für DIE LINKE zukommt, keinesfalls abgeschlossen sei: «Solange es Vertreterinnen und Vertreter der Partei gibt, die die Gewerkschaften als eine soziale Bewegung unter vielen anderen betrachten, solange wird der notwendige Schulterschluss zwischen der einzigen sozialistischen Partei und der größten Klassenorganisation der abhängig Beschäftigten nicht herzustellen sein.» Der Schulterschluss mit den Gewerkschaften sei aber für DIE LINKE von entscheidender strategischer Bedeutung, «will sie wirklich eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus durchsetzen».³⁸⁸

Klaus Ernst und Thomas Händel artikulierten ziemlich offen ihre Sorge, die real existierende Linkspartei könnte unter dem Einfluss diverser Flügel ihren Realitätssinn verlieren, und beklagten ebenfalls kritische Haltungen in einigen Strömungen gegenüber den Gewerkschaften. «Wir sind zwar eine Partei, aber die einzelnen Strömungen agieren oft so, als gebe es keine Partei», sagte Klaus Ernst. Der Gewerkschafter sah den Einfluss dieser Gruppierungen mit Missvergnügen: «Wir haben Flügel, Flügel, Flügel. Wir brauchen aber auch ein Zentrum in dieser Partei. Wenn man kein Zentrum hat, gehen die Flügel ins Leere und irgendwann stürzt der Vogel ab.»³⁸⁹ Vorahnungen auf düstere Zeiten.

Die Auswirkungen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dominierten das politische Geschehen und setzten die Rahmenbedingungen für das Wirken der Partei DIE LINKE bis zu ihrem Bundestagswahl-Parteitag im Juni 2009 und darüber hinaus. Nach anfänglichem Zögern sah sich die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zu staatlichen Interventionen veranlasst, wie es sie in ihrem Umfang und ihrer Geschwindigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hatte. Sie spannte einen «Bankenrettungsschirm» auf, um sowohl einzelne in Schieflage geratene Banken von «systemischer» Bedeutung zu retten als auch den Finanzmarkt insgesamt zu stabilisieren, und ergriff mit den Konjunkturpaketen I und II Maßnahmen zur Konjunkturstützung. Diese Maßnahmen schlossen unter anderem sowohl eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes als auch eine Abwrackprämie für über neun Jahre alte Autos (2.500 Euro bei Kauf eines Neuwagens) ein.³⁹⁰

DIE LINKE startete am 12. März 2009 ihre Kampagne «Ein Schutzschirm für Menschen» mit bundesweiten Aktionen vor Arbeitsämtern und Großbetrieben. Vor dem Jobcenter in Berlin-Pankow stand an diesem kalten Donnerstagmorgen eine Handvoll junger Aktivist*innen der Partei, die ein entsprechendes Transparent mit-

gebracht hatten. Sie sammelten Unterschriften, verteilten Zeitungen und versuchten – nicht immer erfolgreich – mit den Hartz-IV-Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Mit dabei waren in Berlin Stefan Liebich und Ulrich Maurer. In Flensburg in Schleswig-Holstein standen Parteimitglieder ab fünf Uhr in der Frühe vor den Toren einer Werft. In Frankfurt am Main waren Parteiaktivist*innen vor den beiden großen Jobcentern der Stadt präsent. Insgesamt beteiligten sich 50 Kreisverbände der LINKEN an den Aktionen zum Start der Schutzschirmkampagne.³⁹¹

Am 28. März 2009 demonstrierten Zehntausende Menschen, darunter viele Mitglieder der LINKEN, in Frankfurt am Main und in Berlin gegen die Abwälzung der Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die arbeitenden Menschen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. erklärte auf einem Transparent bei der Berliner Demonstration: «Wir zahlen nicht für eure Krise». Sie forderte einen «Schutzschirm für Menschen» und nicht für Banken.³⁹² DIE LINKE der Region Hannover unterstützte am 26. März und am 23. April 2009 die Aktionen der Beschäftigten der Continental AG in Hannover, die gemeinsam mit Tausenden Kolleg*innen aus dem französischen Clairoix mit Trillerpfeifen und Sprechchören für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpften. Mitglieder der Partei verteilten 1.500 Flugblätter, auf denen gefordert wurde: «Keine Entlassungen, bevor die Kurzarbeitsphase von 18 Monaten nicht voll ausgeschöpft ist! Keine öffentlichen Rettungsgelder für Unternehmen, die Produktionsstätten schließen wollen! Massenentlassungen ohne Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat verbieten! Für alle Großunternehmen ein Mitbestimmungsmodell nach dem Vorbild von VW einführen!»³⁹³

Neben den aktuellen politischen Problemen belasteten auch immer wieder die alten (nicht gelösten) ideologischen Fragen die Partei. Besonders in den ostdeutschen Landesverbänden der LINKEN spielte die Einschätzung des sogenannten «real existierenden Sozialismus» im Allgemeinen und der DDR im Besonderen für das Selbstverständnis der Mitglieder eine wichtige Rolle. Am letzten Märzwochenende 2009 schlugen die Wellen auf einer Geschichtskonferenz der sächsischen LINKEN in Dresden hoch. Befeuert wurden die Auseinandersetzungen auf der Konferenz «Wir sind das Volk» durch ein Thesenpapier, das von der sächsischen Parteiführung in Auftrag gegeben worden war. Dort hieß es: «Die Linke ist aus den Umbrüchen des Jahres 1989 hervorgegangen und hat aus den dramatischen Fehlentwicklungen der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert gelernt.» Die Partei habe sich, «wenn auch sehr spät», selbstkritisch von Sozialismusmodellen distanziert, die wegen ihres Mangels an Freiheit, Demokratie und Flexibilität zum Scheitern verurteilt waren. «Die DDR war, wie andere Staaten des Ostblocks, eine Diktatur, in der viele ihrer Bürger Zwang, Angst, Hilflosigkeit und Unterdrückung erlebten.»³⁹⁴

Das Thesenpapier sorgte unter Parteimitgliedern für Aufregung. Der Leipziger Historiker Ekkehardt Lieberam glaubte sogar, einen «Aufschrei der Basis» zu hören. Der langjährige sächsische Fraktionschef Peter Porsch sagte, drücken dürfe sich die Partei vor solchen Einsichten nicht, auch wenn sie schmerzhaft seien. Er sah die «Pflicht und

Aufgabe des schonungslosen und kritischen Umgangs» mit der eigenen Geschichte und trat auch Kritiker*innen entgegen, die mit Verweis auf die Schwächen des jetzigen Systems im Rückblick Milde walten lassen wollten. Die Fehler des «real existierenden Sozialismus» aufzuzeigen diene nicht nur der historischen Wahrheit, bemerkte Porsch. Wenn der Sozialismus wieder einmal auf der Tagesordnung stünde, «müssen wir wenigstens die gemachten Fehler vermeiden» können.³⁹⁵

Anlässlich des Nato-Gipfeltreffens am 3. und 4. April 2009 in Straßburg und Baden-Baden demonstrierten zahlreiche Menschen, darunter viele Mitglieder der LINKEN, gegen das Militärbündnis. 16.000 Demonstrant*innen verlangten in Frankreich und in Deutschland eine Welt ohne Nato. Ein Gegengipfel, ein Camp und die öffentliche Anhörung «Afghanistan: Nato in der Sackgasse?» gehörten zum Rahmenprogramm.³⁹⁶ Positive Nachrichten konnte Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch am 27. April 2009, rund anderthalb Monate vor dem Bundestagswahl-Parteitag, vor der Presse vermelden: DIE LINKE hatte am 3. März 2009 über 75.000 Mitglieder und stellte 181 Landtagsabgeordnete und 199 haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister*innen und Landrät*innen.³⁹⁷ Dazu kamen 5.537 Mandate in Städten (inklusive Beiräte), Gemeinden und Kreisen und 69 Beigeordnete, Dezernent*innen und andere haupt- und ehrenamtliche kommunale Wahlbeamte*innen.³⁹⁸

Am 11. Mai 2009 präsentierte die Führung der Partei DIE LINKE, darunter Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, Dagmar Enkelmann, Gesine Löttsch, Katja Kipping und Sahra Wagenknecht, auf einer Pressekonferenz in Berlin den Entwurf ihres Bundestagswahlprogramms.³⁹⁹ Einen ersten Entwurf des Programms, der moderatere und realistischere Forderungen auflistete, hatte die Antikapitalistische Linke als «abwägendes Kauderwelsch» und «wabernde Unverbindlichkeit» attackiert. DIE LINKE werde größere Teile der Bevölkerung nicht dadurch erreichen, dass sie «den anderen Parteien ähnlicher und in ihren Forderungen verwaschener wird».⁴⁰⁰ Die KPF schlug in die gleiche Kerbe: «Der Entwurf stellt ein eklektizistisches Gemisch von schwammigen Formulierungen, richtigen Forderungen, gefährlichen Ambivalenzen – so hinsichtlich der friedenspolitischen Prinzipien der Partei – und allgemeinen Unverbindlichkeiten dar.»⁴⁰¹ Auch die Sozialistische Linke, der Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog und weitere Gruppierungen intervenierten und erreichten letztlich eine deutliche Radikalisierung des Wahlprogramms.⁴⁰²

In Berlin veranstaltete die Fraktion DIE LINKE im Bundestag am 16. Mai 2009 eine umweltpolitische Konferenz, auf der darüber diskutiert wurde, wie DIE LINKE Ökonomie und Umwelt unter einen Hut bringen könne. Vizefraktionsvorsitzende Gesine Löttsch warnte, Umweltschutz dürfe angesichts der Weltwirtschaftskrise nicht wieder zum Nebenwiderspruch herabgestuft werden. Wolfgang Methling, Mitglied des Parteivorstands und ehemaliger Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern, drängte darauf, dass sich DIE LINKE darum bemühen müsse, ökologische und soziale Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden. Die Programmdebatte habe jedoch gezeigt, dass seine Partei noch weit davon entfernt sei. Hans-Kurt Hill, energiepoli-

tischer Sprecher der Bundestagsfraktion, demonstrierte, wie man eine solche Verbindung herstellen könnte: Durch ein kostenloses Grundkontingent an Strom (800 Kilowattstunden) für alle Verbraucher*innen einerseits und eine erhebliche Verteuerung des darüberliegenden Verbrauchs andererseits könnten arme Haushalte entlastet und zugleich Anreize zum Energiesparen geschaffen werden.⁴⁰³

Mit der Erarbeitung eines «Leitbildes Ostdeutschland 2020» besannen sich ostdeutsche Landesverbände der LINKEN in den Wahlkämpfen des Jahres 2009 ihrer langjährigen Wurzeln. Am 18. Mai 2009 stellten André Hahn, Vorsitzender der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz seiner Partei, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Gregor Gysi und der «Ostkoordinator» der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag Roland Claus die 42-Seiten-Studie in Berlin vor. Hahn erklärte, DIE LINKE mache «absolut realistische Politik, und das nicht nur im Osten». Gegen polemische Kommentare in den Medien und gegen Stimmen aus den eigenen Reihen gewandt, betonte er, das Leitbild stehe nicht für «Krawall-Politik», es zeige weder «Verbalradikalismus» noch «Fundamentalopposition». Da die CDU keinerlei Konzept für den Osten besitze, sei DIE LINKE «immer noch Sachwalterin Ostdeutschlands». Die Leitbildstudie wollte nicht weniger sein als eine Anregung zu einem «Paradigmenwechsel hin zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft». Dabei könnten die Transformationserfahrungen des Ostens bundesweit relevant sein.⁴⁰⁴

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 konnte die Partei DIE LINKE 7,5 Prozent der Stimmen und damit acht Mandate gewinnen. Die PDS war 2004 auf 6,1 Prozent der Stimmen und sieben Mandate gekommen.⁴⁰⁵ Verglichen mit dem PDS-Ergebnis von 2004 war das Wahlergebnis ein wichtiger Erfolg für die Partei DIE LINKE, blieb allerdings deutlich hinter den Erwartungen zurück. Der Parteistrategie Thomas Falkner führte das enttäuschende Wahlergebnis darauf zurück, dass DIE LINKE nicht nur das Problem hatte, «dass sie zwar allerlei Gutes für Europa verkündete, aber nicht verständlich machen konnte, warum sie Teile davon und Schritte dorthin ablehnte. Sie konnte nicht vermitteln, wie sie ihre Ziele im wirklichen Leben in die Tat umsetzen würde. Und sie konnte vor allem nicht erklären, wie sie die EU zur Gestaltung von Globalisierungsprozessen nutzen wollte.»⁴⁰⁶ Statt dessen habe sich die Partei nicht zuletzt auf ihrem Europaparteitag in Essen und in ihrem Europawahlprogramm in fundamentaler Kritik und Ablehnung der EU geübt, sie als «neoliberales» Projekt und als militaristisches, menschenfeindliches Monstrum gefasst, was in der Öffentlichkeit «überwiegend als ein antieuropäisches Signal verstanden» worden sei. Dies sei umso problematischer gewesen, als die Mehrheit der Anhänger*innen der Linkspartei bei einem Volksentscheid für den Lissabon-Vertrag gestimmt hätte.⁴⁰⁷

Anders sah das die Parteispitze. In Auswertung des Ergebnisses der Europawahl sagte Lothar Bisky, der Parteivorsitzende und Spitzenkandidat der LINKEN, am Tag nach dem Urnengang, dass «unsere Erwartungen nicht vollständig erfüllt sind. Wir hatten mit mehr gerechnet. [...] Wir haben es nicht vermocht, alle, die möglicher-

weise DIE LINKE gewählt hätten, zu mobilisieren.» Zudem habe der innerparteiliche Streit die Partei das erhoffte zweistellige Ergebnis gekostet. «Wenn eine Partei sich streitet, wird sie zu Recht von Wählerinnen und Wählern dafür bestraft», so Bisky.⁴⁰⁸ Oskar Lafontaine räumte ein, dass er den Rückhalt für DIE LINKE falsch eingeschätzt und angesichts der Wirtschaftskrise mit einem größeren Zulauf an Wähler*innen gerechnet hatte.⁴⁰⁹ DIE LINKE habe zwar zugelegt, aber nicht in dem Maße, «wie wir uns das gewünscht haben oder erwartet haben. Wir hatten ein Ergebnis um die zehn Prozent erwartet. [...] Es ist ganz klar, dass Mobilisierungsdefizite in unserer Wählerschaft da sind.»⁴¹⁰

Prinzipiell kritischer sah André Brie die Lage der Partei nach der Europawahl und mahnte die Ausarbeitung konkreter Konzepte an: «Leere ideologische Fundamentalismen machen sich vielleicht auf Plakatwänden gut, die konkrete Debatte etwa um die Zukunft des Sozialstaats oder die Zukunft Afghanistans nach einem Abzug der Bundeswehr können sie nicht ersetzen, auch aus Sicht der Wähler nicht.»⁴¹¹ Die Partei würde eine ernsthafte Diskussion über die strategischen Ziele sowie die Bündnisse, um diese zu erreichen, benötigen, «stattdessen dominieren Verrats- und Verschwörungstheorien, hohle Links-Rechts-Klassifizierungen, grobschlächtige Freund-Feind-Raster», machte der langjährige PDS-Vordenker seinem Ärger Luft.⁴¹²

Ein genauerer Blick auf das Wahlergebnis offenbarte denn auch eine durchwachsene Bilanz. Während DIE LINKE 2009 gegenüber der PDS 2004 in Westdeutschland ihr Ergebnis mehr als verdoppeln konnte und um 2,2 Prozent bzw. mehr als 490.000 Wählerstimmen zulegte, verschlechterte sie sich um zwei Prozent in Ostdeutschland und büßte dort über 345.000 Stimmen ein. Doch innerhalb Ost- wie Westdeutschlands differierten die Resultate zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich. Während DIE LINKE in Westdeutschland im Saarland ein zweistelliges Ergebnis erreichte, blieb sie in allen Flächenländern unterhalb der Fünfprozentmarke. Während die Partei in Ostdeutschland in Mecklenburg-Vorpommern Gewinne verzeichnen konnte, fuhr sie in Brandenburg, Sachsen und Thüringen Verluste ein.⁴¹³

Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2005 schnitt DIE LINKE bei der Europawahl 2009 sogar um 1,2 Prozent der Wählerstimmen schlechter ab und verlor fast 2.150.000 Wählerstimmen. Besonders deutlich fielen die Verluste im Saarland mit minus 6,5 Prozent, in Sachsen-Anhalt mit minus 3,0 Prozent und in Sachsen mit minus 2,7 Prozent der Stimmen aus.⁴¹⁴ Insbesondere konnte aus Sicht der LINKE-nahen Wahlforscher Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs das Wahlergebnis der LINKEN in Sachsen «nicht befriedigen, zumal wenn man hinter dem Landesergebnis die teilweise deutlichen Verluste in Dresden und Ostsachsen ins Auge nimmt».⁴¹⁵ Insgesamt konnte DIE LINKE bei dieser Europawahl ihr Wählerpotenzial erkennbar nicht ausschöpfen. Sie konnte zwar von der SPD noch 200.000 (und von der FDP 10.000) Wähler*innen mobilisieren, gab ansonsten aber Wähler*innen an andere Parteien ab, darunter vor allem 230.000 Stimmen an die «sonstigen Parteien». An die CDU/CSU und an Die Grünen verlor DIE LINKE jeweils 40.000 Stimmen. Proportional

zum Wähleranteil konnte die Partei insbesondere in den neuen Bundesländern mit 110.000 Stimmen sozialdemokratische Wähler*innen hinzugewinnen, während mit einem Zugewinn von 90.000 Stimmen aus dem SPD-Lager in den alten Ländern der Zustrom im Verhältnis zur dortigen Gesamtwählerschaft eher überschaubar blieb.⁴¹⁶

In sozialstruktureller Hinsicht war DIE LINKE bei der Europawahl 2009 bei Wähler*innen mittleren Alters (45 bis 59 Jahre) mit 9,6 Prozent, bei Männern mit 8,2 Prozent, bei Arbeiter*innen mit 9,7 Prozent und bei Gewerkschaftsmitgliedern mit 10,5 Prozent besonders erfolgreich. Den größten prozentualen Rückhalt bekam sie bei Arbeitslosen, von denen 22,4 Prozent für die Partei votierten. Im Ost-West-Vergleich zeigten sich bei der LINKEN einige Unterschiede: So konnte sie im Westen etwa gleich stark in allen Bildungsgruppen mobilisieren, während sie im Osten eindeutig die Partei der Hochgebildeten war. Bemerkenswert ist zudem, dass DIE LINKE bei dieser Europawahl in den neuen Bundesländern von den über 60-jährigen Wähler*innen etwa doppelt so häufig wie von den jüngeren Wähler*innen unter 30 Jahren gewählt wurde. Dagegen dominierten in den alten Bundesländern die Wähler*innen mittleren Alters (45 bis 59 Jahre) unter den LINKE-Wähler*innen.⁴¹⁷

Der Bundestagswahl-Parteitag der LINKEN im Juni 2009 in Berlin

«Hauen und Stechen war den Delegierten vorausgesagt», schrieb die Tageszeitung *Neues Deutschland* zum Bundestagswahl-Parteitag der Partei DIE LINKE in der nach dem deutschen Boxweltmeister Max Schmeling benannten Halle in Berlin am 20. und 21. Juni 2009. «Der Kampf zweier unversöhnlicher Gegner stehe bevor, hatten sie zuvor dutzendfach lesen können, und mancher von ihnen war wohl tatsächlich entschlossen, beim Kampf um die eigenen Positionen keinen Fußbreit zurückzuweichen.»⁴¹⁸ Doch der große Zoff blieb aus.

Unter dem Motto «Eine starke Linke für ein sozialeres Land» waren rund 500 Basisvertreter*innen zusammengekommen. Es galt, das Programm zur Bundestagswahl 2009 mit dem Titel «Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden», zu dem es über 1.000 Änderungsanträge gab, zu beraten und zu beschließen. Der Beschluss fiel nach einer lebhaften Debatte am Ende – bei nur sieben Gegenstimmen und vier Enthaltungen – nahezu einstimmig aus.⁴¹⁹ Per Akklamation bestimmten die Delegierten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zu Spitzenkandidaten bei der bevorstehenden Bundestagswahl.⁴²⁰ Nach dem ernüchternden Wahlergebnis bei der Europawahl sorgten sich viele Genoss*innen um den Zusammenhalt der Partei. Eine Gruppe von 38 Funktionär*innen hatte im Vorfeld an die Delegierten appelliert, die Partei möge sich endlich um «reale Veränderungen» und die «Lage der Menschen» kümmern: «Wir wollen, dass die Linke tatsächlich zusammenwächst – über die Grenzen zwischen Strömungen und zwischen Ost und West hinweg.»⁴²¹

Zum Auftakt des Parteitags sprach Oskar Lafontaine zu den Delegierten und Gästen. Er thematisierte die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren ökonomische und soziale Auswirkungen (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit). Die ungerechte

Eigentumsordnung sei die Hauptursache der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Finanzkapitalismus sei gerade aus dieser ungerechten Vermögens- und Einkommensverteilung hervorgegangen. Immer wenn zu große Ungleichgewichte entstünden, komme es zu strukturellen Zusammenbrüchen. «Wer also vermeiden will, dass die nächste Krise vorbereitet wird und sich in noch stärkerer Form wiederholt, muss die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung verändern.»⁴²²

DIE LINKE habe frühzeitig vor den Folgen des entfesselten Finanzkapitalismus gewarnt. Doch der Glaube der Neoliberalen an die segensreiche Wirkung entfesselter Finanzmärkte sei stärker gewesen. «In trauter Einigkeit ebneten SPD und Grüne zusammen mit CDU/CSU und FDP den Finanzhaien den Weg. Jawohl, sie alle, die mit uns konkurrieren, haben den Finanzhaien den Weg geebnet.» Der Parteichef erklärte: «Der Finanzkapitalismus hat die Demokratie zerstört.» Die Regierungen der Welt, ja die Völker dieser Welt seien von den Banken erpresst worden. Die Verluste würden sozialisiert und die Gewinne weiter privatisiert. «Dagegen setzt sich die LINKE zur Wehr. Wir wollen eine andere Verteilung der Lasten.»

Nur ein Erstarren der LINKEN könne verhindern, dass die von den anderen Parteien bereits programmierten Verschlechterungen für Arbeitnehmer*innen, Rentner*innen und sozial Bedürftige nicht zu stark ausfallen. «Da wir vor den Wahlen realistisch unsere Möglichkeiten darstellen wollen, will ich das ganz klar so benennen.» Unter starkem Beifall der Parteitagsdelegierten und -gäste beendete Oskar Lafontaine seine Rede mit den Worten: «Wir wollen eine demokratische Gesellschaft, in der sich die Interessen der Mehrheit wieder durchsetzen. Wir wollen mehr Freiheit und Demokratie wagen. Wir sind eine demokratische Erneuerungsbewegung, wir sind die Partei der Freiheit. Und in diesem Sinne wollen wir die Bundestagswahl bestehen.»⁴²³

In der Debatte zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms entwarfen die 25 Sprecher*innen ein buntes Mosaikbild der Aktivitäten der LINKEN in den einzelnen Bundesländern und deren parlamentarischen Gremien. Die Themenpalette reichte von A wie Abzug aus Afghanistan bis Z wie Zwangsverrentung. So erläuterte Janine Wissler, Mitglied des Landtags Hessen, warum ihre Fraktion als einzige im Landtag nicht der vermeintlichen Rettung von Opel zugestimmt habe. Der dauerhafte Erhalt von Opel mit seinen Arbeitsplätzen und Standorten bedürfe einer Änderung der Eigentumsverhältnisse und des Umbaus des Unternehmens zu einem umweltfreundlichen Mobilitätskonzern. Die im Landtag beschlossene «Rettung» sei hingegen eine staatliche Subventionierung von Arbeitsplatzabbau und eine Veruntreuung von Steuergeldern.

Kerstin Kaiser, die Spitzenkandidatin der LINKEN bei der Landtagswahl im September 2009 in Brandenburg, sagte, es müsse besser gelingen, «unsere Gemeinsamkeiten und Differenzen so zu diskutieren, dass die Menschen, um deren Zustimmung wir werben, merken, dass es nicht um unsere inneren Interessen, sondern um ihre existenziellen Interessen und Lebenslagen geht». Nur wenn unsere Forderungen auf

wirkliche Veränderungen zielen, werden wir etwas bewegen können. Wenn in Brandenburg jeder Vierte für weniger als 7,50 Euro je Stunde arbeite, dann sei eine Forderung nach zehn Euro Mindestlohn keine radikale, sondern eine Existenz sichernde Forderung.⁴²⁴

Die Oberbürgermeisterin von Schwerin Angelika Gramkow verwies darauf, dass in ihrer Heimat, in Mecklenburg-Vorpommern, die Partei DIE LINKE zwei Landrätinnen und einen Landrat, zahlreiche Bürgermeister*innen und starke Fraktionen stelle. Die Erfolge seien möglich geworden, weil Menschen Vertrauen zur LINKEN hätten, da sie Politikangebote mit klaren, glaubwürdigen Botschaften verbinde und weil Frauen und Männer für diese Glaubwürdigkeit stünden. «Da, wo wir in Gemeinden und Städten tief verankert sind, wo wir Sorgen und Freuden der Leute kennen, pragmatisch an die Dinge herangehen, werden wir auch gewählt.» Gramkow verlangte, DIE LINKE müsse so pragmatisch sein, dass sie Entscheidungen treffe, mit denen die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche erhöht würden, Entscheidungen, die die Schwachen stark mache und die Starken nicht benachteilige.⁴²⁵

Die Debatte verdeutlichte, dass in der Partei unterschiedliche Politikansätze vertreten wurden. Die einen setzten mehr auf Protest, die anderen mehr auf Sachpolitik, die einen hielten unverrückbar an Maximalforderungen fest, die anderen wollten sich gemeinsamen Zielen schrittweise annähern. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob die Nato «aufzulösen» oder durch ein anderes Sicherheitssystem zu «ersetzen» sei.⁴²⁶ Gegen die Kritiker*innen einer Regierungsbeteiligung führte Dieter Hausold, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, ins Feld, um das dreigliedrige Schulsystem, welches Kinder benachteiligter Schichten ausgrenze, zu ändern, reiche es nicht mehr aus, nur in der Opposition zu sein. Er betonte: «Wir sind in Thüringen in Opposition und wollen dort regieren.»⁴²⁷

Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform wiederum warnte davor, aus dem Europawahlergebnis der LINKEN, das kleiner als erhofft ausgefallen sei, den Schluss zu ziehen, «wir hätten wegen angeblich zu radikaler Positionen Wähler verloren». Erstaunlich sei nicht, dass die politische Konkurrenz linke Alternativen als populistisch denunziere – staunen müsse man eher über Personen aus den Reihen der LINKEN, die diesen Vorwürfen die Stichworte lieferten. Der Spitzenkandidat der LINKEN zur Landtagswahl in Thüringen, Bodo Ramelow, wandte sich hingegen gegen jene, die die Auffassung vertraten, wenn die SPD morgen mit einem Mindestlohngesetz mit 7,50 Euro käme, dürfe man als LINKE nicht die Hand heben, weil die zehn drin sein müsse. Wenn aber in Thüringen derzeit der Wachmann 5,20 Euro tariflichen (!) Stundenlohn habe, die Textilarbeiterin 4,20 Euro und die Friseurbeschäftigte 3,27 Euro, dann wäre das Gesetz ein Einstieg, der der LINKEN zwar nicht reiche, doch trotzdem würde dieses Gesetz an der LINKEN nicht scheitern. Ramelow forderte: «Lasst uns radikal in der Phantasie sein, radikal in der Analyse, lasst uns aber die Kraft haben, das Land zu verändern!»⁴²⁸

Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, befasste sich intensiv mit der Lage innerhalb der Fraktion und innerhalb der Partei und erntete am Schluss großen Applaus. Die Fraktion habe für die Partei DIE LINKE bewiesen, dass eine pluralistische Zusammenarbeit hervorragend funktionieren könne. «Davon müssen wir alle lernen für unsere Zukunft. Das war keineswegs immer leicht. Und natürlich gab es auch Auseinandersetzungen.» Es sei eine unsägliche Methode, dass immer mehr Verantwortliche der Partei «ihre Privatbeziehungen zu der einen oder anderen Zeitung aufbauen und sie regelmäßig mit Informationen gegen uns versehen». Selbstverständlich könne man übereinander reden. Aber es sei viel besser, miteinander zu reden. Gysi sagte, er möchte, dass jeder ostdeutsche Landesvorstand Beziehungen zu einem Landesvorstand in den alten Bundesländern herstellt, «und zwar insbesondere die, die es besonders schwer miteinander haben». Sie müssten zweimal im Jahr zwei Tage miteinander reden. «Ihr könnt übereinander herfallen, wie ihr wollt, das interessiert mich überhaupt nicht, aber ich sage euch, ihr kommt wesentlich gebessert aus diesen Unterredungen wieder heraus. Redet miteinander und nicht übereinander.»⁴²⁹

Der Fraktionsvorsitzende ging dann auf den vorliegenden Entwurf des Bundestagswahlprogramms ein, zu dem er stehe. «Ich weiß, dass es auch gewisse ungenaue Formulierungen gibt. Ich weiß, dass er auch Kompromisscharakter trägt, dass ich das eine oder andere anders formuliert hätte.» Er sei aber sicher, dass sich eine breite Mitgliedschaft dazu verstehen könne. Das habe den großen Vorteil, «dass wir besonders viele mobilisieren können, viel Wahlkampf zu führen, das Programm aktiv zu verteidigen». Und dann würde DIE LINKE auch mehr Zustimmung bei den Bürger*innen erreichen. Wenn sich jedoch eine Strömung mit ihren Vorstellungen und bestimmten Formulierungen in Reinkultur durchsetzen sollte, «dann denkt die Strömung einen Moment lang, sie hätte gewonnen. In Wirklichkeit hätten wir alle verloren, denn wenn 51 Prozent aus dem Parteitag dann als Siegerinnen und Sieger und 49 Prozent als Verliererinnen und Verlierer herausgingen, sich zumindest so fühlten, dann wird auch die Hälfte der Mitglieder bei der Mobilisierung im Wahlkampf lustloser. Deshalb ist der Kompromiss viel klüger.»

Wenn die Delegierten am Ende des Parteitags in fairer und solidarischer Diskussion und selbstverständlich auch mit einigen Änderungen das Wahlprogramm beschließen, so Gysi, «möchte ich, dass von diesem Parteitag eine Aufbruchsstimmung ausgeht. Eine Stimmung, durch die die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland mitbekommen: Wir sind nicht mehr mit uns selbst beschäftigt, wir führen keine Ideologie-Kriege. Nein, wir wollen Deutschland und Europa und ein bisschen sogar die Welt verändern, und zwar indem diese Welt friedlicher und sozial gerechter wird. [...] Denn es ist wahr: Je stärker die Linke, desto sozialer das Land!»⁴³⁰

In seinem Schlusswort sagte Lothar Bisky: «Wir haben es geschafft. Wir sind auf die Sekunde handlungsfähig. Das ist das Ergebnis dieses Parteitages! Und ich muss alle enttäuschen, die hier eine Fleischerei erwartet haben, und zum Abendessen haben wir heute nicht ‚Flügelragout‘, sondern ein Wahlprogramm.» Er räumte allerdings ein,

dass Fragen offengeblieben seien. Aber man käme auf keinem Parteitag zur Klärung aller Fragen.

Der Parteichef dankte allen, die sich lebendig an der Diskussion beteiligten. Es hätten sehr viele an Anträgen gegessen. Sie hätten gebrütet über dieses Programm. «Sie haben sich mit Worten beschäftigt, auf die ich nie gekommen wäre. Sie haben Gedanken eingebracht, die weit außerhalb unseres erreichbaren Raumes sind. Aber mir ist eine Partei lieber, die sich um jede Einzelheit kümmert, als eine Partei, die alles nur abnickt.» Nun müssten sich alle dafür einsetzen, dass DIE LINKE wesentlich stärker als bisher in den Bundestag einzieht. Bisky forderte: «Wir alle müssen jetzt den Schlusstrich unter die Debatten ziehen. Wir alle haben jetzt die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dieses Land sozialer zu gestalten. [...] Ab in den Wahlkampf, liebe Genossinnen und Genossen!»⁴³¹

Zur Auswertung des Bundestagswahl-Parteitags der LINKEN 2009 traf sich der Ältestenrat unter der Leitung von Hans Modrow am 30. Juni 2009. In einer Erklärung begrüßten seine Mitglieder die Ergebnisse des Parteitags. Mit der Annahme eines überzeugenden und recht detaillierten Wahlprogramms und der manifestierten Geschlossenheit hätten die Delegierten den Erwartungen all jener entsprochen, die am stärksten von der gegenwärtigen tiefen Krise in der Bundesrepublik betroffen seien. Jetzt gehe es nicht zuletzt darum, dies im Bundestagswahlkampf deutlich sichtbar zu machen. Der Ältestenrat hielt es für zweckmäßig, einen auf die Hauptforderungen orientierenden Wahlkampf zu führen, um mit ihm sowohl die vielen Sympathisant*innen als auch weitere potenzielle Wähler*innen einer wirklich alternativen Politik zu gewinnen. Wie sich zeige, werde Geschichte im Wahlkampf zum Thema. Das erfordere ein deutliches Bekenntnis der Partei DIE LINKE zu einem ausgewogenen Geschichtsbild, das sowohl auf einer positiven Haltung zu den Traditionen wie einer kritischen Bewertung beruhen müsse. «Wir dürfen die Deutung der Geschichte nicht den Urhebern der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus überlassen.»⁴³²

Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2009⁴³³

Wahlprogramme sind in der Regel «als eine auf vier Jahre begrenzte Erklärung von Handlungsabsichten zu verstehen, die dem Wähler Orientierungshilfen und der einzelnen Partei Selbstvergewisserung über ihre aktuellen inhaltlichen Positionen geben sollen».⁴³⁴ Die zentrale Botschaft, die die Partei DIE LINKE in diesem Sinne mit ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 an ihre potenziellen Wähler*innen aussenden wollte, lautete: «Es gilt die Gleichung: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer unser Land.»⁴³⁵

DIE LINKE ging nicht nur davon aus, dass der Marktradikalismus versagt habe, sondern dass der globale Kapitalismus weniger denn je in der Lage sei, einigermaßen erträgliche menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Die Vertreter*innen dieses «menschenverachtenden Systems» hätten abgewirtschaftet, ihnen dürfe das Land nicht länger überlassen werden. Die anderen Parteien stünden für

eine Politik des «Weiter so» im Prinzip und für Änderungen im Detail. Gerade in den letzten zehn Jahren hätten sich die Regierungen in den Dienst des Kapitals gestellt. «Die tiefe soziale Spaltung in Deutschland ist kein Schicksal, sondern Ergebnis von Politik: der Grünen, der Liberalen, der Sozialdemokraten, der Konservativen.»⁴³⁶ Es ginge um die Alternative: Entweder es setze sich ein renditeorientiertes Gesellschaftsmodell durch und die Mehrheit der Bevölkerung bezahle dafür oder «wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen».⁴³⁷

Auf dem Feld der *Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik* forderte DIE LINKE unter der Überschrift «Gute Arbeit» einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der «in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen». Die Partei trat für eine Beschränkung der Höchstarbeitszeit auf regelmäßig 40 Stunden pro Woche, für die 35-Stunden-Woche und weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich und für die Ausweitung des Kündigungsschutzes ein. Sie verlangte gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Beschäftigte in Ost und West und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen. Die Leiharbeit sollte strikt begrenzt und durch gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung zurückgedrängt werden.

DIE LINKE forderte, zur Bekämpfung der Krise ein Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze aufzulegen: mit Investitionen von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr. Zusätzlich sollte ein Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft eingerichtet und mit weiteren 100 Milliarden Euro für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung, für industrielle Arbeitsplätze und für die Unterstützung der Unternehmen bei der Umstellung auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren ausgestattet werden. Eine Million dieser Arbeitsplätze sollten im öffentlichen Dienst sowie 500.000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten gemeinnützigem Beschäftigungssektor geschaffen werden. Privatisierte Bereiche in der öffentlichen Daseinsvorsorge sollten rekommunalisiert und der öffentliche Sektor ausgebaut werden.

In der *Finanz- und Steuerpolitik* forderte DIE LINKE zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise, die Privatbanken zu vergesellschaften, den Finanzsektor der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen und strikt zu regulieren. Er sollte dem Allgemeinwohl verpflichtet werden. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedge- und Private-Equity-Fonds sollten verboten werden. Zudem wollte DIE LINKE zu festen Wechselkursen zurückkehren, die Europäische Zentralbank (EZB) reformieren und durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren lassen.

Bei der Einkommenssteuer wollte DIE LINKE den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro anheben, sodass mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei geblieben wären. Die Steuerbelastung sollte bis zum Spitzensteuersatz von 53 Prozent (Eintrittspunkt:

65.000 Euro) linear ansteigen. Das hätte dazu geführt, dass diejenigen, die weniger als 70.245 Euro im Jahr zu versteuern hatten, entlastet und diejenigen, die mehr hatten, belastet worden wären. Statt der 25 Prozent Pauschalsteuer auf Kapitalerträge sollten diese Erträge wieder nach dem persönlichen Steuersatz versteuert werden. In diesem Kontext wollte DIE LINKE das Ehegattensplitting abschaffen.

Bei der Unternehmensbesteuerung wollte die Partei die Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 15 Prozent wieder zurücknehmen und die Bemessungsgrundlage verbreitern. Bei der Mehrwertsteuer sollte nach den Vorstellungen der LINKEN der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks, auf Hotellerie und Gastronomie sowie auf den Schienenpersonenverkehr ausgeweitet werden. DIE LINKE forderte die Erhöhung der Erbschaftssteuer und wollte die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen. Privatvermögen von über einer Million Euro sollte mit mindestens fünf Prozent versteuert werden.

In der *Sozialpolitik* wollte DIE LINKE Hartz IV abschaffen, das heißt alle Erwerbslosen gleich behandeln, und alle Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln. Für die kommende Wahlperiode forderte sie die Anhebung der Mindestsätze auf 500 Euro pro Monat. Nachweisbarer Sonderbedarf sollte zusätzlich übernommen, der Sanktionsparagraf abgeschafft und das Kindergeld anrechnungsfrei werden. Bei Mietzahlungen sollte der Mittelwert der ortsüblichen Vergleichsmiete gelten. Die U-25-Regelung wollte DIE LINKE ersatzlos streichen, die Vermögensfreigrenzen auf 20.000 Euro erhöhen und das Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr anheben.

DIE LINKE strebte eine Bürgerversicherung an, in die alle Bürger*innen einbezogen werden sollten. Auch alle Einkommen sollten zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben herangezogen werden. Das Prinzip der Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag sollte wieder gelten. Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlungen sollten entfallen. DIE LINKE forderte, die Beitragsbemessungs- und die Versicherungspflichtgrenzen aufzuheben und den Anspruch für Brillen und Zahnersatz wieder einzuführen. Sie wollte eine Positivliste bei Medikamenten durchsetzen und die Gesundheitskarte verhindern. Die Privatisierung von Krankenhäusern sollte gestoppt bzw. rückgängig gemacht werden.

In der Rentenpolitik trat DIE LINKE für die Rücknahme der Rente mit 67 ein, sie wollte die staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge einstellen und alle Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel wieder eliminieren, um so die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Sie forderte «flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr».⁴³⁸ Zudem sollte auch bei den Rentenbeiträgen die Parität der Beitragszahlungen von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wiederhergestellt werden. DIE LINKE trat für die Erweiterung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ein, wollte auch hier die Beitragsbemessungsgrenze aufheben und die damit verbundenen Rentenerhöhungen abflachen, das heißt

die Mittel für die solidarische Umverteilung erhöhen. Die Partei plädierte für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West und sagte eindeutig: Kein Mensch dürfe im Rentenalter weniger als 800 Euro im Monat zum Leben haben. Generell sollte der Lebensstandard im Alter gesichert sein, die langjährigen Beitragszahler*innen sollten eine Rente «deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus» erhalten.

Mit dem Blick auf *Ostdeutschland* ging DIE LINKE davon aus, dass der «Aufbau Ost» als «Nachbau West» gescheitert sei. Die ostdeutsche Wirtschaft habe dann eine Chance, wenn sie auf erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz setze und entsprechende Technologien und Produkte mit Macht vorantreibe. Ostdeutschland könne zu einer sozial-ökologischen Modellregion werden. DIE LINKE forderte im Einzelnen für Ostdeutschland, den Grundsatz «Gleiche Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeit» zu verwirklichen und einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Die Rentenwerte Ost sollten an die Rentenwerte West angepasst und die Hochwertung der Verdienste ostdeutscher Beschäftigter beibehalten werden, bis die Angleichung bei Löhnen und Gehältern erfolgt sei. Die Überführungslücken und -ungerechtigkeiten wollte DIE LINKE beseitigen. Die «Ausstattungsvorsprünge» Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der vielgliederten kulturellen Landschaft sollten erhalten und auf den Westen übertragen werden. Der in Ostdeutschland besonders ausgeprägte Niedriglohnsektor sollte energisch bekämpft und tarifliche Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe und Ausschreibungen sollten gefördert werden. DIE LINKE war die einzige Partei, die den respektvollen Umgang mit den unterschiedlichen Biografien in Ost und West einforderte.

Auf dem Gebiet der *Umwelt- und Energiepolitik* hielt DIE LINKE einen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen in ihrem Instrumentenkasten bereit, betonte aber im Unterschied zu anderen Bundestagsparteien stärker soziale Fragen und Fragen des Eigentums an den Produktionsmitteln. Sie wollte dem globalen Klimawandel entgegensteuern, den Treibhausgasausstoß deutlich senken, lehnte jedoch den Emissionshandel in der bisherigen Form ab. In der Energiepolitik setzte DIE LINKE auf erneuerbare Energien, auf Energieeffizienz und auf Energiesparen und wollte die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen. DIE LINKE forderte die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen und lehnte den Bau neuer Kohlekraftwerke ebenso ab wie die CCS-Technologie.⁴³⁹

Auf dem Gebiet der *Bildungs- und Familienpolitik* betonte DIE LINKE die Bedeutung von guter Bildung als entscheidendem Zukunftsfeld und verlangte von Bund und Ländern, im Rahmen eines nationalen Bildungspakts jährlich rund 18 Milliarden Euro mehr in Bildung zu investieren. Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem müsse eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden. Die Partei sprach sich für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen aus und trat für ein längeres gemeinsames Lernen ein. Langfristig wollte sie das ge-

gliederte Schulsystem überwinden. Sie lehnte Studiengebühren ab. Um jedem jungen Menschen die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben, forderte DIE LINKE die Einführung einer generellen Ausbildungsplatzumlage im dualen System. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, trat DIE LINKE dafür ein, die Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder auszubauen und beitragsfrei zu gestalten. Nach ihren Vorstellungen sollte es einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres eines Kindes geben. Die Partei strebte zudem eine Kindergrundsicherung an.

Auf dem Feld von *Bürgerrechten und Demokratie* thematisierte DIE LINKE deren Erweiterung. Sie trat für den Schutz der Bürgerrechte, für die Modernisierung des Datenschutzes und des Datenschutzrechtes und für die Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes ein und lehnte einen Einsatz der Bundeswehr im Innern ab. Die Trennung von Militär und Polizei, von geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit war für sie eine unaufgebbare Grundregel eines demokratischen Staatsaufbaus. Auch der Antiterrorkampf legitimierte keinen Menschenrechtsrabatt – keine Aufweichung des absoluten Folterverbots, keine Aushöhlung rechtsstaatlicher Standards im Strafrecht oder Strafverfahren. Sie wandte sich ausdrücklich gegen verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung, gegen die Vorratsdatenspeicherung, gegen heimliche Online-Durchsuchungen und gegen einen Umbau des Bundeskriminalamts zu einem deutschen FBI. Darüber hinaus setzte sich DIE LINKE für eine effektive parlamentarische Kontrolle aller Nachrichtendienste ein und lehnte die Erhebung und Speicherung von Fluggastdaten ab. Im Sinne der Ausweitung der Demokratie wollte DIE LINKE das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre herabsetzen und plädierte für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene.

In der *Migrations- und Flüchtlingspolitik* setzte sich DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant*innen ein, wollte deren Lage verbessern, lehnte eine Abschottung der EU-Außengrenzen ab und betonte: «Deutschland ist ein Einwanderungsland». ⁴⁴⁰ Die Partei wandte sich gegen eine Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien. DIE LINKE trat für die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit und für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen ein. Angesichts der Gefahren, die von Fremdenfeindlichkeit und *Rechtsextremismus* für die Demokratie ausgehen, strebte DIE LINKE ein Verbot der NPD an und forderte, rechtsextreme Gewalt zu ächten, staatlich zu verfolgen und konsequent zu ahnden. Der immer wiederkehrenden Kriminalisierung von Protest und Widerstand gegen rechts müsse hingegen ein Ende gesetzt werden.

Wirtschaftsdemokratie war ein zentraler Begriff im Wahlprogramm der LINKEN. Die Belegschaften sollten an den großen Unternehmen beteiligt, staatliche Hilfen nur im Tausch gegen Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben und Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbunden werden. Massenentlassungen bei nicht insolvenzgefährdeten Unternehmen sollten verboten werden. Die paritätische Mitbestim-

mung sollte es in allen Betrieben ab 100 Beschäftigten geben. Die Partei wollte den Antistreikparagrafen abschaffen, das Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausweiten und das Recht auf politischen Streik wie in anderen Ländern Europas durchsetzen.

Auf dem Feld der *Außen-, Sicherheits- und Europapolitik* lehnte DIE LINKE generell Kriegseinsätze, auch UN-mandatierte, ab. Sie verlangte den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, wollte die Nato auflösen *und* durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzen. Sie forderte, dass deutsche Außenpolitik Friedenspolitik werden müsse, und verlangte, aktive Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt zu unternehmen und Rüstungsexporte zu verbieten. DIE LINKE forderte, die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) durch eine Abrüstungsagentur zu ersetzen und militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu beenden. DIE LINKE erklärte kategorisch: «Es gibt keine ›humanitären‹ Militärinterventionen.»⁴⁴¹

Nach Auffassung der LINKEN war die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen wie der UNO und einer reformierten Welthandelsorganisation (WTO) zu stärken, und langfristig müssten alle zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der UNO gebracht werden. Die Mitgliedstaaten müssten einer demokratisierten UNO mehr Mittel und Kompetenzen für soziale Entwicklung, Gesundheit und Bildung sowie zivile Konfliktlösung geben. DIE LINKE trat für eine Reform des Weltwährungssystems ein und für eine Weltleitwährung, die nicht auf einer nationalen Währung basiert.

DIE LINKE erklärte: «Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Sicherung des Friedens in Europa, für die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise, für die Wahrung von Beschäftigteninteressen, für den sozial-ökologischen Umbau des europäischen Binnenmarktes, für die Lösung der globalen Herausforderungen und die globale Kooperation.»⁴⁴² Europa und die Europäische Union seien hierfür jedoch nicht gut gerüstet, weil die Europäische Union, die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof bislang auf eine Politik festgelegt seien, die zu den Ursachen dieser Krise zähle: Durchsetzung der europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, der Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung.

DIE LINKE forderte (offenbar im Sinne einer Vertiefung der europäischen Integration), eine europäische Wirtschaftsregierung einzurichten und die Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu koordinieren. DIE LINKE verlangte in diesem Kontext, die Europäische Zentralbank gleichrangig auf Preisstabilität, nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung zu verpflichten und die EZB durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister zu kontrollieren, den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch eine Vereinbarung für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz zu ersetzen und eine soziale Fortschrittsklausel mit dem Titel «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort

sichern» in europäische Verträge aufzunehmen. Eine europäische Verfassung müsse durch die Bürger*innen mitgestaltet und allen Bürger*innen der Europäischen Union zugleich zur Abstimmung vorlegt werden.

In der *Entwicklungszusammenarbeit* forderte DIE LINKE eine grundlegende Neuorientierung der Beziehungen zu den Ländern des Südens. Sie trat für eine Entschuldung der sogenannten Entwicklungsländer ein und verlangte, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. Deutschland und die EU müssten die «Millenniumsziele» der UNO nachdrücklich unterstützen und diese Ziele bis 2015 verwirklichen.

Wollte man resümierend DIE LINKE in einem politischen Koordinatensystem hinsichtlich übergreifender Politiklinien verorten, dann lag sie auf der Achse «Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung» nahe am Sozialstaatspol, auf der Achse «libertäre versus autoritäre Orientierung» auf der libertären Seite und auf der Achse «nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung» auf dem Pol der Weltoffenheit.

Zur Bilanz der Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag am Ende der 16. Wahlperiode des nationalen Parlaments

Die zu Ende gehende 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestags 2005 bis 2009 war für die Fraktion DIE LINKE., die das faktische politische Zentrum der Partei war,⁴⁴³ Anlass für eine Bilanz der geleisteten Arbeit. Die Fraktion brachte in dieser Wahlperiode 43 Gesetzentwürfe in den Bundestag ein.⁴⁴⁴ Im Rahmen der Kontrolle der Bundesregierung durch das Parlament stellten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag elf Große Anfragen, 1.505 Kleine Anfragen, 977 Mündliche Fragen, 2.881 Schriftliche Fragen und 41 Dringliche Fragen. Das waren in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestags 17,5 Prozent aller Großen Anfragen, 45,6 Prozent aller Kleinen Anfragen, 36,1 Prozent aller Mündlichen Fragen, 22,5 Prozent aller Schriftlichen Fragen und 36,9 Prozent aller Dringlichen Fragen.⁴⁴⁵ Zu den Themen der Großen Anfragen, die die LINKEN-Fraktion stellte, gehörten «Haltung der Bundesregierung zur Europäischen Dienstleistungsrichtlinie», «Entwicklung der extremen Rechten und die Maßnahmen der Bundesregierung», «Resultate und gesellschaftliche Auswirkungen der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Hartz-Gesetze –, insbesondere von Hartz IV», «Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis zum Jahr 2020», «Soziale Existenzsicherung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz» und «Ursachen und Folgen von Armut bei Kindern und Jugendlichen».⁴⁴⁶

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag beantragte 31 Aktuelle Stunden, darunter zwei gemeinsam mit der FDP, eine gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und eine gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Die Themen dieser Aktuellen Stunden betrafen unter anderem die «Haltung der Bundesregierung zu den sozialen Auswirkungen der Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters», «Die Zukunft

der Rente», «Zu den von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei Hartz IV zulasten junger Erwachsener», «Tarifliche Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst», «Neue Armut in Deutschland – Die aktuelle Diskussion um sogenannte Unterschichten», «Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Personalabbau bei deutschen Großunternehmen» oder «Aufgaben von Bundeswehrkampftruppen als Quick Reaction Forces in Afghanistan». ⁴⁴⁷ Die Fraktion griff damit jene Probleme auf, die der Wählerklientel der Partei auf den Nägeln brannten.

Der Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion konnte zudem auf 2.133 schriftliche Anträge verweisen, die ihre Abgeordneten im Bundestag im Verlauf der Legislaturperiode gestellt hatten. ⁴⁴⁸ Eine Untersuchung der 1.184 parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in der ersten Hälfte der 16. Wahlperiode, die sie ohne Beteiligung anderer Fraktionen oder deren Abgeordnete einbrachte, ergab, dass sich 13,2 Prozent auf Themen der inneren Sicherheit (davon mehr als die Hälfte auf das Unterthema Rechtsextremismus), 13,0 Prozent auf den Themenkreis Internationales, Entwicklungspolitik und EU, 11,0 Prozent auf das Thema Arbeitsmarkt und nur 6,9 Prozent auf das Thema Soziales bezogen. ⁴⁴⁹ Einige wenige Schlaglichter sollen die Arbeit der Bundestagsfraktion beleuchten:

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag trat vor allem in der Europa- und in der Verteidigungspolitik als «konsequente Opposition» (Selbstbezeichnung) auf und sprach sich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr – auch gegen solche mit UN-Mandat – aus. Unter der Losung «Ja zu Europa, nein zum EU-Vertrag» stimmte sie im April 2008 als einzige Fraktion gegen den Vertrag von Lissabon. ⁴⁵⁰ Am 6. Juli 2007 brachte die Bundestagsfraktion einen Antrag ins Parlament ein, mit dem sie die Bundesregierung aufforderte, jegliche deutsche Beteiligung am Einsatz Operation Enduring Freedom (OEF) unverzüglich zu beenden. Fraktionschef Gregor Gysi erklärte dazu, die Bundeswehr müsse insgesamt aus Afghanistan abgezogen werden. Der erste und vordringlichste Schritt dazu sei aber, mit der deutschen Beteiligung am sogenannten Terrorereinsatz OEF Schluss zu machen. In seinem Urteil zur Organklage der Fraktion DIE LINKE. vom 3. Juli 2007 habe der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die Frage offengelassen, ob die Militäreinsätze im Rahmen der OEF mit dem Völkerrecht vereinbar seien. Allerdings habe das Bundesverfassungsgericht nicht ohne Grund auf der klaren Trennung zwischen UN-mandatierten ISAF-Einsätzen und den OEF-Einsätzen einer «Koalition der Willigen» beharrt. ⁴⁵¹

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hielt sich zugute, bereits vor dem Ausbruch der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. Sie warnte frühzeitig vor dem zügellosen Kasino-Kapitalismus, den die anderen Parteien mit ihrer Gesetzgebung erst ermöglicht hätten. Sie habe Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte in den Deutschen Bundestag eingebracht, «als Kanzlerin Merkel, Vizekanzler Steinmeier und Finanzminister Steinbrück noch die freien Märkte bejubelten und der Entstaatlichung Deutschlands das Wort redeten». DIE LIN-

KE habe von Anfang an ein europaweit abgestimmtes Konjunkturprogramm zur Bewältigung der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gefordert. «Die Bundesregierung hat unter dem Druck der Verhältnisse nachgelegt, ist aber weit hinter den Forderungen der LINKEN zurückgeblieben und hat sich auf nationale Maßnahmen beschränkt»,⁴⁵² kritisierte die Fraktion DIE LINKE. in ihrer Bilanzbroschüre.

Mitte Oktober 2008 brachte die Bundesregierung in der Hochzeit der Finanzmarktkrise das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) im Umfang von 500 Milliarden Euro mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP durch den Bundestag – in einem Eilverfahren, das mit parlamentarischen Prinzipien brach, aber auch von den Fraktionen der Grünen und der LINKEN akzeptiert wurde.⁴⁵³ Fraktionssprecher Hendrik Thalheim sagte, man verschließe nicht die Augen vor der Notwendigkeit einer schnellen und umfangreichen Hilfsaktion für die Geldwirtschaft.⁴⁵⁴ Am 15. Oktober 2008 erklärte Oskar Lafontaine mit Blick auf das 500-Milliarden-Rettungspaket der Bundesregierung im Bundestag: «Wir haben doch gar keine andere Wahl, als das Finanzmarktsystem – wie es so schön heißt – schleunigst wieder in Gang zu bringen. Insofern ist das, was Sie technisch machen, in der Sache nicht zu kritisieren.»⁴⁵⁵ Allerdings lehnte die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag das Gesetz ab, weil es weder die Begrenzung von Managergehältern noch die Abgabe von Eigentums- und Stimmrechten im Gegenzug zu Finanzhilfen verbindlich regelte⁴⁵⁶ und weil es nach den Worten von Oskar Lafontaine praktisch ein «Blankoscheck hinsichtlich der Verwendung des Geldes» sei. Der Fraktionschef forderte ein staatliches Konjunkturprogramm für die Realwirtschaft in Höhe von 50 Milliarden Euro, denn niemand könne eine halbe Billion Euro an Steuergeldern für Banken rechtfertigen, die sich im weltweiten Finanzkasino verzockt hätten, und gleichzeitig massive Arbeitsplatzverluste durch eine Rezession in Kauf nehmen, ohne dagegen etwas getan zu haben.⁴⁵⁷

Am 28. Mai 2009 stand die abschließende Lesung zahlreicher Anträge zur Rentenüberleitung auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestags. Die Mehrheit des Bundestags lehnte die 17 Anträge der LINKEN-Fraktion, die sich fast zwei Jahre im parlamentarischen Geschehen befunden hatten, allesamt ab. Dabei ging es unter anderem um die Renten von Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen, von zu DDR-Zeiten Geschiedenen, von Beschäftigten in der Braunkohleveredlung, von Beschäftigten von Bahn und Post und von Ballettmitgliedern. Dennoch war das Thema Rentenüberleitung für die Fraktion DIE LINKE. damit nicht erledigt. Martina Bunge, in der Fraktion für die Probleme der Rentenüberleitung Ost zuständig, versprach, auch in der neuen, 17. Wahlperiode darauf zu drängen, dass sich die nächste Bundesregierung in dieser Frage bewegt.⁴⁵⁸

Um die Lage von rund 500.000 in Deutschland lebenden Akademiker*innen ausländischer Herkunft zu verbessern, deren Abschlüsse in der Bundesrepublik nicht anerkannt wurden, legte die Fraktion DIE LINKE. Ende 2007 konkrete Vorschläge zur erleichterten Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungs-

abschließen vor.⁴⁵⁹ Gemeinsam mit anderen Gentechnikgegnern forderte DIE LINKE in einer großen öffentlichen Kampagne ein Anbauverbot von Genmais der Sorte MON 810 – mit Erfolg: Am 15. April 2009 verbot Bundesagrarministerin Ilse Aigner den Anbau von MON 810.⁴⁶⁰ Die Bundestagsfraktion richtete schon in der Anfangsphase ihrer Tätigkeit in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestags die «Kontaktstelle soziale Bewegungen» ein, die angesichts des spannungsreichen Verhältnisses zwischen neuen sozialen Bewegungen und der LINKEN und zwischen Gewerkschaften und der LINKEN half, Umgangsformen, Positionen und Themen im Umgang der Partei mit beiden Akteuren zu finden und weiterzuentwickeln. Mit der Kontaktstelle machte sich die Fraktion für soziale Bewegungen «greifbar» und sicherte ihre Präsenz im Bewegungsspektrum.⁴⁶¹

DIE LINKE und die Bundestagswahl im Herbst 2009

In der Zeit zwischen dem Bundestagswahl-Parteitag im Juni und der Bundestagswahl im September 2009 waren alle Aktivitäten der Partei DIE LINKE in den Bundestagswahlkampf eingeordnet. Im Saarland, in Sachsen und in Thüringen, wo Ende August 2009 Landtagswahlen stattfanden, verflochten sich die Landtagswahlkämpfe ebenso mit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl wie in Brandenburg und in Schleswig-Holstein, wo die Landtage zeitgleich mit dem Deutschen Bundestag gewählt wurden.

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern stand in der Werften-Krise an der Ostseeküste im Juni 2009 an der Seite der kämpfenden Werftarbeiter*innen, die unter der Losung «Sterben die Werften, stirbt die Region» für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrierten. Die Landtagsfraktion stimmte den Krediten des Landes zu und machte Druck, damit nach der Insolvenz in Wismar und Warnemünde eine Auffanglösung für die Beschäftigten gefunden und die Transfergesellschaften verlängert wurden.⁴⁶² Helmut Holter, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, klagte an: «Die rot-schwarze Landesregierung hat kein Konzept, um den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu begegnen, von Visionen für ein zukunftsfähiges Land ganz zu schweigen.»⁴⁶³ Holter hatte bereits im Februar 2009 betont, es sei vordringlich, Produktinnovationen im Schiffbau zu fördern und Mitarbeiter*innen weiterzubilden, statt sie auf Kurzarbeit zu setzen.⁴⁶⁴

Auch wenn viele Mitglieder in den westlichen Landesverbänden der Partei meinten, die DDR-Vergangenheit der einen Vorgängerpartei betreffe sie nicht, sah sich die Führung der LINKEN in der Pflicht, zu Jahrestagen von wichtigen Ereignissen in der Geschichte der DDR klar Stellung zu beziehen. Zum 48. Jahrestag des Mauerbaus erklärte die stellvertretende Parteivorsitzende Halina Wawzyniak, dass spätestens mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 der Versuch endete, demokratischen Sozialismus in einem Teil Deutschlands zu etablieren: «Ein Sozialismus, vor dem Menschen flüchten, ein Sozialismus, der von den Menschen nicht gewollt wird und der seine Menschen einsperrt, ist kein Sozialismus.» Der Mauerbau sei der in Beton

gegessene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Nicht der Sozialismus sei tot, der Kapitalismus habe nur überlebt. «Heute ist ein Tag zum Innehalten und ein Tag zum Streiten für eine wirkliche Alternative: Freiheit und Sozialismus!»⁴⁶⁵

Am 25. August 2009 legte DIE LINKE in Sachsen ein Programm zur «wirtschaftlichen Erneuerung» des Freistaates vor. Die Partei plädierte unter anderem dafür, Fördergelder in «revolvierenden Fonds» zu bündeln. Bei wirtschaftlichem Erfolg sollten sie von den Unternehmen zurückgezahlt werden, wodurch sie dann anderen Firmen zur Verfügung stünden. Nicht zuletzt wollte DIE LINKE das Vergaberecht so ändern, dass künftig öffentliche Aufträge an «Existenz sichernde Löhne» und Ausbildungsplätze gekoppelt werden.⁴⁶⁶ Am 29. August 2009 veranstaltete die Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE in Hessen eine Tagung unter dem Titel «Sozialpolitik gegen Krise», auf der der Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus* Richard Detje über «Postdemokratie als Krisenfolge» referierte. Er sah die Gefahr, dass Parlamente und andere demokratische Institutionen als Krisenfolge zunehmend ausgehöhlt werden und nur noch rein äußerlich existieren. Im Workshop «Hauptsache Arbeit – aber welche?» diskutierten die Teilnehmer*innen Stärke und Verankerung neoliberaler Ideen in der Bevölkerung. Ein wichtiges Ziel der Tagung bestand darin, den Kontakt zu den außerparlamentarischen Bewegungen auszubauen.⁴⁶⁷

Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde in der Medienöffentlichkeit immer wieder die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene ventiliert. Trotz ihrer vorsichtigen Öffnung gegenüber der LINKEN in Hessen vermochte es die SPD nicht, ihr Verhältnis zu dieser konkurrierenden Partei generell zu klären. Ihr Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und ihr Parteivorsitzender Franz Müntefering bekräftigten die Absage der SPD an jede Regierungszusammenarbeit – ob in Form einer Koalition oder einer parlamentarischen Duldung – mit der LINKEN auf Bundesebene. Münteferings Amtsvorgänger Kurt Beck hatte dies nicht nur für die Bundesebene, sondern auch für die Landesebene in den alten Bundesländern ausgeschlossen.⁴⁶⁸ Wie die CDU/CSU, die mit antikommunistischen Stimmungen spielte, um ihre eigene konservative Basis zu mobilisieren und gleichzeitig die Sozialdemokrat*innen in die Defensive zu bringen, hatte auch die SPD ein Interesse daran, die neue Partei als radikal populistisch zu porträtieren.⁴⁶⁹

Für DIE LINKE erklärte Gregor Gysi mehrfach, die SPD müsse vor der Bildung einer Koalition erst wieder «sozialdemokratisch» werden.⁴⁷⁰ Anfang 2009 schrieb der Fraktionsvorsitzende, zwar sei eine Konstellation aus SPD, Grünen und LINKEN theoretisch denkbar, zumal sie im Bundestag über eine rechnerische Mehrheit verfügten. «Aber solange die SPD und die Grünen nicht mit ihrer Agenda 2010 und ihrer neoliberalen Politik brechen und solange sie an ihren völkerrechtswidrigen Kriegen festhalten, sind sie für Die Linke nicht koalitionsfähig. Angesichts dieser Positionen kann es kein Bündnis mit den Linken auf Bundesebene geben.»⁴⁷¹ Bereits Ende Au-

gust 2008 hatte sich allerdings Oskar Lafontaine auf dem hessischen Landesparteitag erfolgreich dafür eingesetzt, einen Beschluss zur Tolerierung einer Minderheitsregierung aus SPD und Grünen unter Andrea Ypsilanti durch die hessische LINKE zu fassen. Bedingung für eine Unterstützung von Rot-Grün sei jedoch ein Politikwechsel in Hessen, der deutliche Verbesserungen in der Sozial- und Schulpolitik bringe.⁴⁷² Und auf dem Bundestagswahl-Parteitag im Juni 2009 sagte Oskar Lafontaine: «Wir verweigern uns nicht einer Regierungszusammenarbeit. Wir verweigern uns nicht einer Zusammenarbeit einer linken Mehrheit im Deutschen Bundestag. Es ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die den törichten Beschluss gefasst hat, nicht mit uns zusammenzuarbeiten, und damit ihr eigenes Programm in den Mülleimer geworfen hat.»⁴⁷³

Die Grünen diskutierten mehrfach ihr Verhältnis zur Partei DIE LINKE. Die grünen Spitzenkandidat*innen zur Bundestagswahl 2009 Renate Künast und Jürgen Trittin hatten zunächst eine Ampelkoalition mit SPD und FDP präferiert. An der Parteibasis war jedoch die Idee eines Bündnisses mit der FDP auf so heftigen Widerstand gestoßen, dass sie derartige Pläne fallenlassen mussten. Parteilinke plädierten dagegen für eine rot-rot-grüne Option in der Koalitionsfrage. Sie begründeten dies mit einem notwendigen echten Neuanfang in der Finanzpolitik sowie bei der ökologischen und sozialen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen verabschiedete Anfang Mai 2009 in Berlin schließlich einen Wahlauf Ruf, der auf eine Koalitionsaussage verzichtete. Damit hielt sich die Partei alle Türen offen – auch die, nach der Wahl eine rot-rot-grüne Koalition einzugehen.⁴⁷⁴

Ende August 2009 fanden wichtige Landtagswahlen mit Signalwirkung für die Bundestagswahl statt. Im Vorfeld der nationalen Wahl konnte dabei im Saarland DIE LINKE, die mit ihrem Vorsitzenden und früheren saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine angetreten war, am 30. August 2009 mit 21,3 Prozent der Stimmen und elf Mandaten ein hervorragendes Ergebnis einfahren. Sie konnte nach Ermittlungen von Infratest dimap dabei insbesondere 26.000 Wähler*innen von der SPD und 43.000 aus dem Nichtwählerlager gewinnen. Die PDS hatte 2004 nur 2,3 Prozent der Stimmen bekommen.⁴⁷⁵ Nach der herben Wahlschlappe für die CDU bestand im Saarland die Chance, eine rot-rot-grüne Regierungskoalition zu bilden. Als Zünglein an der Waage entschieden sich Die Grünen allerdings für eine Jamaika-Koalition mit CDU und FDP.⁴⁷⁶

Bei der Landtagswahl in Sachsen am selben Tag entfielen 20,6 Prozent der Stimmen und 29 Mandate auf DIE LINKE. Als PDS hatte sie am 19. September 2004 noch 23,6 Prozent und 31 Mandate geholt. Sie verteidigte aber ihre Position als zweitstärkste Kraft im Landesparlament. In Thüringen, wo ebenfalls am 30. August 2009 gewählt wurde, kam DIE LINKE mit ihrem Spitzenkandidaten Bodo Ramelow auf 27,4 Prozent der Stimmen und auf 27 Sitze. Das war ihr bis dahin bestes Ergebnis bei Landtagswahlen und ein leichter Zuwachs gegenüber dem Urnengang fünf Jahre zuvor, bei dem sie als PDS 26,1 Prozent der Stimmen geholt hatte, aber mit 28 Sitzen

auf einen Sitz mehr gekommen war. Die Partei blieb damit zweitstärkste Kraft im Thüringer Landtag.⁴⁷⁷

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl starteten bayerische Gewerkschafter*innen den «Würzburger Appell», in dem sie sich für eine «Linkscoalition» aus SPD, Grünen und LINKE auf Bundesebene, für einen grundlegenden Politikwechsel und «eine neue Ordnung und Organisation der Finanz- und Realwirtschaft» starkmachten. In kurzer Zeit unterzeichneten 200 Personen diesen Appell, darunter viele IG-Metall-Betriebsrät*innen, 30 hauptamtliche Gewerkschafter*innen aus IG Metall und ver.di sowie zehn DGB-Kreisvorsitzende in Bayern. Auch der frühere IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche und das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Metall Horst Schmitthenner zählten zu den Unterzeichner*innen.⁴⁷⁸ Mitte September 2009 stellten das langjährige IG-Metall-Mitglied Klaus Ernst und der LINKE-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch in Berlin die gewerkschaftliche Initiative «Wir wählen links» vor. Den im Internet veröffentlichten Aufruf hatten zu diesem Zeitpunkt bereits über 1.600 Gewerkschafter*innen unterzeichnet.⁴⁷⁹

Am 21. September 2009 riefen im Rahmen einer Wählerinitiative mehr als 100 Schriftsteller*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Sportler*innen zur Wahl der Partei DIE LINKE auf, darunter Schauspieler*innen wie Ursula Karusseit und Mathieu Carrière, Musiker*innen wie Barbara Thalheim und Andrej Hermlin, Olympiasieger wie Thomas Köhler, Klaus Köste und Meinhard Nehmer aber auch Rainer Ortleb, Bundesminister a. D., und Detlev von Larcher. Auch wenn die Aufrufer*innen des Öfteren mit den LINKEN haderten – DIE LINKE sei immerhin die einzige Partei im Bundestag, die NEIN sage zu jeglichem Krieg, die den Rüstungsexport verdamme, die frühzeitig vor den Folgen des Turbokapitalismus und des gnadenlosen Sozialabbaus gewarnt habe und die ebendeshalb von den Herrschenden in Staat, Wirtschaft und Medien verteufelt werde. «Deshalb raten wir: Gehen Sie wählen. Wählen Sie LINKS.»⁴⁸⁰

Für den Bundestagswahlkampf 2009 mobilisierte DIE LINKE fünf Millionen Euro. Sie setzte unter anderem 495.000 Wahlplakate, 6.900.000 Kurzwahlprogramme, rund 452.000 Kleinwerbemittel sowie Wahlwerbepots in Hörfunk, Kinos und Fernsehen ein.⁴⁸¹ Darüber hinaus organisierte die «WahlQuartier» genannte Kampagnenzentrale der Partei ein Internet-TV («Kanal der Linken»).⁴⁸² In diesem Wahlkampf wollte die Partei die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in Westdeutschland mit einem «Parteiaufbau von unten» und einer Verankerung vor Ort verbinden. Aus dem Präsidentschaftswahlkampf in den USA übernahm sie das Konzept des Organizing, das erfolgreich zum Sieg Barack Obamas beigetragen hatte. Bei der LINKEN wurde dieses Konzept «Linksaktiv» getauft. Mittels dieser Internetkampagne konnte die Partei rund 3.500 Wahlkampfhelfer*innen gewinnen.⁴⁸³

Zum Internetwahlkampf der Partei gehörten themenspezifische Videostatements durch Spitzenpolitiker*innen der LINKEN. Ebenso wie die politische Konkurrenz war DIE LINKE mit Plakatspendenaktionen erfolgreich, bei denen die Bürger*innen

über das Internet Standorte und Motive von Wahlplakaten erwerben konnten.⁴⁸⁴ Auf diese Art und Weise konnte DIE LINKE rund 300 Plakatspenden sammeln.⁴⁸⁵ Insgesamt warb die Partei über 600.000 Euro an Spenden ein, die in die Wahlkampfkasse flossen.⁴⁸⁶ Als Hauptadressat*innen wollte DIE LINKE im Wahlkampf neben dem gewerkschaftlichen Milieu Jungwähler*innen, Frauen, wahlberechtigte Migrant*innen, Protest- und Nichtwähler*innen sowie sozial schwache Schichten, insbesondere enttäuschte SPD-Wähler*innen ansprechen und gewissermaßen als «Stachel im Fleische» der SPD wirken. Dabei gedachte die Partei vom Bekanntheitsgrad ihrer beiden Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine und Gregor Gysi an der Wahlurne zu profitieren.⁴⁸⁷ Beider Konterfeis wurden denn auch prominent auf Wahlkampfmitteln platziert.

Hauptthemen der LINKEN im Bundestagswahlkampf waren «soziale Gerechtigkeit» und «Frieden». Sie kamen markant auf sechs zentralen Themenplakaten zum Ausdruck: «Mindestlohn gerade jetzt!», «Hartz IV abwählen!», «Gegen die Rente ab 67!», «Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken!», «Reichtum besteuern!» und «Raus aus Afghanistan!»⁴⁸⁸ Die Partei setzte dabei auf ein bewährtes Plakatprinzip: Die Hauptlosung in Verbindung mit dem dominanten Rot war für die Fernwirkung bestimmt und damit auch für Autofahrer*innen erfassbar. Die erläuternden Texte umrissen die Positionen der LINKEN und verwiesen auf das Internet, wo sie ausführlich und authentisch erläutert wurden. Damit wollten sich die Parteierwerber bewusst von anderen Parteien unterscheiden, die sich zumeist auf Losungen beschränkten. Zudem fanden diejenigen, die keinen oder nur begrenzten Zugang zum Internet besaßen, die Positionen der LINKEN auf thematischen Handzetteln als Untersetzung der Plakate wieder.⁴⁸⁹ Zu den sechs Themenplakaten kamen noch zwei mit den Fotos von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi.⁴⁹⁰

Nachdem am 4. September 2009 bei einem von einem deutschen Kommandeur angeordneten Nato-Bombardement auf zwei mutmaßlich von Taliban entführte Tanklastwagen in der Nähe von Kunduz zwischen 100 und 150 Zivilist*innen umgekommen waren,⁴⁹¹ organisierte DIE LINKE am 8. September 2009 eine Demonstration gegen den Afghanistan-Einsatz am Brandenburger Tor in Berlin. Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi erklärte vor mehreren Hundert Demonstranten, dass Terror auf drei Arten bekämpft werden könne – mit dem Strafrecht, mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und mit einem Dialog zwischen Religionen und Kulturen. Oskar Lafontaine erinnerte an Willy Brandts Worte, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe. Der Bundestagsfraktionschef unterstrich: «Diesem Krieg fehlt jede moralische Legitimation.»⁴⁹²

Zum Wahlkampfendspurt der LINKEN erklärte deren Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch am 25. September 2009, DIE LINKE verspreche in den letzten 48 Stunden vor Schließung der Wahllokale Wahlkampfaktion pur – deutschlandweit. Die Partei wolle der Tatsache Rechnung tragen, dass sich immer mehr Wähler*innen erst in den letzten Tagen oder Stunden vor der Wahl entscheiden. Bartsch kündigte an: «Überall von Rügen bis zum Bodensee kämpfen wir um jede Stimme. Denn jede

Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und mehr Solidarität.» Von Freitagabend an würden Wahlkämpfer*innen der LINKEN durch Clubs und Szenetreffs ziehen und um Stimmen werben. «Auf Straßen und Plätzen werden wir mit Sprühkreide und -schablonen auf dem Pflaster für die Wahl der LINKEN werben. Ob rote Rosen oder Türhänger als Wahlerinnerungen an den Haustüren, Heuballen mit LINKE-Fahnen und -Transparenten, Picknicks, Infoständen oder Straßenmusik – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.»⁴⁹³ Und so gipfelte der Bundestagswahlkampf der LINKEN in den letzten Stunden in einer direkten Wähleransprache durch Aktivist*innen in urbanen Clubs und Szenetreffs.⁴⁹⁴

Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 wurde DIE LINKE viertstärkste Partei. Sie errang 11,9 Prozent der Zweitstimmen und damit 76 Mandate (2005: 8,7 Prozent und 54 Mandate für die Linkspartei.PDS). Sie erzielte ihre prozentual besten Stimmergebnisse in den Ländern Sachsen-Anhalt mit 32,4 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern mit 29,0 Prozent, Thüringen mit 28,8 Prozent und Brandenburg mit 28,5 Prozent, fuhr hingegen ihr schlechtestes Ergebnis in Bayern mit 6,5 Prozent der Wählerstimmen ein.⁴⁹⁵ Die Partei erreichte in insgesamt 16 ostdeutschen Wahlkreisen eine (relative) Mehrheit der Erststimmen, womit sie auf 13 Direktmandate mehr kam als 2005. In Sachsen-Anhalt eroberte sie mit fünf von neun Direktmandaten mehr als die Hälfte der dortigen Wahlkreise. Seit 1953 gelang es mit der LINKEN erstmals einer Partei (außer CDU/CSU und SPD), mehr als vier Wahlkreise zu gewinnen.⁴⁹⁶

Infratest dimap ermittelte, dass es der LINKEN bei dieser Wahl gelungen war, per Saldo 1,1 Millionen bisherige SPD-Wähler*innen für sich zu gewinnen. Zudem kamen 130.000 von Bündnis 90/Die Grünen und 40.000 von der CDU/CSU, während DIE LINKE 20.000 Wähler*innen an die FDP und 350.000 an das Nichtwählerlager verlor.⁴⁹⁷ Im Wähleraustausch mit der SPD strömten 1.280.000 Wähler*innen von der SPD zur LINKEN, während der Abstrom von der LINKEN zur SPD 180.000 Wählende betrug.⁴⁹⁸ Eine Analyse der Wählerwanderung nach den Daten von Infratest dimap zeigte allerdings, dass es von 2005 bis 2009 auch in der Wählerschaft der LINKEN einen erheblichen Wechsel gab. Von den 4,1 Millionen Wähler*innen bei der Bundestagswahl 2005 wählten danach nur 2,5 Millionen erneut DIE LINKE. Das entsprach einer «Haltequote» von 62 Prozent.⁴⁹⁹

Der Spagat zwischen West und Ost, der schon das Elektorat der PDS bei früheren Bundestagswahlen und auch das der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005 charakterisiert hatte, blieb allerdings bestehen: Volkspartei im Osten – Interessenpartei im Westen. In den alten Bundesländern kam DIE LINKE auf 8,3, auf dem Boden der früheren DDR auf 28,5 Prozent der Zweitstimmen (zum Vergleich 2005: 4,9 Prozent bzw. 25,3 Prozent für die Linkspartei.PDS).⁵⁰⁰ In drei Ostberliner Wahlkreisen und in 17 Wahlkreisen in den ostdeutschen Flächenländern erzielte DIE LINKE über 30 Prozent der Zweitstimmen. Die besten Resultate konnte die Partei im Wahlkreis Berlin-Lichtenberg mit 41,2 Prozent der Zweitstimmen, im Wahlkreis Ber-

lin-Marzahn/Hellersdorf mit 40,8 Prozent, im Wahlkreis Mansfeld mit 34,9 Prozent und in Berlin-Treptow/Köpenick mit 33,7 Prozent verbuchen.⁵⁰¹

In den westdeutschen Flächen-Bundesländern erzielte DIE LINKE ihre besten Ergebnisse vor allem in Großstädten und städtischen Ballungsgebieten – so in den Wahlkreisen Kaiserslautern 14,2 Prozent, Duisburg II 13,7 Prozent, Herne/Bochum II 12,9 Prozent, Gelsenkirchen 12,1 Prozent, Wuppertal und Essen II jeweils 11,7 Prozent, Recklinghausen I 11,6 Prozent, Duisburg I und Dortmund II jeweils 11,5 Prozent, Mannheim 11,3 Prozent sowie Frankfurt am Main I und Kassel jeweils 11,2 Prozent. Aber lediglich im Saarland kam sie den ostdeutschen Wahlergebnissen nahe. Hier gewann sie in allen vier Wahlkreisen um die 20 Prozent der Zweitstimmen: im Wahlkreis Saarbrücken 24,0 Prozent, im Wahlkreis Homburg 21,7 Prozent, im Wahlkreis Saarlouis 19,9 Prozent und im Wahlkreis Sankt Wendel 19,2 Prozent.⁵⁰²

DIE LINKE kam damit im Saarland insgesamt auf 21,2 Prozent der Zweitstimmen. Die nächstplatzierten westdeutschen Bundesländer folgten mit deutlichem Abstand: Bremen mit 14,3 Prozent, Hamburg mit 11,2 Prozent, Rheinland-Pfalz mit 9,4 Prozent und Niedersachsen mit 8,6 Prozent der Zweitstimmen. Im Unterschied zur Bundestagswahl 2005, bei der die Linkspartei.PDS in den Flächenstaaten Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein unter der Fünfprozentmarke blieb, konnte DIE LINKE 2009 in allen westdeutschen Bundesländern diese Hürde überspringen und ihren Stimmenanteil in Westdeutschland im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 nahezu verdoppeln.⁵⁰³ Damit war die Partei DIE LINKE im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland fest etabliert und hatte den fünf Jahre zuvor noch undenkbaren Schritt zur gesamtdeutschen Partei vollzogen – «ein Erfolg, der untrennbar mit dem Namen Oskar Lafontaine verbunden»⁵⁰⁴ war.

Nach einer Befragung von Infratest dimap im September 2009 gaben 39 Prozent der Wähler*innen der LINKEN ihre Stimme aus Überzeugung, jedoch 60 Prozent aus Enttäuschung über andere Parteien – vor allem über die SPD. Sie lasteten der sozialdemokratischen Partei insbesondere die Fortführung oder gar Verschärfung der Agenda-2010-Politik (wegen ihrer Mitwirkung an der Einführung der Rente ab 67 Jahre) an und warfen ihr vor, ihre sozialdemokratischen Prinzipien aufgegeben zu haben.⁵⁰⁵ Nach einer Untersuchung des Politikwissenschaftlers Christian Zettl erhöhten eine linke Positionierung auf der Links-Rechts-Skala sowie eine positive Bewertung der Idee des Sozialismus die Wahrscheinlichkeit zur Wahl der Linkspartei deutlich. Ähnliches galt für die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik.⁵⁰⁶

In einer Analyse der Bundestagswahl 2009 konstatierte die Politologin Viola Neu, dass der SPD mit der Partei DIE LINKE erhebliche Konkurrenz erwachsen sei: «Die Linke hat für die Bevölkerung das klassische Image einer Oppositionspartei, von der man sich jedoch keine tatsächliche Problemlösungskompetenz verspricht. Sie soll auf Probleme aufmerksam machen, diese aber nicht lösen. Wenn man so möchte, ist dies eine Situation wie auf einem Billardtisch, auf dem über Bande gespielt wird.»⁵⁰⁷ Der

LINKEN sei es gelungen, das Image einer extremistischen Partei abzustreifen, das einer ihrer Quellparteien, der PDS, in den 1990er-Jahren noch zugeschrieben worden sei.⁵⁰⁸ Im Bereich soziale Gerechtigkeit könne die Partei einen spürbaren Kompetenzzuwachs verzeichnen. Unmittelbar vor der Bundestagswahl 2009 sprachen ihr 15 Prozent der Befragten auf diesem Politikfeld Kompetenzen zu, wie das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap ermittelte.⁵⁰⁹ Im Hinblick auf eine Wahlentscheidung für DIE LINKE war das Thema Arbeitslosigkeit die mit Abstand wichtigste Sachfrage.⁵¹⁰ Gregor Gysi resümierte rückblickend mehr als zehn Jahre später: «DIE LINKE konnte den Widerstand gegen die Agenda 2010 und das Unbehagen am Neoliberalismus nutzen, um sich ein Wählerpotenzial zu erschließen, das weit über dem der alten PDS lag.»⁵¹¹

Gleichzeitig mit dem Bundestag wurden am 27. September 2009 auch die Landtage von Brandenburg und Schleswig-Holstein gewählt. In Schleswig-Holstein schaffte DIE LINKE mit 6,0 Prozent der Stimmen und sechs Mandaten erstmals den Sprung in das Landesparlament. In Brandenburg kam DIE LINKE mit ihrer Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser auf 27,2 Prozent der Stimmen und 26 Mandate, etwas weniger als 2004, als sie als PDS 28,0 Prozent der Stimmen und 29 Sitze geholt hatte. Sie hielt aber ihre Position als zweitstärkste Kraft im Landtag und konnte in der Folge dieses Ergebnis in eine Regierungsbeteiligung an der Seite der SPD ummünzen. Am 6. November 2009 wählte der Landtag Matthias Platzeck (SPD) zum Ministerpräsidenten, und DIE LINKE erhielt in seinem Kabinett vier Ministerposten und das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten.⁵¹²

Die erfolgreiche Bundestagswahl 2009 und das positive Abschneiden bei den zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein markierten den Wendepunkt in der Erfolgsgeschichte der LINKEN, denn danach gelang es nicht mehr, die Erfolge der Gründungszeit fortzusetzen.⁵¹³ Lediglich der Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 mit 5,6 Prozent der Stimmen und mit elf Mandaten⁵¹⁴ und die Tolerierung der Minderheitsregierung aus SPD und Grünen⁵¹⁵ stellten ein retardierendes Moment im beginnenden Stagnations- und Niedergangsprozess dar.

Aufbau und Organisation der Partei DIE LINKE

Aufbau und Organisation der Partei DIE LINKE wiesen im Vergleich mit anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien einige Besonderheiten auf, die der Vereinigung von zwei ungleich mitgliederstarken Parteien geschuldet waren. Da man eine Vereinigung beider Organisationen auf Augenhöhe anstrebte, wurden insbesondere die Stimmen der Mitglieder in Ost- und Westdeutschland ungleich gewichtet. Der Gründungsparteitag setzte sich aus den jeweils rund 400 gewählten Delegierten des 6. Parteitages der WASG und des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS zusammen,⁵¹⁶ obwohl die Linkspartei.PDS mehr als doppelt so viele Mitglieder in die neue Partei einbrachte als die WASG. In den Übergangsbestimmungen der Satzung der neu-

en LINKEN wurde festgelegt, dass auf den Parteitag 2008 nur 160 Delegierte auf der Basis der Mitgliederbestände aller 16 Landesverbände und 170 Delegierte entsprechend den Mitgliederzahlen von den sechs ostdeutschen Landesverbänden entsandt werden, aber 170 Delegierte von den zehn westdeutschen Landesverbänden entsprechend ihren jeweiligen Mitgliederzahlen. Dieses Ungleichgewicht zugunsten der West-Landesverbände sollte in den Jahren bis 2014 schrittweise abgeschmolzen werden.⁵¹⁷

Nach der Satzung der neuen LINKEN, die bereits vor dem Vereinigungsparteitag auf den parallel tagenden Parteitag von Linkspartei.PDS und WASG Ende März 2007 in Dortmund beschlossen worden war, gliederte sich die neue Partei – den Vorgaben des Parteiengesetzes (§ 7 Abs. 1) und dem föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik folgend – vertikal in eine Bundespartei, 16 Landesverbände, Hunderte Kreisverbände⁵¹⁸ und Tausende Ortsverbände. Kleinste Organisationseinheit waren Basisgruppen bzw. Basisorganisationen innerhalb eines Kreisverbandes bzw. eines Ortsverbandes. Kreisverbände waren die kleinsten Gebietsverbände mit selbstständiger Kassenführung und eigener Finanzplanung.⁵¹⁹ So gliederte sich beispielsweise der Landesverband Thüringen in 21 Kreisverbände, die in sämtlichen Kreisstädten Geschäftsstellen betrieben.⁵²⁰

Organe der Bundespartei waren im Sinne des Parteiengesetzes der Parteitag, der Parteivorstand und der Bundesausschuss. Die Satzung definierte den Parteitag als das höchste Organ der Partei, das über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen beriet und beschloss. Das beinhaltete die Beschlussfassung über das Grundsatzzprogramm der Partei und über die Wahlprogramme zu Bundestags- und Europawahlen. Der Parteitag wählte den Parteivorstand, die Mitglieder der Bundesschiedskommission und die Mitglieder der Finanzrevisionskommission. Er entschied über die Beteiligung an Koalitionen und über die Tolerierung von Minderheitsregierungen auf Bundesebene. Dem Parteitag gehörten laut Satzung mit beschließender Stimme an: die Delegierten aus den Gliederungen der Partei (nach Auslaufen der Übergangsregelungen 500 Mandate), die Delegierten des anerkannten Jugendverbands (höchstens 20 Mandate) und die Delegierten aus den bundesweiten innerparteilichen Zusammenschlüssen (höchstens 50 Mandate).⁵²¹

Der Parteivorstand war laut Satzung das politische Führungsorgan der Partei, das die Partei leitete. Er bestand aus insgesamt 44 vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern (Gesamtvorstand), darunter die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer Sprecher. Laut Übergangsbestimmungen wurden auf dem Gründungsparteitag 22 Mitglieder, darunter sechs Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands, auf Vorschlag des Parteitages der WASG, und 22 Mitglieder, darunter sechs Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands, auf Vorschlag des Parteitages der Linkspartei.PDS gewählt. Bis zur Wahl des Parteivorstands im Jahr 2010 sollten zwei Parteivorsitzende gewählt werden – bei der

Wahl im Jahr 2007 je eine Parteivorsitzende bzw. ein Parteivorsitzender auf Vorschlag der WASG und eine bzw. einer auf Vorschlag der Linkspartei.PDS.⁵²²

Der geschäftsführende Parteivorstand bestand aus zwölf Mitgliedern, darunter die beiden Parteivorsitzenden, eine stellvertretende Parteivorsitzende, ein stellvertretender Parteivorsitzender oder mehrere stellvertretende Parteivorsitzende, eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister und eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer. Laut Bundessatzung erledigte der geschäftsführende Parteivorstand die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben und bereitete die Parteivorstandssitzungen vor. Er war verpflichtet, den Parteivorstand über alle Beschlüsse und Maßnahmen zu informieren.⁵²³

Der Bundesausschuss war laut Satzung das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand und sollte das Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern fördern und unterstützen. Ihm gehörten 60 Vertreter*innen der Landesverbände, zwölf von der Versammlung der Sprecher*innen der bundesweiten Zusammenschlüsse zu wählenden Mitglieder, zwölf durch den Parteivorstand aus seiner Mitte bestimmte Mitglieder und zwei Vertreterinnen oder Vertreter des anerkannten Jugendverbands mit beschließender Stimme an. Der Bundesausschuss wählte die Vertreter*innen der Partei in die Organe der Europäischen Linken. Nicht zuletzt unterbreitete er der Bundesvertreterversammlung einen Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament.⁵²⁴

Auf der horizontalen Ebene konnten Mitglieder der LINKEN innerparteiliche Zusammenschlüsse bilden, insbesondere Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGs), Arbeitsgemeinschaften (AGs) und Strömungszusammenschlüsse. Nach Paragraph 7 Absatz 2 der Satzung waren Zusammenschlüsse dann bundesweit, wenn sie in mindestens acht Landesverbänden entweder mindestens ein Zweihundertstel der Mitglieder repräsentierten oder entsprechend der Landessatzung als landesweiter Zusammenschluss anerkannt wurden. Entsprechend den Übergangsbestimmungen waren alle bei Gründung der Partei DIE LINKE bestehenden bundesweiten Zusammenschlüsse der Linkspartei.PDS und alle Bundesarbeitsgemeinschaften der WASG bis zum 31. Dezember 2007 auch dann bundesweite Zusammenschlüsse, wenn die Voraussetzungen nach Paragraph 7 Absatz 2 nicht erfüllt waren. Bundesweite Zusammenschlüsse konnten Delegierte zu Parteitagern entsenden und erhielten im Rahmen des Finanzplans finanzielle Mittel für ihre Arbeit.⁵²⁵ Ende Januar 2008 erfüllten 19 bundesweite Zusammenschlüsse die genannten Voraussetzungen, 14 davon konnten Delegierte zum 1. Parteitag entsenden. Über den Antrag von 14 weiteren Zusammenschlüssen, den Status bundesweiter Zusammenschlüsse nach Paragraph 7 Absatz 2 zu erhalten, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden worden.⁵²⁶

Der von der Partei anerkannte Jugendverband hatte nach Paragraph 11 der Satzung Antragsrecht in allen Organen der Partei und der Gebietsverbände, in denen er organisiert war. Er konnte Delegierte zu den Parteitagern wählen und zwei Mitglieder

in den Bundesausschuss entsenden. Zudem erhielt er entsprechend seiner Mitgliederzahl im Rahmen des Finanzplans finanzielle Mittel für seine Arbeit. Entsprechendes galt für den parteinahen Hochschulverband.⁵²⁷ Als anerkannten Jugendverband übernahm DIE LINKE von der Linkspartei.PDS die Linksjugend solid, die Anfang 2008 2.629 Mitglieder zählte.⁵²⁸ Neu ins Leben gerufen wurde im Mai 2007 der Hochschulverband Die Linke.SDS.⁵²⁹ Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde von der Partei DIE LINKE als bundesweit tätige parteinahe politische Stiftung anerkannt.⁵³⁰

Mit Stand vom 31. Dezember 2008 verfügte die Partei DIE LINKE über insgesamt 239 Beschäftigte, davon 170 in den Landesverbänden und 69 in der Bundesgeschäftsstelle. Davon waren 43 Stellen mit geringfügig Beschäftigten besetzt (Rentner*innen und studentische Hilfskräfte). Während auf die sechs Landesverbände Ost (mit Berlin) 137 Beschäftigte (davon 69 Vollzeitstellen) entfielen, hatten die zehn Landesverbände West nur 33 Beschäftigte (davon neun Vollzeitstellen). In den Ost-Landesverbänden kamen 458 Mitglieder, in den West-Landesverbänden dagegen 1.064 Mitglieder auf eine Personalstelle.⁵³¹

Die weiter oben bereits angesprochene teilweise Überforderung der Parteistrukturen führte dazu, dass es in nicht ausreichendem Maße gelang, die Vielzahl neuer Mitglieder (vor allem in den westlichen Landesverbänden) in die Partei zu integrieren. Viele neue Mitglieder verließen daher die Partei bereits nach relativ kurzer Zeit wieder. Bereits 2007 standen beispielsweise im Landesverband Niedersachsen mit seinen insgesamt 1.085 Mitgliedern im Zeitraum von Anfang Januar bis zum 11. Mai 91 Eintritten in die Partei 61 Austritte gegenüber.⁵³² 2008 verzeichnete der Landesverband Nordrhein-Westfalen, der am 31. Dezember 2008 insgesamt 7.764 Mitglieder zählte, 2.573 Eintritte und 714 Verluste, die angesichts des relativ geringen Durchschnittsalters der Mitglieder von 46,7 Jahren wohl fast ausschließlich auf Austritte zurückzuführen waren.⁵³³ Im ersten Halbjahr 2010 gab es in diesem Landesverband 788 Eintritte und 525 Austritte. Für die Gesamtpartei hatte sich da bereits das Verhältnis von Gewinnen und Verlusten verkehrt: 2.695 Eintritten in die Partei DIE LINKE standen 3.814 Austritte gegenüber.⁵³⁴

Nachdem durch eine Wahlrechtsänderung bereits auf Bundesebene die Kandidatur von Mitgliedern anderer Parteien auf den Kandidatenlisten der LINKEN (wie anderer Parteien auch) zu Bundestags- und Europawahlen ausgeschlossen worden war, kam die Parteiführung nach Überprüfung der Landeswahlgesetze und in Auswertung des Wahlkampfes zur Bürgerschaftswahl in Hamburg Ende Februar 2008 überein, künftig auch bei Landtagswahlen auf die Aufstellung von Mitgliedern anderer Parteien auf den Listen der Partei DIE LINKE zu verzichten. Die Parteiführung zog damit Konsequenzen aus Äußerungen des DKP-Mitglieds Christel Wegner, die auf der Liste der LINKEN in den niedersächsischen Landtag gewählt worden war und dann das Grenzregime und die Staatssicherheit der DDR verharmlost bzw. verteidigt hatte.⁵³⁵ Gegen den Widerstand der KPF⁵³⁶ beschloss der Cottbuser Parteitag: «Auf den Listen der Partei DIE LINKE für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen kandidieren

Mitglieder der Partei DIE LINKE und parteiungebundene Persönlichkeiten.»⁵³⁷ Unter Verweis auf diese Beschlusslage bekräftigte der Parteivorstand der LINKEN im Oktober 2008 die Position, dass auf den «Offenen Listen» der Partei DIE LINKE zu Landtagswahlen keine Mitglieder anderer Parteien kandidieren dürfen: «Auf den Listen der Partei DIE LINKE kandidieren Mitglieder der Partei DIE LINKE und parteiungebundene Persönlichkeiten.»⁵³⁸

Die Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE

In den Jahren 2007 bis 2009 konnte die Partei DIE LINKE vor allem in Westdeutschland neue Mitglieder gewinnen, was sich in steigenden Mitgliederzahlen der dortigen Landesverbände niederschlug. In Ostdeutschland setzte sich dagegen der schon für die PDS in den Jahren vor 2007 typische flächenmäßige Mitgliederschwund fort. Die Mitgliederzahl der Gesamtpartei stieg von 71.711 Ende 2007 auf 78.046 am 31. Dezember 2009, diejenige der westlichen Landesverbände von 20.658 auf 29.551. Ende 2007 waren 71,15 Prozent der Mitgliedschaft in den ostdeutschen Landesverbänden (einschließlich Berlin) organisiert, am 31. Dezember 2009 nur noch 62,10 Prozent.⁵³⁹

Hinsichtlich ihrer Mitgliederverankerung in der Gesellschaft blieb DIE LINKE im untersuchten Zeitraum eine ostdeutsche Regionalpartei, die in Westdeutschland – mit Ausnahme des Saarlandes (der Heimat von Oskar Lafontaine) – nur eine geringe Organisationsbasis aufweisen konnte.⁵⁴⁰ Die mitgliederstärksten Landesverbände der LINKEN waren Ende 2009 der in Sachsen (12.390 Mitglieder), der in Berlin (9.008 Mitglieder), der im Bundesland Brandenburg (8.942 Mitglieder) und der in Nordrhein-Westfalen (8.555 Mitglieder).⁵⁴¹ Die Rekrutierungsfähigkeit der LINKEN (das heißt die Zahl der Parteimitglieder in Prozent der Parteibeitrittsberechtigten) betrug sowohl 2008 als auch 2009 in Westdeutschland lediglich 0,06, während sie sich in Ostdeutschland auf 0,34 belief.⁵⁴²

Zur Sozialstruktur der Mitglieder und Wähler*innen der Partei DIE LINKE

Während der Frauenanteil bei den Mitgliedern der PDS in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre (mit leicht abnehmender Tendenz) bei circa 45 Prozent lag, ging er durch die Vereinigung mit der männlich dominierten WASG in der neuen Partei DIE LINKE stark zurück (mit weiter fallender Tendenz: 39,1 Prozent Ende 2007, 37,2 Prozent am 31. Dezember 2009).⁵⁴³ Während die PDS bis 2006 im Vergleich zu anderen Bundestagsparteien den geringsten Anteil an Jüngeren und den mit Abstand höchsten Anteil an Älteren aufwies, erfolgte durch den Beitritt der WASG eine relative «Verjüngung» der neuen Partei. Dennoch kam DIE LINKE Ende 2009 mit 59 Jahren auf das höchste Durchschnittsalter der im Bundestag vertretenen Parteien.⁵⁴⁴

Ende 2009 dominierten in der LINKEN altersmäßig zum einen die 46- bis 60-Jährigen und zum anderen die 71- bis 85-Jährigen.⁵⁴⁵ Die Neumitglieder machten 2008 fast 14 Prozent der Gesamtmitgliedschaft der LINKEN aus. Bei ihnen lagen sowohl der Frauenanteil als auch der Anteil der Jüngeren deutlich über den jeweiligen An-

teilen an der Gesamtmitgliedschaft.⁵⁴⁶ 2008 stellten Personen aus den Alterskohorten von 41 bis 55 Jahren die stärksten Gruppen unter den Neumitgliedern: 13,5 Prozent der neu Eingetretenen gehörten der Alterskohorte der 46- bis 50-Jährigen an, 12,9 Prozent der Alterskohorte der 41- bis 45-Jährigen und 12,1 Prozent der Alterskohorte der 51- bis 55-Jährigen. 2009 bildeten Menschen aus den Alterskohorten von 26 bis 45 Jahren die Mehrheit unter den neuen Mitgliedern: 15,2 Prozent der Neumitglieder stammten aus der Alterskohorte der 41- bis 45-Jährigen, 14,4 Prozent aus der Alterskohorte der 26- bis 30-Jährigen, 13,0 Prozent aus der Alterskohorte der 36- bis 40-Jährigen und 12,0 Prozent aus der Alterskohorte der 31- bis 35-Jährigen.⁵⁴⁷

2009 besaßen nach ihrem höchsten formalen Bildungsabschluss 19 Prozent der Mitglieder der LINKEN höchstens einen Hauptschulabschluss, 18 Prozent die Mittlere Reife, 17 Prozent das Abitur bzw. das Fachabitur und 46 Prozent einen Hochschulabschluss oder Fachhochschulabschluss.⁵⁴⁸ Hinsichtlich ihres Erwerbsstatus waren im Jahr 2009 28 Prozent der Mitglieder der Partei DIE LINKE vollzeiterwerbstätig, sechs Prozent teilzeiterwerbstätig und acht Prozent arbeitslos. 53 Prozent waren Rentner*innen und vier Prozent befanden sich in der Ausbildung. Damit hatte DIE LINKE den geringsten Anteil an Vollzeiterwerbstätigen und den höchsten Anteil an Rentner*innen sowohl im Vergleich mit den Mitgliedschaften der anderen Bundestagsparteien als auch im Vergleich mit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.⁵⁴⁹

Nach der beruflichen Stellung der damals aktuell oder ehemals Erwerbstätigen waren 2009 19 Prozent der Mitglieder der LINKEN Arbeiter*innen, 32 Prozent Angestellte, 34 Prozent Beamt*innen oder Angestellte im öffentlichen Dienst, zwölf Prozent Selbstständige und vier Prozent Angehörige der akademischen freien Berufe oder Freiberufler*innen.⁵⁵⁰ 2009 rechneten sich neun Prozent der Mitglieder der Partei DIE LINKE zur Unterschicht, 30 Prozent zur unteren Mittelschicht, 35 Prozent zur mittleren Mittelschicht und sechs Prozent zur oberen Mittelschicht. Der Oberschicht fühlte sich niemand zugehörig, und 20 Prozent fühlten sich keiner der genannten Schichten zugehörig.⁵⁵¹ 2009 waren 32 Prozent der Mitglieder der LINKEN Mitglied in einer Gewerkschaft. Nur die SPD hatte damals einen höheren Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern in ihren Reihen.⁵⁵² Zugleich wies DIE LINKE sowohl gegenüber den anderen Bundestagsparteien als auch verglichen mit der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik mit 79 Prozent den höchsten Anteil an Konfessionslosen in ihren Reihen auf.⁵⁵³

Die «Deutsche Parteimitgliederstudie 2009», in deren Rahmen die oben angeführten sozialstrukturellen Daten erhoben wurden, erbrachte auch ein bemerkenswertes Ergebnis hinsichtlich der Aktivität der Mitglieder der Partei DIE LINKE: Der Anteil der «sehr aktiven» und «ziemlich aktiven» Mitglieder zusammengenommen war mit 36 Prozent größer als bei jeder anderen Partei. Dagegen war der Anteil der «überhaupt nicht aktiven» Mitglieder mit 16 Prozent gerade einmal halb so groß wie bei allen anderen Parteien.⁵⁵⁴

Eine Ost-West-Spaltung der Mitgliedschaft offenbarte sich bei der Zahlung der durchschnittlichen Monatsbeiträge, wo es gravierende Unterschiede zwischen den Landesverbänden gab. Während sich in den ostdeutschen Landesverbänden der monatliche Durchschnittsbeitrag auf 13,44 Euro belief, lag er in den Westlandesverbänden bei lediglich 3,80 Euro. Mit 16,97 Euro nahm der Landesverband Berlin die Spitzenposition ein, und mit 2,23 Euro bildete der Landesverband des Saarlandes das Schlusslicht.⁵⁵⁵

Die soziale Struktur der Wähler*innen der Partei DIE LINKE ähnelte in hohem Maße derjenigen ihrer Mitglieder. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte die Partei 11,9 Prozent der Wählerstimmen. Weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte DIE LINKE mit 18 Prozent der Stimmen bei den Arbeiter*innen und mit 25 Prozent der Stimmen bei den Arbeitslosen.⁵⁵⁶ Auch bei Wähler*innen mit Mittlerer Reife kam die Partei mit 14 Prozent auf ein überdurchschnittliches Resultat, während sie bei Wählenden mit Hauptschulabschluss und bei solchen mit Abitur mit jeweils 11 Prozent annähernd genauso abschnitt wie in ihrem Gesamtektorat. Bei Hochschulabsolvent*innen fuhr sie hingegen mit zehn Prozent ein geringeres Ergebnis ein.⁵⁵⁷ Das Wahlergebnis bei den Gewerkschaftsmitgliedern lag mit 17,1 Prozent wiederum deutlich über dem Gesamtergebnis für DIE LINKE.⁵⁵⁸ Auf etwas niedrigerem Niveau hatte die Partei bei der Bundestagswahl 2005 bereits analoge Resultate erzielt, als WASG und PDS unter dem Markenzeichen Linkspartei.PDS gemeinsam den Wahlkampf geführt hatten. Bemerkenswert war 2009 auch, dass mit 17 Prozent überdurchschnittlich viele Wähler*innen mit türkischem Migrationshintergrund ihr Kreuz bei der LINKEN machten.⁵⁵⁹

Während die PDS über mehrere Bundestagswahlen hinweg bevorzugt von Menschen mit hoher formaler Bildung, Beamt*innen, Angestellten und Arbeitslosen gewählt worden war, stimmten 2005 und 2009 Menschen mit formal mittlerer Bildung, Arbeiter*innen und – noch stärker als früher – Arbeitslose überdurchschnittlich häufig für DIE LINKE bzw. die Linkspartei.PDS.⁵⁶⁰ Durch das Zusammengehen von Linkspartei.PDS und WASG gelang es somit, verstärkt in soziale Gruppen vorzudringen, die der PDS vorher eher ferngestanden hatten.⁵⁶¹ Die Politikwissenschaftler Harald Schoen und Klaus W. Falter konstatierten in diesem Kontext: «Gemessen an ihrer Attraktivität in verschiedenen sozialen Gruppen hat sie [die Linkspartei; J. W.] sich – überspitzt formuliert – von einer Elitenpartei in Richtung einer Unterschichtpartei entwickelt.»⁵⁶²

Ein Blick auf die Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE bei Landtagswahlen in den westlichen Bundesländern bei Arbeiter*innen und Arbeitslosen stützt diese These. 2009 erzielte sie bei Arbeiter*innen im Saarland ein um 60 Prozent höheres Resultat als unter all ihren Wähler*innen, und in Schleswig-Holstein lag es sogar um 83 Prozent höher.⁵⁶³ Bei Arbeitslosen schnitt DIE LINKE noch besser ab: In Niedersachsen betrug 2008 nach Daten der Forschungsgruppe Wahlen e. V. (FGW) das Verhältnis des Gesamtergebnisses der Partei zum Abschneiden bei Arbeitslosen 1 zu 3,5, im

selben Jahr in Hamburg 1 zu 3,3.⁵⁶⁴ Nach Daten von Infratest dimap lag dieses Verhältnis bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2009 bei 1 zu 2,7, bei der Bürgerschaftswahl in Bremen 2007 bei 1 zu 2,4 und bei der Landtagswahl im Saarland 2009 bei 1 zu 2,2.⁵⁶⁵ Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter attestierte der LINKEN bereits 2007 drastisch zugespitzt, dass sie in der Wählerschaft über ein enorm angewachsenes, aber weniger stabiles «Potenzial aus den sozialen Souterrains der deutschen Republik» verfüge.⁵⁶⁶ Man kann also davon ausgehen, dass das Image der WASG als den Protest gegen Hartz IV bündelnde «Sozialstaatspartei», das sie als Erbe in die gemeinsame Partei DIE LINKE einbrachte, für den Wahlerfolg im klassischen Arbeitermilieu ursächlich war.

Dies bestätigte indirekt Ralf Krämer in einem 2012 erschienenen Interview, in dem er konstatierte, dass der gewerkschaftliche oder klassenorientierte Ansatz in der PDS keine große Rolle gespielt habe: «Das starke soziale und arbeitnehmerorientierte Profil und die starke gewerkschaftliche Verankerung der LINKEN ist vor allem ein Erbe der WASG.»⁵⁶⁷ Die WASG habe sich gegenüber der PDS durch eine erheblich stärkere und kämpferischere Bewegungsorientierung ausgezeichnet und sei im Kern für Arbeitnehmerinteressen und Verteilungsgerechtigkeit eingetreten.⁵⁶⁸

Dies korrespondiert mit den Themen, die für die Wähler*innen der Partei DIE LINKE 2009 wahlentscheidend waren: Die Themen «Soziale Gerechtigkeit» und «Arbeitsmarktpolitik» rangierten nach der Wahltagebefragung von Infratest dimap mit 61 bzw. 34 Prozent deutlich vor den nachfolgenden Themen «Bildung», «Wirtschaft» und «Steuern» mit 24 Prozent, 23 Prozent bzw. 14 Prozent. Dagegen spielten für die Wähler*innen der LINKEN die Themen «Innere Sicherheit» oder «Umwelt/Klima» mit acht bzw. neun Prozent keine große Rolle.⁵⁶⁹

Der Parteienforscher Oskar Niedermayer hatte bereits 2006 darauf hingewiesen, dass das Gewicht der westdeutschen Wählerschaft der Linkspartei.PDS gegenüber der Wählerschaft der früheren PDS deutlich werde, wenn man statt der Prozentanteile in beiden Landesteilen die absoluten Wählerzahlen miteinander vergleicht.⁵⁷⁰ Betrug das Ost-West-Verhältnis in der PDS-Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2002 noch 3,3 zu 1, so lag es 2005 nur noch bei 1,2 zu 1 und 2009 sogar bei 0,7 zu 1. Damit war von den absoluten Zahlen ihrer Wählerschaft her DIE LINKE keine ostdeutsche Regionalpartei mehr (wie der prozentuale Wähleranteil von 28,5 zu 8,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 nahelegen würde), sondern eine gesamtdeutsche Partei.⁵⁷¹

Noch zwei andere Daten aus der Wahlanalyse sind bemerkenswert. *Erstens:* Während das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen PDS-Wähler*innen 2002 mit vier Prozent ausgewogen war, verschob es sich 2005 nach der Wahltagebefragung von Infratest dimap deutlich hin zu den männlichen Wählern (Männer: 9 Prozent; Frauen: 7 Prozent).⁵⁷² Ein Trend, der sich bei der Bundestagswahl 2009 verfestigte (Männer: 13,3 Prozent; Frauen: 10,6 Prozent).⁵⁷³ *Zweitens:* Während das Wahlergebnis der PDS 2002 in allen Alterskohorten ab 35 Jahren bei jeweils vier Prozent lag, verschob es sich 2005 zugunsten der Alterskohorte 45 bis 59 Jahre (10 Prozent nach

Ermittlungen von Infratest dimap und 11 Prozent nach denen der FGW).⁵⁷⁴ Auch dieser Trend verfestigte sich mit 15,2 Prozent bei der Bundestagswahl 2009.⁵⁷⁵

Beide Momente im Wahlverhalten zeigten sich als Trend bereits 2007. Eine Sekundäranalyse von Daten, die TNS Emnid im Juni 2007 (also zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses von WASG und Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE) erhoben hatte, erbrachte hinsichtlich der Sonntagsfrage, dass die Wählerschaft der LINKEN zu 58 Prozent Männer und nur zu 42 Prozent Frauen umfasste.⁵⁷⁶ Bei dieser Untersuchung machten die Alterskohorte 41 bis 55 Jahre mit 24 Prozent und die Alterskohorte 56 bis 70 Jahre mit 28 Prozent der Wähler*innen der Partei DIE LINKE die stärksten Wählergruppen aus. Dagegen entfielen auf die Alterskohorte bis 25 Jahre lediglich 15 Prozent, auf die Alterskohorte 26 bis 40 Jahre 18 Prozent und auf die Alterskohorte über 70 Jahre 15 Prozent des Elektorats der LINKEN.⁵⁷⁷

Der typische Wähler der Partei DIE LINKE gehörte den mittleren Altersgruppen an, besaß einen mittleren formalen Bildungsabschluss, war (Fach-)Arbeiter und männlich. Er sah sich durch die Auswirkungen der Agendapolitik bedroht, die von der SPD-geführten Bundesregierung unter Kanzler Schröder beschlossen und eingeleitet und von der Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel fortgesetzt worden war, und wollte durch die Wahl der LINKEN seinen Protest gegen diese Politik zum Ausdruck bringen.

Internationale Kontakte der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009

Als Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL) und der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament pflegte DIE LINKE enge Kontakte zu den dort vertretenen Parteien sowie zur Vereinten Linken in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Auch im Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) und in politischen, friedenspolitischen und sozialen Netzwerken und Organisationen im Rahmen des Europäischen Sozialforumsprozesses arbeitete DIE LINKE aktiv mit.⁵⁷⁸ Im November 2008 war DIE LINKE Gastgeberin der 1. Wahlkonferenz der EL in Berlin, auf der die Mitglieds- und Beobachterparteien der Europäischen Linken eine gemeinsame Plattform der EL-Parteien für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 unter dem Titel «Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität!» verabschiedeten. Diese Plattform wurde in einem mehrmonatigen Arbeitsprozess unter aktiver Mitwirkung der deutschen EL-Mitgliedschaft erarbeitet.⁵⁷⁹ Am 24. November 2007 wurde Lothar Bisky auf dem zweiten Kongress der europäischen Linkspartei als Nachfolger von Fausto Bertinotti zum neuen Vorsitzenden dieser Organisation gewählt.⁵⁸⁰ Und nach der Europawahl im Juni 2009 wurde Bisky zum Vorsitzenden der Fraktion GUE/NGL gewählt.⁵⁸¹

Bereits am Gründungsparteitag der LINKEN nahmen Vertreter*innen von Linkskräften aus 50 Ländern und vier Kontinenten als «Taufpaten» teil, darunter Repräsentant*innen der Partei der Werktätigen Brasiliens, der Kommunistischen

Partei Chinas, der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks, der Kommunistisch-Revolutionären Liga Frankreichs, von Synaspismos aus Griechenland, der Links-Grünen Allianz aus Island, der Meretz-Yachad aus Israel, der Japanischen Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei aus den Niederlanden, der Polnischen Sozialdemokratie, der Linkspartei aus Schweden, des Linksblocks aus Portugal, des Afrikanischen Nationalkongresses aus Südafrika, der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und der AKEL aus Zypern.⁵⁸² Die Vorsitzenden der GUE/NGL Francis Wurtz (Französische Kommunistische Partei) und der Partei der Europäischen Linken Fausto Bertinotti (Partito della Rifondazione Comunista Italiens) überbrachten Grußworte.⁵⁸³

Zwischen dem Vereinigungsparteitag Mitte Juni 2007 und dem 1. Parteitag der LINKEN Mitte Mai 2008 entwickelte der Parteivorstand die internationalen Beziehungen der Partei und baute sie weiter aus. Die Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky führten politische Gespräche in Italien, Spanien und Portugal, in den Niederlanden und Griechenland, auf Zypern und in Rumänien. Die Vorsitzenden und weitere Mitglieder des Parteivorstands empfingen auch in Berlin ausländische Gäste – so unter anderen die Ministerin für Industrie und Handel der Bolivarischen Republik Venezuela, eine Delegation der KP Chinas, die Ehefrauen von zwei der in den USA inhaftierten sogenannten Miami 5 sowie weitere Delegationen von gesellschaftlichen Organisationen und der Regierung bzw. der Nationalversammlung Kubas, den bolivianischen Außenminister und den stellvertretenden Vorsitzenden der Movimiento al Socialismo (MAS) Boliviens.⁵⁸⁴

Angesichts der neuen Entwicklungen in Latein- und Südamerika sowie in Afrika und in Asien bildete der Ausbau der internationalistischen Positionen der LINKEN einen wichtigen Schwerpunkt. Dazu gehörten der Aufenthalt einer Delegation unter Leitung von Oskar Lafontaine in Kuba im September 2007, die Delegation des Studierendenverbands und von Mitgliedern der LINKEN in Venezuela im Februar und März 2008, die Teilnahme von Politiker*innen der Partei an den multilateralen Parteien- und Organisationsnetzwerken Lateinamerikas, dem São-Paulo-Forum, dem internationalen Parteiseminar der Partido del Trabajo (PT) Mexikos, eine Reise von Wolfgang Gehrcke nach Palästina, Israel und Syrien sowie die Beteiligung an der internationalen Genozid-Konferenz in Bangladesch.⁵⁸⁵ Im Februar 2008 führte Hans Modrow politische Gespräche in Kuba.⁵⁸⁶ In der zweiten Maihälfte 2008 nahmen Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrats der LINKEN, und Dietmar Schulz, Koordinator des Arbeitskreises Lateinamerika, am 14. Treffen des São-Paulo-Forums in Montevideo (Uruguay) teil, um die Zusammenarbeit mit den Linken in Latein- und Südamerika zu intensivieren.⁵⁸⁷

Zwischen Mitte Juni 2007 und Mitte Mai 2008 nahmen Delegationen der Partei DIE LINKE an folgenden Parteitagungen teil: Sosialistisk Venstreparti (SV) Norwegen, Socialistisk Folkeparti (SF) und Rot-Grüne Einheitsliste Dänemark, Linkspartei Schweden, Linksblock Portugal, Synaspismos (Griechenland), Partei der Kommunisten der Republik Moldawien, Frente Polisario (Westsahara), Partido dos Trabalhadores

res (PT, Brasilien), Sozialistische Einheitspartei Venezuelas (PSUV), Palästinensische Volkspartei, KP Indiens und KP Indiens (M), Parteitag der Sozialistischen Allianzpartei (PAS, Rumänien).⁵⁸⁸

Auch in den Jahren 2008 und 2009 baute DIE LINKE ihre internationalen Parteibeziehungen aus. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Intensivierung der Kontakte zu lateinamerikanischen Linkskräften. So beteiligte sich DIE LINKE am 15. Treffen des São-Paulo-Forums 2009 und entsandte Delegationen zu bilateralen Gesprächen. Darüber hinaus beschloss der Parteivorstand im Februar 2009 die Durchführung eines Mentoringprogramms für Vertreter*innen der bolivianischen MAS in Deutschland sowie weitere Schritte einer aktiven Unterstützung des Kampfes der MAS um die Sicherung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufbauprozesses in Bolivien. Vertreter*innen der LINKEN waren auch in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern bei Wahlbeobachtungen sowie bei der Amtseinführung des ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa im Frühjahr 2009 anwesend.⁵⁸⁹ Mitglieder der Partei DIE LINKE nahmen am IX. Weltsozialforum teil, das vom 27. Januar bis zum 1. Februar 2009 in Belém (Brasilien) stattfand.⁵⁹⁰ Im September 2009 führte Hans Modrow politische Gespräche in der Volksrepublik China.⁵⁹¹

Auf dem Essener Europaparteitag der LINKEN Ende Februar 2009 hielt die stellvertretende Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken, das Mitglied der Rifondazione Comunista in Italien, Graziella Mascia, ein Grußwort und würdigte die Arbeit der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, in der die deutsche LINKE und die italienischen Linken mit je sieben Abgeordneten die beiden größten Delegationen stellten.⁵⁹² Am Bundestagswahl-Parteitag der LINKEN am 20. und 21. Juni 2009 in Berlin nahm der frühere Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europaparlament Francis Wurtz teil.⁵⁹³

Am 26. April 2009 trafen sich Mitglieder des Landesverbands Brandenburg der Partei DIE LINKE und Mitglieder der polnischen Demokratischen Linksallianz (SLD) der Wojewodschaft Lebus Land zur ersten gemeinsam veranstalteten offiziellen Konferenz in der polnischen Grenzstadt Słubice. Thema der Konferenz waren die gemeinsame Geschichte und Zukunft der Oder-Region. Beide linke Parteien sahen sich in der Pflicht, die Chancen, die in der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Europäischen Union liegen, für eine langfristige Politik zu nutzen, die dem Frieden, der Abrüstung, der Demokratie, der Toleranz, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit dient.⁵⁹⁴

Fazit: Worin liegen die Ursachen für den Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE?

Stellt man die Frage nach den Ursachen für den Aufstieg der neuen LINKEN in den Jahren 2007 bis 2009, sind vor allem folgende Punkte hervorzuheben, die in den Folgejahren so nicht mehr gegeben waren:

- Obwohl die Partei DIE LINKE durch die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG entstand, wurde sie in weiten Teilen der Öffentlichkeit als neue Partei links von der SPD wahrgenommen⁵⁹⁵ – mit dem Reiz, den alles Neue ausstrahlt. Der geschickt gewählte Name DIE LINKE suggerierte ein Alleinstellungsmerkmal in der Parteienlandschaft in Abgrenzung von den als «neoliberal» apostrophierten etablierten Parteien des Establishments. Die Neue profitierte von der nachlassenden Bindekraft der Volksparteien und eroberte sich ab 2005 den Platz als fünfte Kraft im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland.
- Der neuen Partei DIE LINKE gelang es, die Lücke, die die SPD durch ihren Mittekurs seit den Jahren des Bundeskanzlers Schröder am linken Rand des Parteienspektrums eröffnet hatte, auszufüllen.⁵⁹⁶ Dabei konnte DIE LINKE vor allem mit der Thematisierung der sozialen Frage («eine neue soziale Idee») in der Öffentlichkeit punkten. Im Juli 2007 meinten nach einer Erhebung des IfD Allensbach 44 Prozent der Bevölkerung, die Linkspartei kümmere sich eher als die SPD um den Abbau sozialer Unterschiede zwischen Arm und Reich, nur neun Prozent sahen das Thema besser bei der SPD aufgehoben.⁵⁹⁷ Die Partei DIE LINKE gab jenem Teil der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland eine Stimme, der sich als Verlierer der sogenannten Agendapolitik empfand, die die SPD-geführte Bundesregierung unter Kanzler Schröder eingeleitet hatte und die die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel fortsetzte.
- Die Lücke, die der Wandel der SPD in der politischen Repräsentation eröffnet hatte, vermochten weder CDU/CSU oder FDP noch Die Grünen zu schließen, da es eine konvergente Entwicklung von CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD «zu einem wirtschaftsliberalen Paradigma und zur Unterstützung der Agenda 2010 gegeben» hatte. «Erst diese inhaltliche Konvergenz bei der etablierten Konkurrenz führte dazu, dass es für die Nachfrage nach sozialer Gerechtigkeit kaum eine Alternative zur Wahl des Linksbündnisses gab.»⁵⁹⁸ Das galt 2009 ebenso wie 2005. DIE LINKE blieb bei der Thematisierung der sozialen Gerechtigkeit bis zur Bundestagswahl 2009 praktisch konkurrenzlos.⁵⁹⁹ Partielle Veränderungen traten erst nach dieser Wahl ein, nachdem sich die SPD in die Opposition begeben musste.
- Politische Forderungen der LINKEN trafen den Nerv der Zeit. Mit der Konzentration auf relativ wenige Themen und medial gut vermittelbare Botschaften wie «Weg mit Hartz IV», «Gegen die Rente mit 67», «Für einen gesetzlichen Mindestlohn» oder «Bundeswehr raus aus Afghanistan» konnte die Partei mit einem scharfen Profil bei Wähler*innen punkten, die nach sozialer Gerechtigkeit und einer friedlichen Außenpolitik strebten. Nach einer repräsentativen Umfrage des IfD Allensbach für die Bertelsmann Stiftung, die im Dezember 2007 veröffentlicht

wurde, nannte nur eine kleine Minderheit der Befragten von 15 Prozent die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in der Bundesrepublik Deutschland gerecht. Die große Mehrheit von 66 Prozent wünschte sich mehr staatliche Eingriffe und Umverteilung, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen.⁶⁰⁰ Und eine Umfrage des gleichen Instituts vom Herbst 2007 ergab, dass nur 29 Prozent der Deutschen Auslandseinsätze der Bundeswehr befürworteten, sich aber eine Mehrheit (50 Prozent) prinzipiell dagegen wandte.⁶⁰¹

- Der Aufstieg der Partei DIE LINKE in den Jahren 2007 bis 2009 hing auch mit den besonderen Rahmenbedingungen zusammen. Die Partei konnte sich gegenüber einer SPD, die in einer Großen Koalition als Regierungspartei eingebunden war, als Oppositionspartei profilieren. Die SPD war hingegen mit einer Serie von Niederlagen bei Landtagswahlen und dem Verlust der Bundeskanzlerschaft 2005 in eine Krise geraten. «Das Rekordergebnis der LINKEN bei der Bundestagswahl 2009 war ein Produkt der Krise der SPD», stellten die Politikwissenschaftler Torsten Oppelland und Hendrik Träger fest.⁶⁰² Die Partei DIE LINKE hatte die Möglichkeit, die SPD in Bedrängnis zu bringen, so Thomas Petersen vom IfD Allensbach, «weil sie anscheinend die heimlichen Wünsche vieler Sozialdemokraten aufgreift, die die Partei in der Regierungsverantwortung nicht erfüllen kann».⁶⁰³
- Von Bedeutung für den Erfolg der neuen LINKEN war ihre gewerkschaftliche Verankerung⁶⁰⁴ – insbesondere dadurch, dass ein Teil der WASG-Gründer*innen Gewerkschaftsfunktionär*innen (der IG Metall und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di) waren. Damit erlangte die Partei in einem bestimmten Maße auch gesellschaftliche Verankerung. Auch wenn es hin und wieder zwischen den Spitzen der Partei und den Gewerkschaften knirschte,⁶⁰⁵ praktizierte DIE LINKE den Schulterschluss mit den Gewerkschaften, griff deren Forderungen auf und argumentierte in deren Sinne zum Beispiel gegen die Rente mit 67. In den Wahlkämpfen riefen Initiativen aus Gewerkschaftskreisen und eine Reihe prominenter Gewerkschaftsfunktionär*innen dazu auf, die neue Partei zu wählen,⁶⁰⁶ und eine größere Gruppe Gewerkschafter*innen trat beispielsweise im Juli 2007 öffentlichkeitswirksam in DIE LINKE ein.⁶⁰⁷ Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. mit ihrem starken Gewerkschaftsflügel⁶⁰⁸ erleichterte den Brückenschlag zu den Gewerkschaften. So nimmt es nicht Wunder, dass DIE LINKE nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) von 2008 zur langfristigen Parteibindung zunehmend bei gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter*innen attraktiv war.⁶⁰⁹ Bei der Bundestagswahl im September 2009 manifestierte sich dies darin, dass 22 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen für DIE LINKE votierten (bei einem Gesamtergebnis von 11,9 Prozent).⁶¹⁰
- In den neuen Bundesländern wirkte DIE LINKE (wie vordem die PDS) als «Ostpartei», die die Interessen und Identitätsbedürfnisse derjenigen Ostdeutschen repräsentierte, die mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Prozesses der deutschen Einheit unzufrieden waren, weil sie durch den Anschluss der DDR an die alte

Bundesrepublik ihre Lebensleistung nicht gewürdigt sahen und weil sie das Wirtschaftssystem der Berliner Republik als ungerecht und unsolidarisch wahrnahmen. DIE LINKE verstand es, das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen zu stärken, indem sie Errungenschaften der DDR betonte und diese gegen ungerechtfertigte Kritik verteidigte. Andererseits kritisierte sie die größten Auswüchse an Inhumanität und Unrecht in der DDR und bekannte sich als pluralistische Volkspartei zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Unter dem Leitbild des demokratischen Sozialismus verband DIE LINKE in Ostdeutschland die Rechtfertigung des antikapitalistischen Selbstverständnisses der DDR-Gründergeneration mit der Forderung nach wirtschaftlichen und sozialen Reformen des bestehenden kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland.⁶¹¹

- Zu diesen eher externen Faktoren für den Aufstieg der neuen LINKEN kommen einige interne. Insbesondere die Arbeit der Parteiführung konnte innerparteiliche Konflikte entschärfen und moderieren. «Grundlage ihrer erfolgreichen politischen Führung waren die ausgewogene Zusammensetzung sowie das geringe Konfliktpotenzial innerhalb der Führung», stellte der Politikwissenschaftler Jonas Rugenstein fest. So hätten sich der Vorsitzende Lothar Bisky mit seiner Integrationskraft und Erfahrung und der für sein Durchgreifen bekannte Fusionsbeauftragte Bodo Ramelow bei der Schlichtung von internen Konflikten ergänzt. Der zweite Parteivorsitzende Oskar Lafontaine habe zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi ein Duo gebildet, das wichtigster Bezugspunkt für die Kernklientel der Partei in Ost und West gewesen sei. «Ihre Aufgaben waren mit der Ansprache nach innen und der Mobilisierung nach außen zwar die gleichen, dabei waren jedoch sowohl die Rollen als auch die jeweiligen Machtansprüche klar verteilt.»⁶¹²
- Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Aufstieg der LINKEN war mithin das Wirken von Oskar Lafontaine als Partei- und Bundestagsfraktionsvorsitzender.⁶¹³ Der langjährige PDS-Vordenker André Brie schrieb, dass es ohne Lafontaine die Partei nicht gegeben hätte. Er habe die deutsche Linke (jenseits von SPD und Grünen) mit «Leben begabt», das sie ohne ihn nicht gehabt hätte. Lafontaine habe «die Linke addiert, multipliziert, und wo er sie dividiert, verhindert er noch meistens den Bruch. Er ist der unbestrittene Parteiführer.»⁶¹⁴ Und der Journalist Jens König bemerkte treffend: «Lafontaine setzt die Themen, er bestimmt die Strategie, er garantiert den Erfolg der Partei, vor allem im Westen, er ist die dominierende Figur in den Medien.»⁶¹⁵ Eine Untersuchung zur Bundestagswahl 2009 ergab zudem, dass die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die Partei DIE LINKE statistisch um 46 Prozent stieg, wenn eine Wählerin oder ein Wähler Oskar Lafontaine positiv beurteilte.⁶¹⁶ Im Saarland führten noch 2012 nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen 80 Prozent der Befragten die überdurchschnittlichen Wahlergebnisse der LINKEN auf die Popularität Oskar Lafontaines zurück.⁶¹⁷ «Wie kein anderer artikuliert er auf Marktplätzen und Wahlkampfbühnen die Unzufriedenheit seines Publikums mit der Politik.»⁶¹⁸

- Als besonderer Glücksumstand erwies sich, dass die Fraktion in den hier behandelten Jahren 2007 bis 2009 von zwei redegewandten Medienprofis und politischen Naturtalenten geführt wurde, die zu hohen Einschaltquoten im Fernsehen beitrugen. Das führte zu häufigen Einladungen in Talkshowrunden und gab Gysi und Lafontaine die Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen (und damit diejenigen der LINKEN) einem breiten Publikum zu vermitteln. So rangierten im Juni 2007 unter den Top Ten der ewigen Gästeliste der ARD-Sendung «Sabine Christiansen» Gregor Gysi mit 22 und Oskar Lafontaine mit 21 Auftritten.⁶¹⁹ Im Jahr 2008 trat Oskar Lafontaine acht Mal in den Talkshows «Anne Will» (ARD), «Maybrit Illner» (ZDF) und «Hart aber fair» (ARD) auf und damit so oft wie kein anderer Politiker.⁶²⁰ Die Politikwissenschaftler Frank Decker und Florian Hartleb konstatierten 2006, dass «Gysi und Lafontaine in ihrer Fähigkeit zur populistischen Wähleransprache derzeit von keinem anderen bundesdeutschen Politiker übertroffen werden dürften».⁶²¹ In der eigenen Wählerschaft genossen beide Politiker hohes Ansehen. Bei der Bundestagswahl 2009 waren mit Oskar Lafontaine 81 Prozent der Anhänger*innen der LINKEN zufrieden, mit Gregor Gysi sogar 90 Prozent.⁶²²
- Wenn auch weniger im Lichte der Medienöffentlichkeit stehend als Lafontaine und Gysi ist die Rolle, die Lothar Bisky für das Zustandekommen der neuen Partei spielte, keineswegs zu unterschätzen. Ohne Lothar Bisky, der auf seine Art immer wieder die polarisierenden Gruppen zusammenbrachte und letztendlich unermüdlich für die «gleiche Augenhöhe» und für die Vereinigung in den Ostverbänden warb, hätte es die LINKE auch nicht gegeben, erklären Insider*innen überzeugend.⁶²³ Sowohl in persönlichen Gesprächen als auch auf Konferenzen und Parteitagen der PDS bzw. der Linkspartei.PDS wertete er immer wieder das mögliche Zusammengehen mit der WASG als eine große Zukunftschance für die Linkskräfte in Deutschland.⁶²⁴
- Wahlerfolge und der Zustrom neuer Mitglieder (18.759 Neumitglieder in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt)⁶²⁵ überdeckten die innerparteilichen Flügelkämpfe und Querelen. Als Partei- und Fraktionschef habe Oskar Lafontaine «als personifiziertes strategisches Zentrum polarisierend und zugleich einigend gewirkt», schrieb der Parteienforscher Gero Neugebauer.⁶²⁶ In der öffentlichen, medialen Wahrnehmung entstand ein Bild von (relativer) Einigkeit und Geschlossenheit der Partei DIE LINKE, das wiederum – in der Wechselwirkung – neue Wahlerfolge begünstigte.⁶²⁷

Insgesamt kann DIE LINKE ihre Parteientwicklung in den Jahren von 2007 bis 2009 als Erfolgsgeschichte verbuchen. Sie präsentierte ein überzeugendes Führungspersonal, gewann neue Mitglieder und stieß in bisher nicht erreichte Wählerschichten vor. Gleichwohl blieben in dieser Zeit wichtige programmatische und strategische Fragen ungeklärt. Das in den «Programmatischen Eckpunkten» umrissene strategische Dreieck aus gesellschaftlichem Protest, Entwicklung von Alternativen und Gestaltungsanspruch konnte ganz offensichtlich in weiten Teilen der Partei in seiner Dialektik nicht

nachvollzogen werden. Dies traf auch zu auf die Aussage, dass Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit für DIE LINKE unteilbar seien.⁶²⁸ Derartige nicht geklärte Fragen führten in der Folgezeit immer wieder zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen und letztlich zur Politikunfähigkeit.

In den Jahren ab 2010 veränderten sich nicht zuletzt die politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für das Wirken der LINKEN. Sie beinhalteten den Eintritt in eine andere Etappe der Entwicklung in Deutschland und in der Welt mit anderen Krisen und Herausforderungen (wie dem Klimawandel). Der Neoliberalismus erodierte, die Hartz-Gesetze verloren nach und nach ihre Sprengkraft und die Proteste gegen Hartz IV flauten ab. Die SPD rückte in der Opposition ein Stück nach links. Teile der Partei reflektierten diese Veränderungen nicht und blieben im schlichten Anti-Neoliberalismus, zu engen Umverteilungsvorstellungen und alten Feindbildern hängen. Die verschiedenen parteiinternen Gruppierungen und Strömungen in der Partei entwickelten unterschiedliche – ja gegensätzliche – politische Strategien (Protest versus Gestaltung), agierten mit politischen Positionen, die sich ausschließend und unversöhnlich gegenüberstanden.

In der Folge bot DIE LINKE ein Bild der Zerstrittenheit, der ideologischen Grabenkämpfe und der Selbstbeschäftigung. Es gelang der Partei nicht, sich einen eigenständigen Platz im Parteiensystem zu erarbeiten, der sich nicht über Fehlstellen bei SPD und Grünen definierte.⁶²⁹ Zudem verlor DIE LINKE mit den Verschiebungen der innerparteilichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Westlandesverbände schrittweise ihre Identität als Ostpartei. Ob DIE LINKE einen Erfolg versprechenden Ausweg aus der schweren Krise finden wird, die durch die katastrophale Wahlniederlage bei der Bundestagswahl im September 2021 offenkundig wurde, bleibt derzeit eine offene Frage.

Die Niederlage der deutschen LINKEN reiht sich ein in die fürs Erste auch international gebrochene Welle eines linkssozialistischen Aufbruchs.⁶³⁰ Sie war der Preis für die unterbliebene Wandlung von der erfolgreichen antineoliberalen Sammlungsbewegung der Jahre 2005 bis 2009 zu einer demokratisch-sozialistischen Partei. DIE LINKE steht nun vor der schwierigen Aufgabe, ein politisch-strategisches Zentrum herauszubilden, das das fragile Gleichgewicht zwischen unterschiedlichen Milieus und Strömungen überwindet.⁶³¹ Dies ist die Voraussetzung dafür, die Vielstimmigkeit der LINKEN, die Ausdruck der Zerstrittenheit der Partei ist, zu überwinden, und dafür, dass in der Öffentlichkeit klar und deutlich wird, wofür DIE LINKE steht. Die Partei braucht insgesamt eine «übergreifende Erzählung, wohin und nach welchen Ordnungsmustern die Gesellschaft verändert werden soll»⁶³² (Horst Kahrs). DIE LINKE muss dabei die soziale Frage als ihren Markenkern weiterentwickeln – nicht, indem sie rückwärtsgewandt ihre Positionen an den Verhältnissen der 1970er-Jahre in der alten Bundesrepublik orientiert, sondern indem sie zeitgemäße Antworten auf die globalen Herausforderungen und auf die Veränderungen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gibt.

- 1 Deppe, Frank: Einleitung, in: Troost, Axel/Händel, Thomas (Hrsg.): Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN. Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), Hamburg 2016, S. 8–21, hier S. 8.
- 2 Ebd.
- 3 Vgl. zu den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Entstehung und des Wirkens der Partei DIE LINKE: Holzhauser, Thorsten: Neoliberalismus und Nostalgie. Politische Re-Formationen und die Entstehung der Linkspartei im vereinten Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 4/2018, S. 586–618.
- 4 Vgl. Gysi, Gregor: DIE LINKE ist wichtig für die Menschen in Deutschland. Rede von Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, auf dem Göttinger Parteitag, 2.6.2012, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/index.php?id=9950> (abgerufen am 1.5.2021).
- 5 Vgl. dazu im Detail: Rugenstein, Jonas: Nach der günstigen Gelegenheit. Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009, Stuttgart 2013, S. 69–141.
- 6 Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2018, in: ZParl 2/2019, S. 392. Inzwischen sind in den ostdeutschen und in den westdeutschen Landesverbänden mit jeweils rund 30.000 etwa gleich viele Mitglieder organisiert. Vgl. Mehr Westdeutsche bei den Linken, in: Der Spiegel 20/2021, 15.5.2021, S. 21.
- 7 Vgl. DIE LINKE: Mitgliederzahlen, Stand: 31.12.2020, unter: www.die-linke.de/partei/ueber-uns/mitgliederzahlen-2020/ (abgerufen am 24.4.2021).
- 8 Vgl. Der Landeswahlleiter/Die Landeswahlleiterin, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): Landtagswahl 2019. Endgültige Ergebnisse, o. J., unter: www.wahlen.sachsen.de/landtagswahl-2019-wahlergebnisse.php (abgerufen am 24.4.2021). Hinsichtlich der Direktstimmen kam DIE LINKE bei dieser Landtagswahl sogar auf 12,3 Prozent. Vgl. ebd.; dies. (Hrsg.): Mandate im 7. Sächsischen Landtag nach der Wahl am 1. September 2019. Endgültiges Ergebnis, unter: www.wahlen.sachsen.de/download/2019_LTW_Mandate_endgueltig.pdf (abgerufen am 24.4.2021); Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2020, in: ZParl 2/2021, S. 384. Rekrutierungsfähigkeit = Parteimitglieder in Prozent der Parteibeitragsberechtigten.
- 9 Vgl. Der neue Fischer Weltalmanach 2019. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2018, S. 122. Infratest dimap prognostizierte am 11. April 2021 für DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen für die Landtagswahl 2022 nur noch drei Prozent der Wählerstimmen. Vgl. Landtagswahlumfragen, o. J., unter: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/index.htm (abgerufen am 24.4.2021); Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2020, S. 384.
- 10 Vgl. Candeias, Mario: Vorwort: Wozu Klassenpolitik und -analyse?, in: ders./Dörre, Klaus/Goes, Thomas E.: Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse (2), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 23, Berlin 2019, S. 7–10, hier S. 7.
- 11 Vgl. Die Zeit fordert, dass wir handeln. Berichterstattung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE zur Klausur des Parteivorstandes am 2. und 3. Oktober 2021, 5.10.2021, unter: www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/detail/die-zeit-fordert-dass-wir-handeln/ (abgerufen am 9.10.2021).
- 12 Kalbe, Uwe: Tanzen auf dem Sonnendeck. Die neue Partei ist auf dem Weg, über den endgültigen Kurs wird später befunden, in: Neues Deutschland, 18.6.2007, S. 3.
- 13 Vgl. DIE LINKE hat die Bühne betreten, in: Neues Deutschland, 18.6.2007, S. 1. Rechtlich war die Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS ein Beitritt der WASG zur Linkspartei.PDS.
- 14 Vgl. Einladung der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative zum Parteitag der WASG am 15.6.2007 in Berlin, in: ADS, Bestand Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) – 38, Bl. 2.
- 15 Ulrich Maurer zit. n. Hübner, Wolfgang/Strohschneider, Tom: Lafontaines Linke. Ein Rettungsboot für den Sozialismus?, Berlin 2007, S. 10.
- 16 Ernst, Klaus: Populistisch? Populär! Rede von Klaus Ernst, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der WASG, auf dem 6. WASG-Parteitag am 15.6.2007 in Berlin, in: Disput, Juni 2007, S. 66–67.
- 17 In getrennten Anträgen verlangten der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, der Landesvorstand Baden-Württemberg und der Landesvorstand Niedersachsen, bei den Wahlen sowohl für die Vorschläge der sechs Kandidat*innen für den geschäftsführenden Parteivorstand als auch für diejenigen für den erweiterten Parteivorstand jeweils einen Anteil von höchstens einem Drittel Mandatsträger*innen im Sinne der Satzung der Partei DIE LINKE sicherzustellen. Vgl. WASG-Parteitag, 15.6.2007. Anträge, Anträge 01 bis 03, in: ADS, Bestand WASG – 39, Bl. 38–41.
- 18 Vgl. Eine Erfolgsgeschichte und ein Brief. Auf ihrem letzten Parteitag präsentierte sich eine selbstbewusste WASG – Streit gab es auch, in: Neues Deutschland, 16./17.6.2007, S. 2.
- 19 Vgl. ebd.
- 20 Kalbe, Uwe: Routine und ein klein wenig Wehmut. Linkspartei wickelte sich auf ihrer letzten Delegiertenkonferenz diszipliniert selbst ab, in: Neues Deutschland, 16./17.6.2007, S. 2.
- 21 Sahra Wagenknecht zit. n. ebd.

- 22 Hans Modrow zit. n. «Wir sind gekommen, um zu bleiben». Vor der heutigen Vereinigung: Letzte Parteitage von Linkspartei.PDS und Wahlalternative, in: Neues Deutschland, 16./17.6.2007, S. 1.
- 23 Ders. zit. n. Hübner/Strohschneider: Lafontaines Linke, S. 8.
- 24 Lothar Bisky zit. n. «Wir sind gekommen, um zu bleiben».
- 25 Ders. zit. n. Hübner/Strohschneider: Lafontaines Linke, S. 11.
- 26 Gysi, Gregor: Freiheit und Sozialismus – das ist die Antwort. Dokumentiert: Auszüge aus der Abschlussrede von Gregor Gysi auf dem letzten Parteitag der Linkspartei.PDS, in: Neues Deutschland, 18.6.2007, S. 4.
- 27 Ders.: Wir sind jetzt Mitglieder der Partei DIE LINKE! Eröffnungsrede von Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/reden/gregor-gysi/> (abgerufen am 4.6.2015).
- 28 Vgl. ebd.
- 29 Bisky, Lothar: Wir gründen heute die neue LINKE. Rede von Lothar Bisky, Kandidat für den Vorsitz der Partei DIE LINKE, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/reden/lothar-bisky/> (abgerufen am 6.6.2015).
- 30 Lafontaine, Oskar: Wir dürfen die Hoffnung von Millionen Wählerinnen und Wählern nicht enttäuschen. Rede von Oskar Lafontaine, Kandidat für den Vorsitz der Partei DIE LINKE, o. J., unter: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/reden/oskar-lafontaine/ (abgerufen am 11.5.2015); vgl. auch Kalbe: Tanzen auf dem Sonnendeck.
- 31 Francis Wurtz und Fausto Bertinotti zit. n. «Bitte, enttäuscht uns nicht». Fausto Bertinotti und Francis Wurtz haben allerhand Erwartungen an die neue Linke in Deutschland, in: Neues Deutschland, 18.6.2007, S. 3.
- 32 Vgl. DIE LINKE hat die Bühne betreten, S. 1.
- 33 Vgl. Computer bremsste Wahl zum Vorstand. Alle Kandidaten gewählt, in: Neues Deutschland, 18.6.2007, S. 2.
- 34 Vgl. ebd.
- 35 Wir sind gekommen, um zu bleiben! Mit der LINKEN für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden. Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/beschlusse/wir-sind-gekommen-um-zu-bleiben-mit-der-linken-fuer-arbeit-soziale-gerechtigkeit-und-frieden/> (abgerufen am 13.5.2015).
- 36 Vgl. Nein zu Studiengebühren – Solidarität mit den KommilitonInnen des Gebührenboykotts. Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/beschlusse/nein-zu-studiengebuehren-solidaritaet-mit-den-kommilitoninnen-des-gebuehrenboykotts/> (abgerufen am 13.5.2015); Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum. Beschluss des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/beschlusse/rueckfuehrung-der-energiekonzerne-in-oeffentliches-eigentum/> (abgerufen am 13.5.2015).
- 37 Vgl. Vollmer, Andreas M.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013, S. 304–351.
- 38 Hübner/Strohschneider: Lafontaines Linke, S. 232.
- 39 Neugebauer, Gerold: «Quo vadis? Wie die LINKE versucht, sich als Partei und für sich eine Position im Parteiensystem zu finden.» Interne Konsolidierungsprozesse und Orientierungssuche im Fünf-Parteien-System, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011, S. 157–177, hier S. 167.
- 40 Prinz, Sebastian: Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden 2010, S. 29.
- 41 Vgl. Hilmer, Richard: Bundestagswahl 2009. Ein Wechsel auf Raten, in: ZParl 1/2010, S. 159.
- 42 Zit. n. Meuche-Mäker, Meinhard: Der Blick von Innen. Die Sicht von Akteuren auf die Bildung der Partei DIE LINKE, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohn verändert sie die Republik?, Berlin 2007, S. 46–89, hier S. 82. Auch andere von Meinhard Meuche-Mäker interviewte Akteur*innen der Partei DIE LINKE sahen eine «Linksverschiebung innerhalb der Partei»; vgl. ebd., S. 65.
- 43 Vgl. Hiller, Philipp: Was gelingt der PDS? Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, geeinte Fraktion? Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der WASG und der Linkspartei.PDS, Dissertation, Hamburg 2009, S. 108 u. 120–121.
- 44 Hough, Dan/Koß, Michael/Olsen, Jonathan: The Left Party in Contemporary German Politics, Basingstoke/New York 2007, S. 151–152.
- 45 Vgl. dazu im Detail mit dem Fokus auf die Entwicklung der WASG: Weichold, Jochen: Von der Gründung der WASG bis zur Bundestagswahl 2005, in: Troost/Händel (Hrsg.): Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN, S. 58–110; ders.: Vom Sieg bei der Bundestagswahl 2005 bis zur Gründung der Partei DIE LINKE, in: ebd., S. 111–172.

- 46 Vgl. Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, o. J., unter: www.wahlrecht.de/ergebnisse/nordrhein-westfalen.htm (abgerufen am 23.4.2021).
- 47 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2006. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2005, S. 136 u. 152.
- 48 Telefonische Auskünfte von Hans Modrow am 21.4.2021 und am 10.5.2021. Ein Protokoll wurde von diesem informellen Treffen nicht angefertigt. Vgl. auch Gysi, Gregor: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017, S. 532.
- 49 Hans Modrow zit. n. Oertel, Gabriele: Hans Modrow: Sagen, was ist, Berlin 2010, S. 213.
- 50 Vgl. Lafontaine kandidiert für Linksbündnis, Spiegel Online, 24.5.2005, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,357326,00.html (abgerufen am 27.4.2022); Lafontaine kündigt SPD-Austritt an, Spiegel Online, 24.5.2005, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,357334,00.html (abgerufen am 27.4.2022).
- 51 Oskar Lafontaine zit. n. Heunemann, Falk: Die Erfindung der Linkspartei. Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Saarbrücken 2008, S. 49.
- 52 Vgl. ebd., S. 53.
- 53 «Wir müssen schnell den Berg hochklettern». PDS-Chef Lothar Bisky über die Gespräche zwischen Sozialisten und Wahlalternative, Interview, in: Neues Deutschland, 1.6.2005.
- 54 Vgl. Neues Deutschland, 31.5.2005.
- 55 Vgl. WASG: Newsletter 13/2005, S. 1 u. 2, in: ADS: Ablieferung Ralf Krämer (Krämer) – Alt-Sign. 2013-004-7.
- 56 Klaus Ernst zit. n. die tageszeitung, 25.5.2005.
- 57 Offene PDS-Liste: Nicht mit uns. WASG-Bundesvorstand Klaus Ernst über ein Wahlbündnis, Gespräche auf Augenhöhe und den kulturellen Graben zwischen Ost und West, Interview, in: Neues Deutschland, 30.5.2005.
- 58 Vgl. Neues Deutschland, 2.6.2005.
- 59 Stefan Liebich zit. n. Der Spiegel 24/2005, 13.6.2005, S. 50.
- 60 Thomas Nord zit. n. Neues Deutschland, 1.6.2005.
- 61 Bodo Ramelow zit. n. Neues Deutschland, 27.5.2005.
- 62 Vgl. Neues Deutschland, 31.5.2005.
- 63 Vgl. Henschel, Detlef: Die Zeit ist reif für eine neue linke Partei, in: Frankfurter Rundschau, 4.6.2005, S. 8.
- 64 Vgl. Neues Deutschland, 2.6.2005.
- 65 Vgl. ebd.
- 66 Gysi, Gregor: «Ich bin bereit, diese Herausforderung anzunehmen!», 3.6.2005, unter: http://sozialisten.de/presse/presseerklarungen/view_html?zid=27626&bs=1&n=0 (abgerufen am 3.6.2005; depubliziert).
- 67 Gespräche zwischen PDS und WASG erfolgreich verlaufen, 10.6.2005, unter: http://sozialisten.de/presse/presseerklarungen/view_html?zid=27710&bs=1&n=0 (abgerufen am 3.6.2005; depubliziert).
- 68 Vgl. ebd.
- 69 Vgl. Neues Deutschland, 13.6.2005.
- 70 Vgl. Neues Deutschland, 13.6.2005; 14.6.2005; Frankfurter Rundschau, 4.7.2005.
- 71 Vgl. «Alle haben einen Sprung über den eigenen Schatten gemacht», Gespräch mit Axel Troost, in: Ernst, Klaus/Händel, Thomas/Zimmermann, Katja (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012, S. 121–134, hier S. 129.
- 72 Vgl. Neues Deutschland, 23.6.2005; 25./26.6.2005.
- 73 Vgl. Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, S. 68.
- 74 Butzlaff, Felix: Als David gegen die Goliaths? Der Wahlkampf der Linkspartei zwischen Protest und Alternative, in: Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 235–270, hier S. 250.
- 75 Gesprächsergebnis zwischen Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) und Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), 17.6.2005, in: ADS, Bestand WASG – 067, Bl. 129.
- 76 Vgl. ebd.
- 77 Vgl. Butzlaff: Als David gegen die Goliaths?, S. 258.
- 78 Markus Schlegel war Mitglied des Bundesschiedsgerichts der WASG. Vgl. ADS, Bestand WASG – 007 e.
- 79 Gegen Markus Schlegel, Matthias Fiege und andere Mitglieder des LVK wurden schließlich Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Vgl. die tageszeitung, NRW-Ausgabe, 27.9.2005; ADS, Bestand WASG – 066, 068 u. 114.
- 80 Matthias Fiege zit. n. Der Spiegel 25/2005, 20.6.2005, S. 37.
- 81 Vgl. Neues Deutschland, 20.6.2005.
- 82 Andreas Wagner zit. n. Dresdner Morgenpost, 20.6.2005.
- 83 Der Landesvorstand Sachsen änderte später seine Haltung. Trotz Kritik an der Linkspartei.PDS und am «Wie» des Parteineubildungsprozesses erklärte er anlässlich der WASG-Urabstimmung im Frühjahr 2006: «Der Landesvorstand Sachsen bekräftigt sein entschiedenes Votum für einen Parteineubildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei.PDS in Sachsen und im Bund unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften zur Schaffung einer gemeinsamen Neuen Linken.» Er hob aber hervor: «Das Modell PDSplus und eine reine Fusion von Linkspartei.PDS und WASG sind zu wenig und gehen am Grundgedanken der Parteineubildung

- vorbei.» Beschluss des Landesvorstandes der WASG Sachsen vom 6.3.2006, in: ADS, Bestand WASG – 126, Bl. 32. Andreas Wagner trat Ende April 2006 aus der WASG aus und wechselte als sozialpolitischer Berater zur Fraktion der rechtsextremen NPD im Sächsischen Landtag. Vgl. die tageszeitung, 27.4.2006.
- 84 Antrag Nr. L – 1 [zum Parteitag der WASG am 3. Juli 2005 in Kassel], in: ADS, Bestand WASG – 017, Bl. 2.
- 85 Vgl. ebd.
- 86 Vgl. Protokoll der Urabstimmung [im Juli 2005 über eine Kandidatur von WASG-Mitgliedern auf den Listen der Linkspartei.PDS zur Bundestagswahl 2005 und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses], in: ADS, Bestand WASG – 117 e.
- 87 Vgl. Neues Deutschland, 18.7.2005.
- 88 Heunemann: Die Erfindung der Linkspartei, S. 2.
- 89 Vgl. Neues Deutschland, 30.6.2005; 4.7.2005; 15.7.2005; Der Spiegel 29/2005, 18.7.2005, S. 24.
- 90 Vgl. Neues Deutschland, 10./11.9.2005.
- 91 Vgl. Der Spiegel 30/2005, 25.7.2005, S. 21.
- 92 Vgl. Der Spiegel 37/2005, 12.9.2005, S. 46.
- 93 Lorenz, Robert: Oskar Lafontaine. Porträt eines Rätselhaften, Münster 2013, S. 67.
- 94 Butzlaff: Als David gegen die Goliaths?, S. 266.
- 95 Vgl. Backes, Uwe: Polarisierung aus dem Osten? Linke und rechte Flügelparteien bei der Bundestagswahl 2005, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 157–176, hier S. 165–166.
- 96 Kowalski, Christoph: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005. Eine Analyse des Einflusses politischer Sachfragen und der Spitzenkandidaten auf die Wahlabsicht, Saarbrücken 2008, S. 20–21.
- 97 Fischer, Sebastian/Knaup, Horand: Drift nach links, in: Der Spiegel 26/2005, 27.6.2005, S. 38.
- 98 Vgl. Neues Deutschland, 29.6.2005.
- 99 «Wir können uns nur noch selbst ein Bein stellen». Oskar Lafontaine über die Linkspartei, die SPD und die Interessen der Ostdeutschen, Interview, in: Neues Deutschland, 29.6.2005.
- 100 Vgl. die tageszeitung, 26.7.2005; Der Spiegel 33/2005, 15.8.2005, S. 33–34.
- 101 Wahlalternative und Linkspartei: Das läuft noch nicht rund!, in: WASG: Newsletter 16/2005, Fürth, S. 1, in: ADS, Ablieferung Krämer – Alt-Sign. 2013-004-7.
- 102 WASG Bundesvorstand/Die Linkspartei.PDS – Die Linke, Parteivorstand: Kooperations- und Fairnessabkommen, Berlin/Fürth, 4.8.2005, S. 1, in: ADS, Bestand WASG – 067, Bl. 130.
- 103 Vgl. Neues Deutschland, 11.8.2005.
- 104 Vgl. Küpper, Mechthild: Wahlkampf: Ein Parteitag der Stimmungskanonen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.2005, S. 4.
- 105 Modrow, Hans: Eine bunte Republik mit kräftigem Rot, in: Neues Deutschland, 3./4.9.2005, S. 21.
- 106 Vgl. Kowalski: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, S. 2 u. 26.
- 107 Vgl. Wahl 2005, in: Der Spiegel, 19.9.2005, S. 62.
- 108 Walter, Franz: Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken, in: Spier/Butzlaff/Micus/Walter (Hrsg.): Die Linkspartei, S. 325–337, hier S. 331.
- 109 Vgl. Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 181–187.
- 110 Vgl. Wilke, Manfred/Baron, Udo: «Die Linke». Entstehung – Entwicklung – Geschichte, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Zukunftsforum Politik, Bd. 94, Sankt Augustin/Berlin 2008, S. 20–21.
- 111 Vgl. Neugebauer, Gero: Von der SED/PDS zur Partei DIE LINKE. Osillieren zwischen Demokratie und Extremismus?, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 95–122, hier S. 101; Rugenstein: Nach der günstigen Gelegenheit, S. 65–66.
- 112 Gregor Gysi zit. n. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), S. 161.
- 113 Vgl. Hiller: Was gelingt der PDS?, S. 196.
- 114 Vgl. Kooperationsabkommen III. Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG, Berlin, 6.12.2005, S. 1–3, in: ADS, Bestand WASG – 067, Bl. 132–133.
- 115 Im Sondierungsgespräch am 5. Oktober 2005 in Elgersburg war vereinbart worden, dass eine Programmgruppe, der von jeder Partei fünf Mitglieder angehören sollten, «umgehend» die Arbeit aufnehmen sollte. Vgl. Notiz zu einem Sondierungsgespräch zwischen Linkspartei.PDS und WASG am 5. Oktober 2005 in Elgersburg, in: ADS, Ablieferung Krämer – Alt-Sign. 2013-004-9.
- 116 Für jede der beiden Parteien standen für diese geschlossene Sitzung 24 Plätze am Tagungstisch für den Vorstand und weitere vom Vorstand eingeladene Personen und acht Plätze für Mitarbeiter*innen zur Verfügung. Vgl. Gemeinsame PV-Sitzung von Linkspartei.PDS und WASG am Sonntag, dem 22. Oktober 2006, in Erfurt, in: ADS, Bestand WASG – 062, Bl. 8.
- 117 Vgl. Neues Deutschland, 23.10.2006.

- 118 Vgl. u. a. Troost, Axel: Zum Umgang mit strittigen Programm- und Satzungsfragen, 22.8.2006, unter: http://wasg.die-linke.de/uploads/media/20060822_troost.pdf (abgerufen am 11.10.2015); junge Welt, 2.10.2006; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.2006; Neues Deutschland, 2.10.2006; Ablauf Konvent Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland. Programm-Konvent, in: ADS, Ablieferung Krämer – Alt-Sign. 2013-004-3; Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt verabschiedeter Entwurf, in: Neues Deutschland, 28./29.10.2006, Beilage, S. 8.
- 119 Hinter der Frage der Regierungsbeteiligungen verbarg sich die generelle Frage nach der Reformierbarkeit des Kapitalismus.
- 120 Vor allem die WASG hatte wiederholt die Privatisierung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft GSW durch den rot-roten Senat in Berlin zur Haushaltssanierung 2004 und die Zustimmung von neun Abgeordneten der 17-köpfigen Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS um Ronald Weckesser in Dresden zum Verkauf der kommunalen Dresdener Wohnungsgesellschaft WOBA an eine US-amerikanische Investorengruppe im März 2006 zum Zwecke der vollständigen Entschuldung der Stadt heftig kritisiert. In Dresden spaltete sich die Ratsfraktion der LINKEN infolge der mit dem Verkauf verbundenen Auseinandersetzungen in zwei Fraktionen. Um politisch zu klären und zu moderieren, reiste Hans Modrow im September 2007 zum Stadtparteitag der Dresdener LINKEN. Vgl. Bernhardt, Markus: «Zwei Fraktionen einer Partei kann es nicht geben». Der ehemalige Ehrenvorsitzende der PDS kritisiert den Streit im Dresdner Stadtverband der Linkspartei. Ein Gespräch mit Hans Modrow, in: junge Welt, 10.9.2007, S. 8; ders.: Dämpfer für Neoliberale in der Dresdner Linkspartei. Parteitag stimmte Neukonstituierung der Linksfraktion im Dresdner Stadtrat zu, in: junge Welt, 10.9.2007, S. 5.
- 121 «Was heißt denn für dich Ost-Identität?» Barbara Höll und Michael Schlecht über Ost-West-Erfahrungen, den demokratischen Sozialismus und die neue Linkspartei, Doppelinterview, in: Neues Deutschland, 16./17.6.2007, S. 3.
- 122 Vgl. Koß, Michael/Hough, Dan: Die Linkspartei.PDS nach der Bundestagswahl 2005. Die ostdeutschen Landesverbände als Hort des Pragmatismus?, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 1/2007, S. 11–19, hier S. 19.
- 123 Vgl. die tageszeitung, 12.12.2006.
- 124 Im Verschmelzungsvertrag firmiert die Linkspartei.PDS als «Die Linkspartei e.V.». Vgl. Verschmelzungsvertrag, in: ADS, Bestand WASG – 039, Bl. 226.
- 125 Vgl. Neues Deutschland, 26.3.2007.
- 126 Von 362 abgegeben Stimmen waren 314 Jastimmen, 44 Neinstimmen und vier Enthaltungen. Vgl. Protokoll des 5. Parteitages der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) vom 24. und 25. März 2007 in Dortmund, in: ADS, Bestand WASG – 026, Bl. 21.
- 127 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2008. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2007, S. 155.
- 128 Vgl. dazu im Detail: Dreibus, Werner/Hinze, Matthias/Troost, Axel: Die Kampagne als strategisches Instrument der LINKEN. Überlegungen am Beispiel der Mindestlohnkampagne, in: Brie/Hildebrandt/Meuche-Mäker (Hrsg.): DIE LINKE, S. 109–122; Kipping, Katja: Gipfelproteste 2007 – ein gelungener Start für DIE LINKE, in: ebd., S. 90–108; Spehr, Christoph: Unterwegs zur Partei des Volkes. Parteibildung und Wahlkampf in Bremen 2005–2007, in: ebd., S. 123–152.
- 129 Vgl. Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, in: Neues Deutschland, 14./15.4.2007, Beilage, S. 4.
- 130 Ebd., S. 3.
- 131 Ebd.
- 132 Ebd.
- 133 Ebd.
- 134 Ebd.
- 135 Ebd.
- 136 Ebd.
- 137 Ebd., S. 8.
- 138 Vgl. ebd., S. 5.
- 139 Vgl. ebd., S. 6.
- 140 Vgl. ebd., S. 5.
- 141 Vgl. ebd., S. 9.
- 142 Ebd., S. 8.
- 143 Ebd.
- 144 Vgl. ebd., S. 9–10.
- 145 Ebd., S. 9.
- 146 Ebd., S. 4–5.

- 147 Dietzel, Horst: Kontinuität und Wandel. Die Programmatik der PDS von 1990 bis 2007, Pankower Vorträge, Heft 99, Berlin 2007, S. 58.
- 148 Vgl. Vollmer, Andreas M.: Der Zerfall der Partei DIE LINKE im Westen – Die Gründe für die Erosion, in: Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 189–206, hier S. 192.
- 149 Vgl. Jesse/Lang: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, S. 101–105; Lannert, Christian: «Vorwärts und nicht vergessen»? Die Vergangenheitspolitik der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012, S. 61–63 u. 66–69; Oppelland, Torsten/Träger, Hendrik: Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014, S. 118–120.
- 150 Vgl. Delegiertenmandate für die bundesweiten Zusammenschlüsse § 16 (8), in: ADS, Bestand 02.1.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2018-007-133.
- 151 Vgl. Neugebauer, Gero: Die Linke. Auf dem Weg zu neuen Ufern oder Die vertagte Klärung, in: Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hrsg.): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg 2009, S. 243–249, hier S. 244.
- 152 Für eine antikapitalistische Linke, o. O. 2006, S. 5, unter: www.kozmopolit.com/2007/thema/02_2007/Aufruf_fuer_eine_antikapitalistische_Linke.pdf (abgerufen am 31.5.2022).
- 153 Ebd., S. 5–6.
- 154 Ebd., S. 8.
- 155 Ebd., S. 13–14.
- 156 DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle, Bereich Strategie & Politik: Die Parteien 17 Monate vor der Bundestagswahl, Berlin, April 2008, S. 23, in: ADS, Bestand 02.1.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2017-002-35.
- 157 Gründungserklärung der Sozialistischen Linken, o. J., unter: www.sozialistische-linke.de/ueber-uns/gruendungserklaerung (abgerufen am 15.5.2021).
- 158 «In die Offensive kommen – für eine starke Linke». Positionspapier der Sozialistischen Linken, in: junge Welt, 11.12.2007, S. 8.
- 159 Ebd.
- 160 Vgl. Sozialistische Linke: realistisch und radikal, 8.8.2006, S. 1, unter: http://wasg.die-linke.de/uploads/media/20060808_sozialistischelinke.pdf (abgerufen am 5.6.2021).
- 161 Ebd.
- 162 Falkner, Thomas: Am Bedarf vorbei? Gesellschaftliche Umbrüche und das Beispiel der Linkspartei, in: Berliner Republik 4/2009, S. 52.
- 163 DIE LINKE: Gründungserklärung. Also träumen wir mit hellwacher Vernunft: Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg! Initiative für den Demokratischen Sozialismus in der neuen Partei DIE LINKE, 8.2.2007, unter: www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/zusammenschlusse/forum-demokratischer-sozialismus/gruendungserklaerung/ (abgerufen am 9.7.2021).
- 164 Forum Demokratischer Sozialismus: Die Welt verändern! Reformen für Freiheit und Sozialismus, o. J., unter: https://forum-ds.de/?page_id=271 (abgerufen am 15.5.2021).
- 165 DIE LINKE: Gründungserklärung.
- 166 Vgl. Strohschneider, Tom: Flügel schlagen auch nach der Fusion. Strömungen streiten um den Kurs der neuen Linken. Friedenspolitik und Regierungsfrage umstritten, in: Neues Deutschland, 19.6.2007, S. 4.
- 167 Vgl. ebd.
- 168 Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei DIE LINKE organisierte Kommunistinnen und Kommunisten. Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz, 11.12.2007, Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, unter: <https://kpf.die-linke.de/mitteilungen/detail/wir-bleiben-was-wir-waren-und-sind-in-der-partei-die-linke-organisierte-kommunistinnen-und-kommunist-1/> (abgerufen am 12.8.2021).
- 169 Vgl. LINKE: 842 Kommunisten, in: Der Spiegel 7/2008, 11.2.2008, S. 18.
- 170 Vgl. Delegiertenmandate für Zusammenschlüsse und Jugendverband. Beschluss des Parteivorstands vom 28.1.2008, in: ADS, Bestand 02.1.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2018-007-148.
- 171 Vgl. Lannert: «Vorwärts und nicht vergessen?», S. 68.
- 172 Wagner, Ingo: Das Übergangsprogramm heute. Versuch einer Annäherung in Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus, in: Marxistisches Forum 53/2007, S. 5.
- 173 Vgl. Lannert: «Vorwärts und nicht vergessen?», S. 63–66; Oppelland/Träger: Die Linke, S. 120–121; «Das Säbelraseln der Nato ist gefährlich», Interview mit Janine Wissler, in: Der Spiegel 20/2021, 15.5.2021, S. 34; Hartleb, Florian: Die Linke in Bayern. Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2008, S. 24 u. 42.
- 174 Vgl. SAV: Für den Aufbau einer kämpferischen, sozialistischen LINKEN!, Sozialismus.Info, 11.9.2008, unter: <https://archiv.sozialismus.info/maschinenraum/2008/09/12814/> (abgerufen am 8.5.2021). Auch Lucy Redler beantragte Anfang September 2008 die Aufnahme in die Partei DIE LINKE. Vgl. Funke, Rainer: Miss Radikal.

- Lucy Redler gehört zu den schärfsten Kritikern der Berliner Linkspartei und trat ihr nun bei, in: Neues Deutschland, 12.9.2008, S. 8.
- 175 Vgl. Decker, Frank: Die Linke, in: ders.: Parteiendemokratie im Wandel, Baden-Baden 2018, S. 233.
- 176 Bonk, Julia/Kipping, Katja/Lay, Caren: Freiheit und Sozialismus. Emanzipatorische Denkanstöße für die neue linke Partei, in: Neues Deutschland, 28.4.2006, S. 15.
- 177 Gründungsdokument der Emanzipatorischen Linken. Präambel und Satzung der Emanzipatorischen Linken in der Partei DIE LINKE. Beschlossen auf der konstituierenden Versammlung der Emanzipatorischen Linken am 23.5.2009 in Berlin, unter: www.katja-kipping.de/de/article/86.gruendungsdokument-der-emanzipatorischen-linken.html (abgerufen am 25.7.2021).
- 178 Hoff, Benjamin-Immanuel: Die Linke: Partei neuen Typs? Milieus – Strömungen – Parteireform. Eine Flugschrift, Hamburg 2014, S. 111–112.
- 179 Lorenz, Robert/Micus, Matthias: Vorwort: Betrachtung einer Partei in der Krise, in: Rugenstein: Nach der günstigen Gelegenheit, S. 21.
- 180 Neugebauer: Die Linke, S. 247.
- 181 Paton, David F.: Out of the East. From PDS to Left Party in Unified Germany, Albany 2011, S. 142.
- 182 Berg, Stefan: «Autoritärer Stil», Interview mit Katina Schubert, in: Der Spiegel 16/2008, 14.4.2008, S. 51.
- 183 «Denken in Schwarz-Weiß». Der Europa-Abgeordnete und Vordenker der Linken, André Brie, 57, über den Populismus seiner Partei und den Rückfall in bolschewistische Machtpolitik, Interview, in: Der Spiegel 31/2007, 30.7.2007, S. 34.
- 184 Ebd., S. 35.
- 185 Jan Korte zit. n. Deggerich, Markus: Linke: Im roten Rausch. Nach den Wahlerfolgen im Westen baut Oskar Lafontaine die Macht in seiner Partei aus – und stichelt gegen die einzige rot-rote Koalition, in: Der Spiegel 8/2008, 18.2.2008, S. 37.
- 186 Vgl. Berliner Linke warnt Parteiführung, Netzzeitung.de, 29.2.2008, unter: <http://netzzeitung.de/politik/deutschland/919257.html> (abgerufen am 3.3.2008; depubliziert).
- 187 Christine Ostrowski zit. n. Lannert: «Vorwärts und nicht vergessen?», S. 60.
- 188 Vgl. Scharenberg, Albert: Die doppelte Linkspartei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2008, S. 5–8, hier S. 5.
- 189 Gysi: Ein Leben ist zu wenig, S. 537.
- 190 Vgl. Neugebauer: Von der SED/PDS zur Partei DIE LINKE, S. 103–104.
- 191 Vgl. Hübner/Strohschneider: Lafontaines Linke, S. 219.
- 192 Vgl. Richter, Stefan: Von Berlin bis Cottbus. DIE LINKE in ihrem ersten Jahr. Eine kleine Chronik, in: Disput, Mai 2008, S. 9–11, hier S. 9. In den ersten 45 Tagen nach dem Fusionsparteitag traten 1.661 Personen der neuen Partei bei. Vgl. Yazıcıoğlu, Ümit: Von der SED zur «Die Linke». Die Geschichte der PDS als gesamtdeutscher Partei, Frankfurt a.M. u. a. 2012, S. 289, unter: <https://tekmanpost.files.wordpress.com/2012/05/von-der-sed-zur-e2809edie-linkee2809c-e28093-die-geschichte-der-pds-als-gesamtdeutscher-partei1.pdf> (abgerufen am 31.7.2021).
- 193 Vgl. Tetzlaff, Kajo: Den Zahlen ein Gesicht geben. Eintritte in der LINKEN – ein bisschen Statistik, ein Blick ins (Partei-)Leben, in: Disput, September 2007, S. 20.
- 194 Vgl. Messinger, Sören/Rugenstein, Jonas: Der Erfolg der Partei DIE LINKE. Sammlungen im programmatischen Nebel, in: Butzlaff, Felix/Harm, Stine/Walter, Franz (Hrsg.): Patt oder Gezeitenwechsel. Deutschland 2009, Wiesbaden 2009, S. 67–93, hier S. 75.
- 195 Vgl. DIE LINKE, Bundesgeschäftsstelle: Zur Partei- und Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE, Berlin 2008, S. 1–2, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2008-2010/beschluesse/beschluss-zu-den-rechenschaftsberichten-und-zum-bericht-zur-mitgliederentwicklung/> (abgerufen am 1.6.2021).
- 196 Vgl. Kahrs, Horst: Neuer Aufschwung für Mitgliederpartei, 25.5.2009, Typoskript, in: ADS, Bestand 02.1.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2017-002-27.
- 197 Fülberth, Georg: «Doch wenn sich die Dinge ändern» – Die Linke, Köln 2009, S. 168.
- 198 Rilling, Rainer/Spehr, Christoph: Guten Morgen, Gespenst! Annäherungen an das jähe Erscheinen eines Partei-projekts, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 8/2005, Berlin, S. 1.
- 199 Vgl. Meuche-Mäker: Der Blick von Innen, S. 46.
- 200 Hans Modrow zit. n. Oertel: Hans Modrow: Sagen, was ist, S. 205–206.
- 201 Vgl. Schäfer, Paul: Fatale Bilanz. Die Bundesregierung will in Afghanistan weitermachen wie bisher. DIE LINKE fordert einen grundlegenden Strategiewechsel, in: Disput, September 2007, S. 4–6, hier S. 4; Richter: Von Berlin bis Cottbus, S. 9.
- 202 Vgl. Schröder, Birgit: Das Jahr der LINKEN, in: Disput, Dezember 2007, S. 4–9, hier S. 9.
- 203 Vgl. Schäfer: Fatale Bilanz, S. 1 u. 5.

- 204 Vgl. MVregio. Nachrichten für Mecklenburg-Vorpommern. Landesdienst mv/hro, 24.9.2007, unter: www.mv-regio.de/nachrichten_region/57803.html (abgerufen am 24.7.2007; depubliziert).
- 205 Émile Vandervelde zit. n. Hübner, Wolfgang: Rote Fahnen vorm Stuttgarter Rathaus. 100 Jahre nach dem Internationalen Sozialistenkongress diskutierten Linke von drei Kontinenten über Alternativen zum Neoliberalismus, in: Neues Deutschland, 24.9.2007; vgl. auch Wangerin, Claudia: «Das war kein allgemeiner Weltverbessererkongress». Schon 1907 hätte die Frage von Krieg und Frieden unter Sozialisten geklärt werden müssen. Konferenz in Stuttgart. Ein Gespräch mit Wolfgang Gehrecke, in: junge Welt, 21.9.2007, S. 8.
- 206 Vgl. Schröder: Das Jahr der LINKEN, S. 8 u. 9.
- 207 Vgl. Mehr Druck für Ausbildung, in: Disput, Oktober 2007, S. 21.
- 208 Vgl. Richter: Von Berlin bis Cottbus, S. 9.
- 209 Vgl. ebd.; Schröder: Das Jahr der LINKEN, S. 9.
- 210 Vgl. Wolter, Peter: 15.000 contra Spitzelstaat, in: junge Welt, 24.9.2007, S. 1.
- 211 Vgl. Parteivorstand der LINKEN: Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und Berufung ihrer Mitglieder. Beschluss des Parteivorstandes vom 25. August 2007, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschluesse/bildung-einer-historischen-kommission-der-linken-und-berufung-ihrer-mitglieder/> (abgerufen am 15.5.2021).
- 212 Vgl. Friedmann, Ronald/Hofmann, Jürgen: Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen. Erklärungen der Historischen Kommission beim Vorstand der Partei DIE LINKE, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2020, S. 8.
- 213 Vgl. Parteivorstand der LINKEN: Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und Berufung ihrer Mitglieder.
- 214 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE. Beschlossen auf der Sitzung des Parteivorstandes am 12. April 2008, Berlin 2008, S. 3, unter: www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2007/beschluss_2008-103_taechtigkeitsbericht_pv.pdf (abgerufen am 15.5.2021).
- 215 Vgl. DIE LINKE.PDS: Die Mitglieder des Ältestenrates der PDS, o.J., unter: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/aeltestenrat/index.htm> (abgerufen am 13.2.2018). Der Historiker Stefan Doernberg war Direktor des Instituts für internationale Beziehungen an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam und Botschafter der DDR in Finnland. Oskar Fischer war Außenminister der DDR, Harald Neubert Direktor des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) beim Zentralkomitee (ZK) der SED und der prominente Rechtsanwalt Friedrich Wolff über 20 Jahre Vorsitzender des Berliner Anwaltskollegiums in der DDR. Edith Graw war eine Aktivistin der westdeutschen Gewerkschafts- und Frauenbewegung, langjähriges Mitglied der DKP und 1989/90 Mitbegründerin der SED/PDS im Westen.
- 216 Vgl. DIE LINKE.PDS: Die Mitglieder des Ältestenrates der PDS. Harry Czepuk war stellvertretender Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland*, Erich Hahn Direktor des Instituts für marxistisch-leninistische Philosophie an der AfG beim ZK der SED und Mitglied des ZK der SED, das langjährige SPD-Mitglied Heiner Halberstadt einer der Mitbegründer des Frankfurter «Club Voltaire» und von 2001 bis 2006 für die PDS Stadtverordneter in Frankfurt am Main. Hans Lauter war Mitglied des ZK der SED, wurde gemäßregelt, später Professor am Institut für Marxismus-Leninismus an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt und ab 1990 Vorstandsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA). Der Historiker Heinz Marohn gehörte seit 1990 zur Führung der KPf. Edwin Schwertner war Büroleiter des Politbüros des ZK der SED. Der Theaterregisseur Manfred Wekwerth leitete das Berliner Ensemble und war Präsident der Akademie der Künste der DDR. Margot Theben war von 1990 bis 1999 Mitglied des Landtags der PDS in Brandenburg.
- 217 Lothar Bisky zit. n. DIE LINKE: Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE, o.J., unter: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/ (abgerufen am 6.3.2018).
- 218 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE, S. 3; Bildungsarbeit der Partei. Beschluss des Parteivorstandes vom 25. Februar 2008, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschluesse/bildungsarbeit-partei/> (abgerufen am 22.5.2021).
- 219 Vgl. Initiative gegen Braunkohle, in: die tageszeitung, 9.10.2007, S. 9.
- 220 Vgl. Richter: Von Berlin bis Cottbus, S. 9.
- 221 Vgl. ebd.
- 222 Vgl. ebd.
- 223 Vgl. ebd., S. 10.
- 224 Vgl. ebd.
- 225 Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zit. n. Fülberth: «Doch wenn sich die Dinge ändern», S. 87.
- 226 Vgl. ebd., S. 87–88.
- 227 Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zit. n. ebd., S. 88.

- 228 Vgl. Dehm, Diether/Gehrcke, Wolfgang/Schäfer, Paul: Eine Revolution für das Grundgesetz, in: Neues Deutschland, 8./9.12.2007, S. 24. Unterstützung erhielten Dehm, Gehrcke und Schäfer von Klaus Höpcke, 1990 bis 1999 Abgeordneter der PDS im Landtag Thüringen, und von Gregor Schirmer, Völkerrechtler und Mitglied des Ältestenrats der Partei DIE LINKE. Vgl. Höpcke, Klaus: Nix mit «Ich bin all hier», in: Neues Deutschland, 9./10.2.2008, S. 24; Schirmer, Gregor: Die EU und die Nationalstaaten, in: Neues Deutschland, 9./10.2.2008, S. 24.
- 229 Liebich, Stefan/Woop, Gerry: Rückzug auf den Nationalstaat ist ein Fehler, in: Neues Deutschland, 5./6.1.2008, S. 24.
- 230 Korte, Jan/Kipping, Katja/Lederer, Klaus/Wiegel, Gerd: Rennen zwischen Hase und Igel, in: Neues Deutschland, 5./6.1.2008, S. 24.
- 231 Vgl. Laut und leise. Stilles Gedenken an den Gräbern von Karl und Rosa und Rangelei am Stein des Anstoßes, in: Neues Deutschland, 14.1.2008; Protest und Gedenken, in: junge Welt, 14.1.2008.
- 232 Zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Erklärung des Parteivorstandes vom 28. Januar 2008, unter: www.die-linke.de/partei/partiedemokratie/parteivorstand/2007-2008/beschlusse/zum-gedenken-an-rosa-luxemburg-und-karl-liebknecht/ (abgerufen am 7.8.2021).
- 233 Vgl. Rückblick: DIE LINKE im Bundestag auf der Internationalen Grünen Woche (IGW), 12.2.2008, S. 1–2, in: ADS, Bestand 03.5, BT/16. WP (2005–2009), Fraktion DIE LINKE., Alt-Sign. 2011-006-04.
- 234 Vgl. Remmers, Ingrid: Nicht Ohne Kampf Ins Aus. Nokia vor Ort. Solidarität über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg, in: Disput, Februar 2008, S. 31.
- 235 Vgl. Behruzi, Daniel: Nokia kein Einzelfall, in: junge Welt, 28.2.2008, S. 3; Wolter, Peter: Skatspielen bei Nokia. Was tun bei Massentlassungen? Linkspartei lud zur Konferenz nach Bochum und diskutierte über Kampfmaßnahmen gegen die Schließung des Handywerkes, in: junge Welt, 3.3.2008, S. 4.
- 236 Vgl. Positionen des Parteivorstandes zum EU-Vertrag. Beschluss des Parteivorstandes vom 24. Februar 2008, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschlusse/positionen-des-parteevorstandes-der-partei-die-linke-zum-eu-vertrag/> (abgerufen am 31.5.2021).
- 237 Vgl. Richter: Von Berlin bis Cottbus, S. 10.
- 238 «Dem Vertrag von Lissabon könnte man auch zustimmen». Brandenburger Politiker Ralf Christoffers: Die LINKE muss Europafähigkeit beweisen, Interview, in: Neues Deutschland, 4.4.2008, S. 7. Die Europaabgeordnete der LINKEN Sylvia-Yvonne Kaufmann hatte bereits zuvor geschrieben, dass die Einigung Europas länder- und parteiübergreifend eines gemeinsamen Willens bedürfe. Dies setze jedoch bei allen die Bereitschaft voraus, sich selbst zurückzunehmen und die Vorstellungen anderer nicht rigoros abzulehnen, nur weil sie mit den eigenen nicht deckungsgleich seien. Hinzu käme: Man könne nicht im selben Atemzug «Ja» zur EU sagen und gleichzeitig «Nein» zu allen vertraglichen Grundlagen, auf denen sie beruhe. «Das ist ein unauf lösbarer Widerspruch – und genau darin widerspiegelt sich das Dilemma linker Europapolitik.» Kaufmann, Sylvia-Yvonne: Linke muss Verhältnis zur EU klären, in: Neues Deutschland, 21.12.2007, S. 19.
- 239 Ostersonntag war am 23. März 2008.
- 240 Vgl. Müller, Florian: Dieser Termin steht fest. Die Ostermärsche. Auch 2008 gegen Bundeswehr-Auslandseinsätze, in: Disput, April 2008, S. 10–11.
- 241 Vgl. Stefan Richter: Sonne über der Freien Heide. Ein brandenburgisches Dorf erlebt Jahr für Jahr die größte Osterdemo, in: Disput, April 2008, S. 12–13.
- 242 Vgl. Richter: Von Berlin bis Cottbus, S. 11.
- 243 Vgl. ebd.; Küpper, Mechthild: Der Osten ist abgearbeitet. Die Linke-Fraktion tagt in Dresden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.2008, S. 4.
- 244 Gregor Gysi zit. n. Linkspartei: Gysi nennt Tiefensee Versager, in: Focus, 26.4.2008, unter: www.focus.de/politik/deutschland/linkspartei-gysi-nennt-tiefensee-versager_aid_297685.html (abgerufen am 28.4.2008).
- 245 Claus, Roland: Wie weiter mit Ostdeutschland?, 2.6.2008, in: ADS, Bestand 03.5, BT/16. WP (2005–2009), Fraktion DIE LINKE., Alt-Sign. 2013-060-14.
- 246 Vgl. DIE LINKE: Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik. Antrag des Parteivorstandes an den 1. Parteitag (Leitantrag), Beschluss des Parteivorstandes vom 12. April 2008, Manuskript, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschlusse/eine-starke-linke-fuer-eine-andere-bessere-politik/> (abgerufen am 31.5.2021).
- 247 Vgl. Krämer, Ralf/Schlecht, Michael/Troost, Axel: Kampf um Vorherrschaft. Das Zukunftsinvestitionsprogramm der Partei Die Linke ist finanzierbar, wenn man es zu einem hegemonialen Projekt macht. Soziale Bedürfnisse der Mehrheit der Bundesbürger werden über Profitinteressen gestellt, in: junge Welt, 8.5.2008, S. 10.
- 248 Wechselberg, Carl/Gramkow, Angelika/Weckesser, Ronald/Klein, Angelika/Huster, Mike/Höll, Barbara: Stellungnahme zum Antrag Zukunftskonzept, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand, 6/2007–5/2010, Alt-Sign. 2018-007-129; vgl. auch Oertel, Gabriele: LINKE streitet um Milliardenprojekt, in: Neues Deutschland, 10.4.2008, S. 1.
- 249 Höhn, Matthias: Selbst der Sozialismus muss gegenfinanziert sein, in: Neues Deutschland, 25.4.2008, S. 14.

- 250 Holter, Helmut: Soziale Gerechtigkeit muss auch erwirtschaftet werden, in: Neues Deutschland, 18.4.2008, S. 14.
- 251 Vgl. Krämer/Schlecht/Troost: Kampf um Vorherrschaft.
- 252 Gysi, Gregor: Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel. Vortrag aus Anlass des 60. Jahrestages des Staates Israel auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. April 2008 in Berlin, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Tel Aviv, Berlin 2008, S. 18.
- 253 Gysi: Ein Leben ist zu wenig, S. 557–558.
- 254 Fischer, Leandros: Zwischen Internationalismus und Staatsräson. Der Streit um den Nahostkonflikt in der Partei DIE LINKE, Wiesbaden 2016, S. 323. Eine detaillierte Darstellung der Positionen innerhalb der LINKEN zum Nahostkonflikt im Allgemeinen und zu Israel im Besonderen würde den Rahmen dieser Broschüre sprengen. Daher der Verweis auf die Arbeit von Leandros Fischer, besonders S. 201–211 und 233–239.
- 255 Kreszentia Flauger zit. n. Friedenstauben statt Bundeswehr nach Afghanistan, in: neue linke. Zeitung der Partei DIE LINKE 1/2008, S. 6.
- 256 Vgl. ebd.
- 257 Vgl. Richter: Von Berlin bis Cottbus, S. 11.
- 258 Vgl. neue linke. Zeitung der Partei DIE LINKE 1/2008, S. 2.
- 259 Vgl. DIE LINKE. im Bundestag: Das 100-Punkte-Programm. Positionspapier, 23.5.2008, unter: www.linksfraktion.de/themen/positionspapiere/detail/das-100-punkte-programm-1/ (abgerufen am 25.6.2021).
- 260 Vgl. Bürgerschaftswahl 2007 in Bremen, 13.5.2007, unter: www.wahlrecht.de/news/2007/hb-2007.htm (abgerufen am 26.4.2021); Der Fischer Weltalmanach 2008, S. 133.
- 261 Vgl. Macke, Volker: Für einen Wechsel mit der LINKEN. Aufruf von mehr als 100 aktiven Gewerkschaftern, in: Neues Deutschland, 25.1.2008, S. 5.
- 262 Vgl. Dokumentiert: Gewerkschafter für Die Linke, in: junge Welt, 22.2.2008, S. 3.
- 263 Vgl. Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen, o.J., unter: <https://www.wahlrecht.de/ergebnisse/hessen.htm> (abgerufen am 26.4.2021).
- 264 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2008, S. 129; Der Fischer Weltalmanach 2010. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2009, S. 157; vgl. dazu im Detail: Zastrow, Volker: Die Vier. Eine Intrige, Berlin 2009.
- 265 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2010, S. 157.
- 266 Vgl. Niedersächsischer Landeswahlleiter: Amtliches Endergebnis der Wahl des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode am 27. Januar 2008, unter: https://landeswahlleiterin.niedersachsen.de/startseite/wahlen/landtagswahl/fruhere_landtagswahlen/landtagswahl_2008/-19507.html (abgerufen am 26.4.2021).
- 267 Vgl. Umfragen Hamburg (#HHWahl), o.J., unter: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/hamburg.htm (abgerufen am 26.4.2021).
- 268 Vgl. Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012, S. 249.
- 269 Vgl. Prinz: Die programmatische Entwicklung der PDS, S. 202.
- 270 Köcher, Renate: Die Sogwirkung der Linkspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.2.2008, S. 5.
- 271 Vgl. Berufung der Programmkommission der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteivorstandes vom 13. Oktober 2007, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschlusse/berufung-der-programmkommission-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 15.5.2021).
- 272 Vgl. Jesse/Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 149–150.
- 273 Neugebauer: Die Linke, S. 244–245.
- 274 Vgl. E-Mail von Michael Brie an Bernd Ihme mit Kopie an Dieter Klein vom 10.4.2008, 10:23 Uhr, in: ADS, Bestand 02.04.2, Grundsatzkommission (1989–2012), Alt-Sign. 2014-035-089.
- 275 Vgl. ebd.
- 276 Bernd Ihme, einer der beiden Sekretäre der Programmkommission, stellte Ende Januar 2009 ernüchtert fest: «Die Programmkommission vermochte es aus meiner Sicht bisher nicht, einen wirksamen Beitrag zur Programmdebatte zu leisten.» Ihme, Bernd: Programmkommission. Wie weiter?, Typoskript, 23.1.2009, in: ADS, Bestand 02.04.2, Grundsatzkommission (1989–2012), Alt-Sign. 2014-035-090.
- 277 Jesse/Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 126.
- 278 Brie, André: Die Linke. Links von allen – oder fähig zum strategischen Projekt? Vortrag vor dem Politischen Klub der Evangelischen Akademie Tutzing, in: der Freitag, 7.12.2007, unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/links-von-allen-oder-fahig-zum-strategischen-projekt (abgerufen am 3.7.2021).
- 279 Bartsch, Dietmar: Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1/2008, S. 61–64, hier S. 63–64.
- 280 Forum demokratischer Sozialismus: Freiheit und Sozialismus. Offene Fragen diskutieren – Erfahrungen einbringen, Berlin 2008, S. 15.

- 281 Angebot des Ältestenrates zum Fortgang der Programmdebatte. Auf der Sitzung des Ältestenrates am 5. Februar 2008 bestätigt, unter: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/angebot-des-aeltestenrates-zum-fortgang-der-programmdebatte/ (abgerufen am 7.3.2018).
- 282 Vgl. Lutz, Martin/Müller, Uwe: Dämpfer für das linke Glamourpärchen, Welt Online, 26.5.2008, unter: www.welt.de/welt_print/article2033539/Daempfer_fuer_das_linke_Glamourpaerchen.html (abgerufen am 26.5.2008); Küpper, Mechthild: Die Linke kann zu Lafontaine auch mal kühl sein, Faz.net, 26.5.2008, unter: www.faz.net/aktuell/politik/parteitag-die-linke-kann-zu-lafontaine-auch-mal-kuehl-sein-1548817.html (abgerufen am 4.5.2021).
- 283 Vgl. Hübner, Wolfgang/Kalbe, Uwe: LINKE will den Sozialstaat umkrepeln, in: Neues Deutschland, 26.5.2008, S. 1; Hübner, Wolfgang: Ein Phantom namens Christa. Große Mehrheit für Kita, gegen Erziehungsgehalt, in: Neues Deutschland, 26.5.2008, S. 3.
- 284 Vgl. Kalbe, Uwe: Kein Streit, aber ... In Cottbus wurde mancher Konflikt nur verschoben, in: Neues Deutschland, 26.5.2008, S. 2; ders.: Nicht eitler werden als nützlich. Parteitag in Cottbus begnügte sich mit Gefechten auf Nebenschauplätzen, aber versagte auch Lafontaine den Triumph, in: Neues Deutschland, 26.5.2008, S. 3.
- 285 Lafontaine, Oskar: Wir haben noch große und schwere Aufgaben vor uns. Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/reden/oskar-lafontaine/> (abgerufen am 4.5.2021).
- 286 Ebd.
- 287 Stand vom 30. April 2008.
- 288 Bisky, Lothar: Das Signal steht auf Einmischung für eine andere, bessere Politik. Rede von Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/reden/lothar-bisky/> (abgerufen am 4.5.2021).
- 289 Ebd.
- 290 Vgl. Gabi Zimmer: Wir bejahen die Europäische Union. Bericht von Gabi Zimmer, Sprecherin der Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/reden/gabi-zimmer/> (abgerufen am 4.5.2021).
- 291 Ebd.
- 292 Vgl. Pätzolt, Harald/Richter, Stefan: Auf der Seite derer, die unten sind. Von der Debatte zum Leitantrag berichtet Harald Pätzolt und Stefan Richter, in: Disput, Juni 2008, S. 38–41, hier S. 40.
- 293 Vgl. Küpper: Die Linke kann zu Lafontaine auch mal kühl sein; Kalbe: Nicht eitler werden als nützlich.
- 294 Vgl. Messinger/Rugenstein: Der Erfolg der Partei DIE LINKE, S. 78.
- 295 Sahara Wagenknecht zit. n. Bortfeldt, Heinrich: «Wir haben den Wind der Geschichte in unseren Segeln». 1. Parteitag der «Linken» in Cottbus am 24. und 25. Mai 2008, in: Deutschland Archiv 4/2008, S. 592–593.
- 296 Vgl. Messinger/Rugenstein: Der Erfolg der Partei DIE LINKE, S. 78. Ein Antrag aus Kassel-Stadt erklärte, dass eine Politik, die DIE LINKE nach ihrem Programm und ihren Prinzipien betreibe, «in Koalitionen mit prokapitalistischen Parteien nicht umsetzbar» sei. «Koalitionen mit SPD und Grünen auf prokapitalistischer Grundlage, die zwangsläufig zu Maßnahmen des Sozialabbaus, Bildungsabbaus, Arbeitsplatzvernichtung und Privatisierung führen, kommen deshalb für die neue LINKE nicht infrage.» Antrag: L.1.36, in: Antragskommission des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE: Abstimmungsheft zum Leitantrag L.1., 23.5.2008, 18:00 Uhr, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2018-007-170.
- 297 Vgl. Hübner/Kalbe: LINKE will den Sozialstaat umkrepeln.
- 298 Vgl. Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei DIE LINKE. Beschluss des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/beschluesse/fuer-eine-emanzipatorische-familienpolitik-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 4.5.2021).
- 299 Vgl. Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik. Beschluss des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/beschluesse/eine-starke-linke-fuer-eine-andere-bessere-politik/> (abgerufen am 4.5.2021).
- 300 Vgl. DIE LINKE: Wahl des Parteivorstandes [auf dem 1. Parteitag], o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/wahlen/wahl-des-parteevorstandes/> (abgerufen am 4.5.2021).
- 301 Gysi, Gregor: Wir müssen uns gegenseitig verändern – das ist der richtige Weg. Rede von Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE., o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/reden/gregor-gysi/> (abgerufen am 4.5.2021).
- 302 Ebd.
- 303 Bischoff, Joachim/Hüning, Hasko/Siebecke, Gerd: DIE LINKE nach Cottbus, in: Sozialismus 6/2008, S. 3.
- 304 Die Anti-Privatisierungs-Dachkampagne diente in erster Linie der innerparteilichen Schulung und Aufbauarbeit zum Umgang mit öffentlichem Eigentum, Privatisierungen und Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP). Im Jahr 2008 fanden sechs Konferenzen und Fachtagungen statt. Im März 2009 wurde eine Fachtagung durch-

- geführt, die sich mit Cross-Border-Leasing-Geschäften, ÖPP und Problemen kommunaler Haushaltsführung (Produkttheorie, Einführung der Doppik) befasste. Vgl. Resümee und Ausblick der AG Antiprivatisierung auf das Jahr 2010 (undatiert), S. 1, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2016-020-16.
- 305 Janine Wissler zit. n. Euler, Ralf: Bildungspolitik: SPD, Grüne und Linke schaffen Studiengebühren in Hessen ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.2008.
- 306 Vgl. Abschied vom Bezahlstudium, Zeit Online, 17.6.2008, unter: www.zeit.de/campus/online/2008/24/studiengebuehrengesetz-hessen (abgerufen am 11.4.2008; depubliziert).
- 307 Vgl. Bebenburg, Pitt von: Erste Kraftprobe: Minister Bouffier will Beschluss missachten, Frankfurter Rundschau Online, 11.4.2008, unter: www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1317194 (abgerufen am 11.4.2008; depubliziert).
- 308 Vgl. Richter, Stefan: Pressedienst: BaWü-Kampagnenaufakt, in: Disput, Juli 2008, S. 26.
- 309 Vgl. ders.: Pressedienst: Bayern-Betriebsräte, in: Disput, Juli 2008, S. 26–27.
- 310 Vgl. Best, Robert: Armut Macht Reichtum. Konferenz der Bremer Linken – 200 Teilnehmer gegen menschenunwürdige Verhältnisse, in: junge Welt, 9.6.2008, S. 5.
- 311 Vgl. van der Heyden, Ludger: Die Linke bei Karmann, in: junge Welt, 25.6.2008, S. 4.
- 312 Vgl. Wilke, Manfred/Baron, Udo: «Die Linke». Politische Konzeptionen der Partei, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Reihe: Zukunftsforum Politik, Bd. 97, Sankt Augustin 2009, S. 26.
- 313 Winfried Jung zit. n. Richter, Stefan: Jetzt an die Ursachen! Zum Masseneintritt bei der Saarbahn in Saarbrücken. Interview mit Winfried Jung, Betriebsratsvorsitzender, in: Disput, August 2008, S. 22.
- 314 Schönhoven, Klaus: Gemeinsame Wurzeln und getrennte Wege. Zum historischen Selbstverständnis von SPD und Linkspartei, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2015, unter: www.kommunismusgeschichte.de/jhk/jhk-2015/article/detail/gemeinsame-wurzeln-und-getrennte-wege-zum-historischen-selbstverstaendnis-von-spd-und-linkspartei?type=0 (abgerufen am 16.7.2021).
- 315 Anregungen zum Umgang mit der Geschichte. Erklärung des Ältestenrats der Partei DIE LINKE, 16.7.2008, unter: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/anregungen-zum-umgang-mit-der-geschichte-1/ (abgerufen am 8.3.2018).
- 316 Ebd.
- 317 Hans Modrow zit. n. Vesper, Karlen: Fragen an Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der LINKEN, in: Neues Deutschland, 9./10.8.2008, S. 21.
- 318 Vgl. Messinger/Rugenstein: Der Erfolg der Partei DIE LINKE, S. 83.
- 319 Vgl. Bülow, Jochen: Wo die Bunker Gruft heißen. Atombomben in der Eifel. 2.000 Friedensbewegte demonstrierten in Büchel gegen «atomare Teilhabe», in: Disput, September 2008, S. 30–31.
- 320 Vgl. Demonstration: Proteste gegen Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes, in: Der Tagesspiegel, 20.9.2008, unter: www.tagesspiegel.de/Berlin/Demonstration-Afghanistan;art270,2618800 (abgerufen am 22.9.2008).
- 321 Vgl. Lasch, Hendrik: Sammeln für die Rente mit 60. In Sachsen findet der Auftakt für die Rentenkampagne der LINKEN statt, in: Neues Deutschland, 6.9.2008, S. 5.
- 322 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 2. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE, Rostock, 15. und 16. Mai 2010, S. 3–4, unter: https://archiv2017.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2008/beschluss_132-2010_bericht_pv.pdf (abgerufen am 12.8.2021).
- 323 Vgl. Protokoll der 63. Sitzung des Fraktionsvorstandes/Klausur der Fraktion DIE LINKE. im DBT, Dienstag, 9.9.2008 [...], S. 1, in: ADS, Bestand 03.5, BT/16. WP (2005–2009), Fraktion DIE LINKE., Alt-Sign. 2013-060-26.
- 324 Vgl. Müller, Florian: Pressedienst, in: Disput, September 2008, S. 13.
- 325 Vgl. DIE LINKE: Rentenkampagne. Beschluss des Parteivorstandes vom 8. Juni 2009, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2008-2010/beschluesse/rentenkampagne/> (abgerufen am 12.8.2021).
- 326 Vgl. Wernigk, Benjamin: Kölner Blockade. Internationaler Rassistenkongress erfolgreich verhindert! Auch DIE LINKE stellte sich quer, in: Disput, Oktober 2008, S. 23.
- 327 Vgl. Richter, Stefan: Pressedienst: Frauenkongress, in: Disput, Oktober 2008, S. 39.
- 328 Vgl. Lafontaines EU-Politik fällt bei Linken durch, in: Berliner Morgenpost, 7.10.2008, unter: www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article102853509/Lafontaines-EU-Politik-faellt-bei-Linken-durch.html (abgerufen am 7.10.2008); Brössler, Daniel: Linke streitet über Europapolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 8.10.2008, S. 6; Reinecke, Stefan: Linke Reformen über die EU: «Europa ist keine Bedrohung», in: die tageszeitung, 15.10.2008.
- 329 Bartsch, Dietmar: Sofortinformation – Sitzung [des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE] am 29. September 2008, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2008-2010/von-den-sitzungen/sofortinformation-sitzung-am-29-september-2008/> (abgerufen am 17.8.2021).
- 330 Vgl. Sattler, Uwe: Fakten und Zahlen zum Parteitag, in: Neues Deutschland, 28.2./1.3.2009, S. 2.

- 331 Vgl. Kalbe, Uwe: Streit um des Kaisers Bart? Kritiker des Entwurfs zu EU-Wahlprogramm eröffneten «Papierkrieg», in: Neues Deutschland, 23.10.2008, S. 6; Reinecke: Linke Reformer über die EU.
- 332 Vgl. Sattler, Uwe: «Europa ist mehr als der Kampf gegen Lissabon». Landespolitiker der LINKEN für Änderungen am EU-Wahlprogramm, in: Neues Deutschland, 23.12.2008, S. 8.
- 333 Vgl. DIE LINKE: Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Beschluss des Parteivorstandes vom 19. Januar 2009, 30.4.2009, unter: www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/2008-2010/beschlusse/solidaritaet-demokratie-frieden-gemeinsam-fuer-den-wechsel-in-europa/ (abgerufen am 1.7.2021).
- 334 Vgl. Büchner, Gerold: Linke wird EU-freundlich. Vorstand will einheitliche Wirtschaftspolitik in Europa, in: Berliner Zeitung, 21.1.2009.
- 335 Lothar Bisky zit. n. Sattler, Uwe: Linke Adresse für ein neues Europa. Wahlkonferenz der Europäischen Linkspartei beschloss Plattform für die EU-Wahlen 2009, in: Neues Deutschland, 1.12.2008, S. 1.
- 336 «Wir wollen unsere Ziele auch umsetzen». Lothar Bisky zum Wahlkampf, zur gemeinsamen Plattform und zur Diskussion in der LINKEN, Interview, in: Neues Deutschland, 1.12.2008, S. 2. Ähnlich äußerte sich der aus der WASG kommende Thomas Händel kurz vor der Europawahl im Juni 2009, bei der er sich um ein Abgeordnetenmandat bewarb: «Wir können nicht nur sagen, was alles Mist ist in Europa und gleichzeitig behaupten, wir wollten da rein.» Vgl. Kastenhuber, Hans-Peter: SPD-Rebell Thomas Händel will für die Linke nach Europa, in: Nürnberger Nachrichten, 20.5.2009 (Privatarchiv Thomas Händel, Fürth).
- 337 Vgl. Müntz, Dieter: Von der Opposition in die Koalition. 20 Jahre Politik der Linken im Brandenburger Landtag, Potsdam 2010, S. 227–228.
- 338 Vgl. Vollmer: Der Zerfall der Partei DIE LINKE im Westen, S. 191.
- 339 Vgl. Bartsch, Matthias: Hessen: Zehn Prozent Irre, in: Der Spiegel 51/2008, 15.12.2008, S. 40–41; Öfinger, Hans-Gerd: Kleinkrieg oder Startprobleme einer jungen Partei?, in: Neues Deutschland, 16.12.2008, S. 4.
- 340 Vgl. Hanisch, Dieter: Linke in Schleswig-Holstein kämpft gegen sich selbst, in: Der Tagesspiegel, 26.1.2009.
- 341 Vgl. Frost, Andreas: Linkes Treiben. Unter Nattern und Opportunisten: In Schwerin pflegt die Linkspartei besondere Umgangsformen, in: Der Tagesspiegel, 21.4.2009, S. 4.
- 342 Brie, André: Der Lafontainismus, in: Der Spiegel 24/2009, 8.6.2009, S. 40.
- 343 Sondermann, Wolfram: An die Delegierten des Parteitages und KandidatInnen zum Bundesvorstand, Ludwigs-hafen am Rhein, 24.5.2008, in: ADS, Bestand 2.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2018-007-166.
- 344 Hillebrand, Heinz/Krämer, Ralf: Ergebnisse des Cottbuser Parteitages und Schlussfolgerungen für die Sozialistische Linke, in: ADS, Bestand 2.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2018-007-166.
- 345 Klaus Ernst zit. n. Zu Äußerungen von Klaus Ernst und Bodo Ramelow, in: junge Welt, 15.5.2009, S. 8.
- 346 Was etwas taugte, wirkt wie Hefe. Gespräch mit Gregor Gysi über zwei Drittel DDR und ein Drittel BRD, Interview, in: Neues Deutschland, 12.1.2009, S. 2.
- 347 Vgl. DIE LINKE im Bundestag: Frankfurter Erklärung, in: Neues Deutschland, 17./18.1.2009, S. 7.
- 348 Vgl. Sattler, Uwe: Bisky soll LINKE nach Brüssel führen. Parteitag in Essen beschloss Programm und Kandidatenliste zu EU-Wahlen, in: Neues Deutschland, 2.3.2009, S. 1.
- 349 Vgl. Panczuk, Demjan: Sicherheitskonferenz: 3.500 Kriegsgegner demonstrieren in München, in: Der Tagesspiegel, 7.2.2009.
- 350 Einen Erlebnisbericht dazu lieferte der Journalist Tobias Haberl. Vgl. Haberl, Tobias: Wie ich mal rot wurde. Mein Jahr in der Linkspartei, München 2011, S. 117–135.
- 351 Vgl. Wils, Sabine: Für linke Alternativen, in: Neues Deutschland, 6.2.2009, S. 10; Richter-Steinke, Matthias: «Das Raubtier ist angeschlagen». Wie kämpfen in der Krise? Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei fordert europäische Tarifverträge, in: junge Welt, 10.2.2009, S. 15.
- 352 Vgl. Lasch, Hendrik: Die Geschichtsfälscher blieben in der Unterzahl, in: Neues Deutschland, 16.2.2009, S. 2.
- 353 Vgl. DIE LINKE – ihr künftiges Profil und ihr Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft. Positionspapier des Ältestenrates, 19.2.2009, unter: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/die-linke-ihr-kuenftiges-profil-und-ihr-platz-in-der-bundesdeutschen-gesellschaft/ (abgerufen am 8.3.2018).
- 354 Vgl. Landtagswahl 2009 in Hessen, 18.1.2009, unter: www.wahlrecht.de/news/2009/he-2009.htm (abgerufen am 26.4.2021).
- 355 Vgl. Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern: Wahl zum 16. Bayerischen Landtag am 28. September 2008. Endgültige Ergebnisse, München 2008, unter: www.landtagswahl2008.bayern.de/tabca2990.html (abgerufen am 29.4.2021).
- 356 «Wir sind nicht besser, als wir sind». Daiber, Birgit: Linke muss Strategien für Europa entwickeln/Pföcke in Brüssel eingeschlagen, Interview, in: Neues Deutschland, 28.2./1.3.2009, S. 2.

- 357 Lambeck, Fabian: Vor Neuanfang in Brüssel. Künftige Linksfraktion besteht fast nur aus EU-Frischlingen, in: Neues Deutschland, 2.3.2009, S. 2.
- 358 Mascia, Graziella: Unsere Erfahrungen, unsere Kämpfe sagen uns, wir können ein anderes Europa aufbauen! Grußwort von Graziella Mascia, Mitglied der Rifondazione Comunista und stellvertretende Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/europaparteitag-2009/reden/unsere-erfahrungen-unsere-kaempfe-sagen-uns-wir-koennen-ein-anderes-europa-aufbauen/> (abgerufen am 6.5.2021).
- 359 Zimmer, Gabriele: Zur Verantwortung der Linken in Europa. Rede von Gabriele Zimmer zur Arbeit der Delegation der Partei DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/europaparteitag-2009/reden/zur-verantwortung-der-linken-in-europa/> (abgerufen am 6.5.2021).
- 360 Ebd.
- 361 Bisky, Lothar: Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Rede von Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/europaparteitag-2009/reden/solidaritaet-demokratie-frieden-gemeinsam-fuer-den-wechsel-in-europa/> (abgerufen am 6.5.2021).
- 362 Ebd.
- 363 Vgl. Lambeck: Vor Neuanfang in Brüssel, S. 2.
- 364 Matthias Höhn zit. n. Richter, Stefan: Keine Ehrengarde für den Vorsitzenden. Von der Debatte zum Europawahlprogramm berichtet Stefan Richter, in: Disput, März 2009, S. 24–26.
- 365 Vgl. Bortfeldt, Heinrich: Kein Verhältnis zu Europa, in: Deutschland Archiv 2/2009, S. 208.
- 366 Vgl. Richter: Keine Ehrengarde für den Vorsitzenden, S. 24–26.
- 367 Vgl. Lambeck: Vor Neuanfang in Brüssel.
- 368 Wawzyniak, Halina: Kein Schritt vorwärts, sondern zwei zurück, 6.3.2009, in: ADS, Bestand 2.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2017-002-01.
- 369 Vgl. Sattler: Fakten und Zahlen zum Parteitag; «Wir sind nicht besser, als wir sind»; Lambeck: Vor Neuanfang in Brüssel.
- 370 Bartsch, Dietmar: Wir können im Jahre 2009 Deutschland politisch gewaltig verändern. Schlusswort von Dietmar Bartsch, Bundeswahlkampfleiter, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/europaparteitag-2009/reden/wir-koennen-im-jahre-2009-deutschland-politisch-gewaltig-veraendern/> (abgerufen am 6.5.2021).
- 371 Lafontaine, Oskar: Europa braucht eine starke Linke. Rede von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/europaparteitag-2009/reden/europa-braucht-eine-starke-linke/> (abgerufen am 6.5.2021).
- 372 Ebd.
- 373 Ebd.
- 374 Vgl. Lambeck: Vor Neuanfang in Brüssel.
- 375 Vgl. ebd.; «Wir sind nicht besser, als wir sind».
- 376 Vgl. «Die Linkspartei mauert sich ein», Interview mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, in: Endstation Rechts, 25.6.2009, unter: www.endstation-rechts.de/news/die-linkspartei-mauert-sich-ein-interview-mit-sylvia-yvonne-kaufmann (abgerufen am 25.6.2009). Sylvia-Yvonne Kaufmann war als Mitglied des Verfassungskonvents in den Jahren 2002 und 2003 unmittelbar an der Erarbeitung des Vertrags für eine Verfassung für Europa beteiligt, aus der dann der Lissabonner Vertrag hervorging. Vgl. ebd.
- 377 Vgl. Die Liste der Linken, in: Neues Deutschland, 2.3.2009, S. 2; Die Kandidaten, in: Neues Deutschland, 28.2./1.3.2009, S. 2.
- 378 Nachdem Sylvia-Yvonne Kaufmann sowohl mit ihrem politischen Kurs als auch persönlich auf dem Essener Parteitag gescheitert war, trat sie frustriert aus der LINKEN aus und in die SPD ein. 2014 konnte sie für die SPD wieder ins Europäische Parlament einziehen.
- 379 Vgl. Die Liste der Linken; Lambeck: Vor Neuanfang in Brüssel.
- 380 Lambeck: Vor Neuanfang in Brüssel, S. 2.
- 381 Vgl. Zimmer: Zur Verantwortung der Linken in Europa.
- 382 Vgl. Gysi, Gregor: Die Chance auf eine wirkliche Zukunft. Schlusswort von Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, o. J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/europaparteitag-2009/reden/die-chance-auf-eine-wirkliche-zukunft/> (abgerufen am 9.5.2021).
- 383 Ebd.
- 384 Wechselberg, Carl: Wie die Linke sich selbst demontiert, Spiegel Online, 10.5.2009, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,623697,00.html (abgerufen am 15.5.2009).
- 385 Vgl. Messinger/Rugenstein: Der Erfolg der Partei DIE LINKE, S. 67.
- 386 Bortfeldt: Kein Verhältnis zu Europa, S. 210.

- 387 Vgl. Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Programm der Partei DIE LINKE für die Europawahlen am 7. Juni 2009. Beschluss des Europaparteitags, Essen, 28.2.2009, in: Disput extra 2009. Alle Zitate in diesem Abschnitt beziehen sich auf diese Quelle.
- 388 Kemski, Gerald/Kloor, Heidi: Auf dem Weg zur Normalität? DIE LINKE und die Gewerkschaften, in: Disput, April 2009, S. 13.
- 389 Klaus Ernst zit. n. Brössler, Daniel: Viele Flügel und kein Zentrum. Die WASG wurde vor fünf Jahren gegründet – nun ziehen die Initiatoren eine kritische Bilanz, in: Süddeutsche Zeitung, 17.3.2009, S. 6.
- 390 Vgl. Der Fischer Weltmanach 2010, S. 184–185.
- 391 Vgl. Lambeck, Fabian: Von Obama lernen. Die LINKE startete am Donnerstag ihren bundesweiten «Aktivierungswahlkampf», in: Neues Deutschland, 13.3.2009, S. 4.
- 392 Vgl. Disput, April 2009, S. 1 u. 7.
- 393 Contra bei Conti. Lautstarker Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze, in: Disput, Mai 2009, S. 17.
- 394 «Der Herbst 1989 in Sachsen» – «Wir sind das Volk» (Arbeitstitel). 20 Thesen zur Diskussion auf der Konferenz am 28.3.2009 in Dresden, Manuskript, S. 1 u. 3.
- 395 Vgl. Lasch, Hendrik: Fehleranalyse vor dem nächsten Versuch. Sachsens LINKE beriet am Wochenende in Dresden ihre umstrittenen Thesen über das Ende der DDR und den Herbst 1989, in: Neues Deutschland, 30.3.2009, S. 6; Brössler, Daniel: Gespaltenes Bewusstsein. Ein Teil der Linkspartei geißelt die DDR – ein anderer nominiert Sahara Wagenknecht, in: Süddeutsche Zeitung, 31.3.2009, S. 5.
- 396 Vgl. Knoche, Monika: Nein zur Nato, in: Disput, April 2009, S. 16–17.
- 397 Vgl. LINKE hat über 75.000 Mitglieder, in: Neues Deutschland, 28.4.2009, S. 5.
- 398 Vgl. Bartsch, Dietmar/Holluba, Karl/Maurer, Ulrich/Rajda, Christel: Informationsvorlage. Thema: Thesen zur politischen und strukturellen Entwicklung der Partei, für die Sitzung des Parteivorstandes am 25. April 2009, S. 9, in: ADS, Bestand 2.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2017-002-27.
- 399 Vgl. Gysi: Ein Leben ist zu wenig, Foto 36 zwischen S. 352 u. 353.
- 400 Vgl. Abwägendes Kauderwelsch. Dokumentiert. Stellungnahme von Mitgliedern der Antikapitalistischen Linken zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms der Partei Die Linke, in: junge Welt, 17.4.2009, S. 10.
- 401 An den Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Brief des Bundessprecherrates der Kommunistischen Plattform, 19.4.2009, unter: <https://kpf.die-linke.de/erklarungen/detail/an-den-parteevorstand-der-partei-die-linke/> (abgerufen am 19.8.2021).
- 402 Vgl. Entwurf nicht geeignet, in: junge Welt, 20.4.2009, S. 8; Kritik am Entwurf, in: junge Welt, 21.4.2009, S. 8; Lang, Jürgen P.: Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2010, S. 168–169.
- 403 Vgl. Martens, Johann: Sozial und ökologisch? Umweltpolitische Konferenz der Linksfraktion in Berlin, in: Neues Deutschland, 18.5.2009, S. 10.
- 404 André Hahn zit. n. «Wir sind die Sachwalter Ostdeutschlands». Linkspartei wehrt sich gegen den Vorwurf der Krawallpolitik/Tagung in Thüringen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.5.2009, S. 4; Heilig, René: Krisenbewältigung: Vom Osten lernen ... «Leitbild Ostdeutschland 2020», ein Diskussionsangebot, in: Neues Deutschland, 19.5.2009, S. 2.
- 405 Vgl.: Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Europawahlen, Stand: 1. Oktober 2019, Wiesbaden 2019, S. 13 u. 37.
- 406 Falkner: Am Bedarf vorbei?, S. 53.
- 407 Vgl. ebd.
- 408 Innerparteiliche Auseinandersetzungen waren nicht hilfreich. Statement von Lothar Bisky auf der Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung des Parteivorstandes, 8.6.2009, in: ADS, Bestand 2.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2018-007-133.
- 409 Vgl. Lambeck, Fabian: SPD hofft auf Bundestags-Wunder. Bisky: LINKE für internen Streit abgestraft/Gezerrt am deutschen EU-Kommissar, in: Neues Deutschland, 9.6.2009, S. 1.
- 410 Es gab Mobilisierungdefizite in unserer Wählerschaft. Statement von Oskar Lafontaine auf der Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung des Parteivorstandes, 8.6.2009, in: ADS, Bestand 2.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2018-007-133.
- 411 Brie: Der Lafontainismus, S. 40.
- 412 Ebd.
- 413 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Europawahlen. Stand: 1. Oktober 2019, S. 13 u. 24–27.
- 414 Berechnet nach: Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, Wiesbaden 2018, S. 18–19, 23, 72–73 und 78–79; Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Europawahlen, Stand: 1. Oktober 2019, S. 13 u. 24–27.
- 415 Hoff, Benjamin-Immanuel/Kahrs, Horst: Die Wahlen vom 30. August 2009 – Zusammenfassung und erste Bewertung, Berlin, 31.8.2009, in: ADS, Bestand 2.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Alt-Sign. 2018-007-133.

- 416 Vgl. Neu, Viola: Europawahl in Deutschland am 7. Juni 2009. Wahlanalyse, Berlin, Juni 2009, S. 16, 34, 37 u. 40, unter: www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=375a0b6a-8f6c-5fe8-cbf4-bfbc48fe3730&groupId=252038 (abgerufen am 2.5.2021).
- 417 Vgl. ebd., S. 19, 27, 28, 29 u. 31.
- 418 Kalbe, Uwe: Die Kunst des linken Flügelschlagens, in: Neues Deutschland, 22.6.2009, S. 2.
- 419 Vgl. Richter, Stefan/Schröter, Dirk/Holm, Brigitte: Wortmeldungen für ein überzeugendes Wahlprogramm. Von der Generaldebatte auf dem Bundestagswahlparteitag 2009 berichten Stefan Richter, Dirk Schröter und Brigitte Holm, veröffentlicht in der Parteitagausgabe der Mitgliederzeitschrift *Disput*, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/bundestagswahlparteitag-2009/wortmeldungen-fuer-ein-ueberzeugendes-wahlprogramm/> (abgerufen am 2.5.2021).
- 420 Vgl. Riedel, Katja: Mit Gysi und Lafontaine. Linken-Bundesparteitag kürt zwei Spitzenkandidaten, in: Süddeutsche Zeitung, 22.6.2009, S. 6.
- 421 Zit. n. Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Parteitag der Linken: Lafontaine fordert zur Geschlossenheit auf, in: Der Tagesspiegel, 21.6.2009.
- 422 Lafontaine, Oskar: Mehr Demokratie und Freiheit wagen! Rede des Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Oskar Lafontaine, auf dem Bundestagswahlparteitag 2009, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/bundestagswahlparteitag-2009/reden/mehr-demokratie-und-freiheit-wagen/> (abgerufen am 10.5.2021).
- 423 Ebd.
- 424 Kerstin Kaiser zit. n. Richter/Schröter/Holm: Wortmeldungen für ein überzeugendes Wahlprogramm.
- 425 Angelika Gramkow zit. n. ebd.
- 426 Vgl. Jesse/Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 136.
- 427 Dieter Hausold zit. n. Richter/Schröter/Holm: Wortmeldungen für ein überzeugendes Wahlprogramm.
- 428 Sahra Wagenknecht und Bodo Ramelow zit. n. ebd.
- 429 Gysi, Gregor: Je stärker die Linke, desto sozialer das Land! Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Gregor Gysi, auf dem Bundestagswahlparteitag 2009, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/bundestagswahlparteitag-2009/reden/je-staerker-die-linke-desto-sozialer-das-land/> (abgerufen am 10.5.2021).
- 430 Ebd.
- 431 Bisky, Lothar: Ab in den Wahlkampf! Schlusswort des Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Lothar Bisky, auf dem Bundestagswahlparteitag 2009, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/bundestagswahlparteitag-2009/reden/ab-in-den-wahlkampf/> (abgerufen am 9.3.2018).
- 432 Zur Auswertung des Bundestagswahlparteitages 2009. Erklärung des Ältestenrates, 30.6.2009, unter: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/news/zur-auswertung-des-bundestagswahlparteitages-2009/ (abgerufen am 9.3.2018).
- 433 Vgl. Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Bundestags-Wahlparteitages 2009 der Partei DIE LINKE, 20./21. Juni 2009 in Berlin, Berlin 2009, unter: https://archiv2017.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/090621_bundestagswahlprogramm_2009_die_linke.pdf (abgerufen am 31.5.2022).
- 434 Jakobs, Simon/Jun, Uwe: Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/2018. Eine Analyse der Wahlprogramme, in: ZParl 2/2018, S. 265.
- 435 Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE., S. 2.
- 436 Ebd.
- 437 Ebd.
- 438 Ebd., S. 14.
- 439 CCS steht für *carbon dioxide capture and storage*. Es handelt sich um ein Verfahren zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in die Atmosphäre durch die technische Abspaltung am Kraftwerk (*end of pipe*) und zur «dauerhaften» Einlagerung in unterirdische Lagerstätten.
- 440 Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE., S. 17.
- 441 Ebd., S. 33.
- 442 Ebd., S. 35.
- 443 Vgl. Neugebauer: Die Linke, S. 243. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag bündelte mit den Fraktionsmitarbeiter*innen, den Abgeordneten und deren Mitarbeiter*innen die Fachkompetenz der Partei. Am 30. Juni 2007 zählte allein die Fraktion 106 angestellte Mitarbeiter*innen und zum 31. Dezember 2007 bereits 119 Mitarbeiter*innen. Vgl. Kampa, Ruth: Vorlage Personalentwicklung, 26.6.2007, in: ADS, Bestand 03.5, BT/16. WP (2005–2009), Fraktion DIE LINKE., Alt-Sign. 2013-060-22; Fraktion DIE LINKE., Leiter Finanzen, Uwe Hobler: Zur Plandurchführung 2007 (vorläufiges Ist per 31.12.2007), S. 1, in: ADS, Bestand 03.5, BT/16. WP (2005–2009), Fraktion DIE LINKE., Alt-Sign. 2013-060-25.
- 444 Vgl. Feldkamp, Michael F.: Deutscher Bundestag 1990 bis 2009: Parlaments- und Wahlstatistik für die 12. bis 17. Wahlperiode, in: ZParl 1/2010, S. 12.

- 445 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Berlin 2019, Kapitel 11.4 Oppositionelles Verhalten: Statistik, S. 6, unter: www.bundestag.de/resource/blob/196228/630a389c4258f056a28eed2e4b1c946a/Kapitel_11_04_Oppositionelles_Verhalten_Statistik-data.pdf (abgerufen am 18.7.2021).
- 446 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Berlin 2021, Kapitel 11.1 Anfragen, S. 35–37, unter: www.bundestag.de/resource/blob/196220/68dd5b38b23c02dc0a5daba8840c6780/Kapitel_11_01_Anfragen-data.pdf (abgerufen am 18.7.2021).
- 447 Vgl. ebd., Kapitel 11.2 Aktuelle Stunden, S. 1–2 u. 28–31, unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/196224/fe48b586b09f68de8247cdf840138e4/Kapitel_11_02_Aktuelle_Stunden-data.pdf (abgerufen am 18.7.2021).
- 448 Vgl. Gysi: Je stärker die Linke, desto sozialer das Land!
- 449 Vgl. Hiller: Was gelingt der PDS?, S. 65 u. 76.
- 450 Vgl. Jesse/Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 142.
- 451 Vgl. Pressedienst: Abzug, in: Disput, Juli 2007, S. 34. Die Operation Enduring Freedom (OEF) war die offizielle Bezeichnung, die die US-Regierung für ihren «Globalen Krieg gegen den Terrorismus» verwendete, und bezog sich insbesondere auf die US-Intervention in Afghanistan. Die International Security Assistance Force (ISAF) war eine sogenannte Sicherheits- und Wiederaufbaumission unter Nato-Führung ab 2003 im Rahmen des Kriegs in Afghanistan ab 2001.
- 452 Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag (Hrsg.): Die Linke wirkt! Bilanz 2005–2009, Berlin 2009, S. 1.
- 453 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2010, S. 184.
- 454 Vgl. Balcerowiak, Rainer: Linke soll links werden, in: junge Welt, 16.10.2008, S. 1.
- 455 Oskar Lafontaine zit. n. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 182. Sitzung (Plenarprotokoll 16/182), Berlin, 15.10.2008, S. 19359.
- 456 Vgl. Maurer, Ulrich (Die Linke) zum «Rettungspaket»: Blankoscheck für Bundesregierung, in: junge Welt, 20.10.2008, S. 8.
- 457 Vgl. Boewe, Jörn: Linke lehnt 500-Milliarden-Euro-Paket ab, in: junge Welt, 15.10.2008, S. 1; Stimmen aus der Partei Die Linke zum sogenannten Rettungspaket der Bundesregierung, in: junge Welt, 17.10.2008, S. 8.
- 458 Vgl. Bunge, Martina: Rente Ost: Regierung tatenlos, in: Disput, Juni 2009, S. 24–25.
- 459 Vgl. Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag (Hrsg.): Die Linke wirkt! Bilanz 2005–2009, S. 17.
- 460 Vgl. ebd., S. 4.
- 461 Vgl. DIE LINKE. Fraktion im Bundestag: Auswertung der Kontaktstelle – eine Bilanz, in: ADS, Bestand 03.5, BT/16. WP (2005–2009), Fraktion DIE LINKE., Alt-Sign. 2011-006-10.
- 462 Vgl. Holter, Helmut: Kritisch, konstruktiv, leidenschaftlich. DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, in: Disput, Dezember 2009, S. 18–19.
- 463 Ebd., S. 19.
- 464 Vgl. Schäfer, Velten: Sorge um die Ostseewerften, in: Neues Deutschland, 5.2.2009, S. 4.
- 465 Wawzyniak, Halina: Sozialismus ist demokratisch oder er ist kein Sozialismus – Freiheit und Sozialismus, 13.8.2009, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/archiv/2009/august/browse/3/zurueck/presseerklarungen/artikel/sozialismus-ist-demokratisch-oder-er-ist-kein-sozialismus-freiheit-und-sozialismus/> (abgerufen am 7.6.2021).
- 466 Vgl. Lasch, Hendrik: Fördermittel sollen im Kreis fließen. Sachsens LINKE legt Wirtschaftsprogramm vor, in: Neues Deutschland, 26.8.2009, S. 5.
- 467 Vgl. Tagung: Sozialpolitik gegen Krise, in: junge Welt, 31.8.2009, S. 3.
- 468 Vgl. Patton: Out of the East, S. 142; Der Fischer Weltalmanach 2010, S. 177.
- 469 Vgl. Patton: Out of the East, S. 143.
- 470 Vgl. Jesse, Eckhard: Die koalitionspolitische Haltung der SPD gegenüber der SED, der PDS, der Linkspartei und der LINKEN, in: Liedhegener, Antonius/Oppelland, Torsten (Hrsg.): Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt, Baden-Baden 2009, S. 243–256, hier S. 243.
- 471 Gysi, Gregor: Zwischen Real- und Oppositionspolitik, in: Machnig/Raschke (Hrsg.): Wohin steuert Deutschland?, S. 199–206, hier S. 206.
- 472 Vgl. Parteitag der Linken: Linkspartei will Rot-Grün in Hessen tolerieren, Welt-Online, 30.8.2008, unter: www.welt.de/politik/article2373455/Linkspartei-will-Rot-Gruen-in-Hessen-tolerieren.html (abgerufen am 26.7.2021); Patton: Out of the East. S. 146. Der Journalist Jens König berichtete, dass Lafontaine bis zum Tag der Hessen-Wahl im Januar 2008 intern dringend davon abgeraten habe, «an ein rot-rot-grünes Bündnis auch nur zu denken. Zu unerfahren, zu chaotisch seien die hessischen Genossen, meinte er.» Außerdem habe er Angst davor gehabt, das Oppositionsimage der LINKEN zu zerstören. «Als nach der Wahl jedoch plötzlich ein rot-rot-grünes Bündnis möglich schien, war der Parteichef der Erste, der die Parole ausgab: An uns soll es nicht scheitern.» König, Jens: Der Chef und sein Anwalt – Lafontaine und Gysi, in: Machnig/Raschke (Hrsg.): Wohin steuert Deutschland?, S. 47–53, hier S. 53.
- 473 Lafontaine: Mehr Demokratie und Freiheit wagen!

- 474 Vgl. Weichold, Jochen: Mit Grün aus der Krise? Zur 30. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen vom 8. bis zum 10. Mai 2009 in Berlin, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, 2009, unter: www.rosalux.de/publikation/id/1378/mit-gruen-aus-der-krise (abgerufen am 26.7.2021).
- 475 Vgl. Landtagswahlen 1980 bis 2017 im Saarland, 2020, unter: www.saarland.de/stat/DE/_downloads/aktuelle-Tabellen/Wahlen/Landtagswahl/Landesergebnisse_seit_1980.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (abgerufen am 26.7.2021); Der Fischer Weltalmanach 2006, S. 138; Der Fischer Weltalmanach 2011. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 2010, S. 136; Wolfgang Hübner: Vorurteile im Durchlauferhitzer, in: Neues Deutschland, 1.9.2009, S. 4.
- 476 Vgl. Reents, Jürgen: Chance auf zwei Linksbündnisse – die SPD zaudert. Im Saarland stehen die Zeichen auf Rot-Rot-Grün, in Thüringen bremsst die SPD einen solchen Wandel durch eine arrogante Forderung, in: Neues Deutschland, 1.9.2009, S. 1; Der Fischer Weltalmanach 2011, S. 136.
- 477 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2006, S. 139 u. 142; Der Fischer Weltalmanach 2011, S. 137 u. 140.
- 478 Vgl. Öfinger, Hans-Gerd: Gewerkschafter wollen keine Gräben. Appell sorgt für Diskussionen in Bayern, in: Neues Deutschland, 2.9.2009, S. 2.
- 479 Vgl. Riel, Aert van: LINKE wollen bei Gewerkschaften Fuß fassen. Partei-Vize Klaus Ernst sieht große inhaltliche Übereinstimmungen mit Arbeitnehmervertretern, in: Neues Deutschland, 15.9.2009, S. 1.
- 480 WählerInneninitiative: Worte zur Wahl, 21.9.2009, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/archiv/2009/september/zurueck/presseerklarungen/artikel/worte-zur-wahl/> (abgerufen am 26.7.2021).
- 481 Vgl. Bundeswahlkampfleiter Dietmar Bartsch: Abschlussbericht zum Wahlkampf 2009, Berlin 2010, S. 8–9 u. 12, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2008-2010/beschluesse/abschlussbericht-zum-wahlkampf-2009/> (abgerufen am 26.7.2021). Der Etat für den Europawahlkampf im Frühjahr 2009 betrug lediglich 3,5 Millionen Euro. Vgl. ebd., S. 12.
- 482 Vgl. Kamps, Klaus: Zur Modernisierung und Professionalisierung des Wahlkampfmanagements. Die Kampagnenorganisationen im Vergleich, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 187–226, hier S. 215.
- 483 Vgl. Lang, Jürgen P.: Akzeptanz trotz extremistischer Tendenzen? Wählerfolge, Wahlkampf und Politik der Linken, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Koord.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München 2010, S. 257–178, hier S. 274. Verantwortliche der Partei sprachen in diesem Kontext von einem «Aktivierungswahlkampf», bei dem man Menschen ermuntern wollte, sich zu engagieren. Vgl. Lambeck: Von Obama lernen.
- 484 Vgl. Albers, Hagen: Politik im «Social Web». Der Onlinewahlkampf 2009, in: Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009, S. 227–238, hier S. 228 u. 230.
- 485 Vgl. Burgard, Jan Philipp: Obamas «Wunderwaffe Web» – auch in Deutschland ein Erfolgsfaktor? Die Bedeutung des Internets im Bundestagswahlkampf 2009 im Vergleich zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008, in: Jesse/Sturm: Bilanz der Bundestagswahl 2009, S. 402.
- 486 Vgl. Beschluss- und Festlegungsprotokoll der Sitzung des Parteivorstandes [der Partei DIE LINKE] vom 28. September 2009, S. 2, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2017-002-12.
- 487 Vgl. Krewel, Mona/Schmitt-Beck, Rüdiger/Wolsing, Ansgar: Geringe Polarisierung, unklare Mehrheiten und starke Personalisierung: Parteien und Wähler im Wahlkampf, in: Rattinger, Hans u. a. (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011, S. 33–57, hier S. 42.
- 488 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 2. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE.
- 489 Vgl. Pätzolt, Harald/Strutz, Reiner: Einladung zum Gespräch. Die Werbekampagne der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2009 – glaubwürdig und klar, in: Disput, August 2009, S. 17.
- 490 Vgl. Vetter, Stefan: 370.000 Plakate für ganz Deutschland, in: Pirmasenser Zeitung, 1.7.2009, S. 3.
- 491 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2011, S. 47.
- 492 Oskar Lafontaine zit. n. Drescher, Markus/Lambeck, Fabian: Merkel bedauert – und setzt Krieg fort. Die Nato bestätigt zivile Opfer des Luftangriffs in Afghanistan/LINKE demonstriert in Berlin, in: Neues Deutschland, 9.9.2009, S. 1.
- 493 Bartsch, Dietmar: Und wieder 48 Stunden, 25.9.2009, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/archiv/2009/september/zurueck/presseerklarungen/artikel/und-wieder-48-stunden/> (abgerufen am 26.7.2021).
- 494 Vgl. Kamps: Zur Modernisierung und Professionalisierung des Wahlkampfmanagements, S. 216.
- 495 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, Wiesbaden 2018, S. 18–19, 72 u. 98.
- 496 Vgl. Blumenstiel, Jan Eric: Abstürze, Rekorde, Überhänge und andere Superlative: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009, in: Rattinger u. a. (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen, S. 59–76, hier S. 64.
- 497 Vgl. Wählerwanderungen, in: Der Spiegel. Wahlsonderheft '09, 28.9.2009, S. 44.

- 498 Vgl. Neu, Viola: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009. Wahlanalyse, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Dezember 2009, S. 97, unter: www.kas.de/de/einzeltitle/-/content/bundestagswahl-in-deutschland-am-27.-september-2009 (abgerufen am 2.5.2021).
- 499 Vgl. Bundeswahlkampfleiter Dietmar Bartsch: Abschlussbericht zum Wahlkampf 2009.
- 500 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, S. 23; Niedermayer, Oskar: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleichbleibender politischer Positionierung, in: ZParl 3/2006, S. 524.
- 501 Vgl. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009. Alle Wahlkreise, Stimmanteile der großen Parteien und Abgeordnete des neuen Bundestags, in: Der Spiegel, Wahlsonderheft '09, 28.9.2009, S. 65–70.
- 502 Ebd.
- 503 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, S. 18/19.
- 504 Hilmer: Bundestagswahl 2009, S. 164.
- 505 Vgl. Jung, Helmut: Volksparteien auf dem Prüfstand? Wählerpräferenzen, Wählerströme, Wählerabstinez: Eine Analyse der Bundestagswahl 2009, in: Jesse/Sturm: Bilanz der Bundestagswahl 2009, S. 97–115, hier S. 110–111.
- 506 Vgl. Zertl, Christian: Die Wähler der Linkspartei.PDS von 1994 bis 2009, Wiesbaden 2014, S. 227 u. 232.
- 507 Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009, S. 48. 75 Prozent aller von Infratest dimap im Februar 2008 Befragten stimmten der Aussage zu: «Die Linkspartei löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber wenigstens beim Namen.» Vgl. ebd., S. 54.
- 508 Vgl. ebd. Die dem konservativen politischen Lager zuzurechnenden Politikwissenschaftler Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang bescheinigten der LINKEN nach dem Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2009, sich vom Image des «Schmuddelkinds» befreit zu haben. Vgl. Jesse/Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 20.
- 509 Vgl. Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009, S. 48.
- 510 Vgl. Oppelland/Träger: Die Linke, S. 207.
- 511 Gysi, Gregor: Opposition in der Demokratie, in: Bröchler, Stephan/Glaab, Manuela/Schöne, Helmar (Hrsg.): Kritik, Kontrolle, Alternative. Was leistet die parlamentarische Opposition?, Wiesbaden 2020, S. 329–338, hier S. 335.
- 512 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2006, S. 130; Der Fischer Weltalmanach 2011, S. 128 u. 139.
- 513 Vgl. Rugenstein: Nach der günstigen Gelegenheit, S. 34–35.
- 514 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2011, S. 134.
- 515 Vgl. Der Fischer Weltalmanach 2012. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main 2011, S. 136.
- 516 Vgl. «Wir sind gekommen, um zu bleiben». Vor der heutigen Vereinigung: Letzte Parteitage von Linkspartei. PDS und Wahlalternative, in: Neues Deutschland, 16./17.6.2007, S. 1.
- 517 Vgl. Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, in: Neues Deutschland, 14./15.4.2007, Beilage, S. 15.
- 518 Zum Zeitpunkt des 1. Parteitages Mitte Mai 2008 hatte DIE LINKE 338 Kreisverbände und war flächendeckend in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE, S. 2.
- 519 Vgl. Bundessatzung der Partei DIE LINKE, S. 11–12.
- 520 Vgl. Sauer, Thomas/Oppelland, Torsten: Die PDS/Linkspartei.PDS/Die Linke, in: Schmitt, Karl/Oppelland, Torsten (Hrsg.): Parteien in Thüringen. Ein Handbuch, Düsseldorf 2008, S. 223–317, hier S. 276–277.
- 521 Vgl. Bundessatzung der Partei DIE LINKE, S. 12.
- 522 Vgl. ebd., S. 13 u. 15.
- 523 Vgl. ebd., S. 13.
- 524 Vgl. ebd., S. 13–14.
- 525 Vgl. ebd., S. 11 u. 15.
- 526 Vgl. DIE LINKE: Status der Zusammenschlüsse bei der LINKEN. Beschluss des Parteivorstandes vom 28. Januar 2008 (Beschluss 2008-63), unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschluesse/zusammenschluesse/> (abgerufen am 17.5.2021).
- 527 Vgl. Bundessatzung der Partei DIE LINKE, S. 11.
- 528 Vgl. Delegiertenmandate für Zusammenschlüsse und Jugendverband.
- 529 Vgl. Jesse/Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 245.
- 530 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Jahresbericht 2007/08, Berlin 2008, S. 7.
- 531 Vgl. Bartsch, Dietmar/Holluba, Karl/Maurer, Ulrich/Rajda, Christel: Informationsvorlage. Thema: Thesen zur politischen und strukturellen Entwicklung der Partei (für die Sitzung des Parteivorstandes am 25. April 2009), S. 7–8, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2017-002-27.
- 532 Vgl. Dehm, Diether: Mitgliederentwicklung LV Niedersachsen, 12.5.2007, in: ADS, Bestand 03.5, BT/16. WP (2005–2009), Fraktion DIE LINKE., Alt-Sign. 2011-006-04.

- 533 Vgl. Tügel, Tanju, Bereich Parteientwicklung: Zur Partei- und Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE (undatiert), in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2017-002-18; Zur Partei- und Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE. Vorlage für die Sitzung des Parteivorstandes am 18. Oktober 2008, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2017-002-01.
- 534 Vgl. Bereich Parteientwicklung, Martin Harnack/Lars Kleba: Mitgliederentwicklung (2010-08-31), in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2017-002-18.
- 535 Vgl. Fülberth, Georg: Blase oder Substanz?, in: junge Welt, 28.2.2008, S. 10; Wolter, Peter: «Klarstellung richtet sich nicht gegen die DKP». Die Linke will keine Kandidaturen von DKP-Mitgliedern auf ihren Listen mehr. Ein Gespräch mit Bodo Ramelow, in: junge Welt, 21.5.2008, S. 2; «Durchgreifen gegen DKP unmöglich», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.4.2008, S. 4; Loreck, Jochen: Lafontaine für Distanz zur DKP, in: Kölner Stadtanzeiger, 12.3.2008. Christel Wegner hatte die Mauer gerechtfertigt und über eine neue Art der Staatssicherheit schwadroniert. Vgl. Hengst, Björn: Einzug ins Parlament. Linke buhlt um die SPD, Spiegel Online, 24.2.2008, unter: <http://spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,537440,00.html> (abgerufen am 25.2.2008). Bereits im August 2007 hatte das ehemalige DKP-Mitglied Peter («Pit») Metz, der auf Platz 1 der Landesliste der LINKEN zur Landtagswahl in Hessen 2008 gewählt wurde, mit der Verharmlosung des DDR-Grenzregimes für Negativschlagzeilen gesorgt. Vgl. Hessische Linke verliert Spitzenkandidaten, Netzzeitung.de, 5.9.2007, unter: www.netzeitung.de/deutschland/731590.html (abgerufen am 6.9.2007; depubliziert); Jesse/Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 119.
- 536 Die KPF hatte beantragt, den Satz «Auf den Listen der Partei DIE LINKE für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen kandidierende Mitglieder der Partei DIE LINKE und parteiungebundene Persönlichkeiten.» im Leit-antrag zu streichen, um weiterhin eine Kandidatur von Mitgliedern der DKP auf den «Offenen Listen» der LINKEN zu ermöglichen (Antrag L.1.8.2.). Vgl. Antragskommission des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE: Abstimmungsheft zum Leit-antrag L.1. (23.5.2008, 18:00 Uhr), in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2018-007-170.
- 537 Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik. Beschluss des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1-parteitag-2008/beschlusse/eine-starke-linke-fuer-eine-andere-bessere-politik/> (abgerufen am 24.8.2021).
- 538 Kriterien für Kandidaturen zu den Wahlen 2009. Beschluss des Parteivorstandes vom 18. Oktober 2008, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2016-020-15.
- 539 Vgl. DIE LINKE: Mitgliederzahlen 2007–2016, o. J., unter: www.die-linke.de/partei/ueber-uns/mitgliederzahlen-2007-2016/ (abgerufen am 24.8.2021); eigene Berechnungen.
- 540 Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2010, in: ZParl 2/2011, S. 366.
- 541 Vgl. DIE LINKE: Mitgliederzahlen 2007–2016.
- 542 Vgl. Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2010, S. 372.
- 543 Vgl. ebd., S. 366 u. 373.
- 544 Vgl. ebd., S. 367–368, 375 u. 377.
- 545 Vgl. ebd., S. 377.
- 546 Vgl. ebd., S. 368, 381 u. 382.
- 547 Vgl. Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2020, S. 404.
- 548 Vgl. Klein, Markus/Becker, Philipp/Czczinski, Lisa/Lüdecke, Yvonne/Schmidt, Bastian/Springer, Frederik: Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017, in: ZParl 1/2019, S. 89.
- 549 Vgl. ebd., S. 90. Ein Prozent entfielen auf Sonstige.
- 550 Vgl. ebd., S. 92. Differenz zu 100 Prozent durch Runden.
- 551 Vgl. ebd., S. 93.
- 552 Vgl. ebd., S. 94.
- 553 Vgl. ebd., S. 96.
- 554 Vgl. Spier, Tim: Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?, in: Spier, Tim/Klein, Markus/von Alemann, Ulrich/Hoffmann, Hanna/Laux, Annika/Nonnenmacher, Alexandra/Rohrbach, Katharina (Hrsg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 97–120, hier S. 98–99.
- 555 Vgl. Tügel, Tanju: Information «Zur Partei- und Mitgliederentwicklung», 9.10.2008, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2017-002-20.
- 556 Vgl. Wahlanalyse. Wer hat wie gewählt?, in: Der Spiegel. Wahlsonderheft '09, 28.9.2009, S. 44. Die Forschungsgruppe Wahlen e.V. ermittelte bei den Arbeitslosen sogar einen Anteil von 31 Prozent, das heißt, DIE LINKE schnitt bei dieser Wählergruppe etwa dreimal so gut ab wie im Durchschnitt ihres Wahlergebnisses. Vgl. Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009, S. 77.

- 557 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Bundestagswahl. 27. September 2009, Mannheim 2009, S. 3.
- 558 Vgl. Gewerkschafter haben gewählt, in: ver.di Publik 10/2009, S. 11.
- 559 Vgl. Wefels, Bernhard: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen, in: Rattinger u. a. (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen, S. 103–117, hier S. 114.
- 560 Vgl. Neu, Viola: Die Wahl extremistischer Parteien, in: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, Politische Studien, Themenheft 1/2007, S. 64–82, hier S. 78–79; Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Bundestagswahl. 27. September 2009, S. 3; Neu: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009, S. 75–76.
- 561 Vgl. Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51–52/2005, S. 33–40, hier S. 37–38.
- 562 Ebd., S. 38.
- 563 Nach Daten von Infratest dimap berechnet. Vgl. Landtagswahl Saarland 2009, Tagesschau, o. J., unter: www.tagesschau.de/wahl/archiv/2009-08-30-LT-DE-SL/umfrage-job.shtml (abgerufen am 1.5.2021); Landtagswahl Schleswig-Holstein 2009, Tagesschau, o. J., unter: www.tagesschau.de/wahl/archiv/2009-09-27-LT-DE-SH/umfrage-job.shtml (abgerufen am 1.5.2021).
- 564 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen. 27. Januar 2008, Mannheim 2008, S. 4; Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Bürgerschaftswahl in Hamburg. 24. Februar 2008, Mannheim 2008, S. 2; eigene Berechnungen.
- 565 Vgl. Landtagswahl Schleswig-Holstein 2009, Tagesschau; Bürgerschaftswahl Bremen 2007, Tagesschau, o. J., unter: www.tagesschau.de/wahl/archiv/2007-05-13-LT-DE-HB/umfrage-aktuellethemen.shtml (abgerufen am 1.5.2021); Landtagswahl Saarland 2009, Tagesschau; eigene Berechnungen.
- 566 Walter: Eliten oder Unterschichten?, S. 332.
- 567 Ralf Krämer zit. n. «... die soziale Frage von links und populär wieder ins Spiel bringen». Gespräch mit Ralf Krämer, in: Ernst/Händel/Zimmermann (Hrsg.): Was war? Was bleibt?, S. 61–74, hier S. 72.
- 568 Vgl. ebd., S. 73–74.
- 569 Vgl. Wahlanalyse. Wer hat wie gewählt?, S. 44.
- 570 Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005, S. 527.
- 571 Zusammengestellt und berechnet nach: Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, S. 18–19, 23, 72–73 u. 78–79; Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005, S. 527.
- 572 Vgl. Wahlanalyse. Wer hat wie gewählt?, S. 62.
- 573 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, S. 110–111.
- 574 Vgl. Wahlanalyse. Wer hat wie gewählt?, S. 62; Neu, Viola: Analyse der Bundestagswahl 2005, Arbeitspapier Nr. 157, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, März 2006, S. 27.
- 575 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, S. 107/108.
- 576 Vgl. Wittich, Dietmar: Wählerinnen und Wähler, in: Brie/Hildebrandt/Meuche-Mäker (Hrsg.): DIE LINKE, S. 219–232, hier S. 222.
- 577 Vgl. ebd.
- 578 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE, S. 6.
- 579 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 2. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE.
- 580 Vgl. Sattler, Uwe: In Prag fand am Wochenende der zweite Kongress der Europäischen Linkspartei statt, in: Neues Deutschland, 26.11.2007, S. 2.
- 581 Vgl. Bisky führt Linksfraktion in Brüssel, in: Neues Deutschland, 25.6.2009, S. 1.
- 582 Vgl. Gysi, Gregor: Wir sind jetzt Mitglieder der Partei DIE LINKE! Eröffnungsrede. Eröffnungsrede von Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, o. J., unter: www.die-linke.de/partei/organe/parteitag/archiv/gruendungsparteitag/reden/gregor-gysi/ (abgerufen am 04.06.2015; depubliziert).
- 583 Vgl. «Bitte, enttäuscht uns nicht», S. 3.
- 584 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE, S. 6.
- 585 Vgl. ebd., S. 6–7.
- 586 Vgl. Modrow, Hans: Weder DDR noch China. Um Kubas Realität zu verstehen, muss man seine Geschichte kennen. Zur Rolle Havannas und dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: junge Welt, 23.7.2008, S. 7.
- 587 Vgl. Modrow, Hans/Schulz, Dietmar: Neue Ära, neue Aufgaben. Das Forum São Paulo diskutierte in Montevideo, in: Disput, Juli 2008, S. 36–37.
- 588 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE, S. 7.
- 589 Vgl. Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 2. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE.
- 590 Vgl. Information über das IX. Weltsocialforum und Schlussfolgerungen für die weitere Mitarbeit der LINKEN in der WSF-/ESF-Bewegung(en). Beschluss des Parteivorstandes vom 14. März 2009, in: ADS, Bestand 02.01.1, Parteivorstand (6/2007–5/2010), Vors. Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, Alt-Sign. 2017-002-12.

- 591 Vgl. China hat andere Horizonte. Hans Modrow: Nichts wäre falscher als die Ratschläge Unwissender, Interview, in: Neues Deutschland, 1.10.2009, S. 2.
- 592 Graziella: Unsere Erfahrungen, unsere Kämpfe sagen uns, wir können ein anderes Europa aufbauen!
- 593 Vgl. DIE LINKE: Live-Bericht vom Bundestagswahlparteitag – 1. Tag, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/bundestagswahlparteitag-2009/live-bericht-vom-bundestagswahlparteitag-1-tag/> (abgerufen am 6.5.2021).
- 594 Vgl. Fuchs-Frotscher, Daniela: Links-linkes Treffen in Slubice. Parteien aus Deutschland und Polen vertiefen den Dialog, in: Neues Deutschland, 28.4.2009, S. 8.
- 595 Vgl. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), S. 417.
- 596 Vgl. Nachtwey, Oliver/Spier, Tim: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier/Butzlaff/Micus/Walter (Hrsg.): Die Linkspartei, S. 13–70, hier S. 14.
- 597 Vgl. Petersen, Thomas: Der Zauberklang des Sozialismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.7.2007, S. 5.
- 598 Nachtwey/Spier: Günstige Gelegenheit?, S. 51. Wie Nachtwey und Spier feststellten, agierten Regierung (SPD und Grüne) und Opposition (CDU/CSU und FDP) gemeinsam in einer «informellen Großen Koalition» und stritten nur über das Ausmaß und einzelne Maßnahmen der Agenda 2010. Vgl. ebd., S. 52.
- 599 Eine kleine Ausnahme gab es in der zweiten August- und der ersten Septemberhälfte 2005, als es der SPD gelang, sich im Wahlkampf als «soziales» Korrektiv zur CDU/CSU zu präsentieren. Vgl. Butzlaff: Als David gegen die Goliaths?, S. 266 u. 273.
- 600 Vgl. Vehrkamp, Robert B./Kleinstüber, Andreas: Soziale Gerechtigkeit 2007 – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage. Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2007, S. 5–6 u. 21, unter: www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bsr_dms_23333_23334_2.pdf (abgerufen am 16.7.2021). Nach einer Umfrage des IfD Allensbach vom Februar 2006 war der Anteil derer an der Bevölkerung, die eine ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland sahen, mit 56 Prozent doppelt so groß wie der Anteil derer, die diese für gerecht hielten (28 Prozent). Und 68 Prozent der Bevölkerung waren der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten Jahren abgenommen hatte, während nur drei Prozent eine Zunahme wahrnahmen und 22 Prozent sagten, sie sei in etwa gleich geblieben. Vgl. Vehrkamp, Robert B./Kleinstüber, Andreas: Soziale Gerechtigkeit – Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage. In: Empter, Stefan/Vehrkamp, Robert B. (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme. Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann-Stiftung, Heinz-Nixdorf-Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung, Gütersloh 2007, S. 286–287.
- 601 Vgl. Bergsdorf, Harald: Die neue «Linke». Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008, S. 194.
- 602 Oppelland/Träger: Die Linke, S. 198.
- 603 Petersen: Der Zauberklang des Sozialismus. – Dazu passte, dass im Juli 2007 nach einer Umfrage des IfD Allensbach 40 Prozent der SPD-Anhänger*innen der Aussage zustimmten: «Ich finde, dass die SPD ihre linke Herkunft verraten hat. Sie ist nicht mehr die Partei der kleinen Leute und der Arbeiter, die sie mal war, sondern kümmert sich nur noch um die Interessen der Wirtschaft.» Ebd.
- 604 Allerdings zeichnete sich bereits vor der Bundestagswahl 2009 ab, dass sich die Gewerkschaften – in der Wirtschaftskrise auf der Suche nach kurzfristigen Lösungen – «wieder in Siebenmeilenstiefeln auf die Sozialdemokratie zu» bewegten, nachdem DIE LINKE bei ihnen in den vorangegangenen Jahren «wachsenden Zuspruch» verzeichnet hatte. Vgl. Scharenberg, Albert: Die Lähmung der Linken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2009, S. 5–9, hier S. 7; vgl. auch: Reinecke, Stefan: Die Wiedervereinigung. Gewerkschaften: SPD und DGB legen ein Positionspapier für ein soziales Europa vor. Der Zwist durch die Agenda 2010 scheint vergessen zu sein, in: die tageszeitung, 6.5.2009, S. 2.
- 605 So im Juni 2008. Vgl. den Brief von Oskar Lafontaine und Lothar Bisky an den IG-Metall-Vorsitzenden Berthold Huber vom 19. Juni 2008: Eindruck von Nibelungentreue, in: junge Welt, 26.6.2008, S. 8. Vgl. auch: Fischer, Sebastian/Waldermann, Anselm: Unterwanderungsvorwurf: Wie sich die Gewerkschaften von der Linken befreien, Spiegel Online, 26.6.2008, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,562026,00.html (abgerufen am 27.6.2008). Im Herbst 2008 gab es ein Spitzentreffen zwischen dem Partei- und Fraktionsvorstand der LINKEN und dem Vorstand der IG Metall, das nach den Worten von Werner Dreibus, dem gewerkschaftspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, «ein gutes Klima geschaffen» habe. Vgl. Miteinander statt übereinander reden. Werner Dreibus über das erste Spitzentreffen zwischen LINKEN und IG Metall, Interview, in: Neues Deutschland, 7.11.2008, S. 10. Bei einem Treffen in Berlin Anfang Dezember 2008 vereinbarten DGB-Chef Michael Sommer sowie Gregor Gysi und Lothar Bisky von der Führung der Partei DIE LINKE, ihre Positionen zur Unternehmensmitbestimmung in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe abzustimmen. Vgl. Eine ganze Menge Schnittmenge, in: Der Tagesspiegel, 9.12.2008, unter: www.tagesspiegel.de/politik/Linke-DGB;art771,2680129 (abgerufen am 9.12.2008). Am 17. April 2009 tagte die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN gemeinsam mit DGB-Landeschefs in Hamburg, um das Anti-Krisen-Programm der Partei DIE LINKE «Ein Schutzschirm für Menschen» zu diskutieren. Vgl. Fraktionschefs der LINKEN trafen DGB, in: Neues Deutschland, 18.4.2009, S. 6. Am 2. Juni 2009 präsentierten DGB-Chef Michael Sommer,

- ver.di-Chef Frank Bsirske, die Vorsitzenden der LINKEN Oskar Lafontaine und Lothar Bisky und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Gregor Gysi ein gemeinsames Positionspapier von DGB und LINKE, in dem es um ein gerechteres und soziales Europa, um den Kampf gegen Niedriglöhne, für gleiche Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und um das Streikrecht der Gewerkschaften ging. Vgl. Lutz, Martin: DGB und Linke proben den Schulterschluss, in: *Die Welt*, 3.6.2009, S. 2; Beyer, Ina: Gewerkschaften setzen die Messlatte an. DGB und LINKE verabschieden vor der Europawahl gemeinsames Positionspapier, in: *Neues Deutschland*, 3.6.2009, S. 2.
- 606 So rief das gewerkschaftliche Urgestein Horst Schmitthenner vor der Europawahl 2009 zur Wahl der LINKEN auf. Vgl. Horst Schmitthenner (67), Gewerkschafter aus Siegen: Ich wähle DIE LINKE, ... weil ich ein soziales Europa will, kein Europa der Millionäre, in: *Disput*, März 2009, S. 25. Auch bei Landtagswahlen unterschrieben viele Funktionär*innen aus IG Metall und ver.di Wahlauftrufe zugunsten der Partei DIE LINKE. Vgl. Wilke, Manfred/Baron, Udo: «Die Linke» – Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Reihe: Zukunftsforum Politik, Bd. 96, Sankt Augustin 2009, S. 35. Im Bundestagswahlkampf 2009 warben fast 1.800 Betriebs- und Personalrät*innen, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Gewerkschaftssekretär*innen mit einem öffentlichen Aufruf für die Wahl der Partei DIE LINKE. Vgl. Zeise, Fanny: Worin unsere Stärke besteht ... Die Rolle der Gewerkschaften im Bundestagswahlkampf weist den Weg zu einer unabhängigen Einheitsgewerkschaft, in: *Disput*, Oktober 2009, S. 36.
- 607 Vgl. Hübner/Strohschneider: Lafontaines Linke, S. 219.
- 608 Vgl. Vollmer: *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)*, S. 164.
- 609 Von den ostdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern, die sich einer Partei verbunden fühlten, waren über 40 Prozent Anhänger*innen der LINKEN. Bei Mitgliedern von Betriebsrät*innen war dieser Anteil noch deutlich höher. Auch in Westdeutschland lag der Anteil der Anhänger*innen der LINKEN bei Betriebsratsmitgliedern höher als im westdeutschen Durchschnitt. Vgl. Kroh, Martin/Siedler, Thomas: Die Anhänger der «Linken»: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten, in: *Wochenbericht des DIW* 41/2008, S. 632–633.
- 610 Vgl. Weißels: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen, S. 114.
- 611 Vgl. Stöss, Richard: Wie konnten Postkommunisten erfolgreich bleiben? Das Beispiel der PDS, in: Veen, Hans-Joachim/Mählert, Ulrich/Schlichting, Franz-Josef (Hrsg.): *Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa*, Köln u. a. 2008, S. 149–173, hier S. 169–170.
- 612 Rugenstein: Nach der günstigen Gelegenheit, S. 66–67.
- 613 Vgl. Oppelland/Träger: *Die Linke*, S. 205.
- 614 Brie: *Der Lafontainismus*, S. 40.
- 615 König: *Der Chef und sein Anwalt – Lafontaine und Gysi*, S. 48.
- 616 Vgl. Schmitt-Beck, Rüdiger: Spitzenkandidaten, in: Rattinger u. a. (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen*, S. 205–222, hier S. 217–218.
- 617 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V.: *Landtagswahl im Saarland*. 25. März 2012, Mannheim 2012, S. 2.
- 618 Lorenz, Robert: *Techniker der «kalten Fusion»*. Das Führungspersonal der Linkspartei, in: Spier/Butzlaff/Micus/Walter (Hrsg.): *Die Linkspartei*, S. 275–323, hier S. 298.
- 619 Vgl. Bergsdorf: Die neue «Linke», S. 177 u. 198.
- 620 Vgl. Lafontaine am häufigsten, *Frankfurter Rundschau Online*, 28.1.2009, unter: www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/medien/?em_cnt=1666223&em_loc=91 (abgerufen am 28.1.2009; depubliziert).
- 621 Decker, Frank/Hartleb, Florian: *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik*, in: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützlich Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 191–215, hier S. 209.
- 622 Vgl. Hilmer: *Bundestagswahl 2009*, S. 175.
- 623 Information von Alrun Kaune-Nüßlein, die in den hier behandelten Jahren Pressesprecherin des Parteivorstands der LINKEN war. Vgl. E-Mail von Alrun Kaune-Nüßlein vom 23. März 2022 an den Autor.
- 624 Vgl. DIE LINKE: *Auf dem Weg zur neuen Linken – eine Chronologie*, o. J., unter: www.die-linke.de/partei/ueber-uns/geschichte/chronologie/ (abgerufen am 3.5.2021).
- 625 Vgl. Niedermayer, Oskar: *Parteimitgliedschaften im Jahre 2019*, in: *ZParl* 2/2020, S. 441.
- 626 Neugebauer: «Quo vadis?», S. 165. Nach einem jahrelangen Entfremdungsprozess zwischen der Partei DIE LINKE und ihrem früheren Vorsitzenden erklärte Oskar Lafontaine am 17. März 2022 seinen Austritt aus der Partei. Vgl. Zeising, Max: *Bruch nach jahrelanger Entfremdung*. Oskar Lafontaine tritt aus der Linken aus und übt schwerwiegende Kritik an führenden Parteimitgliedern, in: *Neues Deutschland*, 18.3.2022, S. 5.
- 627 Andreas M. Vollmer konstatierte: «Nur selten kamen in der Ära Lafontaine (2007–2010) die Konflikte in bzw. um die Strömungen in die Öffentlichkeit, jedenfalls nicht zum Schaden für die Attraktivität der (Bundes-)Partei.» Vollmer: *Der Zerfall der Partei DIE LINKE im Westen*, S. 200.
- 628 Exemplarisch stand dafür die Kontroverse zwischen dem Rechtswissenschaftler Uwe-Jens Heuer, Sprecher des Marxistischen Forums der LINKEN, und dem Philosophen Michael Brie, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der Tageszeitung *Neues Deutschland*. Während Heuer erklärte: «Eine

Revolution, die darauf verzichtet, die politischen Freiheitsrechte ihrer Feinde einzuschränken, gibt sich selbst auf.», antwortete Brie: «Nicht die erneute Errichtung einer Diktatur im Namen der Gleichheit, sondern die umfassende Demokratisierung, der Ausbau der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger macht den Kern des Sozialismus im 21. Jahrhundert aus.» Heuer, Uwe-Jens: Soziale Menschenrechte in den Vordergrund stellen, in: Neues Deutschland, 6.6.2008, S. 14; Brie, Michael: Freiheit oder Gleichheit? Eine falsche Alternative, in: Neues Deutschland, 6.6.2008, S. 14.

629 Vgl. Wahlforscher: Linke hat als Reparaturbetrieb der Sozialdemokratie keine Zukunft, Interview mit Horst Kahrs, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 29.9.2021, unter: www.rnd.de/politik/bundestagswahl-2021-warum-hat-die-linke-so-schlecht-abgeschnitten-FZTUNBEDYFDJFE77GB3EAJ7VNM.html (abgerufen am 19.10.2021).

630 Vgl. Fülberth, Georg: Lafontaines Traum, in: der Freitag. Die Wochenzeitung, 48/2021, S. 3.

631 Vgl. Kahrs, Horst: Veränderung muss sein – nur wie viel und wohin? Horst Kahrs über die «wohllosierte Veränderung» der neuen Ampelkoalition, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, 2022, unter: www.rosalux.de/news/id/45419?pk_campaign=Newsletter&pk_medium=12%2f2021 (abgerufen am 2.12.2021).

632 Ebd.

ANHANG

1 Zeittafel zur Geschichte der Partei DIE LINKE von den Anfängen (2005) bis zum September 2009¹

2005	
18. März 2005	Lothar Bisky und Dagmar Enkelmann führen in Frankfurt am Main erste Gespräche über eine Zusammenarbeit mit der WASG.
22. Mai 2005	Die WASG erreicht bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2,2 Prozent, die PDS 0,9 Prozent der Stimmen. Die SPD erleidet eine deutliche Wahlniederlage (minus 5,7 Prozent der Stimmen; Verlust der Regierung). Bundeskanzler Schröder verkündet vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag.
24. Mai 2005	Austritt von Oskar Lafontaine aus der SPD und Angebot einer Kandidatur für ein Linksbündnis bei der nächsten Bundestagswahl
28. Mai 2005	Die PDS eröffnet mit einer Parteikonferenz in der Kongresshalle am Alexanderplatz in Berlin den vorgezogenen Bundestagswahlkampf 2005. Lothar Bisky wertet das mögliche Zusammengehen mit der WASG als eine große Zukunftschance.
30. Mai 2005	Erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und der WASG. Die Fortsetzung der Gespräche in Arbeitsgruppen wird vereinbart. Oskar Lafontaine gibt sein Parteibuch an die SPD zurück und beendet damit auch formal seine Mitgliedschaft.
3. Juni 2005	Lothar Bisky, Dagmar Enkelmann, Katja Kipping, Rolf Kutzmutz, Bodo Ramelow, Uwe Hobler und Georg Fehst führen Gespräche mit der WASG in Fürth. Gregor Gysi erklärt seine Bereitschaft zur Spitzenkandidatur bei vorgezogenen Bundestagswahlen.

9. Juni 2005	Lothar Bisky und weitere Mitglieder des Parteivorstands der PDS setzen in Berlin die Gespräche mit WASG-Vorstand Klaus Ernst und weiteren WASG-Mitgliedern fort.
10. Juni 2005	Öffentliche Ankündigung einer Kandidatur für das Linksbündnis von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine «Leverkusener Erklärung» von 40 WASG-Mitgliedern aus 15 nordrhein-westfälischen Orts- und Kreisverbänden sowie aus dem Kreisverband Aurich-Emden, in der erhebliche Bedenken gegen ein Zusammengehen der WASG mit der PDS artikuliert werden.
11. Juni 2005	Der Bundesvorstand der PDS bestätigt das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen, die Absicht einer Umbenennung der PDS und die Kandidatur von Mitgliedern der WASG auf Landeslisten der PDS. Lothar Bisky erklärt auf einer Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, dass beide Parteien innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken auf den Weg bringen wollen.
12. Juni 2005	Der Bundesvorstand und die Landesvorstände der WASG bestätigen das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen.
17. Juni 2005	Klaus Ernst und Lothar Bisky unterzeichnen das Kooperationsabkommen I zwischen WASG und PDS, in dem eine Vereinigung beider Parteien nach spätestens zwei Jahren vorgeschlagen wird.
18. Juni 2005	Oskar Lafontaine wird gemeinsam mit seiner Ehefrau Christa Müller Mitglied der WASG.
21. Juni 2005	Fortsetzung von Sondierungsgesprächen zwischen der PDS und der WASG in Frankfurt am Main
Juni/Juli 2005	Die Linkspartei erreicht in mehreren Umfragen bei der Sonntagsfrage erstmalig mehr als zehn Prozent der Stimmen.
3. Juli 2005	Parteitag der WASG in Kassel. Beschlossen wird eine Urabstimmung über Kandidaturen der WASG auf den Listen der Linkspartei zur Bundestagswahl 2005 und über die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses. Katja Kipping hält ein Grußwort.
15. Juli 2005	Abschluss der WASG-Urabstimmung 2005: 81,8 Prozent der WASG-Mitglieder stimmen für eine Kandidatur auf den offenen Listen einer Linkspartei, 85,3 Prozent für die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses (Wahlbeteiligung: 70 Prozent). Die PDS begrüßt die Zustimmung der WASG-Mitglieder für ein Zusammengehen mit der PDS.
17. Juli 2005	Eine Außerordentliche Tagung des 9. Parteitags der PDS in Berlin beschließt den Parteineubildungsprozess mit der WASG und im Interesse einer neuen bundespolitisch wirksamen Linken in Deutschland mit 74,6 Prozent der Delegiertenstimmen die Umbenennung der PDS in Linkspartei.PDS. WASG-Vorstand Klaus Ernst hält ein Grußwort.

30. Juli 2005	Wahl Oskar Lafontaines zum Spitzenkandidaten auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen der Linkspartei.PDS auf einer Mitgliederversammlung in Essen. Zugleich kandidiert Oskar Lafontaine für ein Direktmandat im Wahlkreis Saarbrücken.
4. August 2005	Abschluss des Kooperationsabkommens II zwischen WASG und Linkspartei.PDS; Bildung einer Steuerungsgruppe aus Mitgliedern beider Parteien sowie von Arbeitsgruppen, in denen die Gründungsdokumente erarbeitet werden
6. August 2005	In allen 16 Bundesländern sind die Landeslisten der Linkspartei.PDS zu den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 gewählt. Auf ihnen kandidieren neben Mitgliedern der Linkspartei.PDS auch Mitglieder der WASG und Parteilose.
18. August 2005	Treffen von Lothar Bisky mit WASG-Vorstand Klaus Ernst im Berliner Karl-Liebknecht-Haus
19. August 2005	Alle Landeslisten der Linkspartei.PDS sind durch den Bundeswahlleiter zur Bundestagswahl 2005 zugelassen.
27. August 2005	Die Linkspartei.PDS beschließt ihr Wahlprogramm «Gemeinsam für eine neue soziale Idee» zur Bundestagswahl 2005 auf einem Parteitag in Berlin.
1. September 2005	Der Linkspartei.PDS gehören 61.385 Mitglieder an. Die WASG hat 10.500 Mitglieder.
7. September 2005	Gregor Gysi und Oskar Lafontaine stellen ein 100-Tage-Programm vor, das die Bundestagsfraktion der Linkspartei.PDS im Falle ihrer Wahl in den Bundestag realisieren will.
18. September 2005	Bei der Bundestagswahl erreicht die Linkspartei.PDS 8,7 Prozent der Wählerstimmen; zwölf Mitglieder der WASG ziehen auf ihren Listen in den Bundestag ein. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine werden Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.
5. Oktober 2005	Klausur der direkt gewählten Parteivorstandsmitglieder der Linkspartei.PDS und des WASG-Vorstands in Elgersburg (Thüringen)
22. Oktober 2005	Die Verhandlungsgruppe der Linkspartei. PDS führt im Berliner Intercity-Hotel am Ostbahnhof weitere Gespräche mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand der WASG.
25. Oktober 2005	Gespräch von Lothar Bisky mit WASG-Vorstand Thomas Händel im Berliner Karl-Liebknecht-Haus.
22. November 2005	Im Berliner Karl-Liebknecht-Haus findet ein weiteres Sondierungsgespräch von Linkspartei.PDS und WASG statt. Es wird über ein Rahmenabkommen zum Parteibildungsprozess verhandelt.
3./4. Dezember 2005	Die Vorstände beider Parteien beschließen im Kooperationsabkommen III, bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei zu erreichen.
6. Dezember 2005	In Berlin unterzeichnen Lothar Bisky und Bodo Ramelow für die Linkspartei.PDS und Klaus Ernst und Thomas Händel für die WASG das Kooperationsabkommen III.

10./11. Dezember 2005	Die 3. Tagung des 9. Parteitags in Dresden wählt Lothar Bisky erneut zum Vorsitzenden der Linkspartei.PDS. Die Delegierten diskutieren den Kurs der Parteineubildung und die Chancen der neuen Linken und bestätigen das Kooperationsabkommen III. Sie beschließen die Doppelmitgliedschaft bis zur Verschmelzung mit der WASG und eine Urabstimmung am Ende dieses Prozesses. Der Leitantrag «Für eine neue soziale Idee. Gemeinsam» wird angenommen und bestimmt die Schwerpunkte im Parteibildungsprozess. Dietmar Bartsch wird neuer Bundesgeschäftsführer.
29. Dezember 2005	Oskar Lafontaine erklärt dem Landesvorstand Saar schriftlich seinen Eintritt in die Linkspartei.PDS.
2006	
2006	WASG und Linkspartei.PDS bestreiten gemeinsam Wahlkämpfe in mehreren Bundesländern und Kommunen und beteiligen sich gemeinsam an der Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie, gegen die Rente mit 67, gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, für einen gesetzlichen Mindestlohn u. v. m.
4. Januar 2006	Lothar Bisky, Katja Kipping und Helmut Scholz sprechen in Berlin mit Vertreter*innen von außerparlamentarischen Bewegungen über gemeinsame Interessen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit.
12. Januar 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Ebendorff bei Magdeburg
24. bis 27. Januar 2006	Lothar Bisky nimmt in Caracas (Venezuela) am Weltsozialforum teil und führt Gespräche zur Perspektive und zur Zusammenarbeit der Linken.
6. Februar 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
23. Februar 2006	Gemeinsame Vorstellung der Eckpunkte für das zukünftige Programm der Partei DIE LINKE
26. Februar 2006	Oskar Lafontaine fordert in einem Brief die Berliner WASG-Mitglieder auf, für einen gemeinsamen Wahlantritt von WASG und Linkspartei.PDS zu stimmen. Die Berliner WASG führt dazu eine Mitgliederbefragung durch.
28. Februar 2006	In London spricht Lothar Bisky vor Student*innen des German Symposiums zur Gründung der neuen Linken in Deutschland.
4. März 2006	Auf dem Landesparteitag der Linkspartei.PDS Thüringen in Eisenberg wirbt Lothar Bisky für den Parteineubildungsprozess.
8. März 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
21. bis 23. März 2006	Auf Wahlkampftour in Schwenningen, Rottweil, Reutlingen-Betzingen, Obrigheim, Buchen und Mosbach (Baden-Württemberg) wirbt Lothar Bisky für die Wahl der WASG.

26. März 2006	Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erreichen WASG und Linkspartei.PDS 3,1 Prozent der Wählerstimmen, in Rheinland-Pfalz 2,6 Prozent und die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt 24,1 Prozent. Bei den Kommunalwahlen werden in Hessen über 100 Mandate errungen.
2. April 2006	Abschluss der WASG-Urabstimmung 2006: 78,3 Prozent der WASG-Mitglieder stimmen für den Parteibildungsprozess und dafür, dass es nur noch um das Wie, nicht mehr um das Ob geht (Wahlbeteiligung: 57 Prozent).
5. April 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
20./21. April 2006	In Stockholm führt Lothar Bisky Gespräche zur Programmatik und zur Strategie der Linken mit Lars Ohly, Vorsitzender der schwedischen Linkspartei, und Mats Einarsson, Leiter der Programmgruppe der schwedischen Linkspartei.
22. April 2006	Auf dem Landesparteitag der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern in Sternberg referiert Lothar Bisky über den Parteinebildungsprozess.
26. April 2006	Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS richtet einen Appell an die Delegierten des Bundesparteitags der WASG am 29./30. April 2006 in Ludwigshafen, in dem er für eine konstruktive Fortsetzung der guten Zusammenarbeit eintritt.
27. April 2006	In einem Brief an den Bundesvorstand der WASG fordert Bodo Ramelow die Einhaltung gemeinsam getroffener Vereinbarungen im Interesse des Aufbaus einer neuen Linken.
29./30. April 2006	Der WASG-Parteitag in Ludwigshafen startet eine Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. Annahme des Leitantrags «Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie! – Für eine pluralistische, gesamtdeutsche Partei der Linken» und Beschlüsse gegen Konkurrenz kandidaturen von Linkspartei.PDS und WASG (Ratifizierung des Kooperationsabkommens III zwischen WASG und Linkspartei.PDS). Die 1. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS in Halle/Saale führt eine programmatische Debatte im Parteibildungsprozess, beschließt das Aktionsprogramm «Die Aufgaben der Linkspartei.PDS im Jahr 2006» und wählt einen neuen Vorstand. Lothar Bisky wird erneut zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Die Partei beschließt – wie die WASG auf ihrem Parteitag – eine gemeinsam vorbereitete Mindestlohnkampagne.
1. Mai 2006	Start der gemeinsamen Mindestlohnkampagne
7. Mai 2006	Erster Bürgermeister der WASG gewählt: Frank Fiebig erzielt bei den Bürgermeisterwahlen in Gräfenroda (Thüringen) die absolute Mehrheit.
13. Mai 2006	Auf der 7. Bundesdelegiertenkonferenz von solid in Potsdam redet Lothar Bisky zur Parteineubildung.

22. Mai 2006	Die Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG verabschieden eine gemeinsame Erklärung zum geplanten Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Bush am 14. Juli 2006 in Stralsund unter dem Titel «Nicht willkommen, Herr Präsident! Not welcome, Mr. President!».
6. Juni 2006	In der Bundespressekonferenz wird ein Gründungsaufwurf für die neue Linke vorgestellt, den führende Vertreter*innen beider Parteien unterzeichnet haben: Oskar Lafontaine, Lothar Bisky, Gregor Gysi, Katja Kipping, Felicitas Weck und Klaus Ernst.
7. Juni 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
23. Juni 2006	Lothar Bisky lädt zu einer Veranstaltung zur Programmdebatte mit der Schriftstellerin Daniela Dahn und dem Europaabgeordneten André Brie ins Theaterhaus Berlin-Mitte ein.
5. Juli 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
10. Juli 2006	Auf einem Workshop in Palermo (Italien) spricht Lothar Bisky über die Kulturgeschichte Europas und die neue Linke in Deutschland.
2. August 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
3. September 2006	Auf Einladung von Lothar Bisky, Klaus Ernst, Thomas Händel und Detlef Hensche findet in Berlin ein Treffen mit Gewerkschafter*innen und Sozialwissenschaftler*innen zu Erwartungen an eine neue Linke statt.
6. September 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
10. September 2006	Erfolge für die Linkspartei.PDS und die WASG, die nach gemeinsamen Absprachen in unterschiedlichen Listenverbindungen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen antreten. Es werden 126 kommunale Mandate errungen.
12. September 2006	Auf einer Wahlkampfveranstaltung der Linkspartei.PDS Berlin-Hohenschönhausen/Lichtenberg spricht Lothar Bisky zum Thema «Wie weiter mit der Linken?» Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow wenden sich in einem Brief an die Basisgruppenorganisator*innen und an die Delegierten des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS, in dem sie den weiteren Weg und die Aufgaben des Parteineubildungsprozesses erläutern.
17. September 2006	Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern tritt die WASG gegen die Linkspartei.PDS an. Die Linkspartei.PDS verliert in Berlin die Hälfte ihrer Stimmen und erreicht 13,4 Prozent. Die WASG kommt auf 2,9 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern erreicht die Linkspartei.PDS 16,8 und die WASG 0,5 Prozent der Wählerstimmen. Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen erreichen beide Parteien zusammen über 100 Mandate.
20. September 2006	Beratung der Steuerungsgruppe der Linkspartei.PDS und WASG in Berlin

27. September 2006	Juristisches Kolloquium der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG zur Verschmelzung beider Parteien auf der Grundlage des Morlock-Gutachtens in Berlin
30. September 2006	Programmkonvent von WASG und Linkspartei.PDS in Hannover. In Workshops und Plenarberatungen wird der Entwurf der «Programmatischen Eckpunkte II» diskutiert. Lothar Bisky referiert zum Eckpunkteentwurf.
4./11. Oktober 2006	Beratungen der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
22. Oktober 2006	Gemeinsame Tagung der Vorstände von WASG und Linkspartei.PDS in Erfurt; Diskussion und Verabschiedung der «Programmatischen Eckpunkte II» und eines Satzungsentwurfs der neuen Partei
24. Oktober 2006	Lothar Bisky wendet sich nach der Verabschiedung der Entwürfe der Gründungsdokumente der neuen Linkspartei mit einem Brief an die Mitglieder der Partei.
1. November 2006	Bodo Ramelow erläutert in einem Brief an den Parteivorstand, den Parteirat und an alle Landes- und Kreisvorstände der Linkspartei.PDS die weiteren Aufgaben und Probleme im Parteineubildungsprozess.
1. bis 30. November 2006	Debatte um die Gründungsdokumente auf zahlreichen Regional Konferenzen und in Basisveranstaltungen, die gemeinsam mit der WASG veranstaltet werden.
November 2006	Freiburg stoppt mittels Bürgerentscheid den Verkauf von 8.000 städtischen Wohnungen. Die WASG ist eine der tragenden Säulen dieser Kampagne.
8. November 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
17. November 2006	Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine beantragen bei den Parteivorständen der Linkspartei.PDS und der WASG, den vorliegenden Programmentwurf zu ergänzen und damit die programmatische Richtung der neu zu bildenden Partei klarer zu bestimmen.
18./19. November 2006	WASG-Parteitag in Geseke mit Neuwahlen zum Bundesvorstand und Umwandlung zum eingetragenen Verein (e. V.), um die juristischen Anforderungen an den Parteineubildungsprozess zu erfüllen. Annahme des Leitantrags «Für eine vereinte Partei der Linken – gemeinsam gegen Neoliberalismus»
26. November 2006	Außerordentliche Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS. Anlass ist eine Änderung des Statuts der Linkspartei.PDS zur Umwandlung der Partei von einem nicht rechtsfähigen in einen rechtsfähigen Verein, damit die Parteineugründung nach dem Umwandelungsgesetz – juristisch erfolgreich – gestaltet werden kann.
Dezember 2006	Die von der WASG initiierte Unterschriftensammlung «Rettet den Bocholter» hat Erfolg: Die Nahverkehrsstrecke in Nordrhein-Westfalen bleibt erhalten.
8. Dezember 2006	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin

10. Dezember 2006	Eine gemeinsame Bundesvorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG beschließt die Gründungsdokumente («Programmatische Eckpunkte», Satzung, Schiedsordnung, Finanzordnung und einen Namensvorschlag) als Anträge an die parallelen Bundesparteitage im März 2007 in Dortmund.
2007	
13. Januar 2007	In Berlin tagen der Vorstand der Partei der Europäischen Linken (EL) und der Rat der Parteivorsitzenden. Lothar Bisky informiert über die Parteineubildung.
Februar 2007	Die WASG mobilisiert bundesweit gegen die Rente mit 67 Jahren.
3. Februar 2007	Auf einem Landesparteitag der Linkspartei.PDS Brandenburg in Blossin wirbt Lothar Bisky für die Parteineubildung.
9. Februar 2007	Beratung der Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin
24./25. März 2007	Auf getrennten Parteitagern machen Linkspartei.PDS und WASG in Dortmund den Weg frei für die neue linke Partei. Die Delegierten der WASG beschließen die «Programmatischen Eckpunkte», die Bundes-satzung und weitere Gründungsdokumente für die zukünftige Partei DIE LINKE. Dem Verschmelzungsvertrag stimmen die WASG-Delegierten mit 86,7 Prozent der Stimmen zu. Die Delegierten der Linkspartei.PDS nehmen nach zweitägiger Debatte die Gründungsdokumente der zukünftigen Partei mit 96,9 Prozent an.
30. März bis 18. Mai 2007	Urabstimmung über die Gründung der Partei DIE LINKE: 96,9 Prozent der an der Urabstimmung teilnehmenden Mitglieder der Linkspartei.PDS stimmen für die Verschmelzung mit der WASG. 83,9 Prozent der WASG-Mitglieder votieren für die Fusion mit der Linkspartei (Wahlbeteiligung: 49,8 Prozent).
18. bis 22. April 2007	Sachsen-Tour von Lothar Bisky. In Leipzig, Borna, Oelsnitz, Stollberg, Hoyerswerda, Delitzsch und Eilenburg wirbt Lothar Bisky für eine erfolgreiche Urabstimmung bei Mitgliedern der Linkspartei.PDS. Er führt Gespräche mit Betriebsräten und Bürgerinitiativen über die sozialen Probleme der jeweiligen Region.
21. April 2007	Gemeinsame Sitzung der Parteivorstände von Linkspartei.PDS und WASG im Berliner Karl-Liebknecht-Haus zur Vorbereitung des Gründungsparteitags
13. Mai 2007	Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft ziehen Linkspartei.PDS und WASG gemeinsam unter dem Label DIE LINKE mit 8,4 Prozent der Stimmen erstmals in ein Landesparlament der alten Bundesländer ein. Der künftigen Bürgerschaftsfraktion gehören sieben Mitglieder der Linkspartei.PDS und der WASG an.
15. Juni 2007	In Berlin finden die 3. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS und ein außerordentlicher Parteitag der WASG in getrennten Sälen des Hotels Estrel statt. Die Delegierten beider Parteien stimmen jeweils über ihr Personaltableau in der Führung der neuen Partei DIE LINKE ab.

16. Juni 2007	Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE im Hotel Estrel in Berlin
Juli 2007	60 Gewerkschafter*innen – darunter viele Ex-Sozialdemokrat*innen und einige frühere Grüne – treten gemeinsam der Partei DIE LINKE bei.
25. August 2007	Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE beschließt die Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und beruft ihre Mitglieder.
15. September 2007	Viele Mitglieder der LINKEN beteiligen sich an der rund 10.000 Teilnehmer*innen zählenden Demonstration gegen den Afghanistan-Krieg in Berlin.
21. bis 23. September 2007	Veranstaltungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und der Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament zur Erinnerung an den Internationalen Sozialisten-Kongress 1907 in Stuttgart.
22. September 2007	Mitglieder der LINKEN beteiligen sich an der 15.000 Teilnehmer*innen zählenden Demonstration in Berlin gegen die Einschränkung von sozialen und Bürgerrechten.
13. Oktober 2007	Der Parteivorstand der LINKEN beschließt die Berufung einer Programmkommission.
2. November 2007	Bürgermeisterkonferenz der LINKEN im Roten Rathaus in Berlin
2. bis 4. November 2007	Energiapolitische Konferenz der Partei DIE LINKE und ihrer Bundestagsfraktion in Hamburg
9./10. November 2007	Konferenz der LINKEN zum Thema «Öffentliche Unternehmen stärken – Privatisierungen stoppen» in Hannover
23. bis 25. November 2007	Bildungspolitische Konferenz der LINKEN in Hamburg
24. November 2007	Lothar Bisky wird zum neuen Vorsitzenden der Partei der Europäischen Linken gewählt.
Mitte Dezember 2007	Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine publizieren ein Papier, in dem eine positive Bilanz der rot-roten Berliner Landesregierung gezogen wird.
12. Dezember 2007	Konstituierung des Ältestenrats der Partei DIE LINKE. Leitung: Hans Modrow
2008	
22. Januar 2008	Mitglieder der LINKEN beteiligen sich an der Großdemonstration gegen die Schließung des Nokia-Werks in Bochum mit 15.000 Teilnehmer*innen und am Aktionstag am 10. Februar 2008 mit mehr als 6.000 Teilnehmer*innen.
27. Januar 2008	Bei der Landtagswahl in Hessen zieht DIE LINKE mit 5,1 Prozent der Stimmen in den Landtag ein und hat dort sechs Sitze. Bei der am selben Tag stattfindenden Landtagswahl in Niedersachsen kommt DIE LINKE sogar auf 7,1 Prozent der Wählerstimmen und elf Mandate.
28. Januar 2008	Der Parteivorstand der LINKEN bekräftigt in einer Erklärung: «Der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System gehört zum Gründungsverständnis der Partei DIE LINKE.»

5. Februar 2008	Der Ältestenrat unterbreitet ein Angebot zum Fortgang der Programmdebatte der Partei DIE LINKE.
24. Februar 2008	Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg erzielt DIE LINKE 6,4 Prozent der Wählerstimmen und acht Mandate. Die Partei verfügt damit über insgesamt 244 Mandatsträger*innen, davon sieben im Europäischen Parlament, 53 im Deutschen Bundestag und 184 in den Länderparlamenten. Der Parteivorstand der LINKEN lehnt den Vertrag von Lissabon ab.
25. Februar 2008	Der Parteivorstand der LINKEN beruft die Mitglieder der neuen Kommission Politische Bildung.
1. März 2008	Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag «Nokia ist überall – was tun?» im Bochumer IG-Metall-Haus
21. bis 23. März 2008	An den Ostermärschen beteiligen sich zahlreiche Mitglieder der Partei DIE LINKE.
12. April 2008	Der Parteivorstand der LINKEN beschließt das «Zukunftsinvestitionsprogramm» in Höhe von jährlich 50 Milliarden Euro.
14. April 2008	Gregor Gysi hält aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung des Staates Israel in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin eine Rede, in der er ausdrücklich Angela Merkels Satz vom Existenzrecht Israels als deutsche «Staatsräson» bekräftigt.
24. April 2008	Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag stimmt unter der Losung «Ja zu Europa, Nein zum EU-Vertrag» als einzige Fraktion gegen den Vertrag von Lissabon.
25./26. April 2008	Ostdeutschland-Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE. in Dresden
23. Mai 2008	Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. veröffentlicht ihr 100-Punkte-Programm.
24./25. Mai 2008	1. Parteitag der Partei DIE LINKE in Cottbus
7. Juni 2008	DIE LINKE in Baden-Württemberg startet in Stuttgart ihre Kampagne «Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Renten».
17. Juni 2008	Der Hessische Landtag beschließt mit den Stimmen von LINKEN, SPD und Grünen in dritter Lesung das Gesetz über die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen.
Anfang Juli 2008	220 Mitarbeiter*innen der Saarbahn GmbH treten in die Partei DIE LINKE ein.
16. Juli 2008	Der Ältestenrat meldet sich erneut in der Programmdebatte der Partei DIE LINKE mit einer Erklärung zum Umgang mit der Geschichte zu Wort.
30. August 2008	2.000 Friedensbewegte demonstrieren am Luftwaffenstandort Büchel in der Eifel gegen die «atomare Teilhabe» Deutschlands, darunter viele Mitglieder der Partei DIE LINKE.
5. bis 7. September 2008	Zum «Tag der Sachsen» in Grimma startet DIE LINKE im Freistaat ihre vom 1. Parteitag in Cottbus beschlossene Rentenkampagne.

19. September 2008	In Berlin demonstrieren circa 7.000 Menschen gegen die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan. Mitorganisatorin ist Christine Buchholz, Mitglied des LINKE-Parteivorstands.
28. September 2008	Bei der Landtagswahl in Bayern scheitert DIE LINKE mit 4,4 Prozent knapp an der Fünfprozenthürde.
29. September 2008	Der Parteivorstand der LINKEN legt einen ersten Entwurf des Wahlprogramms für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 vor.
3. bis 5. Oktober 2008	Frauenkongress der Partei DIE LINKE in Erkner bei Berlin
17. Oktober 2008	Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag akzeptiert zwar das Eilverfahren, mit dem das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMSStG) durch das Parlament gepeitscht wird, lehnt das Gesetz selbst aber ab.
29./30. November 2008	DIE LINKE ist Gastgeber der ersten Wahlkonferenz der Partei der Europäischen Linken in Berlin.
23. Dezember 2008	In der Presse wird eine Liste mit Änderungsvorschlägen am Entwurf des Programms der LINKEN zur Europawahl 2009 bekannt, mit der ostdeutsche Europapolitiker*innen eine konstruktivere Bewertung der EU anmahnen und kritisieren, dass der Programmtext «überwiegend von einer Anti-EU-Haltung» geprägt sei.
2009	
17. Januar 2009	Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag veröffentlicht die «Frankfurter Erklärung» für einen neuen Gesellschaftsvertrag.
18. Januar 2009	Bei der Landtagswahl in Hessen gelingt der LINKEN mit 5,4 Prozent der Stimmen und sechs Mandaten erstmals der Wiedereinzug in ein Landesparlament in Westdeutschland.
19. Januar 2009	Der Parteivorstand beschließt einen überarbeiteten Entwurf des Europawahlprogramms als Leitantrag an den Essener Parteitag der LINKEN.
Mitte Januar 2009	Der Bundesausschuss der LINKEN legt einen Vorschlag für die ersten 16 Plätze auf der Bundesliste der Partei zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 vor.
7. Februar 2009	Rund 3.500 Kriegsgegner*innen demonstrieren in der bayerischen Landeshauptstadt gegen die Münchner Sicherheitskonferenz, darunter Mitglieder der LINKEN. Gewerkschaftspolitische Konferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN in Peine
14. Februar 2009	Gegen einen Nazi-Aufmarsch protestieren in Dresden unter dem Motto «GehDenken» über 12.500 Menschen, darunter Gregor Gysi und andere Mitglieder der LINKEN.
19. Februar 2009	Der Ältestenrat äußert sich in einem Positionspapier zum künftigen Profil der Partei DIE LINKE und zu ihrem Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft.
28. Februar bis 1. März 2009	Europaparteitag und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE in Essen

12. März 2009	DIE LINKE startet ihre Kampagne «Ein Schutzschirm für Menschen» mit bundesweiten Aktionen vor Arbeitsämtern und Großbetrieben.
28. März 2009	Zehntausende Menschen, darunter viele Mitglieder der LINKEN, demonstrieren in Frankfurt am Main und Berlin gegen die Abwälzung der Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die arbeitenden Menschen; Motto: «Wir zahlen nicht für eure Krise». Geschichtskonferenz der sächsischen LINKEN in Dresden
3./4. April 2009	Anlässlich des Nato-Gipfeltreffens in Strasbourg und Baden-Baden demonstrieren 16.000 Menschen, darunter viele Mitglieder der LINKEN, gegen das Militärbündnis.
23. April 2009	DIE LINKE der Region Hannover unterstützt die Aktionen der Beschäftigten der Continental AG in Hannover im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.
27. April 2009	Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch erklärt vor der Presse, dass DIE LINKE über 75.000 Mitglieder hat und 181 Landtagsabgeordnete, 199 haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister*innen und Landrät*innen stellt.
11. Mai 2009	DIE LINKE stellt auf einer Pressekonferenz den Entwurf ihres Bundestagswahlprogramms vor.
16. Mai 2009	Umweltpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in Berlin
18. Mai 2009	DIE LINKE stellt das «Leitbild Ostdeutschland 2020» vor.
23. Mai 2009	Bei der Wahl des deutschen Bundespräsidenten erhält der von der LINKEN vorgeschlagene Schauspieler Peter Sodann 91 Stimmen.
28. Mai 2009	Die Mehrheit des Bundestags lehnt alle 17 Anträge der LINKEN-Fraktion zur Rentenüberleitung ab.
Juni 2009	DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern steht in der Werften-Krise an der Ostseeküste an der Seite der für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfenden Werftarbeiter*innen.
7. Juni 2009	Bei der Wahl zum Europäischen Parlament erringt DIE LINKE 7,5 Prozent der Wählerstimmen und acht Mandate. In der Folge wird Lothar Bisky zum Vorsitzenden der Fraktion GUE/NGL gewählt.
20./21. Juni 2009	Bundestagswahl-Parteitag der Partei DIE LINKE in Berlin
30. Juni 2009	Der Ältestenrat begrüßt die Ergebnisse des Bundestagswahl-Parteitags der LINKEN 2009 und hält es für zweckmäßig, einen auf die Hauptforderungen orientierenden Wahlkampf zu führen.
25. August 2009	DIE LINKE in Sachsen legt ein Programm zur «wirtschaftlichen Erneuerung» des Freistaats vor.
30. August 2009	Bei der Landtagswahl im Saarland zieht DIE LINKE mit 21,3 Prozent der Wählerstimmen in den Landtag ein und hat dort elf Sitze. Bei der am selben Tag in Sachsen stattfindenden Landtagswahl erringt DIE LINKE 20,6 Prozent der Stimmen und 29 Mandate. Bei der Landtagswahl in Thüringen gewinnt DIE LINKE 27,4 Prozent der Wählerstimmen und 27 Parlamentssitze.

8. September 2009	DIE LINKE organisiert eine Demonstration gegen den Afghanistan-Einsatz am Brandenburger Tor in Berlin.
Mitte September 2009	Vorstellung des Aufrufs der gewerkschaftlichen Initiative «Wir wählen links», die im Internet bereits über 1.600 Gewerkschafter*innen unterzeichnet haben.
21. September 2009	Im Rahmen einer Wählerinitiative rufen mehr als 100 Schriftsteller*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Sportler*innen zur Wahl der Partei DIE LINKE auf.
27. September 2009	Bei der Bundestagswahl wird DIE LINKE viertstärkste Partei. Sie erringt 11,9 Prozent der Zweitstimmen und damit 76 Mandate. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein kommt DIE LINKE auf 6,0 Prozent der Stimmen und auf sechs Sitze im Landesparlament. Bei der am selben Tag in Brandenburg stattfindenden Landtagswahl erzielt DIE LINKE 27,2 Prozent der Wählerstimmen und 26 Mandate. In der Folge tritt die Partei im November 2009 in das Kabinett des SPD-Ministerpräsidenten Platzeck ein.

2 Parteitage der Partei DIE LINKE

- Gründungsparteitag am 16. Juni 2007 in Berlin
- 1. Parteitag am 24./25. Mai 2008 in Cottbus
- Europaparteitag am 28. Februar 2009 in Essen
- Bundestagswahl-Parteitag am 20./21. Juni 2009 in Berlin

3 Zusammensetzung des Parteivorstands der Partei DIE LINKE

3.1 Zusammensetzung des Parteivorstands der Partei DIE LINKE im Ergebnis der Wahl auf dem Gründungsparteitag 2007²

- Bartsch, Dietmar (Bundesgeschäftsführer)
- Bisky, Lothar (Parteivorsitzender)
- Breitenbach, Elke
- Buchholz, Christine
- Dieckmann, Sophie
- Erlanson, Peter
- Ernst, Klaus (stellvertretender Parteivorsitzender)
- Gehrcke, Wolfgang
- Gleiss, Thies
- Gramkow, Angelika
- Heike, Anny
- Hein, Rosemarie
- Höhn, Matthias
- Holluba, Karl (Bundesschatzmeister)
- Kipping, Katja (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Klute, Jürgen
- Korte, Jan
- Krämer, Ralf
- Lafontaine, Oskar (Parteivorsitzender)
- Lay, Caren
- Lösing, Sabine
- Maurer, Ulrich
- Methling, Wolfgang
- Müller, Irene
- Mulia, Marc
- Naumann, Kersten
- Nitz, Inga
- Ostmeyer, Brigitte
- Pietsch, Britta
- Rajda, Christel
- Ramelow, Bodo
- Scharf, Heidi

- Schlecht, Michael
- Schmalzbauer, Fritz
- Scholz, Helmut
- Schubert, Katina (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Theisinger-Hinkel, Elke
- Troost, Axel
- Wagener, Sascha
- Wagenknecht, Sahra
- Wawzyniak, Halina
- Werner, Harald
- Wissler, Janine
- Zerhau, Ulrike (stellvertretende Parteivorsitzende)

3.2 Zusammensetzung des Parteivorstands der Partei DIE LINKE im Ergebnis der Wahl auf dem 1. Parteitag 2008³

- Al Dailami, Ali
- Bartsch, Dietmar (Bundesgeschäftsführer)
- Bisky, Lothar (Parteivorsitzender)
- Buchholz, Christine
- Ernst, Klaus (stellvertretender Parteivorsitzender)
- Gehrcke, Wolfgang
- Gleiss, Thies
- Graf, Stefanie
- Gramkow, Angelika
- Heike, Anny
- Hein, Rosemarie
- Höhn, Matthias
- Holluba, Karl (Bundesschatzmeister)
- Kaminski, Maren
- Kipping, Katja (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Klute, Jürgen
- Korte, Jan
- Lafontaine, Oskar (Parteivorsitzender)
- Lay, Caren
- Lösing, Sabine
- Ludwig, Stefan
- Lukin, Gudrun
- Maurer, Ulrich
- Methling, Wolfgang
- Movassat, Niema
- Müller, Irene

- Mulia, Marc
- Nitz, Inga
- Ostmeyer, Brigitte
- Pietsch, Britta
- Rajda, Christel
- Ramelow, Bodo
- Scharf, Heidi
- Schillen, Ida
- Schlecht, Michael
- Scholz, Helmut
- Steinke, Kersten
- Troost, Axel
- Wagener, Sascha
- Wagenknecht, Sahra
- Wawzyniak, Halina (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Werner, Harald
- Wissler, Janine
- Zerhau, Ulrike (stellvertretende Parteivorsitzende)

4 Zusammensetzung des geschäftsführenden Parteivorstands der Partei DIE LINKE

4.1 Zusammensetzung des geschäftsführenden Parteivorstands der Partei DIE LINKE im Ergebnis der Wahl auf dem Gründungsparteitag 2007⁴

- Bisky, Lothar (Parteivorsitzender)
- Lafontaine, Oskar (Parteivorsitzender)
- Ernst, Klaus (stellvertretender Parteivorsitzender)
- Kipping, Katja (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Schubert, Katina (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Zerhau, Ulrike (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Holluba, Karl (Bundesschatzmeister)
- Bartsch, Dietmar (Bundesgeschäftsführer)
- Rajda, Christel (Finanzbeauftragte, Schwerpunkt alte Bundesländer)
- Maurer, Ulrich (Parteibildungsbeauftragter, Schwerpunkt alte Bundesländer)
- Buchholz, Christine
- Gramkow, Angelika

4.2 Zusammensetzung des geschäftsführenden Parteivorstands der Partei DIE LINKE im Ergebnis der Wahl auf dem 1. Parteitag 2008⁵

- Bisky, Lothar (Parteivorsitzender)
- Lafontaine, Oskar (Parteivorsitzender)
- Ernst, Klaus (stellvertretender Parteivorsitzender)
- Kipping, Katja (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Wawzyniak, Halina (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Zerhau, Ulrike (stellvertretende Parteivorsitzende)
- Bartsch, Dietmar (Bundesgeschäftsführer)
- Holluba, Karl (Bundesschatzmeister)
- Rajda, Christel (Finanzbeauftragte, Schwerpunkt alte Bundesländer)
- Maurer, Ulrich (Parteibildungsbeauftragter, Schwerpunkt alte Bundesländer)
- Buchholz, Christine
- Naumann, Kersten

5 Mitgliederentwicklung der LINKEN nach Bundesländern⁶

Bundesland	Anzahl der Mitglieder		
	per 31.12.2007	per 31.12.2008	per 31.12.2009
Baden-Württemberg	2.214	2.639	3.046
Bayern	2.374	3.225	3.218
Berlin	9.105	9.008	9.008
Brandenburg	9.319	9.127	8.942
Bremen	453	492	523
Hamburg	996	1.289	1.405
Hessen	2.001	2.610	2.733
Mecklenburg-Vorpommern	6.042	5.833	5.684
Niedersachsen	2.546	2.864	3.376
Nordrhein-Westfalen	5.905	7.764	8.555
Rheinland-Pfalz	1.450	1.655	1.992
Saarland	1.904	3.065	3.610
Sachsen	13.280	12.682	12.390
Sachsen-Anhalt	6.124	5.720	5.642
Schleswig-Holstein	815	1.066	1.093
Thüringen	7.070	6.850	6.750
bundesunmittelbar u. Ä.	113	79	79
gesamt	71.711	75.968	78.046
davon West	20.658	26.669	29.551
bzw. Ost ⁷	50.940	49.220	48.416
West (in %)	28,85	35,14	37,90
Ost (in %)	71,15	64,86	62,10

6 Altersstruktur der Mitglieder der LINKEN im Bundesgebiet⁸

(Angaben in %, Stand jeweils 31. Dezember)

Altersgruppe	bis 30				31–60			
2007	6,1				38,7			
Altersgruppe	14–15	16–20	21–25	26–30	31–35	36–40	41–45	46–50
2008	0,1	0,8	2,5	3,0	3,1	3,6	5,6	7,6
2009	0,1	1,8	3,6	4,2	4,2	4,4	6,3	8,2
<i>Fortsetzung:</i>								
Altersgruppe	ab 61							
2007	55,2							
Altersgruppe	51–55	56–60	61–65	66–70	71–75	76–80	81–85	ab 86
2008	9,4	10,1	7,3	8,4	10,7	12,8	9,0	6,3
2009	9,5	10,3	6,4	7,5	9,1	10,4	8,8	5,1

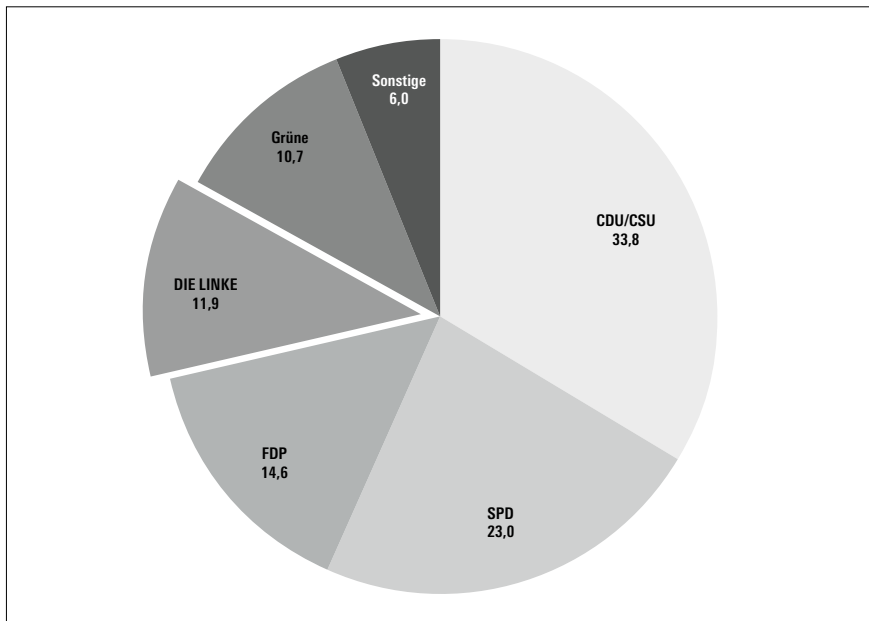
7 Innerparteiliche Zusammenschlüsse der LINKEN⁹

Zusammenschlüsse	Gründung	Mitglieder	Mandate	prominente Vertreter*innen
Bundesweite Zusammenschlüsse mit Mandaten:				
1. DIE LINKE. AG Betrieb und Gewerkschaft	1992	1.038	8	
2. AG Bildungspolitik	1991	266	2	Cornelia (Nele) Hirsch
3. BAG Bürgerrechte und Demokratie		317	2	Petra Pau
4. AG Cuba Sí beim PV der Partei DIE LINKE	1991	418	2	
5. Forum Demokratischer Sozialismus (FDS)	2005/2007	432	2	Benjamin Hoff, Caren Lay, Matthias Höhn
6. BAG Frieden und Internationale Politik	1991/2007	281	2	
7. BAG Grundeinkommen	2005/2007	264	2	Katja Kipping
8. Kommunistische Plattform der LINKEN (KPF)	1990	842	6	Sahra Wagenknecht
9. AG Lisa	1990	271	2	Kerstin Kaiser
10. Ökologische Plattform bei der LINKEN	1994	267	2	
11. BAG Die Linke.queer	1990/2007	286	2	
12. BAG Rote Reporter*innen	2006	365	2	
13. Seniorenarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE	1991	525	4	
14. Sozialistische Linke (SL)	2006	546	4	Ralf Krämer
Bundesweite Zusammenschlüsse ohne Mandate:				
15. BAG Gesundheit und Soziales	1991/2007	113	0	Marianne Linke
16. Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog in der Partei DIE LINKE	2001/2003	122	0	
17. ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung	2008	135	0	
18. BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus		80	0	
19. AG Städtebau und Wohnungspolitik		147	0	

Zusammenschlüsse	Gründung	Mitglieder	Mandate	prominente Vertreter*innen
Zusammenschlüsse mit Antrag an den Bundesausschuss:				
1. AG Agrarpolitik und ländlicher Raum	1990/1996	(a)	0	
2. Antieiszeitkomitee	1990	(a)	0	
3. AG ChristInnen bei der Partei DIE LINKE	1990	(a)	0	
4. BAG Drogenpolitik	2004	88 (a)	0	
5. AG Erholungsgrundstücke und Kleingartenwesen		5 (a)	0	
6. AG Ethnische Minderheiten in und bei der LINKEN		(a)	0	
7. BAG Kommunalpolitik und parlamentarische Arbeit	1991	(a)	0	Axel Troost
8. Marxistisches Forum	1995	(a)	0	Klaus Höpcke
9. AG Medien		(a)	0	
10. AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	1991/2008	(a)	0	Ilja Seifert
11. AG Sportpolitik	1991	(b)	0	
12. AG Ständige kulturpolitische Konferenz	1995	45 (a)	0	Thomas Flierl
13. AG Linke Unternehmer*innen		(c)	0	Diether Dehm
14. AG Wirtschaftspolitik	1990	40 (a)	0	Axel Troost, Helmut Markov, Helmut Holter
Zusammenschlüsse ohne Status:				
AG Antirassismus, Immigrantinnen- und Flüchtlingspolitik	1991	(d)	0	
AG Jurist*innen		(e)	0	
BAG Umwelt-Energie-Verkehr	1991	(f)	0	Eva Bulling-Schröter
BAG Wissenschafts- und Hochschulpolitik	1991/2008	(g)	0	

(a) = strebt Anerkennung durch Bundesausschuss an; (b) = Antrag an Bundesausschuss angekündigt, (c) = telefonisch angekündigt; (d) = voraussichtlich Weiterexistenz unter anderem Dach; (e) = noch keine Entscheidung; (f) = existiert weiter. Strebt keine Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss an; (g) = will als Arbeitsgruppe weiterarbeiten.
Die Antikapitalistische Linke (AKL) hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht um eine offizielle Anerkennung bemüht.¹⁰

8 Zweitstimmenergebnis der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich mit den Ergebnissen der anderen Parteien (in %)¹¹



9 Ergebnisse der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 in den einzelnen Bundesländern im Vergleich zu den Ergebnissen der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005¹²

Bundesland	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2005	
	Zweitstimmen absolut	Zweitstimmen in %	Zweitstimmen absolut	Zweitstimmen in %
Baden-Württemberg	389.637	7,2	219.105	3,8
Bayern	429.371	6,5	244.701	3,4
Berlin	348.661	20,2	303.630	16,4
Brandenburg	395.566	28,5	416.359	26,6
Bremen	48.369	14,3	30.570	8,4
Hamburg	99.096	11,2	59.463	6,3
Hessen	271.455	8,5	178.913	5,3
Mecklenburg-Vorpommern	251.536	29,0	234.702	23,7
Niedersachsen	380.373	8,6	205.200	4,3
Nordrhein-Westfalen	789.814	8,4	529.967	5,2
Rheinland-Pfalz	205.180	9,4	132.154	5,6
Saarland	123.880	21,2	117.089	18,5
Sachsen	551.461	24,5	603.824	22,8
Sachsen-Anhalt	389.456	32,4	385.422	26,6
Schleswig-Holstein	127.203	7,9	78.755	4,6
Thüringen	354.875	28,8	378.340	26,1
Deutschland gesamt	5.155.933	11,9	4.118.194	8,7
Ost¹³	2.181.132	28,5	2.243.797	25,3
West¹⁴	2.974.801	8,3	1.874.397	4,9

10 Wahlentscheidung in sozialen Gruppen für DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2009 im Vergleich zur Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005

10.1 Nach Geschlecht und Alter (in %)¹⁵

	Bundestagswahl 2005	Bundestagswahl 2009	Differenz
Geschlecht			
Männer	9,3	13,3	+4,0
Frauen	7,6	10,6	+3,0
Alter			
18 bis 24 Jahre	7,8	10,3	+2,5
25 bis 34 Jahre	7,4	10,5	+3,1
35 bis 44 Jahre	8,7	11,2	+2,5
45 bis 59 Jahre	11,1	15,2	+4,1
ab 60 Jahre	7,5	10,4	+2,9
Gesamt (Wahlergebnis, Zweitstimmen)	8,7	11,9	+3,2

10.2 Nach Tätigkeit (in %)¹⁶

	Bundestagswahl 2005	Bundestagswahl 2009	Differenz
Arbeiter*innen	12	18	+6
Angestellte	7	11	+4
Beamte*innen	nicht ausgewiesen	7	
Selbstständige	6	6	±0
Rentner*innen	7	12	+5
in Ausbildung	8	nicht ausgewiesen	
Arbeitslose	23	25	+2
Gesamt (Wahlergebnis, Zweitstimmen)	8,7	11,9	+3,2

10.3 Nach formalem Bildungsgrad (in %)¹⁷

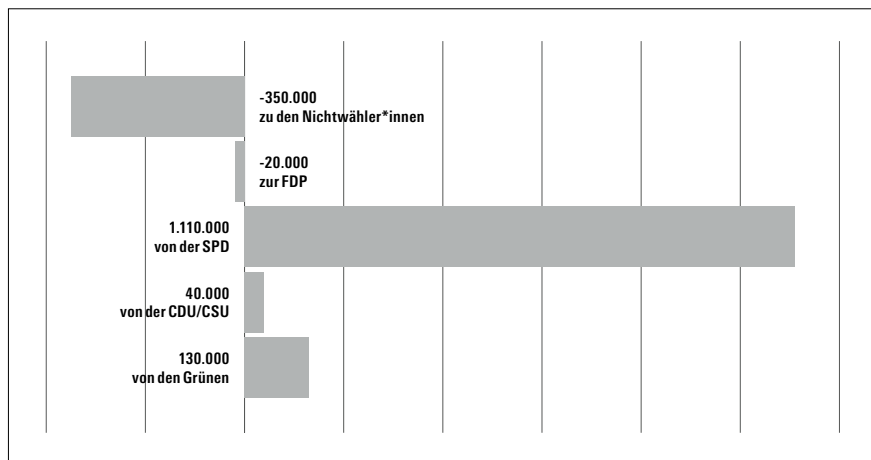
	Bundestagswahl 2005	Bundestagswahl 2009	Differenz
Daten von Infratest dimap:			
niedrig	8	12	+4
mittel	9	13	+4
hoch	9	11	+2
Daten der Forschungsgruppe Wahlen e. V.:			
Volksschule	6	11	+5
Realschule	10	14	+4
Abitur	8	11	+3
Fachhochschule/Universität	9	10	+1
Gesamt (Wahlergebnis, Zweitstimmen)	8,7	11,9	+3,2

Anmerkung: niedrig: kein Abschluss/Volks-/Hauptschule; mittel: Mittel-/Realschule; hoch: Abitur/Hochschule/Universität.

10.4 Nach Gewerkschaftszugehörigkeit (in%)¹⁸

	Bundestagswahl 2005	Bundestagswahl 2009	Differenz
Daten von Infratest dimap:			
Mitglieder	12	15	+3
Nichtmitglieder	8	11	+3
Daten der Forschungsgruppe Wahlen e. V.:			
Mitglieder	12	17	+5
Nichtmitglieder	8	11	+3
Gesamt (Wahlergebnis, Zweitstimmen)	8,7	11,9	+3,2

11 Wählerwanderung von der bzw. zur LINKEN bei der Bundestagswahl 2009¹⁹



12 Abgeordnete der LINKEN in der 16. und 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestags

12.1 Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Ergebnis der Bundestagswahl 2005²⁰

- Gysi, Gregor (Co-Fraktionsvorsitzender)
- Lafontaine, Oskar (Co-Fraktionsvorsitzender)
- Aydin, Hüseyin
- Bartsch, Dietmar
- Binder, Karin
- Bisky, Lothar
- Bluhm, Heidrun
- Bulling-Schröter, Eva
- Bunge, Martina
- Claus, Roland
- Dagdelen, Sevim
- Dehm, Diether
- Dreibus, Werner
- Enkelmann, Dagmar
- Ernst, Klaus
- Gehrcke, Wolfgang
- Golze, Diana
- Hänsel, Heike
- Heilmann, Lutz
- Hill, Hans-Kurt

- Hirsch, Cornelia
- Höger-Neuling, Inge
- Höll, Barbara
- Jelpke, Ursula
- Jochimsen, Luc
- Keskin, Hakki
- Kipping, Katja
- Knoche, Monika
- Korte, Jan
- Kunert, Katrin
- Leutert, Michael
- Lötzer, Ursula
- Löttsch, Gesine
- Maurer, Ulrich
- Menzner, Dorothee
- Möller, Kornelia
- Naumann, Kersten
- Neskovic, Wolfgang
- Paech, Norman
- Pau, Petra
- Ramelow, Bodo
- Reinke, Elke
- Schäfer, Paul
- Schneider, Volker
- Schui, Herbert
- Seifert, Ilja
- Sitte, Petra
- Spieth, Frank
- Tackmann, Kirsten
- Troost, Axel
- Ulrich, Alexander
- Winkelmeier, Gert
- Wunderlich, Jörn
- Zimmermann, Sabine

Mit 26 weiblichen Abgeordneten betrug der Frauenanteil an der 54-köpfigen Fraktion 48,2 Prozent.

12.2 Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Ergebnis der Bundestagswahl 2009²¹

- Gysi, Gregor (Fraktionsvorsitzender)
- Aken, Jan van (stellvertretender Fraktionsvorsitzender)
- Alpers, Agnes
- Bartsch, Dietmar
- Behrens, Herbert
- Binder, Karin
- Birkwald, Matthias W.
- Bluhm, Heidrun
- Bockhahn, Steffen
- Buchholz, Christine
- Bulling-Schröter, Eva
- Bunge, Martina
- Claus, Roland
- Dağdelen, Sevim
- Dehm, Diether
- Dittrich, Heidrun
- Dreibus, Werner (stellvertretender Fraktionsvorsitzender)
- Enkelmann, Dagmar (erste parlamentarische Geschäftsführerin)
- Ernst, Klaus (stellvertretender Fraktionsvorsitzender)
- Gehrcke, Wolfgang
- Golze, Diana
- Groth, Annette
- Hänsel, Heike
- Hein, Rosemarie
- Höger, Inge
- Höll, Barbara
- Hunko, Andrej
- Jelpke, Ursula
- Jochimsen, Lukrezia
- Kipping, Katja
- Koch, Harald
- Korte, Jan
- Krellmann, Jutta
- Kunert, Katrin
- Lafontaine, Oskar
- Lay, Caren
- Leidig, Sabine
- Lenkert, Ralph
- Leutert, Michael
- Liebich, Stefan

- Lötzer, Ursula
- Löttsch, Gesine (stellvertretende Fraktionsvorsitzende)
- Lutze, Thomas
- Maurer, Ulrich (stellvertretender Fraktionsvorsitzender)
- Menzner, Dorothee
- Möhring, Cornelia
- Möller, Kornelia
- Movassat, Niema
- Naumann, Kersten
- Neskovic, Wolfgang
- Nord, Thomas
- Pau, Petra
- Petermann, Jens
- Pitterle, Richard
- Remmers, Ingrid Liselotte
- Schäfer, Paul Georg
- Schlecht, Michael
- Schui, Herbert Karl
- Seifert, Ilja
- Senger-Schäfer, Kathrin
- Sharma, Raju
- Sitte, Petra (stellvertretende Fraktionsvorsitzende)
- Steinke, Kersten
- Stüber, Sabine
- Süßmair, Alexander
- Tackmann, Kirsten
- Tempel, Frank
- Troost, Axel
- Ulrich, Alexander
- Vogler, Kathrin
- Wagenknecht, Sahra
- Wawzyniak, Halina
- Weinberg, Harald
- Werner, Katrin
- Wunderlich, Jörn
- Zimmermann, Sabine

Mit 40 weiblichen Abgeordneten betrug der Frauenanteil an der 76-köpfigen Fraktion 52,6 Prozent.

13 Ergebnisse der Partei DIE LINKE bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 in den einzelnen Bundesländern im Vergleich zu den Ergebnissen der PDS bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004²²

Bundesland	Europawahl 2009		Europawahl 2004	
	Stimmen absolut	Stimmen in %	Stimmen absolut	Stimmen in %
Baden-Württemberg	114.105	3,0	42.488	1,1
Bayern	91.733	2,3	32.290	0,9
Berlin	126.442	14,7	132.381	14,4
Brandenburg	162.687	26,0	172.235	30,9
Bremen	13.468	7,2	6.627	3,7
Hamburg	29.181	6,7	11.872	2,8
Hessen	63.407	3,9	33.571	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	146.305	23,5	130.782	21,7
Niedersachsen	97.328	4,0	42.385	1,8
Nordrhein-Westfalen	252.475	4,6	112.571	2,1
Rheinland-Pfalz	57.455	3,5	20.493	1,2
Saarland	54.570	12,0	8.807	2,0
Sachsen	321.988	20,1	367.196	23,5
Sachsen-Anhalt	173.385	23,6	194.735	23,7
Schleswig-Holstein	31.715	3,9	13.783	1,8
Thüringen	232.995	23,8	256.893	25,3
Deutschland gesamt	1.969.239	7,5	1.579.109	6,1
Ost²³	1.133.253	23,2	1.233.852	25,2
West²⁴	835.986	3,9	345.257	1,7

14 Abgeordnete der LINKEN im Europäischen Parlament im Ergebnis der Wahlen von 2009²⁵

- Bisky, Lothar (Vorsitzender der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, GUE/NGL)
- Ernst, Cornelia
- Händel, Thomas
- Klute, Jürgen
- Lösing, Sabine
- Scholz, Helmut (stellvertretender Sprecher der Delegation der Partei DIE LINKE)
- Wils, Sabine (Sprecherin der Delegation der Partei DIE LINKE)
- Zimmer, Gabi

15 Ergebnisse der LINKEN bei Landtags- und Bürgerschaftswahlen von 2007 bis 2009 im Vergleich mit den Resultaten der PDS bei der jeweils vorhergehenden Wahl²⁶

Bundesland	Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl in den Jahren 2007 bis 2009			vorhergehende Landtags- bzw. Bürgerschaftswahl		
	Datum	Stimmen in %	Sitze	Datum	Stimmen in %	Sitze
Bremen (BW)	13. Mai 2007	8,4	7	25. Mai 2003	1,7	-
Hessen (LTW)	27. Januar 2008	5,1	6	2. Februar 2003	n. a.	-
Niedersachsen (LTW)	27. Januar 2008	7,1	11	2. Februar 2003	0,5	-
Hamburg (BW)	24. Februar 2008	6,4	8	29. Februar 2004	n. a.	-
Bayern (LTW)	28. September 2008	4,4	-	21. September 2003	n. a.	-
Hessen (LTW)	18. Januar 2009	5,4	6	27. Januar 2008	5,1*)	6*)
Saarland (LTW)	30. August 2009	21,3	11	5. September 2004	2,3	-
Sachsen (LTW)	30. August 2009	20,6	29	19. September 2004	23,6	31
Thüringen (LTW)	30. August 2009	27,4	27	13. Juni 2004	26,1	28
Brandenburg (LTW)	27. September 2009	27,2	26	19. September 2004	28,0	29
Schleswig-Holstein (LTW)	27. September 2009	6,0	6	20. Februar 2005	0,8	-

*) für DIE LINKE

16 Ergebnisse der LINKEN bei Kommunalwahlen von 2007 bis 2009 im Vergleich mit den Resultaten der PDS bei der jeweils vorhergehenden Wahl²⁷

Bundesland	Kommunalwahl in den Jahren 2007 bis 2009		vorhergehende Kommunalwahl	
	Datum	Stimmen in %	Datum	Stimmen in %
Baden-Württemberg	7. Juni 2009	1,5 ²⁸ 1,3 ²⁹	13. Juni 2004	0,0 0,3
Bayern	2. März 2008	0,7	3. März 2002	0,2
Brandenburg	28. September 2008	24,7	26. Oktober 2003	21,3
Mecklenburg-Vorpommern	7. Juni 2009	21,6	13. Juni 2004	20,2
Nordrhein-Westfalen	30. August 2009	4,3	26. September 2004	1,4
Rheinland-Pfalz	7. Juni 2009	2,6	13. Juni 2004	0,1
Saarland	7. Juni 2009	12,3	13. Juni 2004	1,9
Sachsen	8. Juni 2008 ³⁰ 7. Juni 2009 ³¹	19,1 15,5	13. Juni 2004	21,6 18,6
Schleswig-Holstein	25. Mai 2008	6,9	2. März 2003	0,2
Thüringen	7. Juni 2009	20,7	27. Juni 2004	24,6

17 Auswahlbibliografie zur Geschichte der Partei DIE LINKE 2007 bis 2009

17.1 Archivbestände

- Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Ablieferung Ralf Krämer (Krämer).
- ADS, Bestand Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG).
- DIE LINKE: Parteitage der Partei DIE LINKE – Archiv, unter: www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/parteitage-der-partei-die-linke-archiv/ (abgerufen am 15.5.2021).
- Privatarchiv Thomas Händel, Fürth.

17.2 Memoiren und Erinnerungen

- Ernst, Klaus/Händel, Thomas/Zimmermann, Katja (Hrsg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE, Hamburg 2012.
- Gysi, Gregor: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017.
- Haberl, Tobias: Wie ich mal rot wurde. Mein Jahr in der Linkspartei, München 2011.
- Oertel, Gabriele: Hans Modrow: Sagen, was ist, Berlin 2010.

17.3 Dokumente und Dokumentensammlungen

- DIE LINKE: Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Bundestags-Wahlparteitags 2009 der Partei DIE LINKE, 20./21. Juni 2009 in Berlin, Berlin 2009.
- DIE LINKE: Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Programm der Partei DIE LINKE für die Europawahlen am 7. Juni 2009. Beschluss des Europaparteitags, Essen, 28.2.2009, in: Disput extra, Berlin 2009.
- Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag (Hrsg.): Das 100-Punkte-Programm, Redaktionsschluss: 20.5.2008, Berlin 2008.
- Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag (Hrsg.): Die Linke wirkt! Bilanz 2005–2009, Berlin 2009.
- Ihme, Bernd: Handout zur Geschichte. Aus Dokumenten der Linkspartei.PDS, 12.3.2009, unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/geschichte/handout-zur-geschichte/>.
- Neues Deutschland: Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in Deutschland. Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Beschlüsse der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Berlin, 14./15.4.2007, Beilage.
- Parteivorstand der Linkspartei.PDS. (Hrsg.): Die PDS auf dem Weg zur neuen Partei DIE LINKE – Chronologie und Dokumentation, mit einem Vorwort von Lothar Bisky, Berlin 2007.
- Parteivorstand DIE LINKE (Hrsg.): Disput. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, Jahrgänge Berlin, 2007–2009.

- Parteivorstand DIE LINKE: Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an den 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE. Beschlossen auf der Sitzung des Parteivorstandes am 12. April 2008, Berlin 2008.
- Parteivorstand DIE LINKE: Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 2. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE, Rostock, 15. und 16. Mai 2010, unter: https://archiv2017.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2008/beschluss_132-2010_bericht_pv.pdf.

17.4 Wissenschaftliche Darstellungen in Büchern, Sammelbänden und Zeitschriften

- Backes, Uwe: Polarisierung aus dem Osten? Linke und rechte Flügelparteien bei der Bundestagswahl 2005, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 157–176.
- Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Eckhard, Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2010.
- Bartsch, Dietmar: Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1/2008, S. 61–64.
- Bergsdorf, Harald: Die neue «Linke». Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008.
- Bortfeldt, Heinrich: «Wir haben den Wind der Geschichte in unseren Segeln». 1. Parteitag der «Linken» in Cottbus am 24. und 25. Mai 2008, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 4/2008, S. 591–595.
- Bortfeldt, Heinrich: Kein Verhältnis zu Europa, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 2/2009, S. 207–211.
- Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin 2007.
- Dietzel, Horst: Kontinuität und Wandel. Die Programmatik der PDS von 1990 bis 2007, Pankower Vorträge, Heft 99, Berlin 2007.
- Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011.
- Fischer, Leandros: Zwischen Internationalismus und Staatsräson. Der Streit um den Nahostkonflikt in der Partei DIE LINKE, Wiesbaden 2016.
- Fülberth, Georg: «Doch wenn sich die Dinge ändern» – Die Linke, Köln 2009.
- Gysi, Gregor: Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel. Vortrag aus Anlass des 60. Jahrestages des Staates Israel auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. April 2008 in Berlin, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Tel Aviv, Berlin 2008.
- Hartleb, Florian: Die Linke in Bayern. Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2008.
- Hartleb, Florian: Die PDS als erstarkter bundespolitischer Faktor. Linkspopulismus im Zeichen eines sich wandelnden Parteiensystems, in: Möllers, Martin H. W./

- Ooyen, Robert Chr. van (Hrsg.): Politischer Extremismus 1. Formen und aktuelle Entwicklungen, Frankfurt a. M. 2007, S. 113–120.
- Heunemann, Falk: Die Erfindung der Linkspartei. Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Saarbrücken 2008.
 - Hiller, Philipp: Was gelingt der PDS? Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, geeinte Fraktion? Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der WASG und der Linkspartei.PDS, Dissertation, Hamburg 2009.
 - Holzhauser, Thorsten: Die «Nachfolgepartei». Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Berlin/Boston 2019.
 - Holzhauser, Thorsten: Neoliberalismus und Nostalgie. Politische Re-Formationen und die Entstehung der Linkspartei im vereinten Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 4/2018, S. 586–618.
 - Hough, Dan/Koß, Michael/Olsen, Jonathan: The Left Party in Contemporary German Politics, Basingstoke/New York 2007.
 - Hübner, Wolfgang/Strohschneider, Tom: Lafontaines Linke. Ein Rettungsboot für den Sozialismus?, Berlin 2007.
 - Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.
 - Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012.
 - Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Koord.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München 2010.
 - Knabe, Hubertus: Honeckers Erben. Die Wahrheit über DIE LINKE, Berlin 2009.
 - Köcher, Renate: Die Sogwirkung der Linkspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.2.2008, S. 5.
 - Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010.
 - Koß, Michael/Hough, Dan: Die Linkspartei.PDS nach der Bundestagswahl 2005. Die ostdeutschen Landesverbände als Hort des Pragmatismus?, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 1/2007, S. 11–19.
 - Kowalski, Christoph: Die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005. Eine Analyse des Einflusses politischer Sachfragen und der Spitzenkandidaten auf die Wahlabsicht, Saarbrücken 2008.
 - Kroh, Martin/Siedler, Thomas: Die Anhänger der «Linken»: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten, in: Wochenbericht des DIW 41/2008, Berlin, S. 628–634.
 - Lannert, Christian: «Vorwärts und nicht vergessen»? Die Vergangenheitspolitik der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012.
 - Lau, Claudia: Chancen der Linkspartei. Eine Analyse im Lichte der sozialpsychologischen Theorie des Wählerverhaltens, Wiesbaden 2008.

- Lucke, Albrecht von: Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken, München 2015.
- Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hrsg.): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg 2009.
- Maurer, Ulrich/Modrow, Hans (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei?, Berlin 2005.
- Maurer, Ulrich/Modrow, Hans (Hrsg.): Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung, Berlin 2006.
- Messinger, Sören/Rugenstein, Jonas: Der Erfolg der Partei die LINKE. Sammlungen im programmatischen Nebel, in: Butzlaff, Felix/Harm, Stine/Walter, Franz (Hrsg.): Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009, Wiesbaden 2009, S. 67–93.
- Moreau, Patrick: Freiheit oder Sozialismus. Die Linke in Nordrhein-Westfalen, St. Augustin/Berlin 2010.
- Neller, Katja/Thaidigsmann, Isabell S.: Gelungene Identitätserweiterung durch Namensänderung? «Treue» Wähler, Zu- und Abwanderer der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 421–453.
- Neu, Viola: Die Linke (DIE LINKE), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage, Bonn 2017, S. 384–401.
- Neu, Viola: Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei Die Linke/PDS von 1990 bis 2011, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Reihe Zukunftsforum Politik Nr. 110, Sankt Augustin/Berlin 2011.
- Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS und Linkspartei, in: Gieseke, Jens/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 239–265.
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die Partei Die Linke. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 151–199.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011.
- Niedermayer, Oskar: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005. Sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: ZParl 3/2006, S. 523–538.
- Oppelland, Torsten/Träger, Hendrik: Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014.
- Patton, David F.: Out of the East. From PDS to Left Party in Unified Germany, Albany 2011.

- Prinz, Sebastian: Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden 2010.
- Rattinger, Hans u. a. (Hrsg.): Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011.
- Rugenstein, Jonas: Nach der günstigen Gelegenheit. Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009, Stuttgart 2013.
- Sauer, Thomas/Oppelland, Torsten: Die PDS/Linkspartei.PDS/Die Linke, in: Schmitt, Karl/Oppelland, Torsten (Hrsg.): Parteien in Thüringen. Ein Handbuch, Düsseldorf 2008, S. 223–316.
- Scheele, Christopher: Die PDS/Linke in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2009.
- Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51–52/2005, S. 33–40.
- Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007.
- Spier, Tim/Klein, Markus/Alemann, Ulrich von/Hoffmann, Hanna/Laux, Annika/Nonnenmacher, Alexandra/Rohrbach, Katharina (Hrsg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011.
- Troost, Axel/Händel, Thomas (Hrsg.): Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN. Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), Hamburg 2016.
- Volkmann, Thomas: Argumente zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Linken, hrsg. vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Berlin 2009.
- Vollmer, Andreas M.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013.
- Vollmer, Andreas M.: Der Zerfall der Partei DIE LINKE im Westen – Die Gründe für die Erosion, in: Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 189–206.
- Weichold, Jochen: Die Weisheit der Partei. Ein Abriss der Geschichte des Ältestenrats der LINKEN, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2018.
- Wilke, Manfred/Baron, Udo: «Die Linke». Entstehung – Entwicklung – Geschichte, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Reihe Zukunftsforum Politik, Bd. 94, Sankt Augustin/Berlin 2008.
- Yazıcıoğlu, Ümit: Von der SED zur «Die Linke» – Die Geschichte der PDS als gesamtdeutscher Partei, Frankfurt a. M. u. a. 2012, unter: <https://tekmanpost.files.wordpress.com/2012/05/von-der-sed-zur-e2809edie-linkee2809c-e28093-die-geschichte-der-pds-als-gesamtdeutscher-partei1.pdf>.
- Zettl, Christian: Die Wähler der Linkspartei.PDS von 1994 bis 2009, Wiesbaden 2014.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
ADS	Archiv Demokratischer Sozialismus
AfG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften
AG	Aktiengesellschaft
AG	Arbeitsgemeinschaft
AG	Arbeitsgruppe
AKEL	Anorthotikó Kómma Ergazómenou Laoú (dt. Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes oder Fortschrittspartei des werktätigen Volkes), Griechenland
AKL	Antikapitalistische Linke
ALG	Arbeitslosengeld
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ArGe	Arbeitsgemeinschaft
attac	association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne (dt. Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger)
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BaWü	Baden-Württemberg
Bd.	Band
BKA	Bundeskriminalamt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Bundestag
BW	Bürgerschaftswahl
bzw.	beziehungsweise
CCS	Carbon Capture and Storage
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DBT	Deutscher Bundestag
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Die Linke.SDS	Die Linke.Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband
dies.	dieselbe
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
dt.	deutsch
EDA	European Defence Agency
EL	Europäische Linke
Ema.Li	Emanzipatorische Linke

Emnid	Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen und Dienstleistungen
ESF	Europäisches Sozialforum
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
e. V.	eingetragener Verein
FBI	Federal Bureau of Investigation (dt. Bundesamt der Ermittlung)
FDP	Freie Demokratische Partei
FDS	Forum Demokratischer Sozialismus
FGW	Forschungsgruppe Wahlen
FMStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
G8	Gruppe der 8 [wichtigsten Industriestaaten]
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GSW	Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft
GUE/NGL	Konföderale Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
HH	Hansestadt Hamburg
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
IfD	Institut für Demoskopie [Allensbach]
IG	Industriegewerkschaft
IGW	Internationale Grüne Woche
ISAF	International Security Assistance Force (dt. Internationale Sicherheitsunterstützungsgruppe)
Kita	Kindertagesstätte
Koord.	Koordinator*in, Koordinator*innen
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Plattform
LTW	Landtagswahl
LV	Landesverband
LVK	Leverkusener Kreis
MAS	Movimiento al Socialismo (dt. Bewegung zum Sozialismus)
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MON	Monsanto
MV	Mecklenburg-Vorpommern
n. a.	nicht angetreten
Nato	North Atlantic Treaty Organization (dt. Nordatlantikpakt)
NELF	Forum der Neuen Europäischen Linken
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (dt. Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit)
OEF	Operation Enduring Freedom
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
ÖPP	Öffentlich-Private Partnerschaften
PAS	Partidul Alianța Socialistă (dt. Sozialistische Allianzpartei), Rumänien
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PSUV	Partido Socialista Unificado da Venezuela (dt. Sozialistische Einheitspartei Venezuelas)
PT	Partido del Trabajo (dt. Arbeiterpartei), Mexiko
PT	Partido dos Trabalhadores (dt. Partei der Arbeiter), Brasilien
PV	Parteivorstand
S.	Seite, Seiten
SAV	Sozialistische Alternative (ursprünglich: Sozialistische Alternative Voran)
SED/PDS	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SF	Socialistisk Folkeparti (dt. Sozialistische Volkspartei), Dänemark
Sign.	Signatur
SL	Sozialistische Linke
SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej (dt. Demokratische Linksallianz), Polen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SV	Socialistisk Venstreparti (dt. Sozialistische Linkspartei), Norwegen
Synaspismos	Synaspismós tis Aristerás kai tis Proódou (dt. Koalition der Linken und des Fortschritts), Griechenland, seit 2003: Synaspismós tis Aristerás tón Kinimátōn kai tis Oikologías (dt. Koalition der Linken der Bewegungen und der Ökologie)
TNS	Taylor Nelson Sofres Plc
TÜV	Technischer Überwachungsverein
TV	Television
u. a.	unter anderem, unter anderen
u. Ä.	und Ähnliches
UN	United Nations (dt. Vereinte Nationen)
UNO	United Nations Organisation (dt. Organisation der Vereinten Nationen)
US	United States (dt. Vereinigte Staaten)
USA	United States of America (dt. Vereinigte Staaten von Amerika)
u. v. a.	und viele andere
u. v. m.	und vieles mehr
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

vgl.	vergleiche
Vors.	Vorsitzende, Vorsitzender
VR	Volksrepublik
VVN/BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
VW	Volkswagen
WASG	Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit
WOBA	Wohnbau (Dresdener Wohnungsgesellschaft)
WP	Wahlperiode
WSF	Weltsozialforum
WTO	World Trade Organization (dt. Welthandelsorganisation)
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen

- 1 Vgl. für die Zeit von Mai 2005 bis Mitte Juni 2007 auch: Zeittafel zur Geschichte der WASG, in: Troost, Axel/ Händel, Thomas (Hrsg.): Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN. Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), Hamburg 2016, S. 216–219; DIE LINKE: Auf dem Weg zur neuen Linken – eine Chronologie, unter: www.die-linke.de/partei/ueber-uns/geschichte/chronologie/ (abgerufen am 3.5.2021); Die PDS auf dem Weg zur neuen Partei DIE LINKE – Chronologie und Dokumentation, hrsg. vom Parteivorstand der Linkspartei.PDS mit einem Vorwort von Lothar Bisky, Berlin 2007, S. 12–24.
- 2 Vgl. DIE LINKE. Parteivorstand 2007–2008. Mitglieder des Parteivorstandes, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/mitglieder/> (abgerufen am 26.4.2021).
- 3 Vgl. DIE LINKE. Parteivorstand 2008–2010. Mitglieder des Parteivorstandes, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2008-2010/mitglieder/> (abgerufen am 26.4.2021).
- 4 Vgl. DIE LINKE: Geschäftsführender Parteivorstand 2007–2008, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/geschaeftsfuehrender-parteivorstand/> (abgerufen am 17.10.2021).
- 5 Vgl. DIE LINKE: Geschäftsführender Parteivorstand 2008–2010, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2008-2010/geschaeftsfuehrender-parteivorstand/> (abgerufen am 17.10.2021).
- 6 Vgl. DIE LINKE: Mitgliederzahlen 2007–2016, o.J., unter: www.die-linke.de/partei/ueber-uns/mitgliederzahlen-2007-2016/ (abgerufen am 24.4.2021); eigene Berechnungen.
- 7 Einschließlich Landesverband Berlin.
- 8 Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2010, in: ZParl 2/2011, S. 375 u. 377.
- 9 Stand: 28. Januar 2008. Vgl. DIE LINKE: Status der Zusammenschlüsse bei der LINKEN. Beschluss des Parteivorstandes vom 28. Januar 2008 (Beschluss 2008-63), o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschluesse/zusammenschluesse/> (abgerufen am 17.5.2021). Gründungsjahr und die Zuordnung prominenter Vertreter*innen zu den Zusammenschlüssen durch Oppelland, Torsten/Träger, Hendrik: Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014, S. 113–115.
- 10 Vgl. Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 176.
- 11 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, unter: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2009.html (abgerufen am 11.7.2021).
- 12 Zusammengestellt nach: Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, Wiesbaden 2018, S. 18–19, 23, 72–73 u. 78–79.
- 13 Neue Bundesländer und Berlin-Ost.
- 14 Früheres Bundesgebiet und Berlin-West.
- 15 Angaben in Prozent. Vgl. Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand: 8. November 2018, S. 107–108 u. 110–111; eigene Berechnungen.
- 16 Befragung von Infratest dimap für die ARD am Wahltag, rund 100.000 Befragte, Angaben in Prozent. Vgl. Wahlanalyse. Wer hat wie gewählt?, in: Der Spiegel, Wahlsonderheft '05, 19.9.2005, S. 62; Wahlanalyse. Wer hat wie gewählt?, in: Der Spiegel, Wahlsonderheft '09, 28.9.2009, S. 44; eigene Berechnungen.
- 17 Zusammengestellt und berechnet nach: Neu, Viola: Bundestagswahl in Deutschland am 27. September 2009. Wahlanalyse, Berlin, Dezember 2009, S. 75–76, unter: www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/bundestagswahl-in-deutschland-am-27.-september-2009 (abgerufen am 2.5.2021).
- 18 Zusammengestellt und berechnet nach ebd., S. 75 u. 77.
- 19 Erstellt nach Daten der Infratest-dimap-Analyse für die ARD. Vgl. Wählerwanderung, in: Der Spiegel, Wahlsonderheft '09, S. 44–45.
- 20 Vgl. Linke mit 54 Sitzen, in: Neues Deutschland, 20.9.2005, S. 3.
- 21 Vgl. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009. Alle Wahlkreise, Stimmanteile der großen Parteien und Abgeordnete des neuen Bundestags, in: Der Spiegel, Wahlsonderheft '09, S. 65–70; Deutscher Bundestag. Abgeordnete 17. WP (2009–2013). Nach Fraktionen: Fraktion DIE LINKE., unter: <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=3041&id=1223>(abgerufen am 26.04.2021); Küpper, Mechthild: Lafontaines Liebe zu Quoten. Die Besetzung der Doppelspitzen in Partei und Fraktion bewegt die Linkspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2009, S. 2.
- 22 Zusammengestellt nach: Der Bundeswahlleiter: Ergebnisse früherer Europawahlen. Stand: 1. Oktober 2019, Wiesbaden 2019, S. 13 u. 24–27.
- 23 Neue Bundesländer und Berlin-Ost.
- 24 Früheres Bundesgebiet und Berlin-West.
- 25 Vgl. Die Linke im Europaparlament, o.J., unter: <https://archiv2017.die-linke.de/politik/international/die-linke-im-europaparlament/#:~:text=DIE%20LINKE%20ist%20mit%20acht%20Abgeordneten%20in%20>

- der,1%2C4%20Prozentpunkte%20verbessern%20und%20erzielte%20bundesweit%207%2C5%20Prozent (abgerufen am 26.4.2021); Bisky führt Linksfraktion in Brüssel, in: Neues Deutschland, 25.6.2009, S. 1.
- 26 Vgl. Bürgerschaftswahl 2007 in Bremen, 13.5.2007, unter: www.wahlrecht.de/news/2007/hb-2007.htm; Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen, unter: www.wahlrecht.de/ergebnisse/hessen.htm; Niedersächsischer Landeswahlleiter: Amtliches Endergebnis der Wahl des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode am 27. Januar 2008, o.J., unter: LT2008_-_Amtliches_Endergebnis-1_ohne_pers.bez._Daten.pdf (abgerufen am 29.4.2021; depubliziert); Umfragen Hamburg (#HHWahl), unter: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/hamburg.htm; Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern: Wahl zum 16. Bayerischen Landtag am 28. September 2008. Endgültige Ergebnisse, München 2008, unter: www.landtagswahl2008.bayern.de/ta2008.html; Landtagswahl 2009 in Hessen, 18.1.2009, unter: www.wahlrecht.de/news/2009/he-2009.htm; Landtagswahlen 1980 bis 2017 im Saarland, 7.7.2020, unter: www.saarland.de/stat/DE/_downloads/aktuelleTabellen/Wahlen/Landtagswahl/Landesergebnisse_seit_1980.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (alle abgerufen am 29.4.2021); Der Fischer Weltalmanach 2006. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2005, S. 130, 138, 139 u. 142; Der Fischer Weltalmanach 2011. Zahlen, Daten, Fakten, Frankfurt a. M. 2010, S. 128, 136, 137, 139 u. 140; Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, 7.5.2017, unter: www.wahlrecht.de/ergebnisse/schleswig-holstein.htm (abgerufen am 29.4.2021); Oppelland/Träger: Die Linke, S. 56.
- 27 Vgl. Statistische Berichte Baden-Württemberg. Wahlen, Stuttgart, 19.5.2010, S. 3; Kommunalwahlen in Bayern. Bayern Landesergebnis (Landkreis- und Kreiswahlergebnisse), o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3002.php; Kommunalwahlen in Brandenburg. Land Brandenburg, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3004.php; Kommunalwahlen Mecklenburg-Vorpommern. Landesergebnis Mecklenburg-Vorpommern, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3008.php; Kommunalwahlen Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen Land, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3010.php; Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz. Landesergebnis Rheinland-Pfalz, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3011.php; Kommunalwahlen Saarland. Landesergebnis der Kommunalwahl im Saarland, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3012.php; Kommunalwahlen Sachsen. Landesergebnis Sachsen: Kreistagswahlen und Ratswahlen in den Kreisfreien Städten, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3013.php; Kommunalwahlen in Sachsen. Gemeinderatswahlen, S. 2, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/pdf/3013.pdf; Kommunalwahlen Schleswig-Holstein. Kommunalwahl Schleswig-Holstein Landesergebnis, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3015.php; Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, o.J., S. 11, unter: www.wahlergebnisse.info/pdf/3015.pdf; Kommunalwahlen Thüringen. Kommunalwahl Thüringen Landesweites Ergebnis, o.J., unter: www.wahlergebnisse.info/3016.php (alle abgerufen am 4.7.2021).
- 28 Wahl der Kreisträte.
- 29 Wahl der Gemeinderäte.
- 30 Kreistagswahlen und Ratswahlen in den Kreisfreien Städten.
- 31 Gemeinderatswahlen.

«2022 jährt sich das Datum des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE zum 15. Mal. Grund genug, einen Blick auf die Anfänge dieser Partei in den Jahren 2007 bis 2009 zu werfen, zumal die Partei bei der Bundestagswahl Ende September 2009 ihr bestes Wahlergebnis in ihrer bisherigen Geschichte erzielen konnte. Sie galt zu Recht als Aufsteiger. Als sich aber nach dieser Bundestagswahl Oskar Lafontaine und Lothar Bisky von der Parteispitze zurückzogen, brachen die Differenzen innerhalb der Partei, die bisher unter der Oberfläche brodelten, offen auf und führten zu einem anhaltenden Niedergangprozess.»

Jochen Weichold